

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der Fakultät für

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

**Perspektiven der indischen Außen- und
Sicherheitspolitik im asiatischen Raum im
21. Jahrhundert.**

Das Dreieck Indien-China-Südostasien

Vorgelegt von Thomas Bauer M.A.

Bergstrasse 40

69120 Heidelberg

Mai 2009

In

Memoriam

Roland Bauer

Inhaltsverzeichnis

Kurzzusammenfassung	S. 1
1. Einleitung	S. 3
2. Die theoretischen Grundlagen	S.15
2.1 Theorien der International Relations (IR)	S. 18
2.2 Die relevanten Theorien des Neo-Realismus	S. 25
2.2.1 Waltz: Defensiver Neo-Realismus	S. 27
2.2.2 Mearsheimer: Offensiver Neo-Realismus	S. 29
2.2.3 Bull: Englische Schule	S. 31
2.2.4 Zuordnung	S. 35
3. Strukturen und Modalitäten der indischen Außen- und Sicherheitspolitik	S. 39
3.1 Akteure und Instrumentarium	S. 41
3.2 Grundlagen und Traditionen	S. 53
3.3 Die Außen- und Sicherheitspolitik seit 1947	S. 65
3.3.1 Indien und Pakistan	S. 65
3.3.2 Indien und Südasien	S. 69
3.3.3 Indien im globalen Rahmen	S. 69
4. Die Beziehungen Indiens zu Südostasien	S. 74
4.1 Die Beziehungen seit vorkolonialer Zeit bis zum Ende des Kalten Krieges	S. 75

4.2	Entwicklungen seit 1989	S. 81
4.3	Die politischen Beziehungen zur ASEAN	S. 84
4.3.1	Indien und Vietnam	S. 90
4.3.2	Indien und Indonesien	S. 93
4.3.3	Indien und Myanmar	S. 95
4.4	Die wirtschaftlichen Beziehungen zur ASEAN	S. 99
5.	Die Beziehungen Indiens zu China	S. 104
5.1	Die Beziehung bis zur indischen Unabhängigkeit	S. 104
5.2	Zeit der Freundschaft: 1947-1962	S. 106
5.3	Das Dreiecksverhältnis Indien/China/ Sowjetunion 1962-1989	S. 109
5.4	Rising Powers: Indien und China	S. 112
6.	Die Beziehungen Chinas zu Indien und Südostasien	S. 119
6.1	Die Grundlagen der chinesischen Außenpolitik	S. 119
6.2	Die Beziehungen zu Indien; die Rolle Pakistans	S. 129
6.3	Die Beziehungen zu Südostasien	S. 138
7.	Südostasien im Spannungsfeld zwischen Indien und China	S. 153
7.1	Die Interessenlage Südasiens	S. 153
7.2	Südostasien/ASEAN und Indien	S. 160
7.3	Südostasien/ASEAN und China	S. 169

7.4	Im Fokus des Spannungsdreiecks	S. 175
7.4.1	Vietnam	S. 177
7.4.2	Thailand	S. 179
7.4.3	Indonesien	S. 183
7.4.4	Myanmar	S. 187
8.	Resümee und Ausblick auf die Perspektiven der indischen Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert	S. 193
2.	Bibliographie	S. 201
Anhang - Verzeichnis der Landkarten und Grafiken		
	Dreieck der Beziehungsqualität	S. 6
	Karte 1: Darstellung der in der Arbeit behandelten Regionen	S. 14
	Karte 2: Die zwischen Indien, Pakistan und der VR China umstrittenen Gebiete in Kaschmir	S. 68
	Karte 3: Südostasien aus der Perspektive Indiens und Chinas	S. 74
	Karte 4: Nordostindien mit dem von China beanspruchten indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh	S. 109
	Karte 5: Die zwischen den Staaten der ASEAN und der VR China umstrittenen Inselgruppen	S. 174

Kurzzusammenfassung der Arbeit

Thema dieser Arbeit sind die Perspektiven der indischen Außen- und Sicherheitspolitik im asiatischen Raum. Die Arbeit konzentriert sich hierbei auf die indischen Beziehungen zu der VR China und den in der ASEAN zusammengefassten Staaten Südostasiens, auf die außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven der VR China und auf die ASEAN-Staaten in ihren Beziehungen untereinander und zu Indien und China.

Das Interesse an dieser Thematik wurde geweckt durch den wirtschaftlichen und machtpolitischen Aufstieg Indiens seit Beginn der Neunziger, der jedoch aufgrund des noch schnelleren Aufstiegs Chinas weder in der Öffentlichkeit noch von der Politikwissenschaft angemessen wahrgenommen wurde. Ausgehend von der These Paul Kennedys, dass wirtschaftliche Macht immer auch in militärische Macht umgesetzt werden kann und dass in langandauernden Konflikten überlegene Wirtschaftsmacht erfolgreich in politische und militärische Macht umgesetzt wird, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die Indische Union und die VR China zwei der bestimmenden Mächte des 21. Jahrhunderts sein werden. Da diese beiden Mächte aneinander grenzen und gleichzeitig Konkurrenten im globalen Rahmen sind, wird diese Rivalität sich insbesondere in Südostasien abspielen, der einzigen Region, die sowohl an Indien als auch an China angrenzt.

Auf die einleitende Fragestellung folgen die theoretischen Grundlagen der Arbeit, die verschiedenen Varianten des Neo-Realismus. In den daran anschließenden Kapiteln steht Indien im Mittelpunkt, wobei zuerst die Strukturen seiner Außen- und Sicherheitspolitik untersucht werden, und dann seine Beziehungen zur VR China und zu den Staaten der ASEAN, wobei der Schwerpunkt hier auf den wichtigsten Staaten Südostasiens liegt. Im folgenden Kapitel werden die chinesischen Beziehungen zu Indien und zur ASEAN untersucht und es wird der Frage nachgegangen, welchen Stellenwert sie im Gesamtkomplex der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik haben. Die ASEAN ist Thema des darauffolgenden Kapitels, wobei zunächst auf die Probleme eines solchen Bündnisses für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingegangen wird und dann auf die Interessen und Beziehungen ausgewählter Staaten der ASEAN: Indonesien, Thailand, Vietnam und Myanmar.

Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst, hinsichtlich ihrer Relevanz für die Fragestellung überprüft und mögliche Entwicklungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen aufgezeigt.

Einleitung

„The west is now at an extraordinary peak of power in relation to other civilizations...Apart from Japan the West faces no economic challenge.“¹

Sinn und Zweck einer jeden wissenschaftlichen Arbeit ist es, dass Wissen der Menschheit zu erweitern. Die Formen dieser Wissenserweiterung können verschiedenartig sein: Das Erlangen neuer Daten, eine neue Sichtweise auf bekannte Daten oder aber eine Zusammenfassung bekannter Daten in einem neuen Interpretationsrahmen, wobei Bereiche der Realpolitik, die bis zum jetzigen Zeitpunkt getrennt betrachtet wurden, unter Wahrung eines bestimmten erkenntnistheoretischen Ansatzes kohärent dargestellt werden. Sinn und Zweck dieser Arbeit ist es, unter den Maßgaben des Neo-Realismus die Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik Indiens im asiatischen Raum zu untersuchen, mit dem Schwerpunkt seiner Beziehungen zu China und Südostasien. Geleitet wird der Verfasser dabei von Paul Kennedy in seinem Werk *The Rise and Fall of Great Powers* entwickelten Ideen und Erkenntnissen, dass wirtschaftliche Macht sich früher oder später in politischer und militärischer Macht umwandelt und somit der wirtschaftliche Aufstieg einer Nation als *lead indicator* für den folgenden Machtzugewinn zu werten ist.²

Im Laufe der letzten Jahre ist die Bedeutung Indiens im globalen Rahmen gewachsen; dies wird nicht nur im Lande selbst so gesehen – Indien sieht sich selbst zunehmend als Großmacht -, sondern entspricht auch der Wahrnehmung in anderen Staaten, z.B. den USA. „India is not a great power yet, but it has the potential to emerge as one.“³ Begründet wird diese Annahme mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Indiens, wobei insbesondere das seit den Reformen der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts anhaltende Wirtschaftswachstum als *conditio sine qua non* angeführt wird. Trotz all seiner Probleme ist Indien heute eine Nuklearmacht mit einer schlagkräftigen konventionellen Armee, dessen Wirtschaft zunehmend in Hightech-Bereichen konkurrenzfähig ist, während gleichzeitig die Landwirtschaft und traditionelle Industriesektoren, von Bereichen

¹ Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Summer 1993, Volume 72, Number 3, S. 22-49, S. 39

² Kennedy, Paul: *The Rise And Fall Of The Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, London, 1989 (Taschenbuchausgabe).

³ Rice, Condoleezza: *Promoting the National Interest*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2000, Volume 79, No. 1, S. 45-62, S. 56

der Konsumgüterindustrie bis hin zur klassischen Schwerindustrie, sich gegenüber der internationalen Konkurrenz behaupten können und im Lande ausgebildete Spezialisten im IT-Bereich auch in westlichen Industrieländern reüssieren.

In Deutschland überwiegt jedoch immer noch ein romantisches Bild von Indien, dem Land der heiligen Kühe, der Heimat Mahatma Gandhis, mit den Stränden Goas als Ort individueller Glückseligkeit. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben dieses Bild kaum dauerhaft erschüttert, nur kurzfristig wurde es ins Wanken gebracht durch Meldungen wie die, dass Indien sich offiziell zur Atommacht erklärt und diesen Anspruch durch die Tests von 1998 nachdrücklich bestätigt hat, oder dadurch dass Hightech-Spezialisten aus Indien den Arbeitskräftemangel in diesem Bereich in Deutschland ausgleichen. Ausgenommen die klassische Indologie, in der im 19. und 20. Jahrhundert deutsche Wissenschaftler führend waren und sind, und die moderne Ethnologie, war Indien hier kaum Studienobjekt, im Gegensatz etwa zu Großbritannien und den USA.* Das britische Interesse an Indien resultiert aus der Kolonialzeit, als Indien von allen Kolonien die größte Bedeutung hatte und deshalb auch nach der Unabhängigkeit Indiens die Kontakte intensiv waren, die durch anhaltende Zuwanderung und den Erfolg von Angehörigen der indischen Minderheit in Großbritannien noch verstärkt wurden. Die Vereinigten Staaten sahen anfangs in Indien nicht nur die größte Demokratie der Welt, sondern auch einen potentiellen Verbündeten. Die Politik der Blockfreiheit Nehrus und später die Haltung Indiens zur Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges unter seiner Tochter und Nachfolgerin Indira Gandhi hatten, ebenso wie die amerikanische Unterstützung Pakistans, jedoch zur Folge, dass sich die USA und Indien zwar nicht feindlich aber doch misstrauisch gegenüberstanden. Indiens eigenständige Rolle nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges sowie, in geringerem Ausmaße, seine Rivalität zu China führten jedoch dazu, dass das amerikanische Interesse an Indien nie erlosch. Der Aufstieg Chinas in den letzten Jahrzehnten hat das amerikanische Interesse an Indien als einem asiatischen Gegengewicht zu China erhöht, wobei hier die sicherheitspolitischen Interessen der Vereinigten Staaten im Verhältnis zu ihren wirtschaftspolitischen überwiegen.

* Es würde zu weit führen hier alle auf Südasien spezialisierten Einrichtungen zu erwähnen.

Untersuchungen der Außen- und Sicherheitspolitik Indiens sowie seiner internationalen Beziehungen befassen sich hauptsächlich mit den Beziehungen zu Pakistan, den USA und, bis 1991, der Sowjetunion. Beziehungen zu anderen asiatischen Staaten waren von sekundärer wissenschaftlicher Bedeutung und wurden in der Regel als Teil der Beziehungen innerhalb der Blockfreien Bewegung, in indischen Arbeiten auch unter dem Aspekt des Kaschmir-Konflikts abgehandelt. Lediglich die Beziehungen zu China sind Studienobjekt sowohl in Indien als auch anderswo, seit dem Grenzkrieg 1962 vermehrt als Teil der *Strategic Studies*.

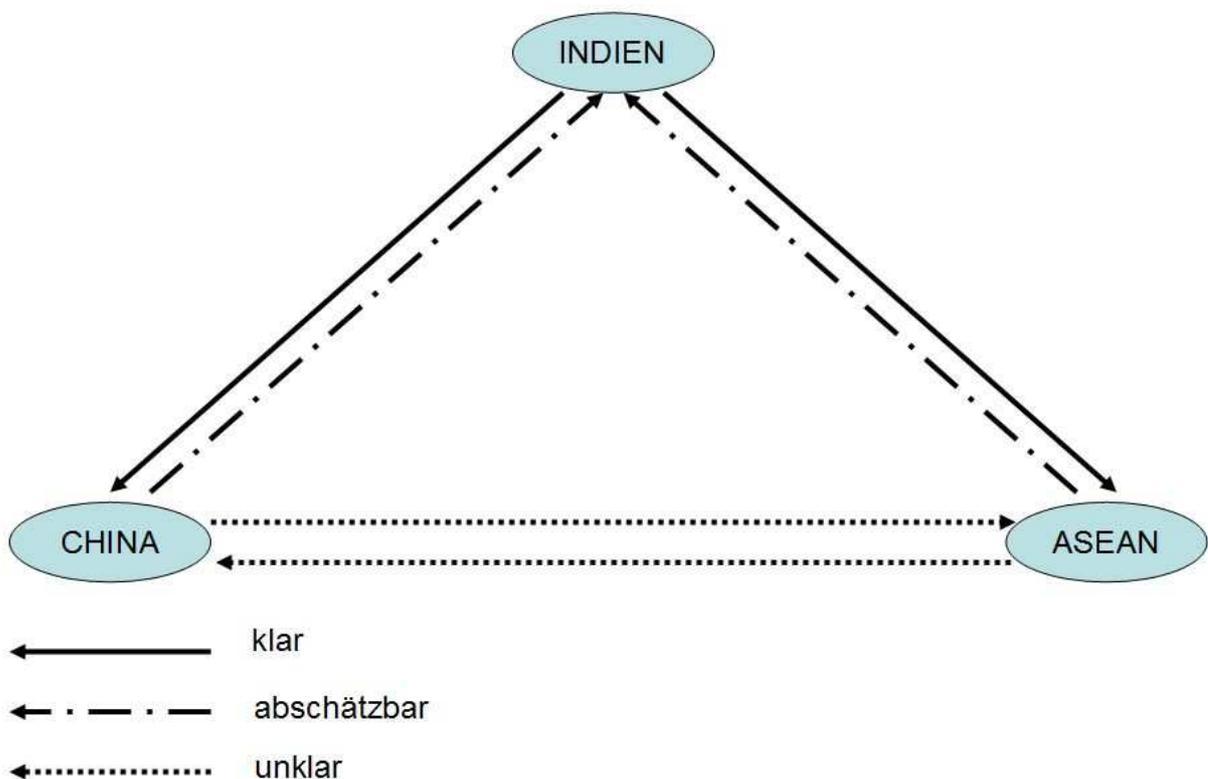
Die Veränderungen in der geopolitischen Lage seit 1989 und ihre Auswirkungen auf Indien sind, jedenfalls im deutschen Sprachraum, nicht ausführlicher untersucht worden.⁴ Das Ende des Kalten Kriegs und der Untergang der Sowjetunion beendeten aber nicht nur die stabile Ausrichtung der indischen Außenpolitik innerhalb der geopolitischen Konfliktlinien, sondern führte auch dazu, dass Indien sich plötzlich ohne einen mächtigen Verbündeten wiederfand und das zu einem Zeitpunkt, als der seit 1962 größte Rivale und potentielle Gegner, China, aufgrund der Anfang der Achtziger von Deng Xiao Ping eingeleiteten Reformen nicht nur seine wirtschaftliche, sondern auch seine militärische Macht erheblich vergrößern konnte. Schwerpunkt-Thema in den Untersuchungen zur indischen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben jedoch auch nach 1989 die indisch-pakistanischen Beziehungen, was insofern nachvollziehbar ist, als seit den Atombombentests 1998 sich zwei Nuklearmächte gegenüberstehen, die in einem Konfliktfall ihr atomares Potential einsetzen könnten. Diese – verständliche – Fokussierung auf die Beziehungen zu Pakistan hat jedoch dazu geführt, dass Beziehungen Indiens zu anderen Regionen in Asien vernachlässigt wurden.

Die Auswirkungen der jetzigen Politik, d.h. die Grundlagen, die sie für die nächsten Jahrzehnte legen wird, sind noch nicht genauer untersucht worden. Sinn und Zweck dieser Arbeit ist es deshalb, die Herausforderungen, denen sich Indien im 21. Jahrhundert im asiatischen Raum ausgesetzt sieht, zu analysieren. In Anbetracht der Größe Asiens und der Bedeutung Indiens mit seinen vielschichtigen In-

⁴ Dies bedeutet nicht, dass es keine Arbeiten zu Indien gibt, so ist von Christian Wagner ein Standardwerk über die indische Außenpolitik vorhanden, das aber nur den Zeitraum bis 1998 behandelt. Wagner, Christian: „Die verhinderte“ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947 – 1998, Baden-Baden, 2005.

teressen und Beziehungen ist es notwendig gleich am Anfang zu definieren, welche Bereiche nicht Teil dieser Arbeit sind. Dies sind die Beziehungen Indiens zu Westasien, bzw. dem Nahen Osten, wie auch die Beziehungen zu Japan und den neuentstandenen Staaten in Zentralasien, wobei einzelne Aspekte dieser Beziehungen gestreift werden, wenn dies notwendig ist. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt jedoch auf den Beziehungen Indiens zu seinen asiatischen Nachbarn im Norden und Osten: China und Südostasien.

Der Verfasser geht dabei sowohl methodisch als auch inhaltlich-analytisch von der geometrischen Figur des Dreiecks aus, zumal diese Figur auch die geographischen Gegebenheiten adäquat wiedergibt (siehe Karte am Ende des Kapitels), ein Analyseansatz der bisher so noch nicht verfolgt worden ist. In diesem Dreieck ist Indien die Basisseite c, Südostasien die Schenkelseite a und China die Schenkelseite b. Es gilt zu untersuchen, ob es sich dabei um ein ‚stumpf- oder spitzwinkeliges‘ oder ‚gleichschenkliges‘ Dreieck handelt, d.h. ob in diesem beziehungsreichen politischen Geflecht Südostasien und China die gleiche Relevanz zukommt bei der Beurteilung der außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven Indiens oder ob ihre Bedeutung unterschiedlich zu gewichten ist.



Dass China die aufstrebende Macht des 21. Jahrhunderts sein wird, ist heute Gemeinplatz jeden politischen Kommentars. Dass Indien ein ähnliches Potential wie China hat, wird oft übersehen: Die Bevölkerung beider Länder überschreitet die Milliardengrenze (China 1,3 Milliarden und Indien 1,1 Milliarden), die Volkswirtschaften wachsen, beide sind Atommächte. Zwar ist China Indien hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung voraus, andererseits ist Indien eine funktionierende Demokratie, ein Rechtsstaat mit einer freien Presse und einer unabhängigen Justiz, ein Zustand, den China noch lange nicht erreicht hat; sein Weg zu diesem Ziel – wenn es denn das Ziel ist! – wird mit großen innenpolitischen Problemen und deren Auswirkungen auf die weitere Entwicklung insbesondere der Wirtschaft Chinas verbunden sein, d.h. dass der jetzt vorhandene wirtschaftliche Vorsprung gegenüber Indien nicht von Dauer sein würde. China und Indien haben eine lange gemeinsame Landgrenze, an der sich durchaus kleinere Kriege führen lassen, wie 1962 bewiesen wurde, aber ein größerer bewaffneter Konflikt in diesem Bereich erscheint als sehr unwahrscheinlich, da die strategische Lage für beide Seiten unvorteilhaft ist.⁵ Die indischen Truppen müssten den Höhenunterschied zwischen der nordindischen Ebene und dem tibetanischen Hochplateau überwinden, während die chinesischen Truppen sich am Endpunkt einer sehr langen und unsicheren Nachschublinie befinden, die vor allem im Winter die Versorgung größerer Truppenkontingente nicht zulässt. Ein weiterer Grund, der gegen eine militärische Eskalation entlang der Grenze spricht, ist, dass beide Staaten Nuklearmächte sind, die sich der Risiken einer unüberlegten Handlungsweise bewusst sind.

Erfahrungswerte aus der Zeit des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zeigen, dass es in solchen Zeiten zu Stellvertreterkriegen kommen kann; dass neue Bündnissysteme angestrebt werden; dass versucht wird neutrale Länder auf die eigene Seite zu ziehen oder solche, die mit der Gegenseite sympathisieren, zu einem Sinneswandel zu bewegen; dass jede Seite sich generell bemüht, eine für die eigene Sache günstige Atmosphäre weltweit zu schaffen. In diesem Kontext ist Südostasien zu sehen, dass sowohl an China als auch an Indien grenzt. Schläge sich die Region geschlossen auf die eine oder andere Seite, verschöbe sich das strategische Gewicht eindeutig zugunsten der gewählten Seite.

⁵ Eine gute Darstellung des Konflikts von 1962 gibt es bei Maxwell, Neville: *India's China War*, London, 1970.

Ein weiterer für die Positionierung Südostasiens im Spannungsfeld Indien-China relevanter Faktor ist die Wirtschaftskraft der Region und zwar dann, wenn das Bruttosozialprodukt aller Länder Südostasiens bzw. der Association of South East Asian Nations (ASEAN) an den Wirtschaftsraum Indiens oder Chinas gekoppelt wird. Daneben eröffnet sich jedoch für Südostasien auch die Möglichkeit, vor allem wenn die südostasiatischen Staaten im Rahmen der ASEAN kooperieren, durch eine gezielte Schaukelpolitik, das *Balancing*, die Rolle eines *Pivot* zu übernehmen und somit gegenüber Indien und China einen größeren Spielraum zu wahren.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Sinn und Zweck dieser Arbeit ist es, die Perspektiven der indischen Außen- und Sicherheitspolitik in Asien zu untersuchen, wobei China als der strategische Rivale Indiens gesehen wird und Südostasien als eine der wichtigsten Regionen, in der sich diese Rivalität manifestiert. Das Ziel, dem zumindest nahe zu kommen Intention dieser Arbeit ist, liegt darin, die Antwort auf folgende Fragen zu finden:

- Welches sind die grundlegenden Interessen und Perspektiven der indischen Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf die VR China und die in der ASEAN zusammengefassten Staaten Südostasiens?
- Welche Rolle spielen Indien und die Staaten der ASEAN im Bereich der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik?
- Welches ist die optimale Strategie im außen- und sicherheitspolitischen Bereich für die Staaten der ASEAN im Spannungsfeld zwischen Indien und China?

Auch der Frage nachzugehen, inwieweit sich die indische Außen- und Sicherheitspolitik einem Theoriemodell zuordnen lässt, ist deshalb unerlässlich, weil die begründete Zuordnung zu einem Theoriemodell auch Auskunft geben kann über die weitere methodische Vorgehensweise der indischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Dies geschieht im 2. Kapitel. Wie jeder Bereich der Politischen Wissenschaft sind auch die Internationalen Beziehungen nicht vom Widerstreit der Theorien verschont geblieben. Das Problem der Politischen Wissenschaft, wie aller anderen Geisteswissenschaften auch, liegt darin, dass man nicht wie in den Naturwissenschaften die Theorien unter Laborbedingungen testen kann, um die einzig ‚richtige‘ zu finden. Nichtsdestotrotz ist zumindest der Grad der Relevanz einer Theorie dadurch überprüfbar, dass man die Theorien an der realen Welt misst und dadurch ihre Aussagekraft überprüft. Einschränkend sei hier hinzugefügt, dass auch Politologen „....., have tended to engage in a very selective appropriation of concepts, often with an eye to their perceived fit with pre-existing theories and assumptions“.⁶

Der Verfasser dieser Arbeit sieht die Staaten als die Hauptakteure im internationalen System, wenn nicht sogar als dessen alleinige Akteure, wobei er das internationale System als solches als unstrukturiert und anarchisch ansieht. Seit Anfang der Neunziger gibt es zunehmend die Tendenz, die Rolle der Staaten als alleinige Akteure im internationalen System in Frage zu stellen. Nach dieser Sichtweise wird der Handlungsspielraum der Staaten in den Internationalen Beziehungen von supranationalen Organisationen wie die United Nations (UN) oder die (World Trade Organization) WTO in Frage gestellt und auch - vor allem im Umweltschutz- und in Menschenrechtsfragen - von Non-Governmental Organizations (NGOs) als Teil der weltweiten *Civic Society*. Diese Meinung ist m.E. unzutreffend: Einrichtungen wie die UN, die WTO oder die European Union (EU) haben Einfluss bzw. Macht nur, weil ihre Mitgliedsstaaten bereit sind, ihnen Macht zu überlassen. (Diese Einrichtungen haben aus sich selbst heraus keine Macht und verfügen auch über keinerlei Ressourcen um Macht zu erschaffen oder auszuüben). Was nun die NGOs anbelangt, so wird ihr Einfluss in den Medien oft übertrieben dargestellt. NGOs sind in der Regel erfolgreich, wenn es ihnen gelingt

⁶ Crawford, Robert M.A.: *Idealism and Realism in International Relations. Beyond the Discipline*, London, New York, 2000, S. 42.

Regierungen, also die Entscheidungsträger der Staaten, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bei einem direkten Konflikt zwischen einem Staat und einer NGO würde der Staat die Oberhand behalten.*

Mit seiner Sichtweise der Staaten als Hauptakteure im internationalen System steht der Verfasser im Lager des Neo-Realismus, wobei jedoch gleich einschränkend angemerkt werden muss, dass eine solche Zuordnung zwar die Abgrenzung gegenüber anderen Theorien deutlich macht, aber wenig darüber aussagt, zu welcher der zahlreichen, verschiedene Aspekte betonenden Theorie-Varianten innerhalb des Neo-Realismus der Verfasser tendiert; eine solche kategorische Zuordnung wäre von vornherein eine unnötige Verengung des theoretischen Ansatzes.

Auch wenn man die Staaten als die hauptsächlichlichen Akteure des internationalen Systems sieht, eines anarchischen Systems ohne Gesetze und ohne Ordnung, so sieht der Verfasser die Staaten nicht als eine Art ‚Lebewesen‘, die sich instinktiv in ihrem natürlichen Umfeld bewegen. Staaten sind Konstrukte, die in der Regel von einer kleinen Gruppe von Menschen gesteuert werden. So sind zwar alle Staaten, bzw. ihre Lenker, primär daran interessiert, ihr Weiterbestehen zu sichern und ihre Macht zu maximieren. Welches jedoch diese Interessen sind und wie man sie am besten durchsetzt, sind nicht Entscheidungen des Staates als solchem, sondern die seiner Lenker, die in der Regel wohl Politiker sind.⁷ Diese Entscheidungen werden somit von Menschen getroffen, die ein Produkt ihrer eigenen Erfahrungen, ihrer Ansichten und Ideologien und ihrer Geschichte sind.

Um die Vorgehensweise eines Staates zu verstehen, muss man sich somit immer auf zwei Aspekte bzw. Interessenebenen konzentrieren, auf die Interessen des Staates und die seiner Lenker. Jeder Staat hat die gleichen Interessen und strebt danach diese durchzusetzen: Sicherung der weiteren Existenz, Erringung einer dominanten und Vermeidung einer inferioren oder abhängigen Position gegenüber

* Der Verfasser betrachtet nur solche Organisationen als NGOs, die mit friedlichen Mitteln für ihre Ziele eintreten

⁷ Der Begriff „Politiker“ folgt hier Max Weber, der in seiner 1919 veröffentlichten Schrift „Politik als Beruf“ Politik definiert als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt“, zitiert nach: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosellek, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 4, Stuttgart, 1978, S. 872.

anderen Staaten. Diese sind in der Regel deckungsgleich mit den Interessen der Lenker eines Staates, den Politikern, die sich voneinander unterscheiden durch ihre ethnische und soziale Herkunft, ihre Religion, ihre politische Überzeugung und die Geschichte des Staates und des Volkes, welche sie hervorgebracht haben. Daraus resultiert, dass die Lenker eines Staates, ihre Sicht auf die Welt und ihre Interessen nur dann verstanden werden können, wenn auch sie und ihr Umfeld analysiert werden. Die Staaten als Akteure in den International Relations werden auf systemischer Ebene analysiert, die Menschen, d.h. die Entscheidungsträger im Staat, auf subsystemischer Ebene. Eine Analyse der Lenker ermöglicht schlüssige Aussagen über deren Handlungs-Motivationen und damit auch relativ sichere Vorhersagen über zukünftige Entwicklungen von Staaten, ihre Absichten und Maßnahmen.

Im 3. Kapitel wird zunächst das *Policy-Making*, d.h. die Akteure in der indischen Außen- und Sicherheitspolitik, untersucht und das ihnen zur *Policy-Implementation* zur Verfügung stehende Instrumentarium. Im Bereich *Policy-Making* werden die klassischen Akteure in Regierung und Parlament vorgestellt, aber auch Vertreter der *Strategic Community*, der nicht-staatlichen Vereinigungen und Interessengruppen. Als wichtige Instrumente zur *Policy-Implementation* wird die Struktur des Ministry of External Affairs (MEA) analysiert, aber auch u.a. der National Security Council (NSC). Danach folgt die auf subsystemischer Analyse-Ebene unverzichtbare Untersuchung der traditionellen Bedingtheiten der indischen Außen- und Sicherheitspolitik und anschließend ein Überblick über die Entwicklung der Beziehungen seit der Unabhängigkeit besonders zu den Staaten, die nicht Thema dieser Arbeit sind.

Im 4. Kapitel wird die augenblickliche indische Interessenlage im südostasiatischen Raum dargestellt und analysiert. Es soll dabei herausgearbeitet werden, ob die indische Wahrnehmung der Lage sich von der Wahrnehmung nicht-indischer Beobachter unterscheidet. Darauf wird eine Antwort auf die Frage gesucht, ob es Indien aktuell möglich ist und künftig möglich sein wird, alle seine Interessen aktiv zu verfolgen. Auf einen kurzen historischen Abschnitt über die Entwicklung der Beziehungen Indiens zu Südostasien folgt deren Darstellung in der Zeit bis 1989. Dieser Zeitraum ist von verschiedenen Autoren bearbeitet worden, deshalb

werden an dieser Stelle nur die für die weitere Entwicklung relevanten Fakten herangezogen. Anders ist es für die Zeit nach 1989, die bisher kaum thematisiert worden ist; deshalb werden die indisch-südostasiatischen Beziehungen in diesem Zeitraum ausführlich behandelt und es werden auch die wirtschaftlichen Beziehungen genauer untersucht, weil diese von Bedeutung sein könnten für das zukünftige Verhältnis Indiens zu seinen Nachbarn in Südostasien. Die indischen Beziehungen zu ausgewählten Staaten werden im zweiten Teil thematisiert: zu Indonesien und Vietnam, den wichtigsten Ländern in Südostasien/ASEAN, sowie zu Myanmar, das als einziges Land in Südostasien sowohl an Indien als auch China grenzt und mit Indien das grenzüberschreitende Problem rebellischer ethnischer Minderheiten teilt.

Das 5. Kapitel widmet sich den indisch-chinesischen Beziehungen aus indischer Sicht. Es ist eine, wenn auch erstaunliche Tatsache, dass China und Indien bis zur Neuzeit keinerlei politischen Kontakte miteinander hatten.⁸ Diese wurden erst in der späten britischen Kolonialzeit geknüpft. Einerseits von den britischen Kolonialherren, die von ihren Besitzungen in Indien aus gegen China vorgingen, andererseits von Indern, für die China ein weiteres Opfer westlich kolonialer und später auch japanischer Aggression war. Die Qualität des Verhältnisses des unabhängigen Indiens zu China ist nicht gleichbleibend, von Freundschaft geprägte Phasen sind ebenso wenig von Dauer wie die konfliktreichen. Diese unterschiedlichen Phasen werden chronologisch dargestellt und den grundlegenden Maßgaben der indischen Außen- und Sicherheitspolitik entsprechend analysiert.

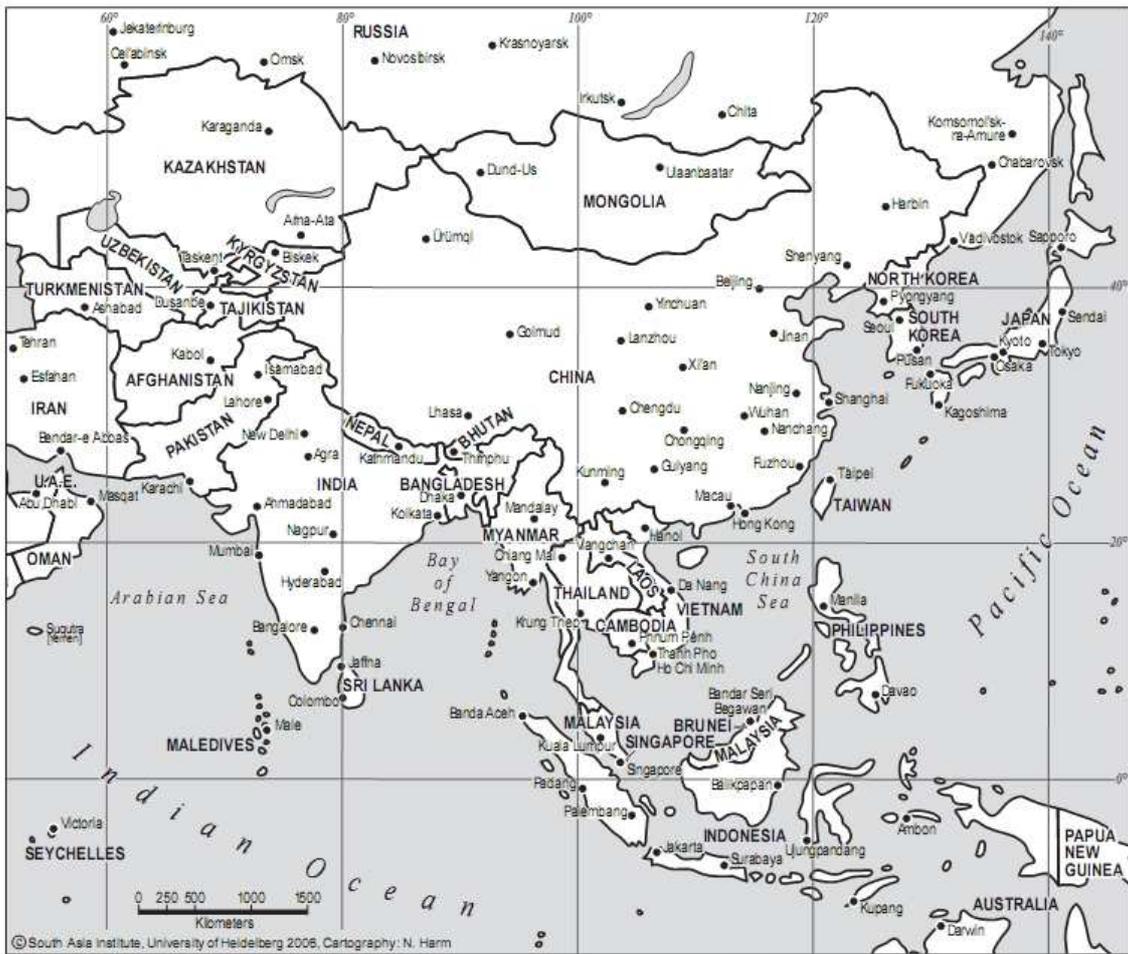
Thema des 6. Kapitels ist die Perspektive Chinas. Ausgehend von einer Darstellung der Grundlagen der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik, soll die augenblickliche Interessenlage der VR China analysiert werden. Auf eine kurze Darstellung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten folgt eine Analyse ihrer Beziehungen zu Indien und den südostasiatischen Staaten, wobei hier der Schwerpunkt auf den Beziehungen zu Vietnam, Thailand, Indonesien und Myanmar liegt. Von besonderem Interesse sowohl für das Verhältnis zu Indien als auch

⁸Mit Fa Hsien 405 CE begannen buddhistische Mönche aus China, in Indien die Orte des Buddhas aufzusuchen. Es handelt sich hierbei um die ersten historisch überlieferten Kontakte, wobei es vermutlich schon vorher merkantile Berührungen gab. Thapar, Romilla: *A History of India Vol. I*, Harmondsworth, 1966, S. 140 ff.

zu den angeführten Staaten Südostasiens ist die Problematik des jeweiligen Grenzverlaufs; deshalb wird auf diesen Komplex ein hohes Augenmerk gerichtet.

Anders als in Kapitel 4 - Die Beziehungen Indiens zu Südostasien – wird in Kapitel 7 die Region im Spannungsfeld zwischen Indien und China behandelt, d.h. es wird bei der Darstellung des politischen Prozesses in diesem Raum vorrangig das Beziehungsgeflecht des Dreiecks im Fordergrund stehen. Es wird versucht den methodischen Erklärungsansatz ‚Ursache-Wirkung‘ zu ersetzen durch den der Interaktion: der politische Prozess als Ergebnis wechselseitig bedingter Handlungen der Akteure, deren Entscheidungen bestimmt werden von ihrer jeweiligen Perzeption, ihren Auffassungen der Möglichkeiten und vor allem der Absichten der anderen Seite. Einem kurzen Überblick über die Geschichte Südostasiens vor 1947, mit Schwerpunkt auf den auswärtigen Beziehungen, folgt eine Darstellung der aktuellen Beziehungen der südostasiatischen Staaten zu Indien und China, wobei im einzelnen Vietnam, Thailand und Indonesien untersucht werden, die Kernstaaten der Region, aber auch Myanmar, das als einziges Land in Südostasien eine gemeinsame Landgrenze sowohl zu Indien als auch zu China hat.

Im abschließenden 8. Kapitel werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und es wird überprüft, ob diese Ergebnisse eine zufriedenstellende Antwort geben auf die oben (S. 6) gestellten Kernfragen.



Karte 1: Darstellung der in der Arbeit behandelten Regionen

2. Die theoretischen Grundlagen

Einer der großen Unterschiede zwischen Natur- und Geisteswissenschaften resultiert aus der Rolle, die Theorien in diesen beiden Bereichen der Wissenschaft spielen. In den Naturwissenschaften geht der Theorien-Bildung eine Hypothese voraus, die durch Experimente verifiziert oder falsifiziert wird. Diese Experimente sind unter Laborbedingungen weltweit wiederholbar und haben, bei gleichbleibendem Experimentaufbau, immer die gleichen Ergebnisse. Wissenschaftlicher Konsens ist, dass eine aus diesen Ergebnissen abgeleitete Theorie nicht im Widerspruch zu bekannten experimentellen Fakten stehen darf. Treten Widersprüche auf, dann sind die betreffenden Theorien zu revidieren. Die Lage in den Geisteswissenschaften und somit auch innerhalb der Politikwissenschaft ist eine andere. Da die Theorien nicht unter Laborbedingungen verifiziert werden können, gibt es keinen unumstößlichen Beweis für ihre Richtigkeit. Dies hat zur Folge, dass die Vertreter und Befürworter einer Theorie deren „Richtigkeit“ dadurch zu beweisen suchen, dass sie Argumente und Fakten ins Feld führen, deren Wahrheitsgehalt oder Relevanz von den Anhängern anderer Theorien wiederum nicht akzeptiert werden.

Theorien werden von ihrer Umwelt und ihren Traditionen verhafteten Menschen aufgestellt, wobei man es sich zu leicht macht, wenn man das Erscheinen neuer Theorien und das Beiseitedrängen von alten Erklärungsversuchen nur mit der Umwelt und der Geschichte und deren Einfluss auf die Menschen erklären will. Entwicklungen innerhalb der Theorien werden auch von Menschen selbst hervorgebracht, nicht nur als Erklärungsversuche, sondern auch als Reaktion auf andere Erklärungsversuche oder auch dadurch, dass von unterschiedlichen Ideologien geprägte Theorien aus anderen Bereichen der Geisteswissenschaften unreflektiert übernommen werden. Die sich zwangsläufig daraus ergebenden Theorie-Streitigkeiten sind auch in der Politikwissenschaft an der Tagesordnung, wobei im Gegensatz zur Philosophie und den Religionswissenschaften die Politikwissenschaft und ihr Teilbereich der International Relations auf empirische Daten und Fakten zurückgreifen können, um den Wahrheitsgehalt von Theorien zu untersuchen; denn die politischen Strukturen von Staaten, ihre Beziehungen untereinander und Konflikte zwischen ihnen sind von der Historiographie tradiert. Die Poli-

tikwissenschaft verfügt somit über empirische Daten aus 5000 Jahren, wenn auch nur für einzelne Regionen der Welt. Da die Theorien immer auch Erklärungsansätze sind, lassen sich diese mit den relevanten Daten abgleichen und es erschließt sich dem kenntnisreichen Beobachter, ob die Erklärungsansätze der einzelnen Theorien mit den verfügbaren Daten übereinstimmen. Zwar ist so ein endgültiges Urteil im Sinne der Naturwissenschaften nicht begründbar, jedoch kann diejenige Theorie, die die meiste Übereinstimmung mit den bekannten Daten aufweist, für sich in Anspruch nehmen die relevanteste bzw. richtigste zu sein. In 2.1 werden die derzeit wichtigsten Theorien der International Relations vorgestellt und es wird untersucht werden, inwiefern ihr Anspruch, die Welt bzw. die Beziehungen der Staaten zueinander zu erklären, zutreffend ist.

Ein anderer, die Theorienbildung animierender Komplex an der Schnittstelle von Politik- und Geschichtswissenschaft ist die Debatte darüber, welche Faktoren für den Aufstieg und den Fall einer Großmacht verantwortlich sind. Erklärungsversuche, warum ein Land oder eine Stadt sich zur Großmacht entwickelte, lassen sich in der westlichen Gedankenwelt bis zur Zeit des Imperium Romanum zurückverfolgen, als sowohl von griechischer als auch von römischer Seite über die Gründe für den Aufstieg Roms reflektiert wurde. Die damals schlüssige Begründung, dass Rom den Segen der Götter genoss, wird in der heutigen Zeit zu Recht als nicht zufriedenstellend angesehen. Neuzeitliche Erklärungen haben jedoch kaum mehr zur Erhellung der Sachlage beigetragen. Der marxistische Ansatz, Aufstieg und Fall von Großmächten anhand des dialektischen und historischen Materialismus zu erklären, sind spätestens seit 1989 obsolet. Auch die Versuche, den erfolgreichen Aufstieg einzelner Nationen mit dem Vorhandensein spezifischer nationaler Eigenschaften zu begründen, befriedigen nicht, zumal die Charakteristika den Niedergang der jeweiligen Großmacht nicht verhindern konnten.¹

Das Ende des 2. Weltkriegs bedeutete vorerst das Ende von umfassenden Erklärungsversuchen des Phänomens Großmacht. Die Sowjetunion war weiterhin dem

¹ Das klassische Beispiel in der Neuzeit ist hier das British Empire. Die Charakteristika, die den Briten zueigen sind bzw. von ihnen beansprucht werden, Nüchternheit, Selbstkontrolle, Wagemut und Fair Play, haben sich im Lauf der Zeit nicht gewandelt, ebenso ist das politische System Großbritanniens im großen und ganzen unverändert geblieben, so dass die Verwendung von nationalen Charakteristika den Aufstieg zur Großmacht nicht erklären kann, wenn die Beibehaltung dieser Charakteristika den Abstieg nicht verhindert hat.

marxistisch-leninistischen Ansatz verhaftet, während in den USA die Frage nach dem Aufstieg und Fall einer Großmacht in dieser Zeit als eher nebensächlich angesehen wurde. In Europa war das Interesse an theoretischen Antworten auf diese Frage im Zuge der Entkolonialisierung völlig verschwunden, d.h. der Verlust der Kolonialreiche führte in den betroffenen Staaten in gewissen Kreisen eher zu lar-moyantem Wehklagen über die Ungerechtigkeit der Zeiten als zu einer wissenschaftlichen Aufarbeitung des Sachverhalts, während der Rest der Bevölkerung den Verlust akzeptierte und sich mit der nachgeordneten Rolle des eigenen Staates im Verhältnis zu den USA arrangierte. In Deutschland war das Thema Großmacht nach 1945 weder in der Wissenschaft noch in der Öffentlichkeit von Interesse.²

Seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat eine Gegenbewegung eingesetzt, die zu Recht mit der Veröffentlichung von Paul Kennedys „The Rise and Fall of Great Powers“ in Verbindung gebracht wird.³ Gefördert wurde diese Bewegung, d.h. das allgemeine Interesse am Thema „Großmacht“, durch den Fall der Sowjetunion und die kurze Phase unilateraler Dominanz der USA. Es erscheint logisch, dass das Wissen um die Gründe für Aufstieg und Fall von Großmächten die Prognose über den Aufstieg neuer Mächte erleichtern werde; der von vielen als unaufhaltsam angesehene Aufstieg Chinas hat dieses Interesse weiter gefördert. Derartige Prognosen – und damit die Antwort auf die Frage, welches die Ursachen für den Aufstieg eines Staats zur Großmacht sind – sind so unterschiedlich wie vor 2000 Jahren. Auch die Voraussagen von ausgewiesenen Experten werden durch die politischen Entwicklungen widerlegt, so z.B. Francis Fukuyama, dessen These vom „End of History“ sich bisher nicht bewahrheitet hat, während andere zwar die Entwicklung richtig prognostiziert haben, aber teilweise

² Der Frankreich nach 1945 drohende Verlust seines Kolonialreichs, das in französischen Augen untrennbar mit dem Status Frankreichs als Großmacht verbunden war, führte zu zwei teuren und letztendlich vergeblichen Kolonialkriegen in Indochina und Nordafrika. Wichtigstes außenpolitisches Ziel De Gaulles war die Wahrung der Unabhängigkeit Frankreichs und seines internationalen Ansehens als „Grande Nation“. Da er automatisch wirkende Bündnisverpflichtungen ablehnte, löste er 1966 die französischen Truppen aus der militärischen Integration der NATO; um den militärischen Schutz Frankreichs sicherzustellen, baute er eine Atomstreitmacht („Force de Frappe“) auf. In der internationalen Politik wandte sich die französische Regierung gegen das machtpolitische Übergewicht der USA, aber auch der Sowjetunion.

³ Kennedy: seine Kernaussage ist, dass Macht immer relativ zu den anderen Staaten ist und dass politische und militärische Macht immer auf der zugrundeliegenden wirtschaftlichen Kraft beruhen und somit eine Verringerung wirtschaftlicher Macht vis-a-vis den Rivalen auch zu einer Verringerung der politischen und militärischen Macht führt.

aus ideologischen Gründen auf Ablehnung stoßen, wie Samuel Huntington mit seinem „Clash of Civilizations“.⁴

Theorien und deren Diskussion werden bisher von westlichen Politikwissenschaftlern getragen, die sich auf den Aufstieg und Fall westlicher Mächte konzentrieren, worunter auch Russland bzw. die Sowjetunion fallen, außereuropäische bzw. nicht-westliche Mächte waren in den letzten Jahrhunderten Objekt und nicht Subjekt in ihren Beziehungen zum Westen. Der potentielle Aufstieg Chinas und Indiens in Konkurrenz zu den westlichen Mächten wirft daher eine Vielzahl von Fragen auf, u.a. ob die Theorien und Erklärungsversuche für dieses Phänomen Allgemeingültigkeit haben oder ob Staaten, die nicht-europäischen Hochkulturen entstammen, eine neue und eigenständige Dimension in den Theorienstreit bringen werden.

2.1. Theorien der International Relations (IR)

Die Lehre von den International Relations (IR), im Deutschen generell als die Lehre von den Internationalen Beziehungen (IB) bezeichnet, beschäftigt sich hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, mit den Beziehungen zwischen den Staaten der Welt. Obwohl es schon in früheren Zeiten Überlegungen und Gebote zum korrekten Umgang der Staaten untereinander gab, so z.B. die Überlegungen von Thomas von Aquin zum Gerechten Krieg, so befassen sich doch die meisten Werke aus der frühen Neuzeit nicht so sehr mit den moralischen und legalen Bedingungen für die Beziehungen zwischen den Staaten, sondern gehen eher rational der Frage nach, wie ein Staat seine Position und Sicherheit gegenüber anderen Staaten sichern bzw. verbessern kann. So rechtfertigt im Westen Niccolò Machiavelli (1469-1527) in seinem Werk „Il Principe“, erschienen 1532, unethisches Handeln, wenn dies für die Machterhaltung des Staates notwendig ist, und be-

⁴ Francis Fukuyama postulierte das Ende der Geschichte in einem Artikel in der Zeitschrift *The National Interest* 1989 und erweiterte seine These in dem Buch *The End of History and the Last Man*, New York, NY, 1992 unter dem Eindruck des 1. Golfkriegs; seine Kernaussage ist, dass der westliche Liberalismus sich gegenüber konkurrierenden Ideologien durchgesetzt hat und dass somit das Ende der Ideologiedebatte durch die Realität bewirkt worden sei. Diese Sichtweise der geschichtlichen Entwicklung stieß auf Ablehnung von verschiedenen Seiten, u.a. von Samuel Huntington, dessen *Clash of Civilizations?* 1993 als Artikel in *Foreign Affairs* erschien und 1996 in erweiterter Form als *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York, NY, 1996 wo er postuliert, dass ethnisch-religiöse Loyalitäten die Politik und insbesondere die internationalen Beziehungen bestimmen.

gründet damit, ohne den Begriff zu verwenden, die Lehre von der Staatsräson. So schreibt Machiavelli in Kapitel XVII, „dass es zweierlei Arten der Auseinandersetzung gibt: die mit Hilfe des Rechts und die mit Gewalt“; und dass „ein Herrscher <...> oft genug gezwungen ist, gegen Treue, Barmherzigkeit, Menschlichkeit und Religion zu verstoßen <...> um die Herrschaft zu behaupten. Dann muss er die Seelenstärke haben, sich nach den Winden des Glücks und dem Wechsel der Verhältnisse zu richten und <...>im Notfall auch verstehen Böses zu tun.“⁵

In den Hochkulturen des Ostens hatten Kautilya mit der Artashastra (Indien) und Sun Tzu mit der Kunst des Krieges (China) bedeutenden Einfluss auf die staatlichen Eliten, wobei Sun Tzu, im Gegensatz zu Kautilya, nie in Vergessenheit geriet.⁶

Trotz des Bestehens von Theorien über die nationale Sicherheit, die Wahrung nationaler Interessen und die Führung einer optimalen Außen- und Sicherheitspolitik in nicht-westlichen Kulturkreisen ist die Politikwissenschaft als solche und somit auch der Bereich der International Relations und des damit verbundenen Theorien-Komplexes ein Produkt des westlichen Kulturkreises, wobei die Grundlage des westlichen Staatensystems, so wie wir es heute noch kennen, auf den von Hugo Grotius in seinem 1625 erschienen Hauptwerk „De iure belli ac pacis“ entwickelten Prinzipien beruht: Grotius stützte die Regelung der internationalen Beziehungen in Krieg und Frieden auf die Souveränität des Staates und etablierte damit das Völkerrecht als eine von den Grundsätzen der Staatengleichheit und deren gegenseitiger Anerkennung geprägten Rechtsordnung.⁷ Diese Grundsätze erfuhren im Westfälischen Frieden 1648 ihre erste praktische Anwendung. Das dem Prinzip der Souveränität immanente Verbot, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen, wurde von den europäischen Staaten untereinander nicht immer respektiert, wobei jedoch in der Regel versucht wurde Verstöße

⁵ *Geschichte in Quellen: Renaissance Glaubenskämpfe Absolutismus*, bearbeitet von Fritz Dickmann, München 1976 (2.Auflage), S. 26f.

⁶ Die „Arthashastra“ des Kautilya entstand während der Zeit des Maurya Imperiums in 4./3. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, geriet aber später in Vergessenheit. „Die Kunst des Krieges“ von Sun Tzu (Sunzi) entstand in der Zeit der Kämpfenden Staaten (403-221 v. Chr.), als China in mehrere miteinander rivalisierende Staaten zerfallen war, und ist eine praxisbezogene Anleitung für die erfolgreiche Kriegsführung, im Gegensatz zur Arthashastra, die sich allgemein mit der Kunst der Staatsführung befasst.

⁷ Grotius, Hugo: *De iure belli ac pacis*, Paris, 1625, übersetzt von Schätzel, Walter, Tübingen, 1950.

mit einem legalistischen Mäntelchen zu tarnen.⁸ Das moderne Völkerrecht basiert jedoch zu großen Teilen immer noch auf den Prinzipien von Hugo Grotius, dem ‚Vater des Völkerrechts‘.

Ohne an dieser Stelle über mögliche Interaktionen zwischen organisierten Gruppen in vorgeschichtlicher Zeit spekulieren zu wollen, so lassen sich doch derartige Beziehungen fast 5000 Jahre in die Vergangenheit zurückverfolgen, bis zu den sumerischen Stadtstaaten, deren Beziehungen untereinander aufgrund der schriftlichen Überlieferungen analysiert werden konnten.* Die Keilschrift-Texte sprechen von Konflikten sowie Friedens- und Handelsabkommen zwischen diesen Staaten, noch heute der Kernbereich der International Relations. Auch die Entstehung von supranationalen Staatsgebilden bzw. Reichen, ein weiterer Bereich der IR, manifestiert sich bereits in dieser geschichtlichen Frühzeit im Aufgehen der sumerischen Stadtstaaten im Großreich von Akkad, d.h. dass bis heute eine sich entwickelnde Großmacht die Dominanz über die sie umgebenden Gebiete anstrebt, bis entweder geographische Hindernisse oder der Widerstand der betroffenen Staaten eine weitere Ausbreitung unmöglich machen.

Im Verlauf der Geschichte sind die IR allein dadurch immer komplexer geworden, dass die Zahl der staatlichen Gebilde und damit der Akteure sich um ein Vielfaches erhöht hat, zumal diese Akteure immer häufiger unterschiedlichen Kulturkreisen angehören, was das gegenseitige Verständnis und die wechselseitige Einschätzung von politischen Motivationen und Zielsetzungen erheblich erschwert und gravierende Fehleinschätzungen zeitigen kann. Die im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und damit der IR verantwortlichen Akteure waren und sind zunehmend angewiesen auf kompetente Beratung in welcher Form auch immer und ein von allen Beteiligten anerkanntes rechtliches Fundament. Ob nun theoretische Erörterungen und Modelle unmittelbar oder mittelbar Einfluss nehmen auf

⁸ Die Kriege zwischen den europäischen Staaten waren seit 1648 nicht weniger zahlreich als vor dem Beginn des 30-jährigen Krieges, wurden aber in der Regel von den Kriegsparteien, oder wenigstens dem Aggressor, mit einem Rechtsanspruch „legitimiert“. So begründete Friedrich der Große seinen Krieg mit Österreich, der mit der Eroberung Schlesiens endete, mit preußischen Erbansprüchen, die von Österreich missachtet worden seien, während Österreich in späteren Kriegen die widerrechtliche Annexion Schlesiens als *casus belli* anführte. Die Teilung Polens durch Preußen, Russland und Österreich hingegen wurde einfach vollzogen.

* Die sumerischen Stadtstaaten erfüllten die Voraussetzungen, die an einen Staat gestellt werden: ein klar definiertes Staatsgebiet, Gewaltmonopol nach Innen und Außen, Erhebung von Steuern und Abgaben und eine zentrale Führung.

die Entscheidung dieser Akteure, sei vorerst dahingestellt. Tatsache ist, dass im Westen besonders seit der Aufklärung solche theoretischen Abhandlungen verfasst wurden, von denen wohl die bedeutendste Immanuel Kants ‚Zum Ewigen Frieden‘ ist.⁹

Wie von Kant prognostiziert, blieb diese theoretische Schrift, wie viele andere, ohne Bedeutung für Staatsmänner wie Bismarck und Palmerston im 19. oder Churchill im 20. Jahrhundert, die eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik betrieben ohne diese politiktheoretisch zu rechtfertigen.¹⁰

Ein zunehmendes Interesse an der Politikwissenschaft im Allgemeinen, und dem Bereich der International Relations im Besonderen, ist seit dem 2. Weltkrieg zu verzeichnen, was mehrere Gründe hat. Zum einen ließen zwei Weltkriege innerhalb von 30 Jahren Zweifel daran aufkommen, ob die bis dahin übliche Handhabung der Politik noch zufriedenstellende Resultate lieferte, zum anderen ließ die Atombombe mit ihrem Vernichtungspotential die Internationalen Beziehungen plötzlich zu einem Bereich werden, in dem es nach einer Fehlentscheidung keine zweite Chance mehr geben würde. Die Übernahme von politikwissenschaftlichen Erkenntnissen in die praktische Politik wurde jedoch dadurch erschwert, dass es keine einheitliche Theorie gab; die Entscheidungsträger in der Politik sahen sich mit einer Vielzahl von einander widersprechenden Theorien konfrontiert, deren einzelne Vertreter ihre Theorie als die einzig richtige darzustellen suchten, um die Politikberatung für sich zu monopolisieren.

Die Theorien der International Relations lassen sich differenzieren sowohl hinsichtlich ihrer Forschungsschwerpunkte als auch ihrer Schlussfolgerungen. Einig sind sich die Vertreter der verschiedenen Richtungen jedoch darin, dass die IR auf zwei Ebenen, der systemischen und der subsystemischen, analysiert werden können. Die systemische Ebene beschäftigt sich mit den globalen Strukturen als Akteure: Staaten, Internationale Organisationen und in neuerer Zeit Nichtregierungsorganisationen (NRO bzw. NGO im englischen), die subsystemische Ebene befasst sich mit den Menschen, den entscheidenden Akteuren in den globalen Struk-

⁹ Kant, Immanuel: *Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg, 1795.

¹⁰ Im Vorwort der 1795 erschienen Schrift sagt Kant, „...dass, da der praktische Politiker mit dem theoretischen auf dem Fuß steht, <...> der dem Staat, welcher von Erfahrungsgrundsätzen ausgehen müsse, mit seinen sachleeren Idealen keine Gefahr bringe, <da> sich der weltkundige Staatsmann <nicht an sie> kehren darf...“

turen, aber auch damit, welche Faktoren auf diese Handelnden einwirken oder sie beeinflussen.

Die drei großen Theoriebereiche in den International Relations, die den Anspruch erheben die systemische Ebene zu analysieren und zu deuten, sind der Neo-Realismus, der Neoliberale Institutionalismus und der Konstruktivismus. In jüngerer Zeit hat es Bestrebungen gegeben, die Gegensätze zwischen den verschiedenen Theorieschulen zu minimieren oder sie als Aspekte einer Metatheorie darzustellen.¹¹ Es schadet der Stringenz des theoriepolitischen Ansatzes nicht, wenn Komponenten von einander widersprechenden Theorien „ausgeliehen“ oder übernommen werden, um Lücken im eigenen theoretischen Ansatz zu füllen oder diesen zu ergänzen; die Aussage, dass alle Theorien „irgendwie“ zutreffend sind und sich in einer *World Theory* treffen, bleibt weiterhin ein Axiom.

Am Ursprung aller Realismus- und Neo-Realismustheorien steht Thukydides, der als Begründer der – westlichen – politischen Geschichtsschreibung gilt. Statt der Götter bestimmen für ihn die menschliche Natur, besonders das Streben nach Macht, und der Zufall den Gang der Geschichte. In dem in sein Werk eingefügten, im Wesentlichen frei erfundenen Reden und Dialogen will Thukydides diese historisch wirkenden Kräfte und die Motive der Politiker herausarbeiten. Darum geht es auch im „Melier-Dialog“, dessen Aussage, dass Macht vor Recht geht, grundlegend ist für das Verständnis realistischer und neo-realistischer Theorien.¹² Neben Niccolo Machiavelli (s.o.) gehört auch Thomas Hobbes in die neo-realistische Ahnenreihe, der in seiner rechtstheoretischen Schrift: „Leviathan or the matter, forme and power of a common-wealth ecclesiastical and civil“, erschienen 1651, vom Naturzustand des Menschen ausgeht, d.h. von seinem Selbsterhaltungstrieb und dem damit verbundenen unersättlichen Machtstreben, zusammengefasst in

¹¹ Siehe hierzu Keohane, Robert O.: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ, 1984. Sowie vom gleichen Autor: *Power and Governance in a Partially Globalized World*, London, 2002.

¹² In diesem Dialog (Buch 5 Verse 84-113) zwischen den Athenern und den Meliern – Melos war, obwohl spartanische Kolonie, zu Beginn des Krieges neutral – wollen die Athener diese mit Gewalt auf ihre Seite ziehen. In Vers 89 heißt es: „Ihr (i.e. die Melier) seht ja ein, dass ihr es in unserem Fall mit Leuten zu tun habt, die wissen, dass nach menschlicher Denkweise nur nach Recht und Gerechtigkeit entschieden wird, wo man gegenseitig mit gleicher Macht zwingen kann, dass aber der an Macht Überlegene so weit geht, wie er kann, und der Schwache nachgibt.“ *Geschichte in Quellen, Altertum Alter Orient-Hellas-Rom*, bearbeitet von Walter Arend, München, 1978, 3. Auflage, S. 244.

den Schlagwörtern „homo homini lupus“ und „bellum omnium contra omnes“; letzteres wendet Hobbes auch auf das Verhältnis der Staaten untereinander an.¹³

Der Realismus als Theorie der Politikwissenschaft entstand als Reaktion auf die dem Friedensprogramm Präsident Wilsons, den XIV Punkten, zugrunde liegenden politischen Prinzipien: die Souveränität der Staaten und ihre Gleichberechtigung; das Selbstbestimmungsrecht der Völker.¹⁴ Wilson fordert im letzten Punkt die Bildung eines Völkerbundes „zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten“.¹⁵

Als kritische Gegenbewegung zu den als ‚idealistisch‘ bezeichneten politischen Grundsätzen nicht nur Woodrow Wilsons entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit die Theorie des klassischen politischen Realismus, auch als ‚Realistische Schule‘ bezeichnet, deren bedeutendste Vertreter Hans J. Morgenthau (1904-1980) und John H. Herz (1908-2005) sind, obwohl als Begründer der Richtung zu Recht E.H. Carr gilt.¹⁶ Die für die International Relations relevante Grundthese der Theorie lautet – sehr vereinfachend zusammengefasst - dass die souveränen Staaten sich untereinander in einem ständigen Überlebenskampf befinden, der ihre Außenpolitik determiniert; das Überleben des eigenen Staates wird am effektivsten dadurch gesichert, dass er mächtiger ist als die anderen, wobei die Macht eines

¹³ Hobbes führt aus: „Bei dem Krieg aller gegen alle kann auch nichts ungerecht genannt werden...Im Krieg sind Gewalt und List Haupttugenden.“ In: „Der Staat“ zusammengestellt von Walter Schätzel, Bremen, 1963, S. 144. Siehe hierzu auch: Hobbes, Thomas: *Leviathan*, edited by Richard Tuck, Cambridge, 2007.

¹⁴ Relevant für das Thema dieser Arbeit ist Punkt V, in dem deutlich zum Ausdruck kommt, dass Wilson die Welt mit westlichen Augen sieht; ihm gelingt hinsichtlich der „Kolonialen Ansprüche“ eine Formulierung, die den Kolonialvölkern das Selbstbestimmungsrecht verweigert, trotzdem ihre Interessen berücksichtigt. Er fordert, dass die kolonialen Ansprüche geregelt werden sollen unter strenger „Beachtung des Prinzips, dass bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Völker gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgelegt werden soll.“

¹⁵ Verblüffend ist hier die Nähe Wilsons zu Kant, dessen „Zweyter Definitivartikel zum ewigen Frieden“ mit den Worten beginnt: „Das Völkerrecht soll auf eine Föderation freyer Staaten gegründet sein <...> wo jedem sein Recht gesichert werden kann. Dies wäre ein Völkerbund, der aber gleichwohl kein Völkerstaat seyn müste“, Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden*, Bremer Liebhaber-Druck, 1947, 2. Auflage, S. 30.

¹⁶ Sowohl Morgenthau als auch Herz sind deutsche Juden, die das NS-Regime in die Emigration gezwungen hat. Es wäre reizvoll zu untersuchen, inwieweit diese persönlichen Erfahrungen eingewirkt haben auf das dem Realismus zugrunde liegende pessimistische Menschenbild.

Staates abhängt von seiner Größe, seiner Wirtschaftskraft und seiner militärischen Stärke.¹⁷

Die Weiterentwicklung des Realismus zum Neo-Realismus wird allgemein Kenneth N. Waltz zugeschrieben, der in seinem Werk „Theory of International Politics“ den grundsätzlich anarchischen Charakter des internationalen Systems herausstellt, unter dessen Bedingungen die Staaten, da sie sich nicht auf ein wehrhaft stabiles Rechtssystem oder eine größere Macht berufen können, die einzigen maßgeblichen Akteure sind.¹⁸ Auf sich allein gestellt innerhalb dieses anarchischen Systems versuchen sie primär ihre eigene Sicherheit zu erhöhen. Die dazu ergriffenen Maßnahmen können aber von anderen Staaten als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen werden und zu Gegenmaßnahmen führen. Da die Macht der einzelnen Staaten unterschiedlich ist, entwickeln sie auch unterschiedliche Strategien, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten und, wenn möglich, zu erhöhen.. Diese von jedem Staat autonom verfolgte Politik kann aber nicht die Sicherheit aller Staaten garantieren, da der Machtzuwachs des einen Staats zwangsläufig einen Machtverlust für einen anderen Staat zur Folge hat. Die Internationalen Beziehungen sind demnach ein Nullsummenspiel, da der Vorteil eines Staates den Nachteil eines anderen Staates bedeutet.

Die Wirkung des Werkes von Waltz darf nicht unterschätzt werden, da es, trotz aller Kritik auch aus den eigenen Reihen, immer noch die Grundlage des Neo-Realismus bildet. Von Vertretern des Neoliberalen Institutionalismus und des Konstruktivismus wurde kritisiert, dass für Waltz der Staat alleiniger Akteur innerhalb der Internationalen Beziehungen ist, während im neo-realistischen Lager, z.B bei Stephen Walt, die Charakterisierung der Internationalen Beziehungen als „Nullsummenspiel“ auf Ablehnung stieß, da dies z.B. die win/win-Situation einer Allianz völlig außer Acht lasse; andere Vertreter des Neo-Realismus, so z.B. Mearsheimer, kritisieren die nach Waltz grundsätzlich defensive Haltung des Staates, da ihrer Ansicht nach dieser nicht nur darauf bedacht ist, die eigene Position zu sichern, sondern darüber hinaus bemüht ist, sie zu verbessern, auch wenn

¹⁷ Eine präzise Zusammenfassung seines theoretischen Konzepts unternimmt Morgenthau in der vierten Auflage seines Werks *Politics among Nations*, New York, NY, 1967, wo er das Wesentliche des politischen Realismus in sechs Regeln subsumiert, wobei er in den Punkten 4 und 5 auch auf moralische Kategorien eingeht.

¹⁸ Waltz, Kenneth N.: *Theory of International Politics*, Reading, 1979.

dies mit höheren Risiken verbunden ist.¹⁹ Eine seit den Neunzigern häufiger zu hörende Kritik ist die, dass der Neo-Realismus Waltzscher Prägung passend für das bipolare System der Nachkriegszeit gewesen sei, dass aber in der multipolaren Welt der jüngsten Vergangenheit, mit ihren konkurrierenden Machtzentren und bedeutenden non-state actors, eine Verfeinerung des Neo-Realismus nötig sei, um die geänderten Umstände in der Realität in der Theorie adäquat reflektieren zu können. Eine vertiefende Analyse dieses Richtungsstreits erfolgt in Kapitel 2.2

2.2. Die relevanten Theorien des Neo-Realismus

Wie oben schon dargestellt ist der Neo-Realismus als Weiterentwicklung aus dem Realismus entstanden. Dass die Staaten die grundlegenden Akteure des Internationalen Systems sind, ist ein Axiom sowohl der Theorien des Realismus als auch des Neo-Realismus. Der Unterschied zwischen Realismus und Neo-Realismus ist grundsätzlich der, dass die Vertreter des Realismus wie Morgenthau und Herz, möglicherweise geprägt durch ihre persönlichen Erfahrungen als Emigranten aus Deutschland, zwar den idealistischen Denkansatz in Bezug auf die Internationalen Beziehungen ablehnten, wie er sich nach dem 1. Weltkrieg im Völkerbund und nach dem 2. Weltkrieg in den Vereinten Nationen manifestierte, aber noch soweit dem Zeitgeist verhaftet waren, dass sie den Charakter der Internationalen Beziehungen, d.h. das ‚Klima‘ im Umgang der Staaten untereinander, auf die Natur der beteiligten Akteure zurückführten. Der Neo-Realismus in seiner weitesten Definition hat hingegen als Grundannahme, dass die Staaten als eigenständige Akteure ‚wertfrei‘ agieren und nur gemäß ihren Interessen handeln. Ausgehend von dieser Grundlage haben sich jedoch unterschiedliche Richtungen innerhalb des Neo-Realismus entwickelt, deren analytische Ansätze und daraus resultierenden Schlussfolgerungen sich im besten Fall ergänzen und im schlimmsten Fall widersprechen. Es wäre somit verfehlt den Neo-Realismus, seine Grundlagen ausgenommen, als monolithisches Theoriegebäude anzusehen. So gehören zum Umfeld des Neo-Realismus Theorieansätze, deren Vertreter zwar mit den grundlegenden Annahmen des Neo-Realismus übereinstimmen, auf diesen aufbauend jedoch

¹⁹ Siehe hierzu auch Walt, Stephen: *The Origins of Alliances*, Cornell, NY, 1990. Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY, London, 2001.

entweder ihren eigenen Theorieansatz entwickelt haben oder versuchen die grundlegenden Annahmen des Neo-Realismus mit den Ansätzen anderer Theorien in einer Synthese zu vereinen. Diese verschiedenen Richtungen haben zwar ihre Eigenbezeichnungen, so z.B. ‚Harter Neo-Realismus‘ und ‚Weicher Neo-Realismus‘, in der Regel werden sie jedoch nach ihren führenden Vertretern bezeichnet, so dass eine Zuordnung zu einer Schule anhand der Berufung auf einen der führenden Vertreter erfolgen kann.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, an dieser Stelle eine vollständige Übersicht über all diese unterschiedlichen Strömungen und Theoriemodelle innerhalb des Neo-Realismus zu geben. Eine Darstellung der wichtigsten Ansätze ist jedoch unerlässlich, da zum Verständnis der in der realen Welt stattfindenden politischen Entwicklungen ein einziger theoretischer Ansatz in der Regel nicht ausreicht, bzw. die Theorieansätze, trotz ihres Anspruchs, die Realität adäquat erklären zu können, dazu nicht in der Lage sind. Im Folgenden wird deshalb lediglich auf die beiden maßgeblichen Richtungen des Neo-Realismus eingegangen werden, den „Defensiven Neo-Realismus“ und den „Offensiven Neo-Realismus“, die mit den Namen ihrer führenden Vertreter identifiziert werden: Kenneth N. Waltz für den „Defensiven Neo-Realismus“ und John J. Mearsheimer für den „Offensiven Neo-Realismus“. Von Bedeutung für den erkenntnistheoretischen Ansatz der vorliegenden Arbeit ist auch Hedley Bull, der Begründer der sogenannten ‚English School‘ in den International Relations.²⁰ Diese Englische Schule hat sich aus dem klassischen Neo-Realismus heraus entwickelt und geht wie dieser von der Annahme aus, dass die Staaten die eigenständigen und interessengesteuerten Akteure innerhalb des internationalen Systems sind, im Gegensatz zum Neo-Realismus postuliert sie jedoch das Bestehen einer ‚Gesellschaft‘ der Staaten, d.h. dass die Staaten nicht solitär, ohne Bezug zu anderen agieren, sondern dass sie gewisse gemeinsame Wertvorstellungen haben, die es ermöglichen von einer, nicht-hierarchisch geprägten, Gesellschaft der Staaten zu sprechen.

²⁰ Der Begriff der Englischen Schule wurde ursprünglich in einem ablehnenden Artikel von Roy Jones geprägt: *The English School. A Case for Closure*, in: *Review of International Studies*, Vol. 7, 1981, S. 1 –13.

2.2.1. Waltz: Defensiver Neo-Realismus

Die Bedeutung, die Waltz bei der Formulierung des Neo-Realismus, aufbauend auf dem klassischen Realismus von Carr, Morgenthau, Herz *et al.*, zukommt, ist schon angesprochen worden. Den Begründer des Neo-Realismus lediglich als Vertreter nur einer Variante des Neo-Realismus zu bezeichnen, mag vermessen erscheinen, wird jedoch dadurch gerechtfertigt, dass die Politikwissenschaftler in der Nachfolge von Waltz den Neo-Realismus ausdifferenziert haben. Nichtsdestotrotz ist eine Beschäftigung mit der von Waltz vertretenen Variante des Neo-Realismus immer noch sinnvoll, da diese nicht nur die Basis des Neo-Realismus als solchen bildet, sondern auch als Erklärungsansatz für die reale Welt ihren Wert hat.

Wie schon oben ausgeführt, agieren nach Waltz die Staaten, die entscheidenden Akteure in den International Relations, in einem anarchischen System. Es gibt keine das Zusammenleben der Staaten bestimmende und sie verpflichtende Gesetze oder Regeln, weil es keine Autorität gibt, die mächtig genug ist diese durchzusetzen. Diese Kernaussage ist gleichzeitig die entscheidende Absage an den Institutionalismus, der ja gerade die ordnende Kraft von Institutionen für das Zusammenleben von Staaten postuliert. Der Staat als selbstbestimmter Akteur kann tun und lassen, was er will, und kann nur durch die überlegene Macht eines anderen Staates - oder einer Koalition von Staaten - zu einem Politikwechsel bewegt werden. Es ist dieser Verzicht auf jeglichen moralischen Aspekt, der den Hauptunterschied zum klassischen Realismus ausmacht.

Dadurch dass Waltz jedes moralische Kalkül als Leitmotiv für die Vorgehensweise eines Staates ausschließt, ist er gezwungen, den Sinngehalt für das Verhalten eines Staates woanders zu suchen. Für Waltz ist ‚Kategorischer Imperativ‘ für einen Staat die Sicherung der eigenen Existenz. Dieses Ziel hat Vorrang vor allen anderen. Da aber in der Anarchie des Internationalen Systems keine Autorität und kein Regelwerk existieren, die diese Sicherheit garantieren könnten, ist der Staat auf sich allein gestellt, um dieses Ziel zu erreichen. Die einfachste und sicherste Methode, die größtmögliche Sicherheit zu erreichen, besteht nach Waltz darin mächtiger als alle potentiellen Feinde zu sein, da diese dann einen Angriff nicht

wagen würden. In der Realität ist es natürlich einem Staat nicht möglich, stärker zu sein als alle anderen Staaten zusammen, die ja alle gleichzeitig potentielle Feinde sein können; dies wäre aber die Voraussetzung für den Zustand der absoluten Sicherheit. Da jedoch kein Staat die Bedingungen für eine absolute Sicherheit erfüllen kann, ist es sein Bestreben, eine zumindest relative Sicherheit dadurch zu erreichen, dass er seine Macht erhöht. Das Problem dabei ist aber, dass es das Bestreben aller Staaten ist, mächtiger als die anderen zu sein, mit dem Resultat, dass es für keinen Staat eine Sicherheitsgarantie geben kann, da das Kräfteverhältnis, welches ein Staat als ausreichend für diese Garantie erachtet, von allen anderen Staaten als Bedrohung der eigenen Sicherheit angesehen wird.

Erschwert wird dieses Streben nach Sicherheit noch durch das faktische Macht-Ungleichgewicht zwischen den Staaten, das in der Regel strukturell bedingt ist. Dieses strukturelle Macht-Ungleichgewicht ermöglicht jedoch auch Strategien, um ein Mehr an Sicherheit zu gewinnen. Eine Option ist der Anschluss an eine stärkere Macht, was in zweifacher Hinsicht einen Zugewinn an Sicherheit verspricht, da die stärkere Macht als Allianzpartner keine Bedrohung mehr darstellt und gleichzeitig Schutz vor Feinden und Rivalen bietet. Diese Politik des Zusammengehens mit einem Stärkeren wird als *Bandwagoning* bezeichnet. Das Gegenstück zu *Bandwagoning* ist die als *Counterweight* bezeichnete Vorgehensweise: Ein einzelner Staat, bzw. ein Staatenbündnis, kann über so große Macht verfügen, dass die anderen Staaten, als autonome Akteure, nicht in der Lage sind sich diesem Machtanspruch zu entziehen. Die einzige sinnvolle Option in diesem Fall ist ein Bündnis der betroffenen Staaten, die somit ein Gegengewicht, i.e. *Counterweight*, zu der zuerst entstandenen Macht bilden.

Die Theorie von Waltz entstand zur Zeit des Kalten Krieges und bot ein schlüssiges Erklärungsmodell für die damalige Lage der Internationalen Beziehungen: die bipolare Aufspaltung der Welt in zwei antagonistische Machtblöcke, die geographisch aneinander grenzten, aber global miteinander konkurrierten, wobei der Gewinn der einen Seite automatisch einen Verlust für die andere Seite bedeutete und ein nuklearer Schlagabtausch potentiell die gegenseitige totale Vernichtung. Unter diesen Umständen war das Verhalten der Akteure defensiv ausgerichtet, da in dem lang andauernden globalen Kalten Krieg beiden Machtblöcken Risiken

drohten. Einerseits bestand die Gefahr der langsamen Erosion der eigenen Macht, was es durch eine defensive Absicherung der eigenen Position zu verhindern galt; andererseits war eine offensive Vergrößerung der eigenen Macht mit Risiken verbunden, da in dem Nullsummenspiel des bipolaren Konflikts der eigene Zugewinn automatisch einen Verlust der anderen Seite zur Folge gehabt hätte, die, wenn sie sich existenziell bedroht fühlte, einen Atomkrieg auslösen konnte.

Der Zerfall des Ostblocks und der damit verbundene Übergang zu einer multipolaren Welt, in der eine größere Anzahl von Staaten um Macht und Einfluss miteinander konkurrieren, während gleichzeitig die Gefahr eines massiven nuklearen Schlagabtauschs geringer geworden ist, zeigt die Mängel im ursprünglichen Modell von Waltz auf. In der jetzigen Weltlage ist es Staaten möglich ihre eigene Macht, und damit ihre Sicherheit, durch eine offensive Politik zu vergrößern, zumal durch die zunehmende Anzahl von Akteuren mit ihren unterschiedlichen Interessen auch die Facetten der Internationalen Beziehungen vielfältiger geworden sind, d.h. dass im Gegensatz zu den beständigen Allianzen der bipolaren Welt die Akteure und damit die Bündnispolitik flexibler geworden sind.

2.2.2. Mearsheimer: Offensiver Neo-Realismus

Der Defensive Neo-Realismus, wie Waltz ihn definiert, nimmt für sich in Anspruch, allgemein gültiges Erklärungs-Modell für das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Staaten zu sein. Fakt ist jedoch, dass die Staaten in Bezug auf ihre Stellung innerhalb der Staatengemeinschaft nicht homogen sind und waren, sondern sich hinsichtlich ihrer tatsächlichen, aber auch ihrer potentiellen Macht – und damit der Möglichkeiten, ihre Interessen und Ansprüche durchzusetzen – stark voneinander unterscheiden und unterscheiden. Die Phase der Bipolarität mit ihrem auf der nuklearen Abschreckung basierenden Gleichgewicht war ein relativ kurzer Abschnitt der Weltgeschichte; die Weltgeschichte wird in der Regel von mehreren miteinander konkurrierender Großmächten bestimmt, Rivalen im Spiel um die Macht, die zu vergrößern sie ständig bemüht sind, z.B. dadurch dass sie – in welcher Weise und mit welchen Mitteln auch immer – ihre Nachbarstaaten in ein formelles oder informelles Machtgefüge unter ihrer Oberhoheit einzubinden suchen, d.h. die Großmächte streben eine hegemoniale Position an, wobei sie zu

verhindern suchen, dass diese Position von anderen Großmächten in anderen Weltgegenden eingenommen wird, um somit das Entstehen globaler Rivalen zu verhindern.²¹ Um diesen Zustand der Internationalen Beziehungen zutreffend zu beschreiben und zu analysieren, bedarf es eines anderen Denkansatzes als den von Waltz, der mit seinem Defensiven Realismus eine eher statische Staatengemeinschaft beschreibt, in der der Zugewinn an Macht nicht die Risiken aufwiegt, die die dafür erforderlichen Maßnahmen mit sich bringen würden.

Die Theorie des Offensiven Neo-Realismus, wie sie primär von John J. Mearsheimer vertreten wird, meint diese Bestrebungen der Großmächte erklären zu können: „In fact, all the major states around the globe still care deeply about the balance of power and are destined to compete for power amongst themselves for the foreseeable future. Consequently, realism will offer the most powerful explanations of international politics over the next century,...“²² Die Kernaussage dieses Theorieansatzes ist, dass die großen Mächte eine strukturell andere Politik verfolgen als die weniger starken Staaten. Ein Grossteil der Theorien der International Relations geht davon aus, dass die Großmächte saturiert sind und folglich ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status Quo haben, da eine Veränderung im internationalen Machtgefüge sich nur zu ihren Ungunsten auswirken könne. Der Offensive Neo-Realismus postuliert hingegen, dass es gerade die Großmächte sind, die eine Veränderung des Machtgefüges anstreben, da sie sich davon eine weitere Stärkung ihrer Position versprechen, mit all den Vorteilen, die ein solcher Machtzuwachs mit sich bringt. Nach Mearsheimer handelt es sich bei dieser expansiven Politik der Großmächte nicht um eine wissentliche und willentliche Entscheidung der die Inhalte der Außen- und Sicherheitspolitik definierenden Eliten, sondern die Politik resultiert aus der strukturell bedingten Rolle einer Großmacht im Machtgefüge der Staaten. Das Endziel einer Großmacht ist nach diesem Erklärungsansatz der International Relations, ihre Etablierung als regionaler Hegemon, wobei die anderen Staaten in der Region diese Vorherrschaft akzeptieren und sich in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik an den Vorgaben der Großmacht orientieren.

²¹ Die Literatur zur britischen Außenpolitik in Bezug auf eine *Balance of Power* ist zu zahlreich um sie hier aufzuführen, während auf die chinesische Außenpolitik in Bezug auf Südasiens/Bündnis mit Pakistan in Kapitel 6 eingegangen wird.

²² Mearsheimer, S. 361.

Diese Position als regionaler Hegemon erhöht die Sicherheit der Großmacht, da dadurch eine Bedrohung aus der unmittelbaren Nachbarschaft ausgeschlossen wird. Aber auch eine Bedrohung der Sicherheit bis hin zur militärischen Intervention durch eine außerregionale Großmacht ist wenig wahrscheinlich, weil über das dafür erforderliche militärische Potential nur wenige Staaten verfügen und Interventionen nur dann Erfolg versprechen, wenn der intervenierende Staat mächtiger ist als der Zielstaat. Im Augenblick verfügen nur die USA über dieses militärische Potential, um weltweit Truppen in größerem Maßstab einsetzen zu können und in Staaten zu intervenieren, die über eine funktionierende Armee verfügen. Die Interventionen der alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich haben sich in den letzten Jahrzehnten, mit Ausnahme des Sonderfalls des Falklandkonflikts, auf Afrika beschränkt, wo das militärische Potential der Gegenspieler im Regelfall eher einer gut organisierten Räuberbande als dem einer regulären Armee entsprach. Als regionaler Hegemon, mit einer funktionierenden Armee geschützt vor militärischen Aggressionen und Pressionsversuchen der Nachbarn und Rivalen, kann ein Staat eine nahezu absolute Sicherheit erreichen, solange er nicht den Eindruck erweckt, eine schwerwiegende Bedrohung für die USA zu sein. Da in Süd- und Südostasien bisher kein Staat die Position eines regionalen Hegemons, dem sich die anderen Staaten widerspruchslos beugen, einnimmt, waren Interventionen in dieser Region, auch aufgrund der geographischen Gegebenheiten, häufig integraler Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik der lokalen Großmächte, die nicht gewillt waren, die Politik eines kleineren bzw. schwächeren Staates hinzunehmen, wenn diese Politik ihren Interessen zuwiderlief.*

Wie schon oben näher erläutert handelt es sich nach Mearsheimer bei dieser expansiven Politik der Großmächte nicht um eine wissentliche und willentliche Entscheidung der Eliten, sondern diese Politik resultiert aus der strukturell bedingten Rolle einer Großmacht im Machtgefüge der Staaten. Die Kernthese Mearsheimers, dass große Mächte danach streben, sich als regionaler Hegemon zu etablie-

* Beispiele hierfür sind u.a. die vietnamesische Intervention in Kambodscha 1978, die wiederum eine Intervention des mächtigeren chinesischen Nachbarn gegenüber Vietnam zur Folge hatte (siehe folgende Kapitel). Ebenso die indische Intervention in Sri Lanka, die damit endete, dass beide Konfliktparteien, die tamilischen Rebellen der LTTE und die Regierung Sri Lankas, sich gegen Indien wandten., siehe hierzu: Singha, Harikirata: *Intervention in Sri Lanka. The IPKF Experience retold*, New Delhi, 2007.

ren, bietet m.E. einen überzeugenden Erklärungsansatz zum Verständnis der Entwicklungen in der internationalen Staatengemeinschaft, zumal sie zeitnah zu diesen Entwicklungen überprüft werden kann. So hat sich z.B. gezeigt, dass der Theorieansatz Mearsheimers den Entwicklungen seit 1990 gerechter wird als etwa Fukuyama (s.o.), der Anfang der Neunziger eine unipolare Welt prognostiziert hatte, mit den USA in der Rolle eines globalen Quasi-Hegemons.* Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen jedoch das Entstehen eines multi-polaren Machtgefüges, indem es einer kleinen Anzahl von Staaten – Brasilien, China und Indien, möglicherweise auch Iran – gelungen ist, sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen und der damit verbundenen größeren militärischen Macht von ihren Nachbarn abzusetzen und sich, wenn auch nicht als Hegemon, so doch als einflussreiche Macht in ihrer jeweiligen Region zu etablieren, und sie somit potentiell zum Hegemon aufsteigen können.

Staaten, denen dies nicht gelingt, müssen sich mit dieser Entwicklung abfinden und eine geeignete Strategie finden, um sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, sei es durch eine Politik des *Counterweight* oder des *Bandwagoning* (s.o.) oder aber des *Balancing*, wodurch zwei an ein drittes Land grenzende Hegemonialmächte von diesem gegeneinander ausgespielt werden; denn m.E. kann eine Politik der strikten Neutralität, wie sie von der Schweiz praktiziert wird, nur in den seltensten Fällen langfristig erfolgreich verfolgt werden. Die Staaten, die entweder regionaler Hegemon sind oder dies, bewusst oder unbewusst, anstreben, sehen sich mit anderen Herausforderungen konfrontiert. Einerseits müssen sie ihren Status gegenüber denen ihnen nachgeordneten Staaten wahren, andererseits sind sie Rivalen von Staaten gleichen Machtpotentials. Hier kann es insbesondere dann zu Konflikten kommen, wenn sich zwei hegemoniale Ansprüche in der Region überschneiden. Aber auch global, außerhalb ihrer eigenen Regionen, sind die Großmächte Rivalen, vor allem in den Gebieten, die nicht Teil eines hegemonialen Komplexes sind: als Konkurrenten um Rohstofflieferanten, insbesondere von Energie, und Absatzmärkte, und in internationalen Organisationen, die zwar kaum über eigene Macht verfügen, wo aber die erfolgreiche Durchsetzung der eigenen

* Umstritten ist, ob die Auflösung der Sowjetunion 1991 oder bereits der Verlust ihres osteuropäischen Imperiums 1989 die Zeit der bipolaren Welt beendet hat.

Interessen aber ein relativ exakter Gradmesser für die Macht und Bedeutung der Großmächte sind.

2.2.3. Bull: Englische Schule

Wie oben aufgezeigt lassen sich die Wurzeln des Realismus in den in Europa entwickelten Politischen Theorien bis in das 16. Jhd zurückverfolgen, wobei die Ausformulierung durch Morgenthau und Herz, seine Weiterentwicklung zum Neo-Realismus durch Waltz und dessen Varianten durch Mearsheimer, Walt u.a. das Werk ausschließlich amerikanischer Politikwissenschaftler war und ist. Während der Neo-Realismus in Deutschland aus verschiedenen Gründen überwiegend ideologischer Art keinen großen Erfolg hatte, so war die Rezeption in Großbritannien differenzierter.

E.H. Carr (1892-1982), Historiker und als Mitarbeiter des British Foreign Office Teil der britischen Delegation bei der Friedenskonferenz von Versailles 1919, ist insofern dem Realismus zuzuordnen – und damit für dessen Rezeption in Großbritannien von Bedeutung-, als er in seinem Werk den ‚idealistischen‘ Ansatz Wilsons und dessen Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik in der Zwischenkriegszeit kritisiert.²³ Carr hatte jedoch neben seiner Kritik keinen eigenständigen alternativen Theorieansatz zu bieten, so dass man ihn zu Recht als ‚Theoretiker ohne Theorie‘ bezeichnet hat. Von größerer Relevanz für die Rezeption der Theorien in Großbritannien sind daher einerseits die in der langen Zeit britischer imperialer Herrschaft in Übersee gesammelten „realen“ politischen Erfahrungen, andererseits die von Großbritannien seit Beginn des 18. Jahrhunderts in Europa verfolgte Politik der „balance of power“.²⁴ Die britische Politik war somit realistisch im Sinne der Theorienstruktur, lange bevor es zur akademischen Ausformulierung dieser Theorie kam.

Diese historischen Erfahrungen, die bis heute nicht nur die britische Außen- und Sicherheitspolitik prägen, sondern auch Teil des britischen Selbstverständnisses

²³ Carr, E.H.: *International Relations between the Two World Wars (1919-1939)*, London, 1948.

²⁴ Im Friedensvertrag von Utrecht 1713, der dem Expansionsstreben Ludwigs XIV. ein Ende setzte, wurde dieses für die weitere europäische Geschichte bedeutsame Prinzip formuliert: Keine Macht darf so stark sein, dass sie einer Koalition der anderen Mächte widerstehen kann. Noack, Paul: *Internationale Politik*, München, 1981, 5. Auflage, S. 18f.

sind, zeitigten eine spezifisch britische Variante des Realismus. Diese als ‚English School‘ bezeichnete Theorievariante geht auf Hedley Bull zurück.²⁵ Die meisten Politikwissenschaftler ordnen sie dem Realismus zu, weil sie von den Staaten als den einzigen Akteure in den Internationalen Beziehungen ausgeht und davon, dass die Staatengemeinschaft ein anarchisches System ist (s.o.). Andere sprechen von liberalem Realismus, Rationalismus oder auch Britischem Institutionalismus, bezeichnen also die Englische Schule nach unterschiedlichen Merkmalen.

Wie weiter oben schon angedeutet, ist die grundlegende Position der Englischen Schule im Rahmen der Internationalen Beziehungen die Annahme, dass die Staaten nicht isoliert nebeneinander bestehen, sondern eine ‚Society of States‘, eine Staatengesellschaft bilden, die insofern anarchisch ist, als sie keine übergeordnete Instanz kennt, die das Zusammenleben der Staaten regelt, andererseits doch eine Gesellschaft ist, da die Staaten im Verkehr untereinander sich an gewisse Regeln und Prinzipien halten, die auf dem klassischen Völkerrecht in der Tradition von Hugo Grotius (s.o.) beruhen, d.h. auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität. Ziel der Staaten ist – wie generell im Realismus in all seinen historischen und aktuellen Spielarten – ihr Überleben zu sichern, wobei zur Erreichung des Ziels nicht die Machtpolitik, „das Recht des Stärkeren“, im Mittelpunkt steht, obwohl Krieg als Mittel zur Durchsetzung der vitalen Interessen eines Staates nicht ausgeschlossen wird, sondern eine der jeweiligen Situation angepasste, flexible, praktische Politik.

Die Weltsicht der Englischen Schule ist m.E. insoweit zutreffend, als in den Beziehungen der Staaten untereinander völkerrechtliche Grundsätze ihre Anwendung finden. Das heißt aber nicht, dass immer und überall die Prinzipien der Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Staaten respektiert werden. Die klassische Annexion findet zwar nicht mehr statt, aber Interventionen, unfreiwillige Gebietsabtrennungen, Sanktionen und andere Strafmaßnahmen bestimmen noch immer – und m.E. auch weiterhin – die Internationalen Beziehungen. Positiv am theoretischen Ansatz der Englischen Schule ist jedoch zweifelsohne das Gewicht, das sie darauf legt, dass sich die Staaten im Rahmen der internationalen Gemein-

²⁵ Bull, Hedley: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, London, 1977. Der Begriff ‚English School‘ wurde nach dem Tod Bulls seltener verwendet, hat jedoch in letzter Zeit eine Renaissance erlebt, siehe hierzu: Little, Richard/Williams, John (Hg.): *The Anarchical Society in a Globalized World*, London, 2006.

schaft (Society) gemäß den Ideen und Wertvorstellungen entwickeln, die ihre Grundlage bilden.

2.2.4 Zuordnung

Wie oben schon angeführt ist in den Geisteswissenschaften im Gegensatz zu den Naturwissenschaften der Wahrheitsbeweis einer Theorie nicht möglich. Alle Fakten und Daten, die für die Richtigkeit einer Theorie sprechen und von ihren Befürwortern als Beweise herangezogen werden, sind doch immer nur Annäherungen an die Wahrheit. Der Realismus und der Neo-Realismus können jedoch, wie die anderen Theorien der Politikwissenschaft im Allgemeinen und der International Relations im Besonderen, an der Realität gemessen werden. Inwieweit deckt sich die Realität mit dem Neo-Realismus?

Die Kernaussage des Realismus und des Neo-Realismus ist die, dass der souveräne Staat, dem die eigene Existenz das höchste ist, der entscheidende Akteur in den Internationalen Beziehungen ist. Es ist in den letzten Jahren verstärkt von verschiedenen Seiten die These vertreten worden, dass die Rolle der nicht-staatlichen Organisationen, seien es nun Interessenverbände, NGOs, religiöse Gruppen oder weltweit agierenden Terrorgruppen, an Bedeutung zunehme. Zu nennen sind an dieser Stelle u.a. von Interessenverbänden und NGOs initiierte Aktivitäten zum Umweltschutz, die zu Veränderungen in diesem Bereich geführt haben, oder auch solche auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes, z.B. in Bezug auf Tibet oder Darfur, in Form von Anschlägen von Terrorgruppen, deren größter „Erfolg“ hier zweifelsohne 9/11 war, die aber auch im südasiatischen Rahmen Einfluss auf die Politik haben, wie die Auswirkungen auf das indisch-pakistanische Verhältnis zeigen. Lässt man einmal die unterschiedlichen Ziele, Einstellungen und Methoden all dieser Organisationen außer Acht, so geht es allen im Endeffekt darum, staatliches Handeln zu beeinflussen und den Staat dazu zu bringen solche Maßnahmen zu ergreifen, die den Zielen der jeweiligen Organisation dienen. All diese Organisationen haben bisher den Staat weder ersetzt noch verdrängt und werden dies m.E. auch in Zukunft nicht tun; sie sind Interessenvertretungen, die sich lediglich durch ihre manchmal globale Zielsetzung und ihre

Methoden von ‚klassischen‘ Interessenvertretungen auf nationaler Ebene – Parteien, Verbände, Bürgerinitiativen etc. – unterscheiden.

Auch aus einer anderen Perspektive wird die Rolle des Staates als dominanter Akteur in Frage gestellt. Dieser Sichtweise zufolge haben supranationale Organisationen auf Kosten der traditionellen Staaten an Macht und Einfluss gewonnen. Als Beispiel wird hier von den Anhängern dieses theoretischen Ansatzes die EU herangezogen, eine supranationale Organisation mit eigener Bürokratie, die sukzessiv hoheitliche Rechte ihren Mitgliedsstaaten entzieht und in der eigenen Hand konzentriert. Auch ihrer These, dass der Einzelstaat zu schwach und damit nicht fähig ist, auf globale Herausforderungen adäquat zu reagieren, wozu nur supranationale Organisationen in der Lage seien, mangelt es an Beweiskraft. Internationale Organisationen zeichnen sich in der Regel durch ihre Ineffektivität aus. Die Deklarationen, Beschlüsse und Sanktionsandrohungen zeigen in der Regel wenig Wirkung, d.h. die Sanktionsfähigkeit entspricht nicht den Intentionen. Der Sonderfall der EU wird jedoch selbst von Skeptikern als Beispiel einer funktionierenden supranationalen Organisation anerkannt. Dass Staaten freiwillig auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten, widerspricht jedoch nicht den Thesen des Neo-Realismus. Der Staat als souveräner Akteur kann sehr wohl freiwillig auf einen Teil seiner Souveränität verzichten, wenn der aus diesem partiellen Souveränitätsverzicht resultierende Vorteil groß genug ist. Den Maßgaben des Neo-Realismus wird dadurch Genüge getan, dass der Staat diesen partiellen Souveränitätsverzicht rückgängig machen kann. Dies ist bei der EU, wie auch bei allen anderen internationalen Organisationen, möglich. Die Kernthese des Neo-Realismus, dass der Staat der entscheidende Akteur in den Internationalen Beziehungen ist und er in einem anarchischen System agiert, ohne absoluten Schutz oder Rechtssicherheit, ist somit zutreffend.

Die Frage, welches die Interessen des Staates auf der internationalen Bühne sind und wie er versucht diese Interessen durchzusetzen, wird von den verschiedenen Schulen des Neo-Realismus unterschiedlich beantwortet (s.o.). Der Defensive Neo-Realismus postuliert, dass aus dem Sicherheitsbedürfnis des Staates, der Aufrechterhaltung seiner Existenz, seine wesentliche Handlungsmotivation resultiert. Der Offensive Neo-Realismus hingegen vertritt die These, dass dem Wesen eines

Staates das Streben nach mehr Macht immanent ist. Die englische Schule geht wiederum von der Annahme aus, dass die Staaten, obwohl sie singuläre, souveräne Akteure in einem anarchischen System sind, trotzdem eine Gesellschaft bilden, in der Konsens darüber besteht, dass gewisse Regeln, vor allem im Umgang miteinander, eingehalten werden und dass deren kontinuierliche Missachtung durch einen Staat von den anderen Staaten sanktioniert wird, eine übergeordnete Autorität somit nicht notwendig ist.

Auf den ersten Blick scheinen sich diese Ausformungen des Neo-Realismus zu widersprechen, bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass sich die verschiedenen Ansätze ergänzen. Die Aussage des Defensiven Neo-Realismus, dass das primäre Ziel eines Staates die Sicherung der eigenen Existenz ist, ist zutreffend und für die meisten Staaten ist mit der Erlangung dieses Ziels auch alles erreicht; denn die Vergrößerung der eigenen Macht ist gegenüber der Existenzsicherung nachrangig, wenn nicht sogar irrelevant, da eine solche angestrebte Macht-Maximierung das Primärziel der Existenzsicherung gefährden würde. Für mächtige Staaten jedoch, vor allem für jene, die aufgrund interner und externer Umstände am Aufsteigen sind, ist die Macht-Maximierung Primärziel. Das Ziel der Existenzsicherung ist durch den Status als Großmacht erreicht und somit nicht mehr bestimmender Faktor in der Politik einer Großmacht, da ja durch diesen Status das Übergewicht dieses Staates gegenüber seinen Nachbarn, den potentiellen Rivalen, manifest wird.

Die Prämissen der ‚Englischen Schule‘ widersprechen diesen Schlussfolgerungen nicht. Die Geschichte der Internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten zeigen, dass es gewisse Verhaltensweisen gibt, die von der ‚Anarchical Society‘ nicht akzeptiert werden: Die Eroberung und Annektierung eines souveränen Staates wie im Fall von Kuwait, die Abtrennung von Territorien eines souveränen Staates wie im Fall von Georgien 2008 oder aber eine unzuverlässige, irrationale und bedrohliche Politik, gepaart mit Massenvernichtungswaffen, wie sie von Nordkorea praktiziert wird, werden als nicht-legitim angesehen und somit auch nicht von der Staatengemeinschaft akzeptiert.

Aufsteigende Staaten, die schon Großmacht sind oder das Potential dazu haben, sind eine Minderheit innerhalb der Staatengesellschaft. Somit ist der Defensive Neo-Realismus für die Mehrzahl der Staaten der passende Analyseansatz, während der Offensive Neo-Realismus den erkenntnistheoretischen Ansatz für jene kleine Gruppe von Staaten bietet, die entweder auf dem Weg zur Großmacht sind oder diesen Status schon erlangt haben. Eine Arbeit, die sich mit der indischen Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt, kann demzufolge auf die Anwendung des Offensiven Neo-Realismus nicht verzichten.

3. Strukturen und Modalitäten der indischen Außen- und Sicherheitspolitik

Wie in dem vorhergehenden Kapitel aufgezeigt kann zwar keine einzige Theorie die absolute Richtigkeit für sich beanspruchen, es lassen sich jedoch, wenn man den Anspruch der Theorien mit der Wirklichkeit vergleicht, gewisse Schlussfolgerungen ziehen. Unumstritten ist die Tatsache, dass die Staaten die bestimmenden Akteure des internationalen Systems sind. Der Staat als solcher ist jedoch ein Konstrukt, ein Menschenwerk ohne eigenes Bewusstsein. Die Politik eines Staates wird von den in seinen Institutionen tätigen Menschen bestimmt. Um die Politik im Allgemeinen sowie die Außen- und Sicherheitspolitik im Besonderen zu verstehen, bedarf es einer Analyse jener Institutionen, die sich der Außen- und Sicherheitspolitik widmen sowie der im Rahmen dieser Institutionen Handelnden und auch derjenigen die auf beide politisch Einfluss nehmen. Alle, Akteure und Institutionen, sind einerseits geprägt von den herrschenden sozialen Verhältnissen, andererseits sind sie eingebettet in Traditionen und "Produkte" historischer Prozesse, die zur jetzigen politischen Realität geführt haben.

Die historischen Entwicklungen, die der Gründung der Indischen Union vorausgegangen sind, werden in Kapitel 3.2 beschrieben. Die politischen Institutionen, welche die Außen- und Sicherheitspolitik Indiens bestimmen, entsprechen dem klassischen Staats-Instrumentarium, wie es in den westlichen Staaten existiert. Der Premierminister und der Außenminister sind strukturell mit der Außen- und Sicherheitspolitik befasst, wobei in den Fragen der Sicherheitspolitik, und somit auch in den diesbezüglichen Bereichen der Außenpolitik, der Verteidigungsminister eine Rolle spielt. Der Premierminister und seine Minister können jedoch nur erfolgreich agieren, weil sie sich auf die entsprechenden Bürokratien stützen können, d.h. der Außen- und der Verteidigungsminister auf ihre jeweiligen Ministerien. Der Premierminister verfügt über seinen eigenen Stab und die Ressourcen des Prime Minister's Office (PMO), er ist weisungsbefugt gegenüber den seinem Amt nachgeordneten Ministerien.

Die Aufgabenverteilung innerhalb der staatlichen Ordnung und der Regierung ist von der Verfassung vorgegeben. Innerhalb dieses Verfassungs-Rahmens, der sich

seit dem Inkrafttreten 1950 nicht wesentlich geändert hat, haben sich die Umstände in der von den Parteien bestimmten Politik stark verändert. Der Indian National Congress, allgemein als die Kongress-Partei bezeichnet, führte während der Kolonialzeit den Kampf um die Unabhängigkeit Indiens an und hatte mit Gandhi jene Führungspersönlichkeit, die mit ihrer Mischung aus Bauernschläue und idealistischer Überhöhung, gepaart mit einem absoluten Pazifismus, dem indischen Unabhängigkeitskampf seine unverwechselbare Form gab und die Unabhängigkeit schließlich erreichte.¹ Wie später auch in anderen ehemaligen Kolonien üblich, dominierte nach der Unabhängigkeit diejenige Partei das politische Leben, die Trägerin des Freiheitskampfes gewesen war; in Indien war dies die Kongress-Partei. Im Unterschied zu anderen Ländern führte dies jedoch nicht zu einer Abschaffung oder Einschränkung der Demokratie. Dies ist einerseits auf die Stärke der Institutionen des indischen Staates und die demokratische Grundüberzeugung des überwiegenden Teils der staatstragenden Eliten des demokratischen Indiens zurückzuführen, andererseits auf die Überzeugungskraft Nehrus, der nach der Ermordung Gandhis 1947 und dem Tod von Sardar Patel 1950 die dominante Führungspersönlichkeit innerhalb der Kongress-Partei war.² Die indische Verfassung hat sich seit ihrem Inkrafttreten, trotz der Erweiterung durch eine Vielzahl von Zusätzen, nicht grundlegend geändert und ist im Kern immer noch jenes Dokument, das von der verfassungsgebenden Versammlung unter B.R. Ambedkar ausgearbeitet worden war. Da der Aufbau des indischen Staates auf diesem Dokument beruht - im Gegensatz zu vielen Ländern in der 3. Welt, wo die Verfassung für den politischen Prozess irrelevant ist - können die Akteure der indischen Außen- und Sicherheitspolitik und das ihnen zur Verfügung stehende Instrumentarium nur auf der Grundlage der Verfassung und aus dem ihr voraus gehenden historisch-politischen Prozess heraus verstanden werden.

Formulierung und Ausführung der Außen- und Sicherheitspolitik in einer Demokratie unterliegen Modifizierungen, denen sich jeder Politikbereich in einem demokratischen System immer ausgesetzt sieht. Wechselnde Mehrheiten im Parlament, neue, die Regierung tragende Parteien-Koalitionen können einen grundlegenden Wandel in den politischen Zielsetzungen zur Folge haben. Die öffentliche

¹ Brown, W. Norman: *The United States and India and Pakistan*, Calcutta, 1953, S. 77 ff gibt eine gute und zeitnahe Übersicht über die Wertvorstellungen Gandhis.

² Nehru, Jawaharlal: *An Autobiography*, London, New Delhi, 1988.

Meinung, die von politisch nicht relevanten Faktoren beeinflusst werden kann, kann bestimmte Aspekte oder, in gravierenden Fällen, sogar die gesamte Politik gegenüber einem anderen Land bzw. die allgemeinen Richtlinien der Außen- und Sicherheitspolitik gegen den Willen der Regierung beeinflussen oder verändern. Nichtsdestotrotz muss hierbei berücksichtigt werden, dass gemäß der alten politischen Weisheit „All politics are local“ die Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel für das Wählerverhalten nicht so bedeutsam ist wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Außen- und Sicherheitspolitik mit ihren komplexen Sachverhalten und der Vielzahl von Akteuren auf der internationalen Ebene ist bis zu einem gewissen Maß der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzogen.

Diese relative Entrückung der Außen- und Sicherheitspolitik vom normalen politischen Prozess, wie er in westlichen Demokratien üblich ist, war und ist in Indien noch ausgeprägter, da ein Großteil der Bevölkerung aufgrund seiner Lebensumstände seine ganze Energie dem Überlebenskampf widmen muss und Rivalitäten und Verteilungskämpfe der Parteien sich in erster Linie auf die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränken. Verstärkt wurde diese teilweise Entrückung der Außen- und Sicherheitspolitik aus dem politischen Tagesgeschehen noch durch die Tatsache, dass in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit Indien nicht nur von derselben Partei beherrscht wurde, sondern dass die Regierung, und somit die Formulierung der außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen, eine Familienangelegenheit war.

3.1 Akteure und Instrumentarium

Um den Wandel des Stellenwerts der indischen Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb des politischen Prozesses genauer zu definieren ist es nötig, die für diesen Prozess relevanten Verfassungselemente zu rekapitulieren. Politik in Indien wird primär dadurch geprägt, dass das Land eine parlamentarische Demokratie nach dem Westminster-Modell ist: Solange sich die Regierung auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann, ist ihre Macht nur durch die Verfassung und deren Auslegung durch die Gerichte begrenzt. Indien ist zwar als Bundesstaat organisiert, aber die Gliedstaaten haben, da sie keine wirklichen Mitsprache- und Entscheidungsrechte besitzen, über ihre Kammer, die Rajya Sabha, kaum Einfluss auf

die Bundespolitik, wie dies z.B. im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. Wichtigster Akteur im politischen Prozess ist also der Regierungschef, der Premierminister, der die Richtlinien-Kompetenz besitzt. Die indische Verfassung stellt den Präsidenten an die Spitze der Exekutive, der seine formelle Macht an den Premierminister – analog zum britischen Premierminister, der ‚at her Majestys pleasure‘ im Amt ist – überträgt: die indische Verfassung regelt dies in folgende Artikeln:

Artikel 74. Council of Ministers to aid and advise President.—(1) There shall be a Council of Ministers with the Prime Minister at the head to aid and advise the President who shall, in the exercise of his functions, act in accordance with such advice:.

Artikel 75. Other provisions as to Ministers.—(1) The Prime Minister shall be appointed by the President and the other Ministers shall be appointed by the President on the advice of the Prime Minister³

Das demokratische Element, das allgemeine Wahlrecht, ist seit der Unabhängigkeit Grundlage und Legitimation allen politischen Handelns: Bis zu dem Zeitpunkt hatte es zwar immer wieder Ansätze gegeben der indischen Bevölkerung gewisse Mitspracherechte einzuräumen, aber die britische Herrschaft beschränkte sich im Wesentlichen auf ihre Kernbereiche: eine funktionierende Verwaltung, ein effektives Steuersystem und die Wahrung der äußeren und inneren Sicherheit. Investitionen in die Infrastruktur und Ausbildung der Bevölkerung wurden nur durchgeführt, soweit sie diesen Interessen dienten, wobei privaten Bemühungen in diesen Bereichen keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Dieser Zustand, dem der Reiche des klassischen Altertums nicht unähnlich, war jedoch auf Dauer nicht haltbar, wobei sowohl indische Bemühungen zur Erlangung der Unabhängigkeit eine Rolle spielten als auch das Selbstverständnis der Briten und ihre Vorstellungen hinsichtlich einer gerechten Herrschaft, die den Ausschluss einer gesamten Bevölkerung von den sie betreffenden Entscheidungen nicht rechtfertigen konnten. In einem Jahrzehnte andauernden Prozess wurde also den Indern eine größere Mitsprache an der Entscheidungsgewalt innerhalb Britisch-Indiens zugestanden, der entscheidende Durchbruch war der „Government of India Act“ von

1935. Er trat 1937 in Kraft und gewährte den Provinzen einen hohen Grad von Selbstverwaltung durch gewählte Regierungen, wobei dieses Modell auch auf die Zentralregierung übertragen werden sollte. Die gewählten Regierungen teilten sich die Macht mit der britischen Kolonialverwaltung, so dass dieses Modell als "Dyarchy" bezeichnet wurde.⁴ Von britischer Seite wurde dieses Modell als Möglichkeit gewertet Indien im Verbund des Empires zu halten, wobei nach dem 1. Weltkrieg und der Übernahme der Führung der indischen Unabhängigkeitsbewegung durch Gandhi Indiens Unabhängigkeit nicht mehr eine Frage des ob, sondern des wann war.

Diese Unausweichlichkeit der Unabhängigkeit Indiens wurde von Großbritannien nach dem Ende des 2. Weltkriegs anerkannt und die 1945 an die Macht gelangte Labourpartei erklärte die indische Unabhängigkeit auch zu einem Ziel ihrer Politik. Die 1946 nach Indien gesandte Cabinet Mission unterbreitete den indischen Führern Vorschläge für die Modalitäten der indischen Unabhängigkeit, die jedoch nicht auf allgemeine Akzeptanz stießen. Eines der Resultate der Cabinet Mission war jedoch die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung, deren Mitglieder 1946 von den im gleichen Jahr gewählten *Legislative Assemblies* (Landtagen) gewählt wurden.

Von der Unabhängigkeit 1947 bis zu seinem Tod 1964 war Nehru die führende Persönlichkeit der indischen Politik und ununterbrochen Premierminister, ein Amt, dessen in der Verfassung festgelegtes Recht (s.o.) ihm die Möglichkeit eröffnete seine persönlichen Zielvorstellungen, besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik, konsequent zu verfolgen.⁵ Dies wurde auch dadurch erleichtert, dass die Kongress-Partei, begünstigt durch das Mehrheitswahlrecht, gegen eine zersplitterte Opposition immer genug Mandate bei den Wahlen errang. Gewahrt wurde die herausragende Stellung Nehrus jedoch nicht nur durch sein Prestige und die strukturelle Überlegenheit der Kongress-Partei, sondern auch durch die Flexibilität sowohl Nehrus als auch der Partei in innenpolitischen Fragen, wo Überzeugungen notfalls gegen Mehrheiten zurückgestellt wurden, wie es sich an der Änderung von Nehrus Meinung im Streit um die geographische Ausgestaltung

⁴ Spear, Percival: *A History of India Vol. II*, Harmondsworth, 1965, S. 187 f.

⁵ Singh, Iqbal: *Between two Fires. Towards an Understanding of Nehru's Foreign Policy*, 2 Bände, London, 1992 – 1998, beschreibt Nehru's Außen- und sicherheitspolitik.stellt

der Struktur der Bundesstaaten zeigte. Die Tatsache, dass die Kongress-Partei, auch nach Nehrus Tod, bis in die Siebziger die beherrschende Partei in Indien blieb, erklärt sich daraus, dass die Kongress-Partei immer eine verschiedene Interessen- und Wählergruppen integrierende Partei war und diese Einfluss nehmen ließ auf die Parteilinie und die Regierungspolitik im Wirtschafts- und Sozialbereich. In der Außen- und Sicherheitspolitik konnte Nehru seinen Vorstellungen und Überzeugungen hingegen ungehindert freien Lauf lassen. Die überragende Rolle Nehrus sucht innerhalb von demokratischen Staaten ihresgleichen. Nichtsdestotrotz agierte Nehru innerhalb des institutionellen Rahmens der indischen Verfassung, einer Ordnung, die in der heutigen Zeit, die von einander abwechselnden Regierungskoalitionen bestimmt ist, eine größere Bedeutung hat als in den ersten Jahrzehnten der Existenz Indiens.⁶

Eine ähnlich dominante Stellung als Premierministerin, bestimmend in der Außen- und Sicherheitspolitik, nahm auch seine Tochter Indira Gandhi ein, die seit 1966 dieses Amt, mit einer kurzen Unterbrechung, bis 1984 innehatte. So entschied sie 1971, nach Beratungen nur im engsten Kreis, ohne parlamentarische oder sonstige öffentliche Debatte, einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen.⁷

Weder die Ausrufung des Notstandes, der sogenannten Emergency, der von 1975 bis 1977 anhielt und zu den Neuwahlen von 1977 führte, noch die Regierungsübernahme eines heterogenen Oppositionsbündnisses bis 1979 brachten entscheidende Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, so dass Indira Gandhi nach ihrem triumphalen Wahlsieg die traditionelle Dominanz ihrer Familie in der Außen- und Sicherheitspolitik bis zu ihrer Ermordung 1984 fortsetzen konnte. Die teilweise Neuausrichtung der indischen Außen- und Sicherheitspolitik unter ihrem Sohn und Nachfolger Rajiv Gandhi, insbesondere die Öffnung gegenüber den USA und die Verstärkung der Beziehungen zur VR China und den Staaten Südostasiens, war nicht das Produkt eines Umschwungs in der öffentlichen Meinung oder politischen Klasse, sondern das Ergebnis eines Meinungswandels innerhalb

⁶ Wirsing, Giselher: *Indien. Asiens gefährlichen Jahre*, Düsseldorf, Köln, 1972, erweiterte Auflage gibt einen guten Überblick über die Parteienstruktur zu Nehrus Zeit.

⁷ Benner, Jeffrey: *Structures of Decision: the Indian Foreign policy Bureaucracy*, New Delhi, 1984.

der kleinen Gruppe von Beratern und Freunden Rajiv Gandhis die sich dabei an dessen Meinung orientierten.⁸

Seit der Wahlniederlage der Kongress-Partei unter Rajiv Gandhi 1989 haben sich die politischen Machtverhältnisse, besonders die Parteienlandschaft, verändert. Die Kongress-Partei ist zwar immer noch eine bedeutende Partei, die nach wie vor von der Gandhi-Familie geprägt wird, aber die Gewissheiten der ersten 40 Jahre sind nicht mehr. Als großer Gegenspieler der Kongress-Partei ist die Bharatiya Janata Party rechts der politischen Mitte entstanden, während sich eine Vielzahl von kleineren Parteien, die entweder eine regionale Basis haben oder sich auf Kastenloyalitäten stützen können, in den einzelnen Gliedstaaten und auf Unions-Ebene etabliert haben. Eine Regierungsbildung ist inzwischen nur noch auf der Basis einer Koalition möglich.⁹ Dieser Wandel hat zwar nicht *per se* zu Veränderungen in der indischen Außen- und Sicherheitspolitik geführt, da die externen Bedingungen sich nicht grundlegend gewandelt haben - weder die pakistanische Außen- und Sicherheitspolitik noch Chinas Macht sind von den Unwägbarkeiten der indischen Politik abhängig -, im Vergleich zu den ersten Jahrzehnten lässt sich jedoch in der indischen Außen- und Sicherheitspolitik ein Wandel erkennen.

Dadurch dass eine Regierungsbeteiligung für jede Partei im Bereich des Möglichen liegt, hat sich die Anzahl der potentiellen Akteure hinsichtlich der Formulierung und Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Ziele erhöht. Der häufiger stattfindende Machtwechsel zwischen den einzelnen Parteien hat das Gewicht der mit der Außen- und Sicherheitspolitik befassten Institutionen verstärkt, da diese Institutionen, insbesondere das Außen- und das Verteidigungsministerium, einen Informations- und Erfahrungsvorsprung gegenüber den Politikern haben. Die dem Premierminister zugeordnete Behörde, das Prime Minister's Office (PMO), ist in den letzten Jahren gewachsen und hat an Bedeutung zugenommen. Ein Grund dafür ist die zunehmende Komplexität der Internationalen Beziehungen im Vergleich zu dem einfacher strukturierten Internationalen System vor 1989. Ein weiterer Grund resultiert aus den neuen politischen Gegebenheiten: Da sowohl der Außen- als auch der Verteidigungsminister nicht notwendigerweise

⁸Srivastava, Dhiraj: *India's Foreign Policy*, Jaipur, 2007.

⁹Müller, Harald: *Weltmacht Indien. Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert*, Frankfurt a.M., 2006.

derselben Partei wie der Premierminister angehören müssen, besteht für das PMO die Notwendigkeit, eigene Kompetenzen in diesen Bereichen zu entwickeln, um unabhängig von diesen Ministerien seinen Auftrag zur Beratung und Unterstützung des Premierministers zu erfüllen. Des Weiteren haben sich Interessengruppen formiert, die im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ein Mitspracherecht bzw. die Möglichkeit der Einflussnahme einfordern oder anstreben. Zum einen sind dies die Wirtschaftsverbände, die seit der wirtschaftlichen Öffnung Indiens zum Weltmarkt politische Unterstützung für ihre Bestrebungen einfordern, sei es hinsichtlich eines verbesserten Marktzugangs vor allem in den entwickelten Ländern, sei es bei den Bemühungen den Zugang zu Rohstoffvorkommen in der 3. Welt zu sichern. Zum anderen hat sich in einer nachholenden Entwicklung auch in Indien eine „Strategic Community“ gebildet, die in Think Tanks und Forschungseinrichtungen an den Problemen und Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik arbeitet und bemüht ist, auf die Bereiche der „Policy Formulation“ und „Policy Execution“ Einfluss auszuüben.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Ministerialbürokratie ist es für das Verständnis des außen- und sicherheitspolitischen Prozesses unumgänglich, sich auf die drei Institutionen zu konzentrieren, deren Aufgabe es ist, außen- und sicherheitspolitische Zielvorstellungen zu entwickeln, zu reflektieren und durchzusetzen sowie auftretende Probleme zu lösen: PMO, MEA (Ministry of External Affairs) und MoD (Ministry of Defence), wobei das PMO nur auf die grundsätzliche Formulierung dieser Politik und die Beratung des Premierministers begrenzt ist, aber auch die Aufgabe hat, die beiden Ministerien im Auge zu behalten, um zu verhindern, dass dort eine Politik verfolgt wird, die den vom Premierminister vorgegebenen Richtlinien widerspricht. Bei der Formulierung und Durchsetzung der indischen Außen- und Sicherheitspolitik hat das MEA gegenüber dem MoD aus mehreren Gründen den Vorrang; Auf diese wird im Folgenden eingegangen.

Das Prime Minister's Office ist eine direkt dem Premierminister zugeordnete Behörde, in der die Elite der indischen Beamten tätig ist; es steht in der Kontinuität des persönlichen Stabes der britischen Vizekönige. Dieser Stab hatte nicht nur die Aufgabe den Vizekönig in allen Angelegenheiten zu beraten, sondern diente auch dazu zu verhindern, dass der Vizekönig, in der Regel ein britischer Politiker

mit keinerlei praktischer Erfahrung in bezug auf Indien, von den hochrangigen Beamten und Militärs seines Councils manipuliert wurde. Während der Regierungszeit Nehrus gab es das Prime Minister's Office noch nicht; Nehru hatte lediglich eine größere Anzahl von Sekretären bzw. Sekretariaten, die sich um einzelne Aspekte seiner Tätigkeiten kümmerten. Geschaffen wurde das PMO bezeichnenderweise während der Regierungszeit von Lal Bahadur Shastri, der von 1964 – 1966 Premierminister war und somit eine Art Brückenfunktion zwischen der Amtsperiode Nehrus und der Indira Gandhis hatte. Zu dieser Zeit war es noch das Prime Ministerial Secretariat (PMS) und diente dazu, Shastri die Kontrolle der einzelnen Ministerien zu erleichtern. Die Bedeutung des PMS stieg unter Indira Gandhi stark an, da diese bestrebt war, soviel Macht wie möglich in den eigenen Händen zu konzentrieren. Als Reaktion auf diesen starken Machtzuwachs und auf die enge Verbindung des PMS mit Indira Gandhi wurde das PMS während der Regierung von Morarji Desai, dem ersten Oppositionspolitiker, der an die Macht gelangt war (1977-1979), in Prime Minister's Office umbenannt. Nach der erneuten Amtsübernahme Indira Gandhis wurde zwar die Namensänderung beibehalten, die teilweise Entmachtung des PMO wurde aber rückgängig gemacht.¹⁰

Unter Indira Gandhis Sohn und Nachfolger Rajiv Gandhi wurde das PMO gestärkt. Rajiv Gandhi stützte sich zwar in seinen Entscheidungen, vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, auf eine kleine Gruppe von Freunden und Vertrauten. Sein Mangel an politischer Erfahrung, und seine geringe Verankerung innerhalb der Strukturen der Kongress-Partei führten jedoch dazu, dass seine Amtsführung weit weniger dominant war als die seiner Mutter und seines Großvaters; da er auch nicht über deren Autorität und Einfluss gegenüber den einzelnen Regierungsmitgliedern verfügte, stützte er sich verstärkt auf das PMO als zuverlässige und loyale Einrichtung.¹¹ Die Bedeutung des PMO im allgemeinen und vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wuchs in der Zeit nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der Kongress-Partei im Parlament 1989, da die amtierenden Premierminister sich verstärkt auf den Machterhalt und die damit verbundenen innenpolitischen Kompromisse und Bündnisse konzentrieren mussten, selbst wenn sie wie Narasimha Rao (Premierminister 1991-1996) und I.K.Gujral (Premierminister 1997-1998) vor ihrer Amtszeit als Premierminister

¹⁰ Srivastava, C.P.: *Lal Bahadur Shastri. A Life of Truth in Politics*, Oxford et al., 1995.

¹¹ Müller a.a.O.

dem MEA als Außenminister vorgestanden hatten. Diese starke Rolle des PMO hält trotz der relativ stabilen politischen Verhältnisse seit 1998 an: Die seit 2003 regierende, von der Kongresspartei dominierte Koalition verfügt über eine solide Mehrheit im Parlament – wie auch von der BJP vorhergehende Koalition (1998-2003) –, so dass durch das Ausscheiden einer kleinen Partei die Stabilität der Regierung nicht gefährdet wird.

Die Kompetenzen des PMO umfassen nicht allein die Außen- und Sicherheitspolitik; es unterhält auch Abteilungen für die einzelnen Ministerien und solche für diejenigen Bereiche, in denen staatliches Handeln und staatlicher Einfluss sich manifestieren; Ebenso wird ein Teil der Gliedstaaten vom PMO gesondert betreut; die für die Außen- und Sicherheitspolitik relevanten Bereiche - Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Raumfahrt, Atomenergie sowie das National Security Council und die Auslands-Index – sind in einem einzigen der vier Sektionen des PMO zusammengefasst. Zweifelsohne ist jedoch die Außen- und Sicherheitspolitik bzw. die nationale Sicherheit einer der Hauptaufgabenbereiche des PMO. Der Auslandsgeheimdienst Research and Analysis Wing (RAW) und der Sicherheitsdienst Intelligence Bureau (IB) waren bis zur Etablierung des National Security Council (NSC) direkt dem PMO unterstellt. Die zunehmende Bedeutung von Sicherheitsfragen führte 1998 dazu, dass der damalige Premierminister Atal Behari Vajpayee von der BJP den Posten eines National Security Advisers schuf, Chef des im selben Jahr gegründeten National Security Council und einer der Hauptberater des Premierministers in Fragen der nationalen Sicherheit. Die Gründung des NSC scheint auf den ersten Blick auf eine Schwächung des PMO hinauszulaufen. Da das NSC und seine verschiedenen Untergruppierungen sich aber aus hochrangigen Vertretern der verschiedenen Ministerien, der Teilstreit- und der Sicherheitskräfte zusammensetzt und über keinen eigenen Beamtenapparat verfügt, ist die eigentliche Bedeutung des PMO für den Premierminister nicht zurückgegangen: die stetige Kontrolle der Bereiche der einzelnen Ministerien, eine Kontrolle, die sich auch auf das neugeschaffene National Security Council erstreckt.

Eine Institution, die sich durch die Gründung des National Security Councils eher tangiert fühlte, war das indische Außenministerium, das Ministry of External Affairs (MEA). Wie die anderen bedeutenden Ministerien Indiens kann das MEA

seine Ursprünge auf die britische Kolonialzeit zurückführen. Im Laufe ihrer Umwandlung von einer reinen Handelsgesellschaft zu einem politischen Machtfaktor in der Region benötigte die East India Company auch die für eine Regelung der äußeren Angelegenheiten unverzichtbare institutionelle Infrastruktur. Das Indian Foreign Department erfüllte die Aufgaben eines klassischen Außenministeriums im Bezug auf die anderen Staaten Indiens, aber auch gegenüber den anderen asiatischen Staaten mit denen die East India Company zu tun hatte, zu den Vertretern anderer europäischer Handelsgesellschaften in Asien und zu den nicht-britischen Kolonien. Ein neues Indiangesetz (India Act of 1858), Folge des Sepoy-Aufstandes von 1857 (Indian Mutiny), führte zur Auflösung der East India Company und zu einer Reorganisation der Verwaltung Indiens. Davon betroffen war auch das Indian Foreign Department, das von nun an nur noch mit Genehmigung Londons auswärtige Beziehungen unterhalten durfte, wobei Beziehungen zu europäischen Mächten bzw. zu deren Kolonien völlig ausgeschlossen waren.¹²

Das Indian Foreign Department bildete die Grundlage für das Ministry of External Affairs, das 1947 erschaffen wurde. Das MEA unterscheidet sich von den anderen Ministerien u.a. dadurch, dass es über seine eigene Beamtenschaft verfügt, den Indian Foreign Service (IFS), während die Beamten der anderen Ministerien und der Bundesverwaltung vom Indian Administrative Service (IAS) gestellt werden, was zu einer gewissen Rivalität zwischen dem Außenministerium und den anderen Ministerien führt. Die fachlichen Kompetenzen der Beamten des IFS stehen außer Frage und das Prestige des MEA ist hoch, jedoch hatten die indischen Außenminister nie die Bedeutung, die sie in anderen Demokratien hatten und haben. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass die indischen Premierminister von Nehru bis Rajiv Gandhi die Außenpolitik immer als ihr ureigenes Betätigungsfeld angesehen haben und den Außenministern nur die Rolle eines Erfüllungsgehilfen zugestanden, wenn es um wichtige Angelegenheiten ging, bzw. ihnen jene Teilbereiche der indischen Außenpolitik überließen, die von geringem Interesse waren. Seit 1989 hat auch hier ein Wandel stattgefunden, da die Premierminister der neueren Zeit nicht mehr in der Lage sind, ihr Hauptaugenmerk der Außenpolitik zu widmen, Konsequenz der innenpolitischen Entwicklungen: Da es seit 1989 nur

¹² Dass London und Britisch-Indien unterschiedliche Ziele hatten, zeigt sich sehr deutlich an den Beziehungen zu Zanzibar, siehe hierzu Hall, Richard: *Empires Of The Monsoon. A History of the Indian Ocean and its Invaders*, London, 1996.

noch Koalitions- bzw. Minderheitsregierungen gegeben hat, liegt das Hauptaugenmerk des Premierministers auf dem Management der Parteienkoalition, der er vorsteht, und dem damit verbundenen Verteilungskampf um Ämter und Gelder. Durch die Schaffung des National Security Council unter der Leitung des National Security Adviser wurde jedoch eine zweite Institution gegründet, die auf höchster Ebene - Beratung des Premierministers und Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik - im gleichen Bereich wie das MEA tätig ist. Der Unterschied zwischen dem MEA und dem National Security Council liegt unter anderem darin, dass der Außenminister in die Kabinettsdisziplin eingebunden ist und, je nach Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, nicht einmal der selben Partei wie der Premierminister angehören muss, während der National Security Adviser ein hochrangiger Beamter und nur dem Premierminister gegenüber verantwortlich ist. Der Außenminister ist zwar qua Amt Mitglied des National Security Council, so dass die Befugnis des Außenministeriums im Prinzip gewahrt bleibt, was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die Funktionen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr ausschließlich vom MEA wahrgenommen werden.

Dieser relative Bedeutungsverlust des Außenministeriums wird vom Verteidigungsministerium, dem Ministry of Defence (MoD), nicht geteilt. Eine indische Besonderheit im Vergleich zu den meisten Ex-Kolonien ist, dass das Verteidigungsministerium in Indien schon immer eine relativ unwichtige Rolle gespielt hat und spielt, da es völlig unter der Kontrolle der gewählten Politiker und der Bürokratie steht.

Die im Verteidigungsministerium tätigen Beamten kommen aus dem IAS, die dort tätigen Offiziere werden für die Dauer ihrer Arbeit für das Ministerium vom aktiven Dienst in der Armee freigestellt und kehren dann zu ihren Einheiten zurück. Diese definitive Kontrolle des Militärs durch den zivilen Bereich ist einerseits ein Erbe der Briten, andererseits wurde in indischen Politikkreisen genau beobachtet, dass es der pakistanischen Armee nicht nur gelungen ist, sich der Kontrolle durch die Politik zu entziehen, sondern dass sie sich das Recht vorbehält im Notfall die Macht zu ergreifen, wobei die Definition des Notfalls durch die Armee selbst erfolgt.¹³ Dieses Misstrauen gegenüber der Armee hat dazu geführt, dass die ver-

¹³ Benner a.a.O.

schiedenen Teilstreitkräfte als autonome Einheiten unter der politischen Führung des Ministeriums agieren, ohne dass, wie in anderen Ländern, die Armee im operativen Teil ein eigenes Oberkommando hat, vergleichbar etwa dem Generalinspekteur der Bundeswehr oder dem Joint Chief of Staffs in den USA. Diese Isolation der Streitkräfte vom politischen Prozess mag einer der Gründe dafür sein, dass der Anteil der Militärausgaben sowohl gemessen am BSP als auch am indischen Regierungshaushalt prozentual weit unter dem von Nachbarstaaten wie Pakistan und China liegt. Die stetige Erhöhung des Militärhaushalts seit den Neunzigern und die Wandlung Indiens zu einer Nuklear-Macht sind politisch gewollt und das Resultat politischer Entscheidungen.¹⁴

Die Kontrolle des Militärs durch die Regierung und die Bürokratie hat sich jedoch nicht negativ auf die Kampfkraft der indischen Streitkräfte ausgewirkt. Die indische Armee ist aus der Kolonialarmee Britisch-Indiens hervorgegangen und fühlt sich diesem Erbe immer noch verbunden, was sich z.B. darin zeigt, dass sie ein reines Berufsheer ist. Dies führt zu einem höheren Maß an Professionalität und hat gleichzeitig zur Folge, dass Kampfeinsätze der Armee, sowie die damit verbundenen Verluste, in der indischen Öffentlichkeit kaum auf Kritik stoßen. Generell lässt sich sagen, dass die indische Armee, möglicherweise auch weil sie nichts mit der Politik zu tun hat, im Land ein sehr hohes Prestige genießt.¹⁵

Die indische Armee ist ein Werkzeug des indischen Staats und dient dessen Interessen im Sinne der Clausewitzschen Definition vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Um diese Interessen durchzusetzen, verfügt sie über genug Mittel, sie ist die drittgrößte Armee der Welt; ihre Ausrüstung ist nicht auf dem technischen Niveau der USA und einiger anderer westlicher Staaten, aber sie verfügt über solides, bewährtes Gerät, das in Kampfeinsätzen erprobt worden ist; es gibt keine Armee in Südasien, die Indien gefährden könnte; die Luftwaffe und die Marine sind in der Lage, den Schutz der indischen Küstengewässer und des indischen Luftraums zu garantieren. Die fortschreitende Modernisierung der indischen Teilstreitkräfte, die nicht nur die Kampfkraft der Armee als solche, sondern

¹⁴ Perkovich, George: *India's Nuclear Bomb: The Impact of Global Proliferation*, Delhi, 2000.

¹⁵ Cardozo, Ian: *The Indian Army. A Brief History*, New Delhi, 2005. Cohen, Stephen P.: *The Indian Army. Its Contribution to the development of a Nation*, New Dehli, 2002, 2. Auflage Taschenbuch.

auch die potentielle Einsatzreichweite erhöhen, werden in den Nachbarstaaten Indiens mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgt, da nicht alle Staaten der indischen Selbsteinschätzung einer grundsätzlich friedlichen Position zu folgen vermögen.

Die oben angeführten und erläuterten Institutionen sind sowohl Akteure als auch Instrumentarium der indischen Außen- und Sicherheitspolitik. Neben diesen staatlichen Einrichtungen gibt es jedoch noch eine Reihe von Akteuren, die die indische Außen- und Sicherheitspolitik zu beeinflussen und ihre eigenen Interessen durchzusetzen suchen: die *Strategic Community*, eine Ansammlung von Akademikern, Journalisten und anderer an der indischen Außen- und Sicherheitspolitik Interessierter und Wissenschaftler; die Wirtschaftsverbände und die Civil Society, die sowohl NGOs als auch Einzelpersonen umfasst. Die Wirtschaftsverbände sind ein relativ neuer Akteur in der indischen Außen- und Sicherheitspolitik. In der Mixed Economy, die von der Unabhängigkeit bis zu den Reformen Anfang der Neunziger bestand, hatte der Staat die dominante Rolle. Die Privatwirtschaft war auf einige Sektoren des Wirtschaftslebens beschränkt, vor allem auf Konsumgüter und leichte Industrien, und Firmen und Wirtschaftsverbände versuchten durch direkte Einwirkungen auf die Politik diese Freiräume entweder zu erweitern oder aber die Bedingungen für einzelne Firmen zu verbessern. Da die indische Volkswirtschaft zu jener Zeit nicht stark in den Weltmarkt integriert war, gab es auch kein Interesse von Seiten der Wirtschaft den Staat dahingehend zu instrumentalisieren, die Chancen für indische Firmen auf ausländischen Märkten zu erhöhen. Als Folge der Reformen seit 1991, d.h. seitdem sich Indien dem Weltmarkt geöffnet und zunehmend in diesen integriert hat, ist einerseits die Exportrate stark gestiegen. Andererseits werden die indischen Firmen auf dem Weltmarkt verstärkt mit der Konkurrenz aus denjenigen Ländern konfrontiert, die, wie z.B. China und die Mitgliedsstaaten der EU, der heimischen Wirtschaft durch protektionistische Maßnahmen – Kredite, Entwicklungshilfe, Waffenexporte – vor allem in der 3. Welt zu einer besseren Geschäftsgrundlage verhelfen. Die indische Wirtschaft hat deshalb großes Interesse daran, dass auch der indische Staat sich für indische Firmen auf eine solche Art und Weise engagiert, damit diese nicht ins Hintertreffen geraten.

Soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen sind ein Teil der indischen Kultur, die sich bisher in der Regel auf indische Themen wie das Kastenwesen, Mordmorde oder die Landreform beschränkt hatten. In letzter Zeit haben sich jedoch auch Pressure Groups gebildet, die sich mit Themen aus Bereichen der indischen Außen- und Sicherheitspolitik befassen, z.B mit der Politik gegenüber Myanmar oder mit dem indischen Atomwaffenprogramm. Es scheint sich hierbei um die Übernahme westlicher Anliegen und Wertvorstellungen zu handeln; die beteiligten Akteure finden offensichtlich größeren Rückhalt in den englischsprachigen Medien Indiens als in der Bevölkerung selbst.

3.2. Grundlagen und Traditionen

Die indische Außen- und Sicherheitspolitik kann nicht getrennt von der indischen Innenpolitik analysiert werden und beide sind ein Produkt der indischen Geschichte. Ein kurzer Überblick über die außen- und sicherheitspolitische Komponenten der indischen Geschichte, sowohl in vorkolonialer als auch in kolonialer Zeit, ist hier notwendig, um die Grundlagen der indischen Außen- und Sicherheitspolitik aufzuzeigen. Die aktuelle Interessenlage der indischen Außen- und Sicherheitspolitik baut auf diesen Grundlagen auf, wird aber modifiziert durch die aktuelle Weltlage und die innenpolitischen Interessen und Zwänge, denen die Akteure in der indischen Außenpolitik ausgesetzt sind.

Was auf den ersten Blick an der indischen Geschichte in vorkolonialer Zeit überrascht, ist, wie sehr sich das, was allgemein als Außenpolitik definiert wird, bei den Staaten in Südasien auf den Subkontinent beschränkt.* Die indischen Staaten hatten sehr wohl eine Außenpolitik, wenn man darunter die Beziehungen zu anderen Staaten versteht. Es ist jedoch für jemanden, der der europäischen Tradition entstammt, überraschend, wie sehr sich die Staaten Indiens selbst genug waren und nicht versuchten ihr Territorium z.B. für eine Kontrolle des überregionalen Handels durch Eroberungen außerhalb Indiens zu erweitern. Dieser Fakt bedeutet, dass sich die indischen Staaten vor der moslemischen Invasion in ihren Beziehungen zu anderen Staaten auf jene beschränkten, die der gleichen Kultur und Religi-

* Um hier die Begriffe zu klären: Wenn im Zeitraum ab 1947 von Indien die Rede ist, bezieht es sich auf die Republik Indien, davor wird mit Indien die Region des indischen Subkontinents bezeichnet.

on entstammten. Dies vereinfachte natürlich das Verständnis für die Motivation und Vorgehensweise der anderen Akteure, wurde aber zu einem Hindernis, als Akteure auf der Bühne erschienen, die anderen Kulturkreisen entstammten und sich somit an Normen und Wertvorstellungen ausrichteten, die dem indischen Kulturkreis fremd waren.

Die Motivation der indischen Staaten, soweit es sich aus den historischen Quellen erschließen lässt, war einfach genug. Kleine Staaten versuchten von großen Staaten nicht absorbiert zu werden und große Staaten versuchten sich zu vergrößern, in der Regel auf Kosten der kleinen Staaten. Die einzige Ausnahme war hier das Reich der Maurya, denen vor der Zeitenwende die Einigung Indiens gelang. Inwiefern diese Ausnahme zu dem üblichen Ablauf der Geschichte durch den Buddhismus ermöglicht wurde, der als neue Religion ein vereinigender Faktor, war ist unbekannt.

Dass die indischen Reiche in der Lage waren, ihre traditionelle Herrschaft ungestört fortzusetzen, ist auch darauf zurückzuführen, dass Indien auf dem Landweg nur durch einige Pässe im Nordwesten zu erreichen war. Die meisten Eroberer, die auf dieser Route nach Indien eindringen, beschränkten sich darauf das Indusdal zu erobern, da sie ihren Schwerpunkt entweder in Zentralasien oder in Westasien (Iranisches Plateau) hatten. Ein weiteres Vordringen nach Indien hätte sie zu weit von ihrem eigenen Reichsgebiet entfernt, so dass sie nicht in der Lage gewesen wären weitere Truppen und Nachschub heranzuführen.

Die ersten Vorstöße des Islams nach Indien folgten dieser Vorgehensweise. Die Eroberung Sinds im 8. Jahrhundert durch die Araber und die Plünderungszüge Mahmud von Ghazni hatten nur die Eroberung von Randgebieten im Nordwesten zur Folge, die wegen ihrer geographischen Nähe zum Nahen Osten bzw. zu Zentralasien problemlos von einem nicht-indischen Reich verwaltet und verteidigt werden konnten. Die Etablierung moslemischer Reiche in Nordindien seit 1192 ist nur möglich gewesen, weil die Eroberer ihren Herrschaftsschwerpunkt nach Indien verlagerten. Nach einer kurzen Phase, in der es ein einziges moslemisches Reich in Indien gab, das Sultanat von Delhi, während dessen Existenz moslemische Armeen bis zur Südspitze Indiens vordrangen, zerfiel das Sultanat von Delhi.

Die moslemischen Staaten, die sich aus den Resten des Sultanats von Delhi herausbildeten, setzten die traditionelle Politik der indischen Staaten, wenn auch unter anderen religiösen Bedingungen, fort.¹⁶

Erklären lässt sich diese Kontinuität in der indischen Geschichte mit der Größe und den geographischen Gegebenheiten des indischen Subkontinents, die es unmöglich machten, abgelegene Gebiete vom Zentrum aus erfolgreich zu dominieren und zu verwalten. Selbst das Mogulreich, von allen moslemischen Staaten in Indien der größte und mächtigste, konnte den Subkontinent nicht komplett beherrschen, da die Ressourcen des Reiches nicht ausreichten, um die notwendigen Armeen und Verwaltungsstrukturen zu finanzieren. Das Erscheinen der europäischen Mächte in Indien änderte diese Grundlagen nicht. Erst seit dem 18. Jahrhundert, als sich die britischen Handelsposten zu einem Machtfaktor in Indien entwickelten, wurde Indien in ein weltumspannendes politisches System integriert.

Es ist ein langer Weg von den ersten britischen Handelsposten, die Anfang des 17. Jahrhunderts in Indien gegründet wurden, zur East India Company als Faktor in der indischen Politik seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis hin zum imperialen Britisch-Indien, das von einem Vize-König in Delhi regiert wurde und als der bedeutendste Besitz der britischen Krone angesehen wurde.

Die in Indien tätigen Händler der East India Company konzentrierten sich ausschließlich auf ihr Metier. Eine militärische Konfrontation mit den indischen Herrschern war wegen des Ungleichgewichts der Machtverhältnisse schlichtweg undenkbar. Das Verhältnis zu den Vertretern anderer europäischer Mächte war teilweise angespannt, dies aber mehr wegen der Rivalitäten im innerasiatischen Handel als wegen der Bündnisse und Feindschaften, die zwischen den europäischen Mächten herrschten. Eine Ausnahme bildet der Zeitraum, als Portugal von Spanien beherrscht wurde (1580 – 1668). Die Unterstellung der portugiesischen Besitzungen unter die spanische Krone machten diese automatisch zu einem Ziel sowohl der niederländischen Händler der VOC, da die Niederlande damals noch um ihre Unabhängigkeit von Spanien kämpften, als auch der Engländer, deren Heimatland zwar nicht im Kriegszustand mit Spanien war, die aber als Protestan-

¹⁶ Kulke, Hermann: *Indische Geschichte bis 1750*, München, 2005.

ten und Kaufleute durchaus bereit waren, die Portugiesen aus lukrativen Bereichen des Asienhandels zu verdrängen.¹⁷ Ein erster Versuch gegen Ende des 17. Jhdts. in Indien eine politische und militärische Rolle zu spielen scheiterte spektakulär, da die Macht des Mogul-Reiches ausreichte, um diesen amateurhaften Versuch im Keim zu ersticken. Die englischen Niederlassungen wurden nur dadurch gerettet, dass das Mogul-Reich unter Aurangzeb sich in einer entscheidenden Phase des Kampfs mit den Mahratten unter Shivaji befand und deshalb, um eine unnötige Ablenkung zu vermeiden, der East India Company nach dem Ende des Konflikts ihre Handelsposten und Privilegien beließ.¹⁸

Das Zusammenkommen mehrerer Faktoren führte im 18. Jhd. zu einer grundlegenden Veränderung der Lage. Der Niedergang des Mogulreiches nach dem Tode Aurangzebs führte zu einer Aufspaltung des Reiches in eine Reihe von Nachfolgestaaten, die zwar die Herrschaft des Großmoguls theoretisch anerkannten, sich aber in der Praxis darauf beschränkten ihren eigenen Herrschaftsbereich zu erweitern. Diese chaotischen Zustände führten dazu, dass die europäischen Handelsgesellschaften, insbesondere die britische und die französische, ihre Schutztruppen vergrößerten und nach den aktuellen europäischen Standards ausbildeten und rüsteten. Die andauernden britisch-französischen Konflikte in Europa und die Parteinahme der europäischen Handelsgesellschaften in indische Konflikte führten dazu, dass die europäischen Kriege auch in Indien geführt wurden. Der Vorteil der Briten lag hierbei nicht so sehr in ihrer Unterstützung durch die Inder, als vielmehr in ihrer Kontrolle der Seewege auf Grund ihrer maritimen Überlegenheit und ihrem, im Vergleich zu Frankreich, modernerem politischem und wirtschaftlichem System, was dazu führte, dass die Briten in der Regel über eine kompetentere Führung verfügten. Der als der Siebenjährige Krieg bezeichnete Konflikt, 1756 – 1763 in Europa ausgetragen, wurde auch in Übersee geführt, wobei hier Großbritannien und Frankreich die Hauptakteure waren. Das Endresultat dieses Konflikts war die Eliminierung des französischen Einflusses in Indien und die Etablierung der East India Company als bedeutende Macht innerhalb Indiens, da ihr nach dem Sieg in der Schlacht von Plassey 1757 die Herrschaft über Bengalen

¹⁷ Hall a.a.O.

¹⁸ Lawford, James P.: *Britain's Army in India. From its Origins to the Conquest of Bengal*, London, Boston, Sydney, 1978.

zufiel, die mit der Erteilung der *Diwani** 1765 durch den nominell herrschenden Großmogul nach indischem Verständnis legitimiert wurde.¹⁹

In den nach dem Sieg bei Plassey folgenden neunzig Jahren erweiterte die East India Company nach und nach ihre Herrschaft über ganz Indien, bis sie nach dem Ende des 2. Sikhkrieges 1849, der mit der Annexion des Punjab endete, zum unmittelbaren Nachbarn des afghanischen Königreichs geworden war. Vor diesem Zeitpunkt hatten die Briten ihre Besitzungen in Indien durch zwei potentielle Feinde bedroht gesehen. Einerseits durch andere europäische Mächte, insbesondere Frankreich, die auf dem Seeweg nach Indien gelangen konnten, um die dortigen britischen Besitzungen zu bedrohen, aber auch durch andere indische Staaten, die die britische Kolonialarmee besiegen und somit die britische Herrschaft in Indien beenden könnten. Die Neuordnung des europäischen Machtverhältnisses auf dem Wiener Kongress 1814/15 mit der Akzeptanz eines Gleichgewichts der Kräfte, der „balance of power“, sowie die Überlegenheit der Royal Navy bedeuteten das Ende einer jeglichen Bedrohung der britischen Herrschaft über Indien durch europäische Mächte. Die kontinuierliche britische Expansion in Indien, die ihren Abschluss mit den Sikh-Kriegen gefunden hatte, bedeutete auch das Ende jeder möglichen Gefährdung der britischen Herrschaft von indischer Seite. Die Stabilität der britischen Herrschaft geriet selbst dann nicht ins Wanken, als 1857 große Teile ihrer eigenen Kolonialarmee rebellierten und dabei bei Teilen der alten indischen Eliten, die von der EIC entmachtet worden waren, und der Bevölkerung Unterstützung fanden.²⁰

Nach 1857 konnten die Briten sicher sein, dass eine Bedrohung ihrer Herrschaft auf absehbare Zeit nicht von indischer Seite ausgehen würde. Ebenso erschien eine Bedrohung Indiens auf dem Seeweg unmöglich. Nicht nur war die Royal Navy den Flotten aller potentiellen Rivalen weit überlegen, sondern auch die Zufahrtswege zum Indischen Ozean waren in britischer Hand: Die Kapkolonie im südlichen Afrika beherrschte den Zugang vom Atlantik her, so wie Singapur den Zugang vom Pazifik bzw. dem Südchinesischen Meer blockierte, während Aden

* Die Verwaltung einer Provinz war zweigeteilt zwischen zwei Gouverneuren, wobei der Inhaber der *Diwani* die Verwaltung und Steuereinzahlung unter sich hatte.

¹⁹ Lawford a.a.O.

²⁰ Hibbert, *Christopher: The Great Mutiny. India 1857*, London, 1978.

in Südarabien, seit 1839 eine Dependence von Bombay, ein für die Kontrolle der Zufahrt zum Roten Meer strategisch günstig gelegener Ort war.²¹ Der Suezkanal fiel nur wenige Jahrzehnte nach seiner Eröffnung zusammen mit Ägypten unter britische Kontrolle, während die nördliche Zufahrt zum Suezkanal durch die britischen Besitzungen im Mittelmeer - Gibraltar, Malta und Zypern - gesichert war.

Die geographischen Grenzen Indiens ließen eine Invasion Indiens auf dem Landweg nur im Nordwesten realistisch erscheinen (s.o.). Der Umstand, dass eine klare geographische Grenze zu den Gebieten Zentralasiens fehlt, führte dazu, dass weder das „India Office“ in London, noch die Kolonialverwaltung in Indien einheitliche politische Richtlinien für diesen Raum, d.h. für den Grenzverlauf entwickelte, sondern dass die „Grenzpolitik“ starken Schwankungen ausgesetzt war, zumal London der britischen Verwaltung in Indien ein Mitspracherecht in dieser Frage eingeräumt hatte, da aufgrund der langen Kommunikationswege zwischen London und Indien Entscheidungen in Krisenfällen zeitnah vor Ort getroffen werden mussten. Im Großen und Ganzen lassen sich jedoch in diesen Auseinandersetzungen um den „richtigen“ Grenzverlauf zwei Positionen herausarbeiten: die Forderungen, die Grenzen möglichst weit oder weniger weit nach Norden vorzuschieben. Die Anhänger der „maximalen Position“ traten dafür ein, die politische Grenze Indiens so weit wie möglich vorzuschieben, um jede feindliche Armee weit entfernt von den Kerngebieten in Nordindien zu halten. Die natürliche Grenze Indiens lag dieser Sichtweise zufolge am Hindukusch oder sogar nördlich davon am Ufer des Amu-Darja. Die „minimalistische“ Sichtweise ging davon aus, dass die Gebiete jenseits der indischen Nordwestgrenze so unwirtlich und von einer so kriegerischen Bevölkerung bewohnt seien, dass eine feindliche Armee dieses Gebiet nur schwerlich durchqueren könne und somit dieses Gebiet selbst den besten Schutz für die Grenze Britisch-Indiens darstelle. Die Anhänger der minimalen Position plädierten für die Rücknahme der Grenze auf den Lauf des Indus, da diese sowohl durch das unwirtliche Vorfeld geschützt sei, als auch deren Schutz durch die bestehenden Garnisonen und Eisenbahnlinien schnell verstärkt werden könne.²²

²¹ McKinnon-Smith: *Yemen.Travels in Dictionary Land*, London, 1997.

²² Caroe, Olaf: *The Pathans 550 B.C. – A.D. 1957*, London, 1964.

Die Resultate der beiden ersten britisch-afghanischen Kriege, in deren Verlauf es zu schweren britischen Niederlagen gekommen war und nach deren Ende der *status quo ante bellum* herrschte, zeigten die Unhaltbarkeit der maximalen Position auf. Die Vertreter der minimalen Position konnten sich mit ihrer Forderung nach einer Rücknahme der Grenze auf den Verlauf des Indus allerdings auch nicht durchsetzen, da eine solche Grenzziehung bedeutet hätte, dass unruhige Stammesgebiete direkt an den Punjab, eine der wertvollsten Provinzen Britisch-Indiens, angengrenzt hätten. Die Kompromisslösung bestand in diesem Fall in einer Vermischung der beiden Positionen: Afghanistan, dessen Nordgrenze nördlich des Hindukusch am Amu-Daja verlief, wurde als Klientelstaat unterstützt. Die unruhigen Stammesgebiete im Osten von Afghanistan wurden dem afghanischen Anspruch - von einer Kontrolle konnte keine Rede sein - entzogen und mit der Ziehung der Durand-Linie 1893 dem Territorium Britisch-Indiens zugeschlagen, wobei sich die Bergstämme der britischen Herrschaft entzogen und durch eine Mischung aus Subventionen und regelmäßigen Kampagnen in Schach gehalten wurden. Östlich der Stammesgebiete erstreckten sich dann bis zum Ufer des Indus die Gebiete, die vollständig der britischen Kontrolle unterstanden.²³

Diese Debatte über den korrekten Verlauf der Grenze war nicht rein akademischer Natur, hatte doch das imperialistische Russland im Lauf des 19. Jhdt. seinen Machtbereich bis an die afghanische Grenze ausgedehnt und war somit Britisch-Indien sehr nahe gerückt war.²⁴ Die politischen Akteure sowohl in London als auch in Delhi gingen davon aus, dass das russische Expansionsstreben darauf ausgerichtet sei, weiter nach Süden vorzustoßen. Sei es um eisfreie Häfen am Indischen Ozean zu erhalten, angeblich ein Ziel russischer Politik seit der Zeit Peters des Grossen, sei es um Indien den Briten zu entreißen. Diese Ansicht, die zur damaligen Zeit ein Dogma der britischen Außenpolitik war, und größtenteils von der Geschichtsschreibung übernommen wurde, ist in letzter Zeit in Frage gestellt worden. Der revisionistischen Sichtweise zufolge hatte Russland keinerlei Absicht sich Britisch-Indien anzueignen und auch das ihm unterstellte Ziel des Zugangs zu eisfreien Häfen sei kein Imperativ der russischen Außenpolitik gewesen. Die russische Expansion in Asien sei vielmehr opportunistisch gewesen, da sie die russische Expansion dort forcierte, wo sie möglich war. Dieser Sichtweise zufolge wa-

²³ *ibid.*

²⁴ Caroe, Olaf: *Soviet Empire. The Turks of Central Asia and Stalinism*, London, 1953.

ren russische Maßnahmen und Expeditionen im Vorfeld Britisch-Indiens darauf ausgelegt, Druck auf Großbritannien auszuüben, um ein britisches Entgegenkommen in anderen Bereichen zu erlangen oder aber um Großbritannien abzulenken.

Ohne hier jetzt eine Entscheidung zwischen diesen beiden Sichtweisen zu treffen, kann die britische Außen- und Sicherheitspolitik, sowohl wie sie in London als auch wie sie in Delhi gehandhabt wurde, nur konkret analysiert werden, wenn man sich bewusst macht, dass für die britischen Entscheidungsträger das russische Interesse an Indien eine unumstößliche Realität war.

Die britische Außen- und Sicherheitspolitik war und ist pragmatisch geprägt von einem hohen Maß an Flexibilität bei der Vertretung britischer Interessen und einem Mangel an bindenden Doktrinen. Die Berücksichtigung dieser Merkmale erleichtert eine Analyse der britischen Politik in Bezug auf die Sicherheit Indiens; erschwert wird diese Analyse jedoch durch die Tatsache, dass die Richtlinien der britischen Politik zwar in London formuliert wurden, die britische Kolonialverwaltung in Indien aber ein Mitspracherecht hatte und aufgrund ihrer Präsenz vor Ort zu eigenständigem Handeln in der Lage war und sich somit de facto gegen die von London vertretene Politik stellen konnte.²⁵

Für London waren die Sicherheit Indiens und sein Verbleib im Kolonialreich wichtige Ziele seiner Politik. Die britischen Bemühungen, diese Ziele zu erreichen, konkurrierten jedoch mit anderen Zielen der britischen Außenpolitik: der Wahrung der dominanten Stellung der britischen Flotte und der des Gleichgewichts der Mächte auf dem europäischen Kontinent. Die Sichtweise der britischen Verwaltung in Indien war eine andere; für sie war die Sicherheit Indiens das einzige außenpolitische Ziel. Um diese Sicherheit zu garantieren, die nur durch eine Bedrohung von außen gefährdet werden konnte, war Britisch-Indien immer bemüht, nicht nur die Grenzen der Kolonie zu sichern, sondern auch ein Vorfeld zu schaffen, welches es anderen Mächten unmöglich machen würde, sich in Gebieten festzusetzen, die jenseits der Grenzen Britisch-Indiens lagen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde notfalls eine Politik der „stillen Expansion“ verfolgt, die nicht nur den Zielen, sondern auch den Maßgaben der allgemeinen britischen Politik

widersprachen; so war z.B. die Younghusband Expedition nach Tibet (siehe Kapitel 6 für Details) eine Maßnahme Delhis, die sich gegen eine vermutete russische Einflussnahme in Tibet richtete, während zur gleichen Zeit Großbritannien, das sich durch das aufsteigende Deutschland bedroht sah, außenpolitisch einen Ausgleich mit Russland anstrebte, um ein Gegengewicht zu Deutschland zu schaffen. Der Umfang dieser Neben-Außenpolitik, die von der Regierung Britisch-Indiens betrieben wurde, verringerte sich im Lauf der Zeit, da die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten die Folge hatte, dass die Regierung in London relativ zeitnah über die Entwicklungen in Indien informiert war.

Wie am Anfang des Kapitels aufgezeigt bedeutete für die indischen Staaten der prä-kolonialen Zeit „Außenpolitik“ die Beziehungen zu anderen Staaten auf dem indischen Subkontinent. Vor diesem Hintergrund bedeutete aber die Zeit der britischen Herrschaft eine Erweiterung des außenpolitischen Horizonts für gebildete Inder. Als Untertanen der britischen Krone, welche die Unabhängigkeit Indiens anstrebten, hatten sie natürlich eine andere Zielsetzung als die Briten. Soweit im indischen Unabhängigkeitskampf die Außenpolitik bzw. andere Mächte eine Rolle spielten, taten sie dies nur im Bezug auf das Ziel: die Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Inder, bzw. der politischen Eliten, ging davon aus, diese Unabhängigkeit durch eigene, friedliche Anstrengungen innerhalb Indiens zu erreichen. Dies war die Linie von Gandhi, Nehru und der überwiegenden Mehrheit der Kongresspartei, sie lehnte somit ein Bündnis mit den Feinden Großbritanniens ab, insbesondere auch, weil Deutschland und Japan als faschistisch angesehen wurden. Eine Minderheit innerhalb der indischen Unabhängigkeitsbewegung erhoffte sich jedoch eine schnelle Freiheit für Indien durch ein Bündnis mit den Achsenmächten; in erster Linie ist hier Subhas Chandra Bose zu nennen, der schon vor dem 2. Weltkrieg aus der Kongresspartei austrat, weil er im Gegensatz zu Gandhi die indische Unabhängigkeit mit Gewalt erkämpfen wollte. Nachdem er in Deutschland nicht die erwünschte Unterstützung erhalten hatte, wandte er sich Japan zu, starb aber bereits am Ende des 2. Weltkriegs.

Eine aufgrund der kollektiven Erfahrungen von allen Indern geteilte Einstellung war die absolute Ablehnung des Kolonialismus. Dieser Grundsatz wurde richtungsweisend in den ersten Jahrzehnten der indischen Außenpolitik. Ein weiteres

Erbe aus der Außen- und Sicherheitspolitik der britischen Kolonialherrschaft ist zwar weniger spektakulär, zeigt sich aber ebenfalls in den Grundzügen der indischen Außenpolitik. Dies ist einerseits das Axiom, dass die territoriale Sicherheit Indiens unter allen Umständen gewahrt werden muss, auch wenn dies eine Intervention in die inneren Angelegenheiten seiner Nachbarn bedeutet, andererseits seine hohe Flexibilität in der Außen- und Sicherheitspolitik, wenn Veränderungen in der Weltlage eine bis dahin verfolgte Politik als nachteilig erscheinen lassen. Dieses britische Erbe resultiert aus dem Umstand, dass die nach der Unabhängigkeit führenden indischen Eliten stark von der britischen Kultur geprägt waren und dass das unabhängige Indien mit den Institutionen der Kolonialzeit auch deren Personal und Traditionen übernahm.

Die Lage, der sich die indische Führung nach der Erlangung der Unabhängigkeit gegenüber sah, war widersprüchlich: Mit einer Bevölkerung von 300 Millionen war Indien nach China das Land mit der größten Anzahl von Einwohnern, Indien selbst verfügte über eine funktionierende Verwaltung, eine unpolitische Berufsarmee und eine intakte Demokratie mit einer unabhängigen Justiz sowie den Grundlagen eines industriellen Sektors und Ausbildungssystems. Andererseits war Indien ein sehr armes Land in dem ein Großteil der Bevölkerung vom Hunger bedroht war, die Chancen für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum als gering angesehen wurden, das Trauma der Teilung bis zu anderthalb Millionen Menschen das Leben gekostet hatte und die ungeklärte Kaschmirfrage die zukünftigen Beziehungen zu seinem neuentstandenen Nachbarn Pakistan belastete.²⁶ Außenpolitisch zeichnete sich der beginnende Kalte Krieg am Horizont ab, während ein Großteil der Welt noch aus Kolonien bestand, jener Form der Unterdrückung der Indien gerade erst entronnen war.

Die Führung der Kongresspartei, die die Mehrheit im indischen Parlament inne hatte, sah sich somit mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Ihre Reaktion auf diese Fragen sollte die indische Außen- und Sicherheitspolitik auf Jahrzehnte bestimmen. Die Politik Gandhis, die auf einer absoluten Gewaltfreiheit basierten, wurden nicht zur Leitlinie der Außen- und Sicherheitspolitik des neuen Staats. Gandhis führende Rolle im Freiheitskampf wurde nicht in Frage gestellt, aber

²⁶ Zur Lage Indiens bei der Teilung Collins, Larry/Lapierre, Dominique: *Freedom at Midnight*, New York, NY, 1976.

selbst ohne sein vorzeitiges gewaltsames Ende wäre es ihm nicht gelungen, seine Ideale in dem neuen Indien umzusetzen.²⁷ Einig war sich die indische Führung in ihrer Ablehnung des Kolonialismus und Indien setzte seine zugegeben geringen, internationalen Mittel in den Entkolonialisierungsprozessen der folgenden Jahrzehnte konsequent ein, um zu erreichen, dass andere Kolonien in die Freiheit entlassen wurden. In der Rivalität zwischen den USA und der UdSSR war Indien neutral, was auf den ersten Blick erstaunen mag, da eine Parteinahme Indiens, immerhin ein demokratischer Rechtsstaat, für die USA logisch erschienen wäre. Innerhalb der indischen Führung gab es jedoch nicht die Ablehnung des Kommunismus als solchen, wie sie in der westlichen Welt verbreitet war. Die kommunistischen Parteien hatten den antikolonialen Kampf immer unterstützt und die kommunistischen Ideale wurden innerhalb Indiens von vielen als moralisch gerechtfertigt angesehen, wenn sie nicht sogar von den Indern geteilt wurden.²⁸

Indien war nach seiner Unabhängigkeit sofort den Vereinten Nationen beigetreten und engagierte sich trotz seiner begrenzten Ressourcen in der Tätigkeit der UN, so überwachte Indien z.B. die Wahlen in Korea 1947 und die UN-Waffenstillstandskommission in Kaschmir war der erste Einsatz dieser Art für die UN.²⁹ Die erste große Herausforderung Indiens im außen- und sicherheitspolitischen Bereich, der Konflikt mit Kaschmir, wurde in Indien selbst als eine Art Familienstreitigkeit angesehen, der Indien nicht übermäßig belasten sollte. Ein bedeutender Faktor war der Aufstieg Chinas. Auf die indisch-chinesischen Beziehungen wird in späteren Kapiteln noch genauer eingegangen werden; wichtig an dieser Stelle ist, dass im Freundschaftsvertrag mit der VR China 1954 zum ersten Mal die fünf Prinzipien des *Panchasheel* definiert wurden, die Grundlagen der indischen Außenpolitik unter Nehru und seinen unmittelbaren Nachfolgern. Es handelt sich um die folgenden Prinzipien:

- Achtung territorialer Integrität und Souveränität
- Gegenseitiger Gewaltverzicht
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten
- Gleichheit (der Staaten)
- Gegenseitige Unterstützung

²⁷ siehe hierzu Bischoff, Manfred

²⁸

²⁹

Diese Prinzipien bestimmen auch heute noch die Leitlinien der indischen Außen- und Sicherheitspolitik, wobei die praktische Ausformung dieser Politik sich manchmal im Gegensatz zu den oben genannten Prinzipien gestaltet.³⁰

Die indische Okkupation der portugiesischen Besitzungen in Indien 1961 wurde von Indien nicht als Bruch der Prinzipien der *Panchasheel* angesehen, da die indische Aktion dazu diente ein Überbleibsel des Kolonialsystems zu beseitigen. Ebenso verletzte der Freundschaftsvertrag 1971 mit der Sowjetunion nach indischer Lesart nicht die Grundlagen der *Panchasheel*, was bei einer texttreuen Deutung auch stimmt. Teil des Problems ist, dass die fünf Prinzipien der *Panchasheel* von der Öffentlichkeit mit den Vorstellungen der Blockfreien Bewegung, die bekanntermaßen unter der Führung Nehrus von Indien mitbegründet worden war, verwechselt wurden. Die *Panchasheel* bedeuten weder absolute Neutralität, noch schließen sie Verträge und Bündnisse mit anderen Staaten aus, solange die abgeschlossenen Verträge und die Vertragsparteien sich an die Prinzipien der *Panchasheel* halten.

Als Grundlage der indischen Außen- und Sicherheitspolitik funktioniert die *Panchasheel* immer noch, wobei die Normen, die die *Panchasheel* vorgibt, dem internationalen Recht voll und ganz entsprechen. Die Hoffnungen, die Nehru jedoch in sie setzte, haben sich nicht erfüllt, da durch den Grenzkrieg mit China 1962 der Freundschaftsvertrag von 1954 obsolet wurde. Darüber hinaus widersprach die seit 1971 von Indira Gandhi unternommene Anlehnung Indiens an die Sowjetunion in der Wahrnehmung der internationalen Öffentlichkeit den Prinzipien der *Panchasheel*.

Die Neuordnung der globalen Machtstruktur seit 1989 stellte die indische Außen- und Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen, da bewährte Bündnispartner von der Weltbühne verschwanden, während alte Rivalen an Macht und Bedeutung gewannen. Indien hat darauf, nach einer kurzen Phase der Verunsicherung, mit einer Neuausrichtung seiner Außen- und Sicherheitspolitik begonnen, die von neutralen Beobachtern als Erfolg gewertet wird.

³⁰ Grover, Verinder (Hg.): *International Relations and Foreign Policy of India, Vol. 3*, New Delhi, 1992.

3.3. Die Außen- und Sicherheitspolitik seit 1947

Die Teilung Britisch-Indiens 1947 noch vor der Unabhängigkeit hatte zur Folge, dass Indien von Beginn an in einen Konflikt mit Pakistan verwickelt ist, vor allem wegen der Zugehörigkeit Kaschmirs, ein Konflikt, dessen Lösung sich bisher allen Bemühungen entzogen hat. Die Beziehungen zu Pakistan und der Kaschmirkonflikt sind die beiden grundlegenden Konstanten der indischen Außen- und Sicherheitspolitik. Darum ist es gerechtfertigt, die Beziehungen zu Pakistan an dieser Stelle näher zu analysieren, obwohl Pakistan nicht Teil des Dreiecks Indien-China-Südostasien ist, zumal, wie in Kapitel 6.2 ausgeführt wird, diese Beziehungen von erheblicher Relevanz im indisch-chinesischen Verhältnis sind.

Daneben bot die Weltlage 1947 sowohl Chancen als auch Risiken für Indiens Außen- und Sicherheitspolitik. Die Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion zeichnete sich schon ab, obwohl den damaligen Akteuren sicherlich nicht bewusst war, welche Ausmaße, räumlich und zeitlich, dieser Konflikt haben würde. Das Ende der großen europäischen Kolonialimperien hatte begonnen, trotz der verzweifelten Versuche mehrerer europäischer Staaten ihre Vorherrschaft aus Vorkriegs-Zeiten wieder herzustellen. Mit der Atombombe hatte die moderne Kriegsführung eine neue Qualität erhalten, auch wenn die strategischen Konsequenzen einer solchen Waffe noch nicht vollständig verstanden wurden.³¹

3.3.1 Indien und Pakistan

Wie oben bereits ausgeführt, resultiert das hauptsächliche Problemfeld der indischen Außen- und Sicherheitspolitik aus der Existenz Pakistans. Die Gründung Pakistans bedeutete nicht nur die Teilung Indiens, sondern auch die Ablehnung des Postulats, auf dem das moderne Indien beruht: Dass Indien ein säkularer Staat ist, in dem weder Rasse noch Religion oder Kastenzugehörigkeit eine Rolle spielen. Trotz der Massaker, die sich vor und während der Teilung abspielten, und dem damit verbundenen menschlichen Elend hätten die Beziehungen zu Pakistan sich friedvoll entwickeln können, wenn nicht der Streit um die Zugehörigkeit Kaschmirs zu einem der beiden Staaten die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens von Anfang an nachhaltig gestört hätte.

³¹ Rothermund, Dietmar: *Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht*, München, 2008.

Das Problem Kaschmir hat seinen Ursprung in der kolonialen Vergangenheit. Ein Drittel Britisch-Indiens unterstand nicht direkt der britischen Herrschaft, sondern wurde von einheimischen Fürsten regiert, die sich der britischen Krone unterworfen hatten. Diese sogenannten *Princely States* waren somit nicht Teil der Kolonie Indien, die von den Briten in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Rein theoretisch hätten diese indischen Fürstentümer mit dem Rückzug der Briten ihre Unabhängigkeit wiedererlangen können. Um aber eine weitere Aufsplitterung des Subkontinents zu verhindern, wurde Druck auf die Fürsten dahingehend ausgeübt, sich einem der Nachfolgestaaten Britisch-Indiens anzuschließen. Im Prinzip hatten sie zwar Wahlfreiheit, aber die geographischen Gegebenheiten bewirkten, dass sich die Mehrzahl der Fürsten für den Staat entschieden, von dessen Gebiet sie umgeben waren. Kaschmir war insofern ein Sonderfall, als es sowohl an das zukünftige Indien als auch an das zukünftige Pakistan angrenzte; erschwerend kam hinzu, dass der Maharajah von Kaschmir ein Hindu war, während die Mehrheit der Bevölkerung aus Moslems bestand. Diese religiösen Verhältnisse bestätigten Pakistan in seiner Position, dass Kaschmir ein Teil von Pakistan werden würde. Da Hari Singh, der Maharajah von Kaschmir, aber den Versuch unternahm, einen eigenständigen Staat zu gründen, und sich daher zunächst weder Pakistan – das an Kaschmir auch wirtschaftliche Interessen hatte, vor allem wegen der Tatsache dass die Flüsse des Punjab durch das flussaufwärtsgelegene Kaschmir fließen – noch Indien anschloss, begannen mit Duldung und Unterstützung Pakistans paschtunische Stammeskrieger nach Kaschmir einzudringen. Die Bitte Hari Singhs an die indische Regierung, ihm militärische Hilfe zu leisten, wurde entsprochen, zeitgleich trat der Maharajah der Indischen Union vorläufig bei. Dieser 1. indisch-pakistanische Krieg, der durch UN-Vermittlung mit einem Waffenstillstand endete, brachte keine Lösung, da die von der UN vorgesehene Volksabstimmung für eine endgültige Regelung scheiterte. Kaschmir blieb geteilt.

Der Kaschmirkonflikt rührt an das grundlegende staatliche Selbstverständnis beider Seiten. Indien versteht sich als säkularer Staat (s. oben), ein Verzicht auf Kaschmir, den einzigen Bundesstaat mit einer mehrheitlich moslemischen Bevölkerung, würde nach diesem Selbstverständnis die Preisgabe dieses Anspruchs bedeuten. Pakistan hingegen versteht sich als das Heimatland aller Moslems in

Südasiens, gegründet um zu verhindern, dass Moslems unter der Herrschaft der Hindus leben müssen. Die Abspaltung Bangladeschs und die Tatsache, dass eine bedeutende Anzahl von Moslems sich bei der Teilung nicht für die Auswanderung nach Pakistan entschieden haben, sind weniger wichtig als Kaschmir, das als mehrheitlich von Moslems bewohntes, an Pakistan angrenzendes Gebiet zu Pakistan gehören **muss**. Ein florierendes Kaschmir, das von seiner Bevölkerung als Teil Indiens akzeptiert wird, würde sein grundlegendes staatliches Selbstverständnis zerstören. Die Beziehungen zu Pakistan waren und sind deshalb der wichtigste Faktor in der indischen Außenpolitik, hatten und haben einen erheblichen Einfluss auf die indischen Beziehungen zu anderen Ländern, da Indien diese Beziehungen davon abhängig macht, welche Seite das jeweilige Land im Kaschmirkonflikt unterstützt.

Bis 1971 hielt sich das Kräfteverhältnis zwischen Indien und Pakistan mehr oder weniger im Gleichgewicht. Der 2. indisch-pakistanische Krieg von 1965 hatte mit einem Remis geendet. Indien hätte es sich bis zu diesem Zeitpunkt kaum erlauben dürfen, der pakistanischen Bedrohung im außen- und sicherheitspolitischen Kontext weniger Bedeutung beizumessen. Erst durch den 3. indisch-pakistanischen Krieg, d.h. die militärische Intervention Indiens in den Bürgerkrieg in Ostpakistan zugunsten eines unabhängigen Bangladesch, entstand ein leichtes Ungleichgewicht der Kräfte, Indien wurde stärker. Dies Ungleichgewicht vergrößerte sich noch durch den erfolgreichen indischen Atombombentest 1974. Die sowjetische Invasion in Afghanistan Ende 1979 führte dazu, dass der „Frontstaat“ Pakistan von den USA aufgerüstet wurde, während die VR China begann das pakistanische Atomwaffenprogramm zu unterstützen. Die pakistanische Armee wurde im konventionellen Bereich dank der amerikanischen Unterstützung so stark, dass das bestehende Kräfteungleichgewicht wieder aufgehoben wurde.

Der erfolgreiche Atomtest Pakistans 1998, als Antwort auf den nur kurz zuvor erfolgten Atomtest Indiens, zeigte, dass Pakistan als Nuklearmacht mit Indien gleichgezogen hatte. Das nach den Ereignissen des 11. Septembers wieder erstarkte Bündnis zwischen Pakistan und den USA hatte einen weiteren Modernisierungsschub für die pakistanischen Streitkräfte zur Folge, was durch die indische Aufrüstung, deren Finanzierung durch die stark wachsende indische Wirtschaft

ermöglicht worden war, ausgeglichen wurde. Pakistan sieht sich immer noch als Indien ebenbürtig an und ist nicht bereit, eine führende Rolle, geschweige denn eine Vorherrschaft Indiens in Südasien zu akzeptieren. Um das Kräftegleichgewicht gegenüber Indien aufzuheben, war und ist Pakistan bereit, sich mit Ländern außerhalb Südasiens zu verbünden, die als Gegengewicht zu Indien fungieren. Einerseits waren und sind dies die USA, die aber aufgrund ihrer eigenen außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten Pakistan immer wieder vernachlässigen und sich in neuester Zeit Indien als potentiellem Gegengewicht zu China zuwenden, andererseits die VR China, zu der Pakistan seit Jahrzehnten gute Beziehungen unterhält.



Karte 2: Die zwischen Indien, Pakistan und der VR China umstrittenen Gebiete in Kaschmir

3.3.2 Indien und Südasien

Die Beziehungen Indiens zu den anderen Staaten Südasiens sind unterschiedlich. Die ursprüngliche Dankbarkeit Bangladeschs nach dem Befreiungskampf gegen Pakistan ist längst in Misstrauen umgeschlagen, das sich mit der zunehmenden Islamisierung des Landes nur verstärkt hat. Das schwache Bangladesch ist jedoch im außen- und sicherheitspolitischen Kalkül Indiens eine *quantité négligeable*, solange es kein Bündnis mit einer außerregionalen Macht eingeht. Im Bezug auf die übrigen Staaten in Südasien - Sri Lanka, Nepal, Bhutan und die Malediven - ist die indische Außen- und Sicherheitspolitik von Desinteresse geprägt, es sei denn die sicherheitspolitischen Belange Indiens werden tangiert. In einem solchen Fall ist Indien bereit, sich des klassischen Instrumentariums der Außen- und Sicherheitspolitik zu bedienen, wie es die Interventionen in Sri Lanka und den Malediven und die Blockade Nepals zeigen. Am Beispiel Bhutans wird deutlich, dass eine Politik der Rücksichtnahme und Anpassung an indische Prioritäten von Indien honoriert wird.

3.3.3 Indien im globalen Rahmen

Die Beziehungen zwischen Indien und den USA waren nie so eng, wie man es von diesen beiden großen Demokratien, zwischen denen keine historisch begründete Feindschaft oder Rivalität besteht, hätte erwarten können. Die Gründe dafür sind auf beiden Seiten zu finden: Die von Indien unter Nehru verfolgte Politik der Blockfreiheit und vor allem Nehrus Bemühen, andere Staaten für diese Politik zu gewinnen, wurden von den USA als wohlwollende Einstellung zur kommunistischen Ideologie als solche und als Freundschaftsbeweis gegenüber den kommunistischen Staaten aufgefasst, was in der angespannten Atmosphäre der Fünfziger und Sechziger für die USA nicht akzeptabel war. Auf indischer Seite mangelte es an Verständnis für die strategischen Verpflichtungen und Zwänge, denen sich die USA als Supermacht ausgesetzt sieht. Verknüpft mit einer gewissen generellen Sympathie für sozialistisches Gedankengut und einer Ablehnung des Kapitalismus innerhalb eines großen Teils der indischen politischen Elite, ein Erbe aus der Kolonialzeit, führte dies zu einer Entfremdung zwischen Indien und den USA, die ihren Höhepunkt 1971 erreichte, als Indien einen Freundschaftsvertrag mit der

Sowjetunion abschloss. Verstärkt wurden die Spannungen im indisch-amerikanischen Verhältnis noch durch die in der Regel guten Beziehungen zwischen den USA und Pakistan. Die amerikanische Unterstützung für Pakistan resultierte aus den Bestrebungen der USA, mit Pakistan ein Bollwerk gegenüber eventuellen sowjetischen Expansionsgelüsten zu errichten. Diese Unterstützung, die in der Kaschmirfrage eine Parteinahme für Pakistan auf den internationalen Foren einschloss, wurde von indischer Seite als anti-indische Grundeinstellung der amerikanischen Politik interpretiert. Der Zerfall des Ostblocks 1989 und der Sowjetunion 1991 führten auf indischer Seite zu einer Neuorientierung im Verhältnis zu den USA. Der Prozess der Entspannung und des Interessenabgleichs fand seinen Höhepunkt 2007, als die USA ihre Bereitschaft erklärten, mit Indien im atomaren Bereich zusammenzuarbeiten und den Status Indiens als Atommacht zu akzeptieren.

Die Beziehungen Indiens zur Sowjetunion sind inzwischen zwar eher für Historiker von Interesse, da dieses Kapitel der indischen Außen- und Sicherheitspolitik aufgrund der historischen Entwicklung abgeschlossen ist. Das ändert jedoch nichts an der generellen Signifikanz dieser Epoche für die indische Außen- und Sicherheitspolitik: Einerseits wird deutlich, dass Indien trotz seiner offiziell verfolgten Politik der Blockfreiheit durchaus bereit war Bündnisse einzugehen, die dieser Politik widersprachen, wenn die Interessen Indiens dies erforderten. Andererseits sind die guten Beziehungen zwischen Indien und Russland Folge der indisch-sowjetischen Beziehungen. Russland ist für Indien immer noch als Rüstungslieferant und als Handelspartner von Interesse. Da die Bedeutung Russlands jedoch auf seinem Status als führender Energielieferant beruht und Indien aufgrund seiner geographischen Lage nicht durch Pipelines aus Russland erreicht werden kann - Afghanistan wird aller Voraussicht nach auf Jahre hinaus nicht sicher genug sein und Indien ist nicht bereit seine Energieversorgung von Lieferwegen abhängig zu machen, die durch Pakistan verlaufen -, hat die Relevanz der Beziehungen zu Russland für Indien abgenommen, vor allem weil Russland weder in der Lage noch willens ist, wie die vormalige Sowjetunion als Gegengewicht zu China zu fungieren.

Die indischen Beziehungen zu den anderen Staaten Asiens waren immer von nachrangiger Bedeutung im Vergleich zu den obengenannten Staaten. Japan hatte und hat für Indien nur Bedeutung als Handelspartner, früher auch als Geber von Entwicklungshilfe, in zunehmenden Maß aber erst seit Beginn der Wirtschaftsreformen 1991 in Indien, da vor dieser Zeit der indische Markt für japanische Güter nur eingeschränkt zugänglich war. Die militärische Rolle Japans wird durch seine sehr pazifistische Verfassung, die militärische Gewalt nur zur eng definierten Selbstverteidigung zulässt, und durch sein Bündnis mit den USA bestimmt. Aus beiden Gründen ist eine militärische Kooperation zwischen Indien und Japan unwahrscheinlich, auch wenn beide Länder sich durch das mächtiger werdende China herausgefordert, wenn nicht bedroht sehen.

Die Beziehungen zu Australien sind von einer gewissen Distanziertheit, was aufgrund des gemeinsamen britischen Erbes recht ungewöhnlich ist. Der Grund hierfür liegt in der Anlehnung Australiens an das amerikanische Sicherheitssystem, nachdem sich am Ende des 2. Weltkriegs abgezeichnet hatte, dass das Britische Weltreich nicht fortbestehen würde. Die indischen Bestrebungen, den Indischen Ozean von fremden Mächten freizuhalten und diesen quasi zu neutralisieren, stießen bei den mit den USA verbündeten Australiern, deren Handelsrouten nach Europa durch den Indischen Ozean verlaufen, auf Ablehnung. Die Bemühungen Indiens seine Flotte zu verstärken, sowie der indische Atomtest 1999 sind in Australien mit Aufmerksamkeit verfolgt worden. Im wirtschaftlichen Bereich hat sich die VR China seit den Neunzigern als der wichtigste Handelspartner Australiens etabliert, da Australien über umfangreiche Rohstoffreserven verfügt, die von China für seine nachholende industrielle Entwicklung benötigt werden. Zwar wird Indien mit seiner wachsenden Wirtschaftskraft zunehmend interessanter für Australien, aber solange China in der Lage ist, alle australischen Rohstoffexporte aufzunehmen, benötigt Australien Indien nicht als Absatzmarkt.

Die Beziehungen zwischen Indien und dem Gebiet des Nahen Osten reichen bis weit in die Frühgeschichte zurück: Dass es schon damals Beziehungen zwischen der Induskultur und Regionen am Persischen Golf gab, ist nachgewiesen. In der Zeit Britisch-Indiens waren der Persische Golf und das Gebiet des heutigen Jemen Teil seines Einflussbereiches. So wurde die britische Kolonie Aden erst 1937 der Kontrolle Delhis entzogen und dem Kolonialministerium in London unterstellt.

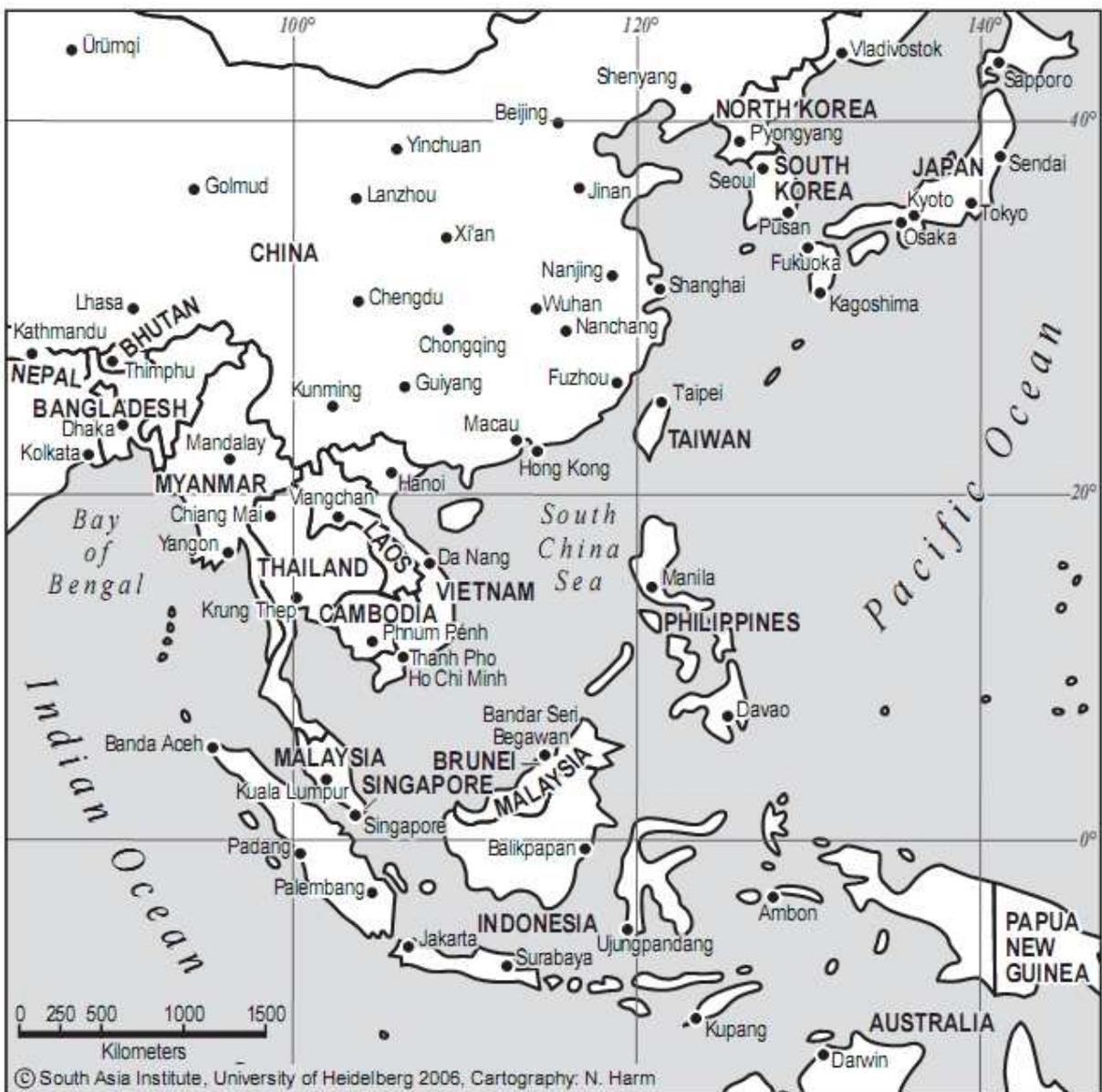
Die seit Jahrhunderten bestehende Präsenz indischer Händler in diesem Raum hatte sich in der Zeit der Pax Britannica noch verstärkt, die Beziehungen hatten sich intensiviert, woran sich auch nach der Unabhängigkeit Indiens nichts änderte. Kompliziert wurden diese Beziehungen jedoch durch die Gründung Pakistans, dessen Ansprüche auf Kaschmir die moslemischen Staaten des Nahen Ostens unterstützen. Indien bemühte sich trotzdem um gute Beziehungen zu den nahöstlichen Staaten, teilweise um zu versuchen die Unterstützung dieser Staaten für Pakistan einzuschränken, teilweise aber auch, weil Indien mit seiner moslemischen Minderheit daran interessiert war, zu moslemischen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten. Dieses Bemühen um ein gutes Verhältnis zu den Staaten des Nahen Ostens war einer der Hauptgründe dafür, dass Indien keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielt. Diese wurden erst 1992 aufgenommen, Konsequenz aus dem umfassenden Reformprogramm von 1991. Die Beziehungen zwischen Indien und Israel sind seitdem stabil, wobei Elemente der indischen Innenpolitik den Grad der Stabilität modifizieren können: Dass z.B. die moslemische Minderheit in Indien nicht bereit ist die hindunationalistische BJP zu wählen, führt dazu, dass diese Partei, wenn sie an der Macht ist, die indisch-israelischen Beziehungen intensiviert. Im wirtschaftlichen Bereich ist der Nahe Osten Indiens Hauptlieferant von Erdöl, während von indischer Seite der „Hauptexport“ in der Lieferung von Kontraktarbeitern besteht, die in den Golfstaaten arbeiten. Diese Arbeiter, eine Devisen-Quelle, stellen auch ein Druckmittel für die Golfstaaten dar, da eine Einschränkung der Beschäftigung unmittelbare Auswirkungen auf Indiens Volkswirtschaft haben würde.

Indiens Beziehungen zu Europa bestanden zunächst fast ausschließlich aus den Beziehungen zu Großbritannien. Auch nach der indischen Unabhängigkeit blieben die Kontakte zwischen Indien und Großbritannien eng, nicht nur auf militärischer - Großbritannien war zunächst der Hauptwaffenlieferant für die indische Armee - und wirtschaftlicher Ebene, sondern auch im kulturellen und sozialen Bereich, da Großbritannien eines der wenigen Länder war, in das Inder, wenn auch nur in begrenzter Zahl, auswandern konnten. Die indische Minderheit in Großbritannien hat sich erfolgreich etabliert und hält die Beziehungen zum Mutterland aufrecht. Später gewannen auch die Beziehungen Indiens zu Frankreich an Bedeutung, hauptsächlich wegen dessen Rüstungsexporte. Heute ist die EU, der größte Wirt-

schaftsraum der Welt, einerseits für Indien als Absatzmarkt seiner Industrieproduktion von Interesse, andererseits ist für europäische Firmen Indien als Wirtschaftspartner attraktiver als China, auf dessen Märkten sie sich mit der überlegenen Konkurrenz aus Japan und den USA konfrontiert sehen. Im außen- und sicherheitspolitischen Bereich sind die EU und ihre einzelnen Mitgliedsstaaten für Indien nicht sonderlich relevant, abgesehen von einigen Rüstungsgütern, die Indien auch aus anderen Ländern beziehen könnte bzw. in Zukunft wohl selbst herstellen wird. Was in Indien vor allem bei den an Außen- und Sicherheitspolitik Interessierten, aber auch auf amtlicher Seite zunehmend auf Ablehnung stößt, ist die Tatsache, dass mit Großbritannien und Frankreich zwei Mitglieder der EU über ständige Sitze, mit Vetorecht, im UN-Sicherheitsrat verfügen, während Indiens Bemühungen, zusammen mit Deutschland, Japan und Brasilien, einen einfachen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu bekommen, gescheitert sind.

4. Die Beziehungen Indiens zu Südostasien

Ziel dieses Kapitels ist, wie schon in der Einführung gesagt, das derzeitige Beziehungsgeflecht zwischen Indien und Südostasien zu analysieren, um die aktuellen Interessen Indiens in diesem Raum zu verstehen und darauf aufbauend Prognosen zu wagen, ob es Indien möglich sein wird, diesen Interessen aktiv zu verfolgen. Dazu werden die Entwicklungen in den politischen Beziehungen besonders zu den für Indiens Interessen relevanten Einzelstaaten Vietnam, Indonesien und Myanmar untersucht, während die Analyse der wirtschaftlichen Beziehungen den Gesamtraum Südostasiens umfasst.



Karte 3: Südostasien aus der Perspektive Indiens und Chinas

4.1. Die Beziehungen seit vorkolonialer Zeit bis zum Ende des Kalten Krieges

Archäologische Ausgrabungen und vereinzelte Hinweise in indischen Chroniken zeigen, dass es schon zur Zeitenwende Handelsverbindungen zwischen Indien und Südostasien gegeben hat. Diese Handelsverbindungen dienten nicht nur dem Austausch von Waren und Gütern zwischen diesen beiden Regionen, sondern auch dem überregionalen Handel, der das Imperium Romanum, über seine Provinz in Ägypten, mit den verschiedenen Reichen im Osten verband.¹ Den durch den Handel angebahnten Verbindungen nach Südostasien folgten in späteren Jahren auch Gelehrte und Priester, die indische Religionen und Kulturen und somit auch indische Wertvorstellungen in Südostasien verbreiteten. Die Durchdringung Südasiens mit diesem Gedankengut wird in dem Kapitel über Südostasien vertieft werden. Im Gegensatz zur Rezeption von indischem Wissen in Südostasien, gibt es keinerlei Hinweise auf die Übernahme von Kulturgut aus Südostasien. Ob dies das Resultat eines Kulturgefälles zwischen Indien und Südostasien oder aber die von mittelalterlichen Gelehrten beklagte insulare Arroganz der hinduistischen Kultur war, lässt sich im nachhinein nicht mehr feststellen.²

Das Erscheinen der europäischen Kolonialmächte an Indiens Küsten seit 1498 brachte eine neue Komponente in den Handel zwischen Indien und Südostasien. Die Portugiesen, die mit der Entdeckungsfahrt Vasco da Gamas als erste Fuß in Indien fassten, zentrierten ihr seegestütztes Kolonialreich in Asien auf die Hauptstadt ihres Vizekönigtums Goa, an der indischen Westküste. Die ihnen folgenden Holländer ignorierten den indischen Markt größtenteils, um sich auf den Gewürzinseln, dem heutigen Indonesien, zu etablieren, da die dort produzierten Gewürze einen größeren Gewinn brachten als die Produkte Indiens. Von Ceylon, dem heutigen Sri Lanka aus waren sie jedoch auch am Indienhandel beteiligt. Die dritte europäische Macht, die sich in Indien etablierte, war England, wobei es sich hier um die mit einem königlichen Monopol ausgestattete East India Company (EIC)

¹ Wells, Colin: *Das römische Reich*, München, 1985, S. 156.

² Spear a.a.O S.159.zitiert den arabischen Gelehrten Albiruni des 11. Jahrhunderts bzgl. der Hindus folgendermaßen „that there was no country like theirs, no kings like theirs, no religion like theirs, no science like theirs.“

handelte, die 1600 gegründet worden war. Für Indien war dies das entscheidende Ereignis, das den zukünftigen Lauf seiner Geschichte prägen sollte.

Die Kaufleute der East India Company beschränkten sich nicht nur auf den Handel zwischen Indien und England, sondern nahmen auch am innerasiatischen Handel teil, wobei sie sich bei den Regionen, die von Holland kontrolliert wurden, auf den Handel zwischen den europäischen Handelsgesellschaften beschränkten, da diese Handelsgesellschaften für das von ihnen kontrollierte Gebiet ein Handelsmonopol beanspruchten. Durch das aufeinander folgende Eintreffen der europäischen Mächte in Asien war es zu Konflikten zwischen ihnen gekommen, bis es zu einer informellen Aufteilung der betroffenen Regionen in exklusive Handelsgebiete kam. Die europäischen Mächte beschränkten sich auf die Kontrolle des Seehandels und des Zugangs zu besonders lukrativen Gütern. Eine Expansion in das Landesinnere wurde nicht angestrebt, da diese Regionen zum einen als nicht profitabel angesehen wurden, zum anderen die asiatischen Mächte stark genug waren, um eine solche Expansion zu verhindern. Die Vertreibung der Portugiesen aus Japan sowie die vom Shogunat gesetzlich festgelegte Beschränkung des erlaubten Handels waren ein warnendes Beispiel.

Im Gegensatz zu Europa veränderte sich der technologische Zustand Asiens in den nächsten Jahrzehnten nicht. In der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte der technologische Fortschritt in Europa den technologischen Abstand zwischen Europa und Asien so sehr vergrößert, dass einer Verschiebung des Machtgleichgewichts zu Gunsten der Europäer nichts mehr im Wege stand. Dass es zu einer englischen Expansion in Indien kam, lag daran, dass die europäischen Rivalen entweder nicht über die notwendigen Ressourcen für eine weitere Expansion verfügten, wie Portugal und die Niederlande, oder aber, wie Frankreich, aufgrund ihrer Verwicklungen in die Kriege Europas keine langfristige Strategie in Asien verfolgen konnten. Der Anlass für den Beginn des englischen Kolonialreiches war banal: Der Herrscher von Bengalen, das nur noch nominell Teil des Mogulreiches war, besetzte die Handelsniederlassung der EIC in Kalkutta; die EIC verfügte jedoch zu diesem Zeitpunkt über starke Truppenverbände in Südindien, die dort - ein überseeischer Schauplatz des Siebenjährigen Kriegs - die Franzosen bekämpfen sollten. Unter der Führung von Clive wurde ein Expeditionscorps nach Kalkutta entsandt, wel-

ches den Nawab von Bengalen 1757 bei Plassey schlug und die Kontrolle über Bengalen übernahm. Die englische Herrschaft über Bengalen, zunächst versteckt hinter einer Reihe von Marionettenherrschern, seit 1765 legitimiert durch ihre Anerkennung durch den amtierenden Großmogul, legte den Grundstein für die englische Herrschaft über Indien, die fast 200 Jahre andauern sollte.³

Die englische Expansion war ebenso unaufhaltsam wie stetig und bald war Indien die wertvollste koloniale Besitzung. Diese Tatsache führte dazu, dass Großbritannien begann sich darüber Gedanken zu machen, wie Indien am besten gesichert werden könnte. Strategisch stellte sich die Lage folgendermaßen da: Aufgrund der geographischen Gegebenheiten war auf dem Landweg ein Vorstoß nach Indien nur durch die Pässe des Nordwestens möglich. Nach der Zerschlagung des Reichs der Sikhs im Punjab kontrollierten die Briten den südlichen Zugang zu diesen Pässen. Um die nördlichen Zugänge zu kontrollieren, hätte Afghanistan erfolgreich erobert werden müssen, ein Vorhaben, wofür die notwendigen Mittel dem Empire nicht zur Verfügung standen.⁴ Die potentielle Bedrohung aus dem Nordwesten, insbesondere seit sich das zaristische Russland in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die an Afghanistan angrenzenden Gebiete Zentralasiens untertan gemacht hatte, war ein kontinuierlicher Faktor in der britischen Sicherheitspolitik in Bezug auf Indien.⁵

Der andere Zugang zu Indien konnte auf dem Seeweg erfolgen. Die britische Kriegsmarine hatte sich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts als die stärkste der Welt etabliert, hauptsächlich weil Frankreich wegen seiner Verwicklungen in die europäischen Kriege nicht die nötigen Mittel in einen Ausbau seiner Flotte investieren konnte. Aufgrund der Unwägbarkeiten, die es in einem Krieg immer gibt, bot diese Überlegenheit jedoch keine absolute Garantie dafür, dass die Seewege nach Indien immer von der Royal Navy kontrolliert werden würden. Um die höchstmögliche Sicherheit zu erlangen, war es eine Notwendigkeit, die Zufahrts-

³ Bence-Jones, Mark: *Clive of India*, London, 1974 gibt einen guten Überblick über den Zeitraum in dem die East India Company zuerst Bengalen eroberte und danach in ihr neues Herrschaftssystem integrierte.

⁴ Fraser-Tytler, William K.: *Afghanistan*, London, 1962, 2. Auflage, für einen allgemeinen Überblick über die Beziehungen zwischen Britisch-Indien und Afghanistan.

⁵ James, Lawrence: *RAJ. The Making and Unmaking of British India*, London, 1997 hat in Kapitel 5/5 *Never at Peace: India's Frontiers and Armies* einen informativen Überblick über die Problematik der Grenzziehung in Bezug auf Afghanistan und die paschtunischen Stämme.

wege zum Indischen Ozean zu kontrollieren. Die Gelegenheit dazu ergab sich während der napoleonischen Kriege. Holland war schon von Frankreich erobert worden, bevor Napoleon die Macht ergriff, so dass Großbritannien sich befugt fühlte, die holländischen Besitzungen zu erobern, um sie dem Zugriff Frankreichs zu entziehen. Im Indischen Ozean bedeutete dies die Eroberung von Niederländisch-Indien (den früheren Gewürzinseln), Malakka, Ceylon und der Kapkolonie, der holländischen Besitzung an der Südspitze Afrikas. Obwohl Niederländisch-Indien 1817 an die früheren Besitzer zurückgegeben worden war, gründeten die Briten unter Sir Stamford Raffles im selben Jahr Singapur und kontrollierten somit die Zugänge der Strasse von Malacca sowohl im Norden als auch im Süden, während der Zugang vom Atlantik her von dem jetzt britischen Kapstadt kontrolliert wurde. Die Eröffnung des Suezkanals 1869 beeinträchtigte diesen Zustand nur kurzfristig, da Großbritannien Ägypten 1885 als Protektorat unter seine Kontrolle bekam. Die absolute Kontrolle Großbritanniens über den Indischen Ozean hielt bis zum 2. Weltkrieg an.

Die Grundlagen der britischen Außen- und Sicherheitspolitik wurden in London bestimmt, jedoch hatten die englischen Beamten und Gouverneure vor Ort in einem beschränkten Rahmen eigenständige Entscheidungsbefugnisse, umso mehr je bedeutsamer und wichtiger die Kolonie war. An erster Stelle unter den britischen Pro-Konsulen stand der General-Gouverneur von Indien (seit 1858 Vizekönig), dem nicht nur die Verwaltung Britisch-Indiens oblag, sondern der auch, unter Beachtung der Politik und Richtlinien der britischen Regierung, im Gebiet des Indischen Ozeans seine eigene Außen- und Sicherheitspolitik machen konnte.⁶ Diese imperiale Prägung der Kolonialadministration in Indien hat, wenn auch fast nicht bemerkbar, Spuren in der nachkolonialen Einstellung Indiens gegenüber seinen Nachbarn sowohl auf dem indischen Subkontinent als auch in der weiteren Nachbarschaft hinterlassen.

Schon bevor sich die Gelegenheit ergab, die holländischen Besitzungen im Gebiet des Indischen Ozeans in das britische Kolonialreich zu integrieren, hatte der General-Gouverneur von Indien begonnen Stützpunkte außerhalb des Subkontinents zu erwerben bzw. zu gründen. So war in Südostasien 1786 Penang gegründet

⁶ James, Kapitel 5/1 *Low and Steady Pressure: The Exercise of Absolute Power*, S. 301 – 320.

worden, auf einer Insel vor der Westküste der malaiischen Halbinsel, in der Nähe von Malacca. Die Eroberung Malaccas minderte die strategische Bedeutung von Penang, so dass nach der Gründung Singapurs Penang dem direkten Einfluss Britisch-Indiens entzogen wurde und an die britische Krone überging. Somit unterlagen alle Kolonien und Stützpunkte an den Zugängen zum Indischen Ozean unmittelbar der Kontrolle der Regierung in London. Die Absicherung Indiens und die Erweiterung des britischen Besitzes in der Region lagen jedoch weiterhin im Bereich des General-Gouverneurs. Die drei britisch-birmanischen Kriege, die mit der kompletten Eroberung Burmas endeten, wurden mit indischen Soldaten geführt, mit indischen Steuergeldern finanziert und Burma wurde ein Teil von Britisch-Indien. An Burma zeigten sich jedoch die unterschiedlichen Entwicklungen in Süd- und Südostasien. Der indische Nationalismus, der 1947 zur Unabhängigkeit führte, war das Produkt eines Indiens, das erst durch die Briten geschaffen worden war. Burma hingegen assimilierte sich nie in dem gleichen Ausmaß an die britische Herrschaft, zumal sich die britischen Kolonialbeamten in Burma größtenteils auf indische Soldaten und Polizisten stützten, während der Handel, soweit er nicht von den Briten selbst kontrolliert wurde, in der Hand indischer Händler lag.

Der erfolgreiche japanische Vorstoß in den Indischen Ozean 1942, dem die Eroberung Malagas und Singapurs vorausgegangen war, bedeutete das Ende des Konzepts vom Indischen Ozean als maritimem Schutzwall Indiens, die 1947 erfolgte Unabhängigkeit auch das Ende der britischen Kolonien und Besitzungen östlich von Indien. Diese waren entstanden mit der Unterstützung und den Ressourcen Britisch-Indiens, waren im britischen Handelssystem auf Indien ausgerichtet gewesen und hatten der Kontrolle des Zugangs zum Indischen Ozean gedient. Ohne ein Indien in britischem Besitz hatten sie aus britischer Sicht keine Existenzberechtigung mehr, in den folgenden Jahren wurden auch sie in die Unabhängigkeit entlassen.

Mit dem unabhängigen Indien hatte sich jedoch ein neuer Staat etabliert, dessen Bedeutung trotz der Abspaltung Pakistans immer noch weitaus größer war als die der sich in Südostasien etablierenden Staaten. Die Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien konnten auf die moralische Unterstützung Indiens zählen, ebenso wie in den Abstimmungen in der UN. Höhepunkt der indischen Bemühungen in

Südostasien waren die erfolgreichen Vermittlungen und Verhandlungen, die in die Konferenz von Genf 1954 mündeten, auf der der 1. Indochinakonflikt erfolgreich beigelegt wurde.⁷ Die kurz nach dem Ende des 1. Indochinakonflikts abgehaltene Konferenz von Bandung 1955 in Indonesien markiert den Höhepunkt dieser ersten Phase in den Beziehungen zwischen Indien und Südostasien.

Die Beziehungen Indiens zu den Staaten Südostasiens gestaltete sich bis in die Mitte der Fünfziger positiv (siehe Kapitel 7). Mehrere Faktoren führten jedoch dazu, dass sich in den folgenden Jahren die Beziehungen abkühlten. Auf indischer Seite führten die verstärkten Spannungen mit China, die 1962 in einen Grenzkrieg mündeten, dazu, dass sich das Hauptaugenmerk Indiens von Südostasien abwandte.

Die unter Indira Gandhi erfolgte Annäherung an die Sowjetunion, besiegelt durch den indisch-sowjetischen Freundschaftspakt von 1971, sowie die Zerschlagung Pakistans entfremdete Indien von den pro-westlichen Staaten Südostasiens, die sich seit 1967 in der ASEAN zusammengeschlossen hatten.⁸ Durch die Annäherung an die Sowjetunion kam es auch zu einer Annäherung an Nordvietnam, was den Gegensatz zu den Staaten der ASEAN weiter verstärkte. An dieser Konstellation änderte sich auch nichts, als die von der Janata Party geführte Koalition 1977 die Wahlen gewann, womit zum ersten Mal von 1977 bis 1980 die Kongresspartei nicht der Regierung angehörte. Der Außenminister Atal Behari Vajpayee gehörte zwar der konservativen Jan Sangh an die sich später in die BJP umwandelte, jedoch waren auch die kommunistischen Parteien Indiens Teil der Koalition, so dass es in der Außenpolitik zu keinem Kurswechsel kam. Die eher anti-amerikanische Grundhaltung, die von weiten Teilen des politischen Establishments geteilt wurde, führte ebenso wie die weit verbreitete Sympathie für die Sowjetunion dazu, dass die Mitglieder der Janata Party Koalition keinen Anlass sahen, sich in diesem Bereich von der Außenpolitik Indira Gandhis zu entfernen.

Mit der Rückkehr Indira Gandhis an die Macht 1979, kurz nach der vietnamesischen Invasion Kambodschas, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Indien und der ASEAN weiter. Die Frontstellung der ASEAN gegenüber Vietnam

⁷ Thien, Ton That: *India and South East Asia 1947 – 1960. A Study of India's Policy towards the South East Asian countries in the Period 1947 – 1960*, Geneve, 1963.

⁸ Kapur, Harish.: *India's Foreign Policy 1947 - 1992. Shadows and Substance*, New Delhi 1994.

war zu jener Zeit umfassend, während die an die Macht zurückgekehrte Indira Gandhi, die ihre Niederlage in den Wahlen von 1977 teilweise auf amerikanische Einflussnahme zurückführte, sich noch enger an die Sowjetunion anschloss. Erste Entspannungen in den Beziehungen gab es erst ab 1984: Rajiv Gandhi, der Sohn der 1984 ermordeten Indira Gandhi, gewann die Wahlen 1984 mit großer Mehrheit und leitete einen Kurswechsel in der Außenpolitik ein. Sein Versuch, die Beziehungen zu den USA und der VR China zu entspannen, führte auch zu einer ‚Erwärmung‘ der Beziehungen zu den Staaten der ASEAN, ohne dass die Beziehungen zu Vietnam darunter litten. Schwerpunkt indischer Außenpolitik in dieser Zeit war jedoch, neben dem permanenten Komplex Pakistan, Sri Lanka, da der dortige Konflikt, für dessen Beilegung sich Indien stark engagierte, innenpolitische Auswirkungen insbesondere in Tamil Nadu hatte. Das Scheitern der indischen Bemühungen in Sri Lanka, was unter anderem auch zur Ermordung Rajiv Gandhis 1991 führte, und innenpolitische Probleme bewirkten einen erneuten Sieg der Opposition 1989.

Dass sich die Beziehungen zu Südostasien unter Rajiv Gandhi entspannt hatten, war nicht so sehr eine Folge indischer Bemühungen, sondern Auswirkungen der Entwicklungen innerhalb Südasiens selbst. Der vietnamesische Rückzug aus Kambodscha hatte zu einer Entspannung zwischen Vietnam und den Mitgliedern der ASEAN geführt, während gleichzeitig die Sowjetunion unter Gorbatschow eine Politik der verbesserten Beziehungen gegenüber der ASEAN eingeleitet hatte. Als Folge dieser Politik von Indiens wichtigstem Verbündeten verbesserte sich auch das Klima zwischen Indien und der ASEAN. Zwischen 1989 und 1991 wurde Indien jedoch von einer disparaten Koalitionsregierung geführt, der Janata Dal, deren von Rivalitäten geprägte Führung sich fast ausschließlich auf die Innenpolitik beschränkte und den südostasiatischen Raum vernachlässigte.

4.2. Entwicklungen seit 1989

Sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Neueren Geschichte gilt 1989 als das Jahr des Umbruchs, einer säkularen Zeitenwende, die das Schicksal der Welt veränderte. Diese Aussage impliziert jedoch eine Weltsicht, die allzu sehr auf den Westen zentriert ist. Die Auswirkungen innerhalb Europas waren in der

Tat tiefgreifend und veränderten die Grundlagen der innereuropäischen Politik: Das Ende des sowjetischen Imperiums bedeutete das Ende der Teilung Europas, die Wiedervereinigung Deutschlands, die endgültige Niederlage der sowjetischen Variante des Kommunismus sowie die Auflösung der Sowjetunion. Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass im Westen das Ende der Geschichte ausgerufen wurde, bzw. das Entstehen eines *New World Order* als gegeben angesehen wurde, der auf Jahrzehnte hinaus die unangefochtene Dominanz des Westens festschreiben würde.⁹ Grundlage dieser westlichen Fehlsicht sowohl der Rechten als auch der Linken war die Annahme, dass alle Konflikte in der Welt Teil des Kalten Krieges gewesen seien. Während die Rechten hinter jedem Konflikt den direkten oder indirekten Einfluss Moskaus sahen, war die Position der Linken nicht weniger monokausal: Konflikte jeglicher Art sowie Elend und Armut in der 3. Welt waren das Produkt von Kolonialismus und Neokolonialismus bzw. das Endresultat westlicher Einmischung. Was von beiden Seiten ignoriert wurde, war die Tatsache, dass es sich bei den Staaten der 3. Welt um eigenständige Akteure handelt, die gemäß ihren eigenen Interessen rational ihre Strategien festlegen und deren Parteinahme für eine bestimmte Seite aufgrund ihrer eigenen Interessenlage erfolgt. Dies bedeutet nicht, dass die Staaten der 3. Welt z.Zt. des Kalten Kriegs uneingeschränkte Handlungsfreiheit hatten; der Grad der Entscheidungsfreiheit hing von vielen Faktoren ab, u.a. der Größe und Macht des jeweiligen Landes sowie seines eigenen politischen, wirtschaftlichen und militärischem Potentials. Unter diesen Staaten hatte Indien schon immer eine herausragende Rolle gespielt: Seine Größe und seine relative Unabhängigkeit im wirtschaftlichen und militärischen Bereich ermöglichten ihm eine Wahlfreiheit bei der Wahrnehmung seiner außenpolitischen Interessen, über welche die meisten Staaten in der 3. Welt nicht verfügen konnten. Für Indien ist neben 1989 das Jahr 1991 von ebenso entscheidender Bedeutung.

Zwar hatten die Ereignisse von 1989 auch ihre Auswirkungen auf Indien, was nicht weiter überraschend ist, bedeutete doch das Ende des sowjetischen Imperiums in Osteuropa eine Schwächung des wichtigsten Verbündeten Indiens. Das offenkundige Scheitern der sowjetischen Variante des Kommunismus im Wettstreit der Systeme führte außerdem auch dazu, dass bei den indischen Eliten ein

⁹ Siehe hiezu Fukuyama.

langsameres Umdenken einsetzte über die Rolle des Staates beim „indischen Entwicklungsmodell“ an sich, hauptsächlich jedoch im wirtschaftlichen Bereich, was darin kulminierte, dass 1991 die neue Kongress-Regierung unter Narasimha Rao eine partielle Neuausrichtung der Grundlagen der gesamten indischen Politik einleitete.¹⁰

Im wirtschaftlichen Bereich bedeutete dies eine Reduzierung des staatlichen Einflusses, insbesondere die Begrenzung, wenn auch nicht komplette Abschaffung der staatlichen Reglementierung der Wirtschaft, die partielle Öffnung zum Weltmarkt und eine Freigabe vieler Preise. Im außenpolitischen Bereich wurde einer Annäherung an die USA eingeleitet, während man gleichzeitig bemüht war die Beziehungen zu Russland auf dem positiven Niveau der Beziehungen zur Sowjetunion zu halten. Die Gründe dafür waren die Abhängigkeit Indiens von russischen Rüstungsgütern, da die Sowjetunion der Hauptlieferant indischer Rüstungsgüter gewesen war, sowie die Erwartung, dass Russland weiterhin das Gegengewicht zu China bilden würde, das vormals die Sowjetunion gewesen war. Als Folge dieser Entwicklung wurden auch die indischen Beziehungen zu Südostasien noch besser, was nicht nur Konsequenz der weltweiten Entspannung war, sondern auch auf einer neuen Wahrnehmung der Staaten der ASEAN beruhte, d.h. der Erkenntnis, dass diese ein größeres Wirtschaftswachstum hatten und besser in den Weltmarkt integriert waren als Indien, dass sich somit das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung und ihre Lebensumstände stark verbessert hatten.

Das Interesse der indischen Außenpolitik an der ASEAN hat seit dieser Zeit eher noch zugenommen, auch wenn seit der Asienkrise von 1997 die Staaten in Südostasien nicht mehr ein Vorbild in Sachen Wirtschaftswachstum sind, eine Rolle, die China, wie in so vielen anderen Bereichen, übernommen hat. Indien hat ein großes Interesse daran, an den von der ASEAN initiierten Gipfeln und Kommunikationsstrukturen wie dem ASEAN Regional Forum (ARF) teilzunehmen. Diese Politik ist inzwischen parteiübergreifend Konsens, jedoch sind die indischen Parteien, wenn sie die Regierung bilden, nicht bereit auf Interessen und Meinungen in Südostasien Rücksicht zu nehmen, wenn dies eine Einschränkung indischer Inte-

¹⁰ Cohen, Stephen P.: *India. Emerging Power*, Washington D.C., 2001, bietet immer noch einen der besten Überblicke über den innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Wandel der in Indien 1991 als Reaktion auf den Kollaps der Sowjetunion 1989 begann.

ressen oder Maßnahmen zur Folge hätte. Ein eklatantes Beispiel dafür ist der indische Atombombentest von 1998, der in Südostasien allgemein auf Ablehnung stieß. Mit dem starken Wachstum der indischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren, eine Folge der unter Narasimha Rao eingeleiteten Reformen, hat auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Südostasien zugenommen, wobei die Hauptexportmärkte Indiens immer noch die USA und die EU sind. Im sicherheitspolitischen Bereich ist Südostasien für Delhi jedoch immer noch von sekundärer Bedeutung, der Schwerpunkt indischer Sicherheitspolitik sind immer noch Pakistan und, mit einer geringeren Intensität, China. Südostasien rückt nur dann in das sicherheitspolitische Blickfeld Indiens, wenn ausländische Mächte, insbesondere China, ihre Präsenz in der Region verstärken, wenn sich z.B. China bemüht Stützpunkte in Myanmar zu erlangen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Beziehungen zur ASEAN besser sind als früher, Indien jedoch nicht mehr jene Rolle spielt und auch nicht das Prestige hat wie in den ersten Jahren der Regierungszeit Nehrus.

4.3. Die politischen Beziehungen zur ASEAN

Die Gründung der ASEAN 1967 stieß in Indien auf wenig Interesse. Der Schwerpunkt der indischen Politik lag damals auf dem Machtkampf zwischen Indira Gandhi und der alten Garde um die Führung der Kongresspartei und somit der Führung Indiens. Außenpolitisch galt die Aufmerksamkeit Pakistan, mit dem nur zwei Jahre zuvor ein Krieg geführt worden war, der zwar aus indischer Sicht ein Sieg gewesen war, aber die grundlegenden Konfliktursachen nicht beseitigt oder auch nur verringert hatte. Die Gründung der ASEAN wurde als eine Fortsetzung der SEATO angesehen, eine amerikanisch dominierte regionale Allianz, die pro-westlich und antikommunistisch war. Da Indien eine Teilnahme an der SEATO abgelehnt hatte, da das Eingehen eines Bündnisses mit den USA Nehrus Vorstellung von einem blockfreien Indien widersprochen hätte, war auch das Interesse an diesem regionalen Zusammenschluss gering.

Die Beziehungen zur ASEAN verschlechterten sich in den nachfolgenden Jahren, da Indien nach dem Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion zunehmend eine positive Haltung gegenüber Nordvietnam einnahm, während die ASEAN diplo-

matisch und moralisch Südvietnam unterstützte, im Fall von Thailand sogar militärisch. Der Sieg Nordvietnams 1975 und das Entstehen eines vereinigten kommunistischen Vietnams waren nicht Erfolge der indischen Außenpolitik als solche, da Indien nicht daran beteiligt war; da aber Nordvietnam von der ASEAN sowohl als Freund Indiens als auch als Bedrohung an sich angesehen wurde, belastete der Sieg das Verhältnis der ASEAN zu Indien, in Bezug auf die indischen Beziehungen zur ASEAN kann sogar objektiv von einem Rückschlag für Indien gesprochen werden, in Delhi selber sah man jedoch nur den Erfolg Nordvietnams, einer befreundeten Nation. Die Beziehungen zur ASEAN wurden ferner belastet durch die indische Entscheidung, die Inselgruppen der Andamanen und Nikobaren zu einem Flottenstützpunkt auszubauen. Diese Entscheidung war eine Reaktion auf das Entsenden der Flugzeugträgerkampfgruppe der *USS Enterprise* in den Golf von Bengalen während des indo-pakistanischen Krieges von 1971. Dieser Umstand hatte die Schwäche der indischen Seestrategie sichtbar werden lassen. Von den Mitgliedern der ASEAN wurde dieser vorgeschobene Flottenstützpunkt, der näher an Südostasien liegt als am indischen Festland, als Bedrohung aufgefasst. Nicht nur näherte sich damit das militärische Potential einer außerregionalen Macht der Kernzone der ASEAN, sondern aufgrund seiner Lage bedrohte es auch den nördlichen Zugang zur Strasse von Malakka, der Haupthandelsroute der Staaten der ASEAN mit den westlich von ihnen gelegenen Regionen. Zusätzlich belastete der ungelöste Kaschmirkonflikt die Beziehungen zu den beiden ASEAN Mitgliedsstaaten Malaysia und Indonesien, die seit den Sechzigern ein Wiedererstarken der moslemischen Identität verzeichneten, in Indonesien seit der Machtübernahme Suhartos 1965, in Malaysia seit 1969, als nach ethnischen Unruhen die New Economic Policy ((NEP) die moslemischen Malaien zum Staatsvolk erklärte.

Der Machtantritt von Narasimha Rao 1991 leitete eine Wende ein. Die schon oben beschriebenen Reformen hatten auch ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik, so dass Narasimha Rao anfangs der Neunziger mehrere Staatsbesuche in Südostasien unternahm, die jedoch ihren Schwerpunkt indischen Darstellungen zufolge in der Etablierung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen hatten. Diese Verbesserung in den Beziehungen zur ASEAN wurde dadurch gefördert, dass der Gegensatz zwischen der ASEAN und den drei kommunistischen Staaten - dem dominie-

renden Vietnam, Laos und Kambodscha – sich immer mehr auflöste und diese Staaten Ende der Neunziger der ASEAN beitraten (siehe auch Kapitel 7.1).

Der Regierungswechsel 1998 in Indien hin zu einer von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) dominierten Koalition belastete die Beziehungen nicht per se. Der von der BJP unternommenen Atomtest von Phokran hatte zwar hauptsächlich innenpolitische Gründe - die Koalitionsvereinbarungen verhinderten die Umsetzung von anderen Versprechungen aus dem Wahlprogramm der BJP -, provozierte dennoch unterschiedlich begründete, ablehnende Reaktionen innerhalb der ASEAN und belastete somit das Verhältnis zu Indien ebenso wie die darauf folgende Bewaffnung der indischen Streitkräfte mit Atomwaffen, die Maßnahmen zur Anschaffung von nuklearfähigen Trägersystemen und die fortgesetzten Bemühungen von indischer Seite, neue Trägersysteme mit immer größerer Reichweite zu entwickeln. Diese Maßnahmen sind Teil eines Rüstungswettlaufs mit Pakistan und, im Stillen, auch mit China und richten sich in keiner Weise gegen Südostasien. Den Beteuerungen Indiens, dass diese Maßnahmen rein defensiv seien, wird in Südostasien jedoch wenig Vertrauen geschenkt.

Neben diesen klassischen Bereichen der Außenpolitik entwickelten sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen weiter, wobei Indien sich auf den Westen als Absatzmarkt ausrichtet und China als Konkurrenten sieht. Gegenüber den Staaten der ASEAN ist Indien unter mehreren wirtschaftlichen Aspekten im Vorteil: Die Größe des indischen Binnenmarktes übertrifft die aller ASEAN-Mitglieder; Indien verfügt über billigere Arbeitskräfte als die meisten Staaten der ASEAN; jene Staaten innerhalb der ASEAN, deren Durchschnittseinkommen noch unter dem indischen liegt, haben erhebliche Infrastrukturnachteile und Indien hat, trotz seiner Armut und einiger teilweise stark unterentwickelter Regionen, auch florierende Hightech-Sektoren, die international konkurrenzfähig sind. Indien hat somit im Vergleich mit Südostasien die besseren Voraussetzungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum.

Indien unterhält diplomatische Beziehungen zu allen Ländern der ASEAN. Es gilt nun herauszuarbeiten, welche unter ihnen so bedeutend für die indische Außen- und Sicherheitspolitik sind, dass es gerechtfertigt ist, sie gesondert zu behandeln.

Es macht Sinn, erst einmal Ausschließungskriterien zu definieren: Länder, die klein, arm und unterentwickelt sind, sind grundsätzlich kaum von Bedeutung, es sei denn, sie bieten etwas, das diese Nachteile wettmacht, wie Rohstoffe oder eine günstige geo-strategische Lage; Länder, zu denen es nur geringe Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen gibt, sind ebenfalls nur von geringem Interesse. Auch die Präsenz von ethnischen Minderheiten indischen Ursprungs ist kein Faktor, um die Bedeutung eines Landes für Indien zu erhöhen, da die indische Außen- und Sicherheitspolitik rationalen Charakter hat. Von Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik Indiens sind also nur jene Staaten, die aufgrund ihrer Größe, ihrer militärischen oder wirtschaftlichen Macht oder ihrer strategisch günstigen Lage Auswirkungen auf Indien haben könnten.

Hier ein kurzer Überblick über jene Länder, auf die ein oder mehrere der Ausschließungskriterien zutreffen. Aus indischer Sicht sind Laos, Kambodscha und Brunei von nachrangigem Interesse. Laos und Kambodscha sind arme, bevölkerungsschwache Länder, die immer noch unter den Auswirkungen der Indochinakonflikte leiden. Zudem verfügen sie weder über nennenswerte Rohstoffe, noch ist ihre geographische Lage von geostrategischer Relevanz für Indien. Im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Ländern hat Brunei zwar das höchste Pro-Kopf-Einkommen von allen Mitgliedern der ASEAN und verfügt über erhebliche Rohstoffvorkommen, Erdöl und Erdgas, seine geringe Größe und Macht sprechen jedoch ebenso gegen seine Relevanz wie die Tatsache, dass die Energievorkommen, über die es verfügt, schon vergeben sind, hauptsächlich an Japan.

Bei den Philippinen, Singapur und Malaysia sieht der Sachverhalt schon anders aus, aber nach einer gründlichen Untersuchung der Fakten scheiden auch diese Länder aus. Die Philippinen sind aufgrund ihrer östlichen Randlage in der ASEAN am weitesten von Indien entfernt und hatten noch nie enge Beziehungen zu Indien: Außen- und sicherheitspolitisch haben sich die Philippinen immer an den USA ausgerichtet. Trotz ihrer Rivalitäten mit China über Hoheitsrechte im Südchinesischen Meer sehen die Philippinen Indien nicht als potentielleres Gegengewicht zu China. Singapur hat eine günstige strategische Lage am Südende der Straße von Malakka, eine moderne Armee und ist ein hochentwickeltes Land, das für große Teile Südostasiens Metropolenfunktion erfüllt. Singapur ist auch, neben

Malaysia, eines der Länder in Südostasien mit einem relativ hohen Anteil von Zuwanderern indischen Ursprungs. Gegen Singapur sprechen aus indischer Sicht seine geringe Größe, die Tatsache, dass es von Malaysia und Indonesien eingekesselt wird, und vor allem der Fakt, dass die Chinesen die dominante Volksgruppe in Singapur sind. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich Singapur, außer im Falle einer existenzbedrohenden Krise, gegen die VR China stellen wird. Ebenso wie Singapur kontrolliert Malaysia die Strasse von Malakka und auch hier bildet eine ethnische Minderheit indischen Ursprungs einen Teil seiner Bevölkerung. Es ist in seiner Entwicklung weiter fortgeschritten als Indien und verfügt über eine moderne Armee. Jedoch ist Malaysia, im Vergleich zu anderen Staaten in Südostasien und ganz abgesehen von Indien und China, eher bevölkerungsschwach. Dazu kommt der in Malaysia vorherrschende Islam, ein Faktor, der Malaysia im indo-pakistanischen Konflikt, insbesondere in der Kaschmirfrage, instinktiv zur pakistanischen Seite tendieren lässt.

Somit verbleiben Thailand, Vietnam, Indonesien und Myanmar. Dass es nicht gerade gute, jedoch beständige Beziehungen zwischen Indien und Thailand geben sollte, erscheint auf den ersten Blick logisch: Thailand ist eines der stärksten Mitglieder der ASEAN im Zentrum des Festlandteils von Südostasien, mit einer starken Armee, auch wenn sich diese hauptsächlich in der Innenpolitik engagiert, und einer funktionierenden Wirtschaft. Trotz all dieser Faktoren sind die Beziehungen zwischen Thailand, dem einzigen Land in Südostasien, das nie Kolonie war, und Indien nie eng oder auch nur herzlich gewesen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Als konstitutionelle Monarchie war Thailand immer ein Gegner sozialistischer und kommunistischer Ideologien, ebenso verspürte es, auf Grund der Tatsache, dass es nie Kolonie gewesen war, keinerlei Sympathien für die antikolonialistischen Bewegungen, die Indien so am Herzen lagen, was Voraussetzungen für engere Beziehungen zwischen Indien und Thailand wären. Die Ausrichtung Thailands auf die USA, im Gegensatz zu Indiens Position der Blockfreiheit bzw. seiner späteren Anlehnung an die Sowjetunion, verstärkten diese Gegensätze noch. Der Tiefpunkt der indo-thailändischen Beziehungen wurde zur Zeit des 3. Indochinakonflikts erreicht, als Indien sich auf die Seite Nordvietnams stellte und Thailand der führende Vertreter innerhalb der ASEAN in der Ablehnungsfront gegen die von Vietnam gestützte Regierung in Kambodscha war. Seit der Beendi-

gung des 3. Indochinakonflikts haben sich die Beziehungen zwischen Indien und Thailand entspannt. Der erfolgreiche indische Atombombentest 1998 sowie die darauffolgende Aufrüstungsphase der indischen Armee werden jedoch in Thailand mit Misstrauen gesehen. Thailand hat sich immer auf seine guten Beziehungen zu den USA verlassen, ist aber bereit sich an China zu orientieren, falls die USA sich Indien zuwenden sollten.

Es bleiben Vietnam, Indonesien und Myanmar.* Die Gründe für die Konzentrierung auf diese drei Staaten sind vielfältiger Art.

Vietnam hat seit seiner Unabhängigkeit feste Beziehungen zu Indien. Verstärkt wird das indische Interesse an Vietnam noch durch dessen Verhältnis zu China, das als das schlechteste von allen Staaten Südostasiens bezeichnet werden kann und Vietnam liegt, aus indischer Sicht, geostrategisch günstig an der Südgrenze Chinas. Indonesien ist nicht nur der bevölkerungsreichste Staat der Region, sondern auch das bevölkerungsreichste moslemische Land der Welt, ein besonders wichtiger Faktor für Indien mit seiner eigenen bedeutenden moslemischen Minderheit und dem permanenten Konfliktherd Kaschmir. Ebenso ist die geographische Lage Indonesiens für ein aufsteigendes Indien von großer strategischer Bedeutung, da Indonesien einen Sperrriegel zwischen dem Indischen Ozean und dem südchinesischen Meer bildet und somit potentiell entweder Indien oder China den Zugang zu den Heimatgewässern des jeweiligen Rivalen gestatten kann. Die Bedeutung Myanmars im Rahmen der indischen Außen- und Sicherheitspolitik resultiert nicht aus seiner früheren Zugehörigkeit zu Britisch-Indien, sondern aus der Tatsache, dass es als einziges Land sowohl mit Indien als auch mit China eine gemeinsame Landgrenze hat. Wie auch immer sich das Verhältnis zwischen Indien und China entwickeln mag, Myanmar wird in Zukunft von großer Bedeutung für die beiden Rivalen sein.

In den folgenden drei Kapiteln wird der historisch-politische Hintergrund der Beziehungen Indiens zu Vietnam, Indonesien und Myanmar näher untersucht, der aktuelle Zustand dieser Beziehungen analysiert und der Versuch unternommen, zukunftsweisende Perspektiven zu entwickeln.

* Seit 2002 existiert mit Ost-Timor ein neuer Staat in Südostasien. Aufgrund seiner Nichtmitgliedschaft in der ASEAN, seiner geringen Größe und Armut, sowie der dominierenden Rolle von Portugal und Australien wird Ost-Timor in diesem Kapitel nicht behandelt.

4.3.1. Indien und Vietnam

Von allen Schlüsselstaaten ist Vietnam zweifelsohne der Staat, der die besten Beziehungen zu Indien hat. Die guten Beziehungen zwischen Indien und Vietnam gehen zurück auf die ersten Jahre der Unabhängigkeit Indiens. Die Ablehnung des Kolonialismus und die moralische Unterstützung von antikolonialistischen Freiheitsbewegungen war eine der Konstanten im Wertesystem Nehrus und eine Grundlage der indischen Außenpolitik. Der Versuch Frankreichs sein Kolonialreich in Indochina wiederherzustellen widersprach somit allem, wofür das neue Indien stand. Aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Schwäche sowie der Tatsache, dass es den ebenfalls von Nehru vertretenen Werten der Nichteinmischung und der friedlichen Koexistenz widersprochen hätte, beschränkte sich Indien auf die moralische Unterstützung des antikolonialen Kampfes in Vietnam. Des weiteren versuchte Indien eine diplomatische Lösung für den 1. Indochinakonflikt zu finden. Nach der Niederlage in der Schlacht von Dien Bien Phu war Frankreich bereit sich aus Indochina zurückzuziehen, suchte aber die Gebiete, die den Kommunisten überlassen werden sollten, so klein wie möglich zu halten. Die langwierige Konferenz von Genf, bei der sich Indien als ehrlicher Makler bewährte, endete mit dem Abkommen, das Vietnam provisorisch in zwei Staaten aufteilte, getrennt durch eine demilitarisierte Zone; Kambodscha und Laos, die als Protektorate Teil des französischen Kolonialreichs gewesen waren, wurden in die Neutralität und die Unabhängigkeit entlassen.¹¹ Die Anerkennung für Indien und die allgemeine Akzeptanz der indischen Neutralität zeigten sich daran, dass Indien, neben Kanada und Polen, eine der drei Nationen war, die offiziell von der UN mit der Überwachung der Durchsetzung des Friedensvertrags beauftragt wurden.¹²

Die Maßgaben des Vertrags von Genf 1954, der eine friedliche, durch Abstimmungen geregelte Vereinigung Vietnams vorsah, wurde durch die Entwicklung vor Ort konterkariert. In Südvietnam etablierte sich eine autoritäre, prowestliche Regierung unter Ngo Dinh Diem, während in Nordvietnam Ho Chi Minh eine

¹¹ Thien.

¹² Thien

kommunistische Diktatur schuf. In dieser Zeit hatte Indien sowohl mit Nord- als auch mit Südvietnam diplomatische Beziehungen, wobei die Sympathie Indiens eher auf der Seite Nordvietnams lag. Der Beginn des 2. Indochinakonflikts 1958, der ursprünglich zwischen der südvietnamesischen Regierung und kommunistischen Aufständischen ausgetragen wurde, eskalierte durch die Einmischung der Amerikaner auf Seiten Südvietnams - die ersten „Berater“ wurden 1959 entsandt - und durch das Eindringen regulärer nordvietnamesischer Truppenverbände nach Südvietnam. Das arme und unterentwickelte Nordvietnam wurde von der Sowjetunion und der Volksrepublik China unterstützt. Vietnam wurde somit zu einer jener Konfliktzonen, in denen der Kalte Krieg mit Waffengewalt ausgetragen wurde.

Die offizielle indische Position, die ein vereinigt und neutrales Vietnam befürwortete, änderte sich während des 2. Indochinakonflikts nicht. Die Sympathie der indischen Seite galt weiterhin Nordvietnam; denn obwohl Indien eine rechtsstaatliche Demokratie war und ist, führte dies nicht zu einer Parteinahme für die westlichen Kolonialmächte, ebenfalls rechtsstaatliche Demokratien; Südvietnam war aufgrund seiner Abhängigkeit von der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der USA, die in der direkten Intervention im Vietnamkonflikt kulminierte, aus indischer Sicht ein nur teilweise entkolonialisiertes Land im Gegensatz zum vollständig souveränen Nordvietnam.

Der indisch-sowjetische Freundschaftspakt von 1971 besiegelte aus der Perspektive des Freund-Feind Schemas des Kalten Krieges die Hinwendung Indiens zum Lager des Ostblocks, wobei sich Indien immer noch als blockfreies Land definierte. Durch die Anlehnung an die Sowjetunion verstärkten sich wiederum die Beziehungen zu Nordvietnam, das in den nächsten Jahren auf die Unterstützung Indiens in den diplomatischen Foren zählen konnte. Von besonderer Bedeutung für Vietnam war die indische Unterstützung nach der vietnamesischen Invasion Kambodschas 1978. Indien stimmte nicht nur in der Generalversammlung der UN dafür, die von Vietnam installierte Regierung als die rechtmäßige Regierung Kambodschas anzuerkennen, sondern war auch einer der Fürsprecher Vietnams in den Bewegungen der 3. Welt, in der Gruppe der Blockfreien und der Gruppe der 77. Vietnam war dankbar für diese Unterstützung und konnte seinerseits im Ge-

genzug auch Indien bei Abstimmungen in internationalen Organisationen unterstützen, was es aufgrund seiner engen Anlehnung an die Sowjetunion sowieso getan hätte. Der chinesisch-vietnamesische Grenzkonflikt 1978/1979 verstärkte ebenfalls die Beziehungen zwischen Vietnam und Indien, da Indien nach dem indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962 der VR China ablehnend bis feindselig gegenüberstand.

Dieser Stand der Beziehungen blieb bis in die späten Achtziger erhalten. Zwar kann in der folgenden Zeit nicht von einer Verschlechterung der Beziehungen gesprochen werden, aber die Beendigung des 3. Indochinakonflikts und die Neuausrichtung sowohl der indischen als auch der vietnamesischen Interessenlage und die damit verbundene Politik führten dazu, dass sich die Bindungen zwischen beiden Nationen lockerten. Ein weiterer Faktor war der Zusammenbruch der Sowjetunion, die als Bindeglied zwischen Indien und Vietnam fungiert hatte. Auch der Beitritt Vietnams 1998 zur ASEAN wirkte sich nicht negativ auf die Beziehungen zwischen Indien und Vietnam aus, da sich ja das Verhältnis zwischen Indien und der ASEAN seit den Achtzigern während der Regierungszeit Rajiv Gandhis entspannt hatte und es für die indische Interessenlage nur positiv sein kann, einen Staat wie Vietnam, der als Fürsprecher Indiens agieren kann, als Mitglied der ASEAN zu wissen.

Von erheblicher Relevanz für die andauernden guten Beziehungen zwischen Indien und Vietnam ist zudem China. Da die vietnamesische Grundhaltung gegenüber China langfristig wenn nicht von Feindschaft, so doch von Misstrauen geprägt sein wird, ist es für Indien von Vorteil die Beziehungen zu Vietnam zu pflegen, um im Falle einer Krise im indisch-chinesischen Verhältnis einen zuverlässigen Partner zu haben, auch wenn das Verhältnis zwischen Indien und Vietnam nie so eng und vertrauensvoll sein wird wie die über Jahrzehnte gepflegte Freundschaft zwischen China und Pakistan.*

* Siehe hierzu Kap. 6

4.3.2. Indien und Indonesien

Dass es schon in früheren Zeiten intensive Kontakte zwischen Indien und Indonesien gegeben hat, ist nicht nur aus historischen Quellen überliefert; noch heute sind die imposanten Zeugnisse indischer Religionen in Indonesien zu bewundern, so der buddhistische Tempel von Borobodur oder die hinduistische Tempelanlage von Lara Djonggrang. Auch der Islam wurde teilweise von Südasien aus von Händlern verbreitet. Diese intensiven Kontakte wurden durch das Erscheinen der europäischen Kolonialmächte erst eingeschränkt und später fast völlig unterbunden, da die europäischen Handelsgesellschaften für die von ihnen kontrollierten Gebiete das Handelsmonopol beanspruchten und somit die Handelsbeziehungen zwischen Regionen, die von unterschiedlichen Handelsgesellschaften kontrolliert wurden, größtenteils unterbunden wurden.¹³

Der indonesische Unabhängigkeitskampf von 1945 –1948 stieß in Indien auf viel Sympathie und wurde nach der indischen Unabhängigkeit von Nehru soweit wie möglich unterstützt. Dies war der Grundstein für die nachfolgenden guten Beziehungen zwischen Indien und Indonesien. Der Hauptgrund für die guten Beziehungen lag jedoch in der Tatsache, dass Indien und Indonesien in der Außenpolitik die gleiche Linie verfolgten: Ebenso wie Indien verfolgte auch Indonesien unter der Führung von Präsident Sukarno eine Politik der Blockfreiheit. Eine Einstimmung auf diese außenpolitische Leitlinie erfolgte 1949 auf der Konferenz von Delhi. Indonesien unterstützte die Position Indiens in den Verhandlungen, die zum Ende des 1. Indochinakonflikts führen sollten. Der Vertrag von Genf 1954 war somit auch ein Erfolg der indonesischen Position und führte dazu, dass Indien das indonesische Vorhaben unterstützte, 1955 die Konferenz von Bandung abzuhalten, die als der offizielle Beginn der blockfreien Bewegung gilt, wobei Indiens Anspruch, der führende Vertreter dieser Bewegung zu sein, vor allem durch das geschickte Auftreten des chinesischen Premierministers Zhou En-Lai konterkariert wurde. Dass Indonesien auch gute Beziehungen zur VR China unterhielt, war aber zu diesem Zeitpunkt kein Problem für Indien, da Indien selbst eine Politik der Freundschaft und des Ausgleichs gegenüber der VR China verfolgte. Als Teil dieser guten Beziehungen zu Indonesien unterstützte Indien auch die indonesi-

¹³ Hall a.a.O.

schen Ansprüche auf West-Neuguinea, den letzten Teil des niederländischen Kolonialreiches in Südostasien, insbesondere deshalb, weil Indien unter Nehru kurz zuvor, 1961, Goa und die anderen portugiesischen Besitzungen in Indien annektiert hatte. Dass sich Indonesien nach der Niederlage Indiens im indo-chinesischen Grenzkrieg von 1962 nicht auf die indische Seite schlug, sondern im Gegenteil die Beziehungen zu China noch verstärkte, wirkte sich nachteilig auf die indisch-indonesischen Beziehungen aus, ebenso war der indonesische Versuch den malayischen Teil von Borneo zu annektieren, die sogenannte Konfrontasi von 1961 - 1965, eine Belastung für das indisch-indonesische Verhältnis, da dies den Prinzipien der *Panchasheel*, d.h. der friedliche Koexistenz und Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten widersprach. Der Putsch von 1965, der General Suharto an die Macht brachte, wurde deswegen nicht in dem Maße von Indien bedauert, wie dies eigentlich zu erwarten gewesen wäre.

Die neue Regierung unter dem strikt anti-kommunistischen General Suharto unterbrach zunächst die Beziehungen zur VR China, was sich positiv auf die indisch-indonesischen Beziehungen auswirkte. Da sich Indien unter Indira Gandhi aber immer stärker an die Sowjetunion anlehnte, führte der gleiche anti-kommunistische Reflex, der nach 1965 die indisch-indonesischen Beziehungen gestärkt hatte, nun zu einer Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, was von Indien mit Gleichmut hingenommen wurde, da Indonesien außenpolitisch nicht so bedeutsam war wie die Sowjetunion. Die Rolle Indiens bei der Zerschlagung Pakistans und die indische Parteinahme für die von Vietnam installierte Regierung in Kambodscha 1978 belasteten die Beziehungen zu Indonesien ebenso wie der Ausbau der indischen Flottenbasis auf den im Südosten des Indischen Ozeans gelegenen Inselgruppen der Andamanen und Nikobaren. Die Beendigung des 3. Indochinakonflikts und die seit 1984 von Rajiv Gandhi und seinen Nachfolgern verfolgte Politik der Entspannung gegenüber den Nachbarstaaten verbesserten das indische Verhältnis zu Indonesien ebenso wie die Tatsache, dass Indonesien gegenüber der VR China misstrauischer war, als es bei anderen Mitgliedern der ASEAN der Fall war. Der Sturz Suhartos 1998 im Gefolge der Asienkrise hätte vermutlich zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen führen können, wenn nicht der indische Atomtest, ebenfalls 1998, das indonesische Sicherheitsgefühl verletzt hätte. Die indischen Bemühungen der ASEAN zu versi-

chern, dass sich dieser Test und der darauf folgende Ausbau des indischen strategischen Potentials nicht gegen die ASEAN richtet wurde von Indonesien akzeptiert, so dass die indischen Beziehungen zu Indonesien besser sind als früher. Die Perspektiven für die Zukunft sind positiv. Das starke Wachstum der indischen Wirtschaft und die Erholung von der Asienkrise in Indonesien haben zu einer Erhöhung des Handels geführt, die sich auch in Zukunft fortsetzen sollte. Das strategische Interesse Indiens an Indonesien hat nicht abgenommen, die indische Führung ist aber stärker als früher bemüht anderen Ländern, darunter Indonesien, die indische Position darzulegen.

4.3.3. Indien und Myanmar

Vor der britischen Eroberung von Burma gab es keine politischen Kontakte zwischen der indischen Kernregion und Burma. Es gab jedoch phasenweise eine birmanische Vorherrschaft über jene Gebiete, die heute einen Teil Nordostindiens ausmachen, wobei besonders die Beziehungen zwischen Assam und Burma zeigen, dass die birmanische Einflussphäre über die Grenzen des heutigen Myanmars hinausreichte.¹⁴ Der Theravada-Buddhismus, dem die Mehrheit der birmanischen Bevölkerung anhängt, war zwar ursprünglich aus Indien gekommen – eine genaue Zeitangabe ist aufgrund der mangelnden Quellenlage nicht möglich –, aber zunächst nur von den ursprünglichen Bewohnern der Region, den Pyu und den Mon, übernommen worden, die ihn ihrerseits den erst später aus dem Norden zugewanderten Birmanen, neben anderen Elementen indischer Kultur, übermittelten.

Die sich in Südasien ausbreitenden Briten wurden von der herrschenden birmanischen Dynastie ignoriert, obwohl auch Schiffe der EIC in birmanischen Häfen Handel trieben. Die Vergrößerung des von der EIC kontrollierten Territoriums nördlich und östlich von Bengalen und der Versuch die Grenzen von Bengalen gegen Raubzüge aus den Hügeln zu sichern, führten dazu, dass die Einflussphären von Burma und der EIC in Kontakt gerieten, wobei Briten und Birmanen zu Konkurrenten über die Vorherrschaft in diesem Raum wurden. Die Gründung von Penang durch die EIC 1786, bevor Penang an die britische Krone abgetreten wurde, lenkte die Aufmerksamkeit der EIC auf die südbirmanischen Küstengebiete.

¹⁴ Barpujari, Heramba Kanta (Hg.): *The Comprehensive History of Assam*, Guwahati, 1990.

Ein nichtiger Anlass, die Verhaftung englischer Seeleute durch den lokalen birmanischen Gouverneur, löste den 1. britisch-birmanischen Krieg aus, der von 1824 bis 1826 dauerte und damit endete, dass ein Teil der birmanischen Küstengebiete an die EIC abgetreten werden musste; denn das eigentliche Interesse der EIC an Burma und der birmanischen Küste beruhte weniger auf der Sorge um die Sicherheit ihrer Seeleute, sondern war hauptsächlich handelspolitisch motiviert: Die Kontrolle eines Teils der Küstengebiete erleichterte nicht nur den Handel mit birmanischen Gütern – neben Reis die auf dem europäischen Markt besonders begehrten Edelsteine und -hölzer -, sondern weckte auch die Hoffnung mit Passierrechten durch den verbleibenden unabhängigen Teil Burmas einen Zugang zum chinesischen Markt zu bekommen..

Zwar zerschlug sich diese Hoffnung bald, aber die natürliche Neigung eines Imperiums sich auszubreiten, kombiniert mit der Unfähigkeit der birmanischen Herrscher, führte zu zwei weiteren Kriegen (1864 und 1885), die mit der Ausbreitung der britischen Herrschaft über ganz Burma endeten. Burma wurde somit Teil von Britisch-Indien und politisch und wirtschaftlich in das Empire integriert, wobei die birmanischen Reisexporte nach Ostindien von besonderer Bedeutung waren, da die dortige Bevölkerung unter der britischen Herrschaft so stark angewachsen war, dass die vorhandenen Anbauflächen nicht mehr ausreichten, um den Bedarf zu befriedigen.

Die britische Herrschaft über Burma dauerte bis 1948, jedoch war Burma schon 1937 aus Britisch-Indien entlassen worden und bildete seitdem eine eigenständige Kolonie innerhalb des britischen Kolonialreichs. In Burma gab es zu dieser Zeit auch schon eine Unabhängigkeitsbewegung, die jedoch unbeeinflusst von der indischen Unabhängigkeitsbewegung agierte; neben der Unabhängigkeit Burmas strebte sie auch die Herauslösung Burmas aus Britisch-Indien an und sah die mit den Briten nach Burma gekommenen indischen Minderheiten als Feinde an. All dies führte vor allem in der Zeit vor 1937 zu einer explosiven anti-indischen Stimmung, die sich immer wieder in Ausschreitungen entlud, wobei die stärksten Ausschreitungen 1938 stattfanden. Während des 2. Weltkriegs wurde Burma von Japan erobert und als nominell unabhängiger Staat organisiert. Die birmanische Unabhängigkeitsbewegung unter Aung San kooperierte mit den Japanern, um ihr

Ziel eines unabhängigen Burmas zu erreichen. Bei dessen Rückeroberung am Ende des 2. Weltkriegs wurden die Briten von den ethnischen Minderheiten innerhalb Burmas unterstützt, während die ethnischen Birmanen, die von der ausbeuterischen Besatzungspolitik Japans enttäuscht waren, sich neutral verhielten. Nach der Wiederherstellung der britischen Herrschaft war klar, dass ein langfristiger Verbleib Burmas innerhalb des britischen Kolonialreichs nicht mehr möglich war. Die birmanischen Unabhängigkeitskämpfer, die mit den Japanern zusammengearbeitet hatten, wurden deshalb nicht vor Gericht gestellt, sondern, mit britischem Pragmatismus, als legitime politische Bewegung anerkannt.

Die birmanische Unabhängigkeit 1948 stellte den Teil der indischen Minderheit in Burma, der nicht 1942 geflohen und der während der japanischen Besatzung sowohl von den Japanern als auch von den Burmesen unterdrückt worden war, vor schwerwiegende Probleme. Von dem neuen Staat wurden sie nicht als gleichberechtigte Mitbürger anerkannt, die Rückkehr nach Indien war unattraktiv wegen des dortigen niedrigeren Lebensstandards und eine doppelte Staatsbürgerschaft wurde ihnen von Indien verweigert. Die Meinung Nehrus war, dass sich die ethnischen Inder, die sich in anderen Kolonien des British Empire niedergelassen hatten, loyal zu ihrer neuen Heimat verhalten sollten und dass das unabhängige Indien sich nicht als Beschützer der Auslandsinder sah und nicht bereit sein würde zu ihren Gunsten zu intervenieren. Die Diskriminierung durch die burmesischen Behörden und die teilweise Verstaatlichung der Geschäftszweige, in denen die indische Minderheit tätig war, führte dazu, dass bis 1962 die indische Minderheit fast komplett ausgewandert war.

Da Burma ebenso wie Indien nach der Unabhängigkeit eine Politik der Blockfreiheit verfolgte und die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten intakt blieben, gab es zu Anfang keine Probleme zwischen Indien und Burma. Die chaotische birmanische Innenpolitik, gelähmt nicht nur durch den kompromisslosen Streit der Parteien, sondern vor allem durch das Entstehen sowohl von kommunistisch motivierten als auch von ethnischen Aufstandsbewegungen, wobei die Kommunisten die Macht in Burma anstrebten, während die ethnischen Minderheiten entweder einen hohen Grad von Autonomie bzw. die Unabhängigkeit als Ziel hatten, führte dazu, dass 1962 die Armee unter der Führung von Ne Win putschte.

Innenpolitische Zielsetzungen der neuen Militärregierung waren neben dem kompromisslosen Kampf gegen die Aufständischen die Etablierung einer staatsgelenkten Wirtschaft und der Einparteienstaat, der „Birmanische Weg zum Sozialismus“. Außenpolitisch verblieb Burma innerhalb der Bewegung der Blockfreien, schottete sich jedoch gleichzeitig verstärkt von der Außenwelt ab. Dies war Indien nur recht, da es mit Pakistan im Nordwesten schon einen Nachbarn hatte, der außen- und sicherheitspolitisch zu einem Problem geworden war.

Die Beziehungen zwischen Indien und Burma waren im Zeitraum von 1962 bis zu der blutig niedergeschlagenen Demokratiebewegung von 1988 entspannt, verharrten aber auf einem niedrigen Niveau. Das einzige Problem aus indischer Sicht war die Unfähigkeit Burmas, erfolgreich gegen die Rebellenbewegungen im eigenen Land vorzugehen. Der indische Nordosten wird von einer Vielzahl von ethnischen Gruppen bewohnt, die überwiegend tibeto-birmanischer Herkunft und häufig Christen sind. Seit der Unabhängigkeit Indiens streben diese Volksgruppen entweder ihre Unabhängigkeit von Indien an oder sie fordern eine Statusverbesserung durch die Schaffung eines neuen indischen Bundesstaates, der von ihrer jeweiligen Ethnie dominiert wird. Da die birmanische Regierung nicht in der Lage war, die Randgebiete ihres seit 1988 in Myanmar umbenannten Staates auf Grund der Vielzahl von Insurrektionen zu kontrollieren, wurde dessen nordwestlicher Teil zu einem Rückzugsgebiet der indischen Separatistenbewegungen, insbesondere der Nagas, die auf beiden Seiten der Grenze wohnen.¹⁵

Die von der Militärdiktatur 1988 brutal niedergeschlagene Demokratiebewegung stieß in Indien auf viel Sympathie und die indische Regierung verurteilte die repressiven Maßnahmen der Militärregierung.¹⁶ Die von Indien in Übereinstimmung mit den meisten Staaten der Welt verfolgte Position der Isolierung und Verurteilung Myanmars änderte sich graduell in den Neunzigern, insbesondere seit die BJP 1998 an die Macht gekommen war. Die Beteiligung Indiens an den Sanktionen gegen Myanmar verstärkte jedoch die Position Chinas gegenüber Myanmar, da China sich nicht an diesen Sanktionen beteiligt hatte, vielmehr dadurch zum wichtigsten Waffenlieferanten Myanmars geworden war und somit die ohne-

¹⁵ Lintner, Bertil: *Land of Jade*, Edinburgh, 1990.

¹⁶ Für eine Beschreibung der Demokratiebewegung und ihrer Niederschlagung siehe Lintner, Bertil: *Outrage. Burma's Struggle for Democracy*, London, 1990.

dies florierenden Handelsbeziehungen weiter intensivieren konnte. Indien entschloss sich daraufhin, von seiner Position der moralisch untermauerten Sanktionen und Verurteilungen abzurücken und eine pragmatische Politik gegenüber Myanmar zu verfolgen, hauptsächlich um China nicht das Feld zu überlassen. Die Entdeckung bedeutender Erdöl- und Erdgasvorkommen vor der Küste Myanmars sowie der Beitritt des Landes zur ASEAN 2002 erleichterten Indien den Wandel seiner Haltung gegenüber Myanmar. Indien behielt diese Position des Dialogs mit Myanmar bei trotz der gewaltsamen – und die weltweiten Proteste ignorierenden – Niederschlagung der Pro-Demokratie- Demonstrationen buddhistischer Mönche im Herbst 2007 durch die Militärmachthaber.¹⁷

4.4. Die wirtschaftlichen Beziehungen zur ASEAN

Indien war als Kolonie ein integraler Bestandteil des britischen Imperiums und somit auch des von Großbritannien kontrollierten Wirtschaftsraumes. Zu Beginn der englischen Niederlassungen in Indien waren dessen Hauptexportgüter Textilien von hoher Qualität sowie Güter, an denen in Europa Bedarf bestand: Gewürze, Edelsteine, Elfenbein und andere Luxusgüter. Die indische Seite profitierte von diesem Handel ebenso wie die europäischen Handelsgesellschaften, da die indischen Händler und die Handelsgesellschaften gleichrangige Geschäftspartner waren. Auch die Handelsbeziehungen zwischen Indien und Südostasien waren zu jener Zeit gut entwickelt und lagen hauptsächlich in der Hand einheimischer Händler. In den folgenden Jahrhunderten veränderte sich die Lage zu Ungunsten der einheimischen Händler, die von den erstarkenden europäischen Handelsgesellschaften aus den lukrativen Bereichen immer mehr verdrängt wurden. Der Wandel von Handelsniederlassungen zu Kolonien Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts sowie die in Europa beginnende Industrialisierung, wodurch Waren billiger produziert werden konnten als in Asien, verstärkten noch den Rückgang des Handels zwischen den verschiedenen Regionen Asiens. Britisch-Indien und die anderen Kolonien wurden in das Wirtschaftssystem der jeweiligen

¹⁷ *Dashing hopes in Myanmar. The Protesters are crushed*, Economist, 23. October 2007, Onlineausgabe, Artikel über die Niederschlagung der neuen Demokratiebewegung in Myanmar. *Asia.view. Realpolitik rules. India's pragmatic foreign policy*, Economist, 21. November, 2007, über Indiens pragmatische Reaktion auf die Niederschlagung des Aufstandes.

Kolonialmacht integriert, wobei sich ihre Rolle auf die Lieferung von Rohstoffen und die Abnahme von im Mutterland hergestellten Gütern beschränkte.

Nach der Unabhängigkeit Indiens und des kolonialen Südostasiens änderte sich zunächst nichts an dieser Lage. Die ehemaligen Kolonien verfügten, wenn überhaupt, nur über rudimentäre Industrien und mussten ihren entsprechenden Bedarf in der industrialisierten Welt decken. Der Aufbau eigenständiger Industriezweige erfolgte in der Regel unter staatlicher Regie und hinter hohen Zoll- und Handelsbarrieren, so dass auch in dieser Phase der interregionale Handel nicht florierte. Zu einer Veränderung kam es erst seit den Achtzigern, als vor allem den Staaten in Südostasien, die sich als Zulieferer für den amerikanischen und japanischen Markt verstanden und ihre Industrien dahingehend entwickelt hatten, bewusst wurde, dass ihre kostengünstiger produzierten Güter auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig waren und diese sogar in Asien die teureren Produkte aus den hochindustrialisierten Ländern zumindestens teilweise verdrängen konnten. Die seit den Neunzigern verstärkte indische Präsenz auf dem Weltmarkt, eine Folge der Reformen in Indien, führte auch zu einem Anwachsen des Handels zwischen Indien und Südostasien.

Die politische Ausgangslage Süd- und Südostasiens war nach dem Ende der Kolonialzeit von Staat zu Staat unterschiedlich ebenso wie die wirtschaftliche. Es ist deswegen nicht überraschend, dass die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich verlief.

Die Staaten, die am erfolgreichsten waren und sind, sind jene, die ein kapitalistisches Wirtschaftssystem haben und sich dem Weltmarkt öffneten. Das Paradebeispiel hier ist Singapur, das als erstes Land in Südostasien aufgrund seiner Entwicklung und seines wirtschaftlichen Wachstums Teil der entwickelten Welt wurde, neben Hongkong, Taiwan und Südkorea einer der vier „Tigerstaaten“.¹⁸ In anderen Staaten Südostasiens setzte sich der Kommunismus mit seinem planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem durch, mit den bekannten Ergebnissen. Nach den Erfolgen, die China mit seinen Wirtschaftsreformen bei gleichzeitiger Bewahrung der Herrschaft der kommunistischen Partei hatte, wurden auch in den anderen kommunistischen Staaten Südostasiens entsprechende Reformen eingeleitet - in

¹⁸ Bürklin, Wilhelm: *Die vier Kleinen Tiger. Die pazifische Herausforderung: Südkorea-Taiwan-Hongkong-Singapur*, Frankfurt a.M., Berlin, 1994.

Vietnam z.B. durch die erfolgreiche „Doi Moi“-Politik -, die jedoch in Laos und Kambodscha aufgrund der dortigen ungünstigen Startbedingungen nicht in dem Maße wirksam werden konnten wie in Vietnam. Das seit der Machtübernahme des Militärs 1962 von der Außenwelt isolierte Myanmar hat sich seitdem wirtschaftlich zurückentwickelt. Malaysias Wirtschaft hat sich erfolgreich entwickelt, obwohl seit 1971 New Economic Policy (NEP) die Mehrheit der ethnischen Malayen gegenüber den chinesischen und indischen Minderheiten bevorzugt wird. Thailands Entwicklung in einem marktwirtschaftlichen System ist relativ gleichmäßig verlaufen, was darauf zurückzuführen ist, dass es in Thailand keine Deformierung der wirtschaftlichen Strukturen durch den Kolonialismus gegeben hat. Die Philippinen und Indonesien litten unter dem „Crony Capitalism“ ihrer Diktatoren Marcos und Suharto, haben sich aber seit der Demokratisierung zu Wirtschaftssystemen entwickelt, in denen breitere Volksschichten am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben.

Indien setzte seit der Unabhängigkeit 1947 auf das Modell der „Mixed Economy“, in der neben dem staatlichen Sektor die private Wirtschaft zwar weiter bestehen konnte, jedoch durch starke staatliche Regulierung in ihrer Entfaltung gehindert wurde. Dieses Modell, eine Art Dritter Weg zwischen der Marktwirtschaft des Westens und der Planwirtschaft des Ostens, also in gewisser Weise das wirtschaftliche Äquivalent zur Blockfreiheit, funktionierte für mehrere Jahrzehnte auf relativ niedrigem Wachstumsniveau, den 3% der „Hindu Rate of Growth“. Die unter Premierminister Narasimha Rao und seinem Finanzminister Man Mohan Singh 1991 begonnenen Reformen leiteten einen grundlegenden Wechsel in der indischen Wirtschaft ein. Die führende Rolle des Staates wurde beendet und es begann ein Prozess der Rückdrängung der staatlichen Plan- und Kontrollwirtschaft, damit einher ging eine Förderung der Export- und Konsumgüterwirtschaft sowie die teilweise Privatisierung staatlicher Betriebe. Dass der Staat mehr Hindernis als erfolgreicher Förderer der Wirtschaft gewesen war, zeigt sich am Beispiel der erfolgreichen indischen Software-Industrie, die ohne staatliche Förderung zum international erfolgreichsten Zweig der indischen Wirtschaft wurde. Ob der Umstand, dass die Standorte der Software-Firmen weit von Delhi entfernt, und somit nicht in Sichtweite der bundesstaatlichen Bürokratie, entstanden sind, eine Rolle gespielt hat mag dahingestellt bleiben.

Es ergibt sich somit das Bild uneinheitlicher wirtschaftlicher Strukturen und Entwicklungen sowohl im Vergleich zwischen Süd- und Südostasien als auch innerhalb Südasiens selbst. Die Handelsbeziehungen zwischen Süd- und Südostasien florieren zwar, aber man muss hier auch die Unterschiede beachten. Indien hat in den klassischen Bereichen einer sich entwickelnden Volkswirtschaft nicht die Stärken, die man erwarten könnte, verfügt aber neben seiner besonders erfolgreichen Software-Industrie auch über Bereiche - Back Office, Pharmazentik -, die so in den Ländern Südasiens nicht vorhanden sind.¹⁹ Diese Länder sind auf mehr traditionelle Weise in die Weltwirtschaft integriert. Aufbauend auf dem Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, erweiterten sie ihr Angebot um Textilien und Halbfertigprodukte, wobei diese Produkte in die Produktionsabläufe der USA und Japans integriert wurden. Um ihre Abhängigkeit von diesen beiden Hauptabsatzmärkten zu reduzieren, begannen sie mit einer Diversifizierung ihrer Handelspartner.

Die Wirtschaftskraft der Staaten Südasiens ist weniger homogen als die Indiens: Laos, Kambodscha und Myanmar gehören mit zu den ärmsten Ländern der Welt, während auf der anderen Seite Singapur sich durch eine kluge, staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik rasant entwickelt hat und heute für einen Großteil Südasiens eine Metropolenfunktion erfüllt; die Philippinen hingegen verdanken ein Großteil ihres Wirtschaftswachstums dem „Export“ von Arbeitskräften, so dass die Überweisungen von im Ausland tätigen Filipinos der größte Einzelposten in der philippinischen Handelsbilanz sind.

Nimmt man anstelle von Regionen, Industriezweigen oder Firmen die einzelnen Staat als Akteure im Weltwirtschaftssystem, kann man die These aufstellen, dass die Staaten sowohl Partner als auch Rivalen sind und das in der Regel gleichzeitig. Analysiert man das Verhältnis zwischen Indien und den Staaten der ASEAN unter diesem Aspekt und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen in den einzelnen Staaten, stellt sich die Frage, inwieweit Indien und die ASEAN-Staaten eher Rivalen oder Partner sind. Da trotz der Globalisierung mit ihren spezifischen Auswirkungen auf die nationalen Wirtschaftssysteme

¹⁹ Saez, Lawrence: *India and the New International Economic Order*, p. 137, col. 1, in: Mitra, Subrata K./Rill, Bernd (Eds.): *Studies and Comments 4. India's New Dynamics in Foreign Policy*, München, 2006, pp.137 – 151.

ein Großteil des Handels – wegen der kurzen Transportwege, bestehender Handelsstrukturen und des Wissens um Gesetze, Regeln und Gewohnheiten – immer noch mit den Nachbarn abgewickelt wird, sollten Indien und die ASEAN-Staaten Partner, nicht Rivalen sein.

5. Die Beziehungen Indiens zu China

Ziel dieses Kapitels ist die Darstellung des Beziehungsgeflechts zwischen Indien und China aus indischer Perspektive, d.h. die Perzeption Indiens von Chinas politischen Möglichkeiten und Absichten und das daraus resultierende politische Handeln. Auch hier kann zum besseren Verständnis des indisch-chinesischen Verhältnisses nicht auf eine historische Einleitung verzichtet werden. Schwerpunkt des Kapitels ist jedoch die Analyse der Entwicklungen seit 1962 bis heute, um auch hier zumindest Ansatzweise Perspektiven für die indisch-chinesischen Beziehungen entwickeln zu können.

5.1. Die Beziehung bis zur indischen Unabhängigkeit

Die frühesten Beziehungen zwischen Indien und China resultieren aus der Verbreitung des Buddhismus, der von Händlern und Wandermönchen von Indien aus über die Seidenstrasse nach China gebracht wurde. Die überlieferten Aufzeichnungen einiger chinesischer Mönche, die nach Indien reisten, um den Geburtsort des Buddha und die Stätten seines Wirkens zu besuchen, sind zwar für die frühindische Historiographie von Interesse, aber ohne Relevanz für die Beziehungen Indiens zu China.¹ Das gilt auch für den einzigen der Geschichtsschreibung bekannte Versuch von indischer Seite aus China anzugreifen und zu erobern (1292), da dies Unterfangen schon am Südrand des Himalaja Gebirges scheiterte.²

Die East India Company hatte trotz ihres Namens auch das Monopol für den Chinahandel. Ihre Bemühungen, auch diesen Handel zu intensivieren, scheiterten jedoch an der Weigerung Chinas fremde Güter zu importieren, während der Handel mit Tee, dem einzigen Exportgut Chinas, gestattet war.³ Da die westlichen Händler den Tee jedoch mit Silber bezahlen mussten, ein eigentlicher Warenaustausch somit nicht stattfand, suchte die EIC nach Gütern, deren selbst illegaler

¹ Von besonderem Interesse sind die Aufzeichnungen von Fa Hsien, der zur Zeit Harshas Indien bereiste und angeblich chinesische Interventionskräfte herbeirief, um die Nachfolgestreitigkeiten nach Harshas Tod zu klären, siehe hierzu Thapar, Romilla

² *ibid*

³ Ojha, Geetha: *Economic History of Modern India*, New Delhi, 2005.

Export nach China dieses Handelsungleichgewicht beseitigen könnte, und stieß auf das Opium, dessen Hauptanbaugelände in Bengalen die EIC kontrollierte.

Der Opiumhandel war in China offiziell verboten, aber der Versuch der chinesischen Beamten, das kaiserliche Edikt gegen den Opiumhandel umzusetzen, wurde von den Briten als inakzeptable Einschränkung des Freihandels angesehen, die nicht hingenommen werden könne, was zu den in kurzem Abstand aufeinanderfolgenden zwei Opiumkriegen führte (1840 – 1842), die mit einer Niederlage Chinas endeten und den freien Zugang für Opium garantierten. In den beiden Opiumkriegen wurden ebenso indische Kolonialtruppen eingesetzt wie bei der anglo-französischen Intervention 1860, die mit der Zerstörung des Winterpalastes endete, sowie wie bei der Bekämpfung des Boxeraufstandes 1900. Wie auch in anderen Konflikten innerhalb und außerhalb Asiens diente Britisch-Indien dem Empire als Operationsbasis für seine imperialen Bestrebungen.

Auch die Einsätze indischer Kolonialtruppen in China dienten dem Gesamtinteresse des britischen Imperiums und nicht den Interessen von Britisch-Indien. Während sich die Ereignisse von den Opiumkriegen bis zum Boxeraufstand in Ostchina, der Kernregion Chinas abspielten, konzentrierte sich das Interesse von Britisch-Indien auf die Randgebiete des chinesischen Reichs, die unmittelbar an Indien angrenzten oder nicht weit entfernt von Britisch-Indien waren. Insbesondere waren dies Tibet und Chinesisch-Turkestan. Chinesisch-Turkestan grenzte auch an das Einflussgebiet Russlands und deshalb hatte Britisch-Indien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine offizielle Vertretung in Kaschgar, die nicht nur die Interessen Großbritanniens und Britisch-Indiens vertat, sondern auch der Beobachtung der Lage diente, eine Einrichtung, über die die Briten in Tibet nicht verfügten, obwohl Tibet, das für Delhi bis Ende des 19. Jahrhunderts *Terra Incognita* gewesen war, in diesem Zeitraum ein wichtiger Faktor in den indisch-chinesischen Beziehungen war.

Nach zwei vergeblichen Versuchen (1890/93) Großbritanniens, sich Tibet untertan zu machen, marschierten indische Kolonialtruppen 1904 in Tibet ein, was zwar nicht die Eroberung des Landes bedeutete, aber immerhin Britisch-Indien in die Lage versetzte, im Vertrag von Lhasa die tibetisch-indische Grenze festzulegen. Nach chinesischen Protesten erklärte die britische Regierung den Vertrag von

Lhasa, der nicht von der britischen Regierung gewollt war, sondern im Auftrag des britischen Vizekönigs geschlossen worden war, 1906 für null und nichtig. Diese Anerkennung der Zuständigkeit Chinas für Tibet wurde auch durch das Zusatzabkommen im anglo-russischen Vertrag 1907 geregelt, in dem China das Alleinvertretungsrecht für Tibet zugestanden wurde. Das infolge der Revolution 1911 entstandene innerchinesische Chaos suchte Großbritannien dazu zu nutzen, neue Fakten zu schaffen und den Verlauf dieser Grenze weiter in den Norden Indiens zu verschieben, was auch gelang: Im britisch-tibetisch-chinesischen Abkommen von Simla im Juni 1914 wurde diese Grenzziehung, die sogenannte McMahon-Linie, festgeschrieben, Großbritannien verzichtete im Gegenzug auf alle Gebietsansprüche. Dass aber China dieses Abkommen nicht ratifiziert hat, somit eine völkerrechtlich verbindliche Grenzregelung nicht gegeben war, sollte schwerwiegende Folgen für die Zukunft haben.⁴

Die Verhandlungen in Simla am Vorabend des 1. Weltkriegs waren für längere Zeit die letzten wesentlichen Kontakte zwischen Britisch-Indien und China. Erst in den Dreißigern, nach dem japanischen Einmarsch in der Mandschurei 1931, wurde China wieder interessant und zwar für die indische Unabhängigkeitsbewegung, die den chinesischen Abwehrkampf gegen Japan ausdrücklich unterstützte, ohne jedoch in der Lage zu sein praktische Hilfe zu leisten. Die britische Position war differenzierter: Japan war ein alter Verbündeter der Briten, aber seine Expansion in China und die in Tokio immer wieder geäußerte Sentenz „Asien den Asiaten“ veranlassten Großbritannien dazu, der Verurteilung Japans durch den Völkerbund zuzustimmen und sich dem Boykott japanischer Waren durch die Einheimischen in den Kolonien, insbesondere durch die chinesischen Minderheiten, trotz der Proteste Japans nicht zu widersetzen.

5.2 Zeit der Freundschaft: 1947-1962

Nach seiner Unabhängigkeit nahm Indien 1947 diplomatische Beziehungen zu China auf, zunächst mit der Kuomintang-Regierung von Chiang Kai Tschek. Nach dem Sieg der Kommunisten und der Vertreibung der Kuomintang nach

⁴ Lamb, Alistair: *The China-India Border. The Origins of the Disputed Boundaries*, London et al., 1964, p.134.

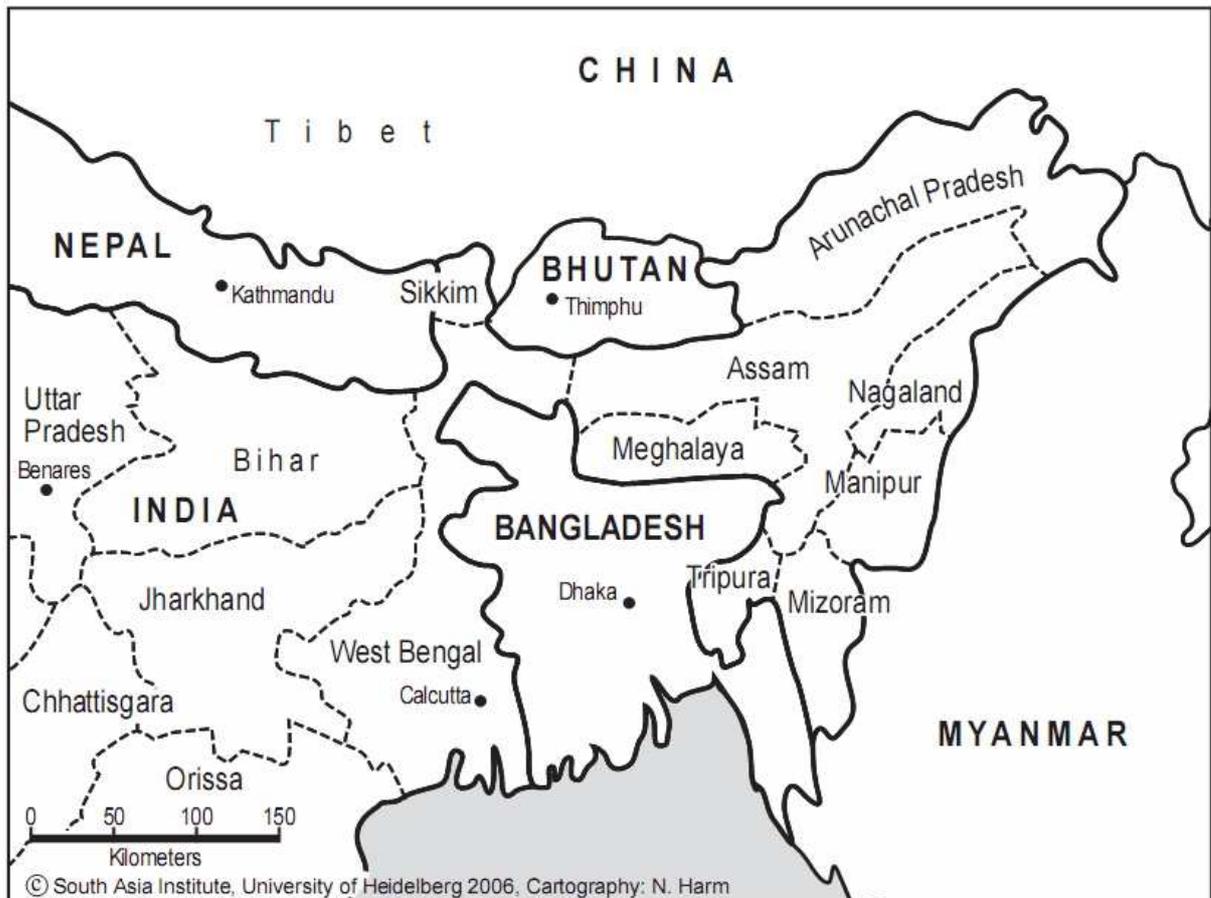
Taiwan wurde die diplomatische Anerkennung auf das kommunistische China übertragen. Indien war damit eines der ersten Länder, das die VR China anerkannte, gefolgt von der alten Kolonialmacht Großbritannien, die in einer Mischung aus britischem Pragmatismus und Sorge um Hongkong die Volksrepublik China 1950 anerkannte, dem Jahr, in dem die kommunistischen Truppen in Tibet einmarschierten und die Autonomie Tibets beendeten. Sie erreichten im selben Jahr die indisch-chinesische Grenze, die jedoch aufgrund der McMahon Linie (s. o.) nördlich der auf den chinesischen Landkarten aus jener Zeit eingezeichneten Grenzen verlief. Dieser Einmarsch kommunistischer Truppen kam für Nehru völlig überraschend: Für Nehru verkörperten die chinesischen Kommunisten ja doch die legitimen Bestrebungen des chinesischen Volkes, frei von Fremdherrschaft und sozialer Ungerechtigkeit zu leben, eine Einschätzung, die von seinem einflussreichen Außenminister V.P. Krishna Menon geteilt wurde. Das Verhältnis zwischen Indien und China war, jedenfalls nach indischer Auffassung, so eng, dass es mit der Bezeichnung *Hindi, Chini, bhai bhai*, Inder und Chinesen sind Brüder, beschrieben wurde. Nehru war der Auffassung, dass China unter Mao seine Grundpositionen in Bezug auf die internationalen Beziehungen, die Prinzipien der *Panchasheel*, teilte, denen zufolge die Maßnahmen der chinesischen Außenpolitik legitim waren: Die Intervention in den Koreakrieg war eine rein defensive Maßnahme, die Unterstützung der Viet Minh in Vietnam Unterstützung für eine legitime Befreiungsbewegung und das chinesische Streben, Taiwan zu erobern, der gerechtfertigte Versuch, die Einheit des Vaterlandes wiederherzustellen. Der chinesische Einmarsch in Tibet passte nicht in dieses ethische Konzept Nehrus, der umso überraschter war, da er nicht mit einer solch rapiden Ausbreitung der chinesischen Staatsgewalt in die entlegendsten Winkel Chinas gerechnet hatte. Die chinesische Besetzung Tibets wurde jedoch von Indien akzeptiert, das, in der Fortsetzung der Politik Britisch-Indiens, bis dahin offizielle Beziehungen nach Lhasa zur Regierung des Dalai Lama unterhalten hatte. Die indische Regierung war jedoch nicht gewillt nur auf die guten Absichten der Chinesen, insbesondere in der Grenzfrage, zu vertrauen. Nepal, Sikkim und Bhutan, alle zwischen Indien und Tibet gelegen, wurden deshalb in die indische Verteidigungsplanung integriert. Indische Truppen begannen sich in nördliche Richtung in Marsch zu setzen, um die Gebietsansprüche Indiens in den menschenleeren Gebieten in der Grenzregion zu Tibet durch die Etablierung indischer Präsenz abzusichern. Da die indischen und chinesischen

Grenzansprüche sich überschneiden, begannen nach Abschluss des *Panchasheel-*Abkommens von 1954, in dem Indien Tibet als integralen Bestandteil Chinas anerkannt hatte, eine Reihe von Verhandlungen über den Verlauf der Grenze. Da diese Verhandlungen keinen Erfolg hatten, schlug Zhou En Lai Nehru 1958 vor die *Line of Actual Control* (LAC), also die in der Realität gezogene Grenze, für's Erste zu akzeptieren; ohne dadurch das Ergebnis von Verhandlungen über eine definitive Grenzziehung zu präjudizieren.⁵

Erste Zweifel an der Lauterkeit der chinesischen Absichten kamen in Indien weniger wegen der chinesischen innenpolitischen Maßnahmen auf, wie z.B. die Verfolgung der Großgrundbesitzer oder die abrupte Beendigung der „Zeit der hundert Blumen“, die in der Verfolgung von Intellektuellen und anderen Kritikern kulminierte, sondern durch Maßnahmen, die Auswirkungen auf das indische Sicherheitsgefühl hatten wie die gewaltsame Niederschlagung des antikommunistischen Aufstandes in Tibet und die Flucht des Dalai Lamas nach Indien, dem dort mit seinen Anhängern, sehr zum Missfallen der Chinesen, Asyl gewährt wurde. Auch zunehmende Spannungen zwischen indischen und chinesischen Truppen an der LAC verschärften die Lage. Trotz dieser Ereignisse war man auf indischer Seite jedoch der Meinung, dass sich die Differenzen mit China auf dem Verhandlungsweg ausräumen lassen würden. Inwieweit es sich hier um eine indische Fehleinschätzung handelte oder um gezieltes Wunschdenken der Führung um Nehru, die sehr wohl wusste, dass im militärischen Bereich die Lage an der nordöstlichen Grenze für Indien ungünstig war, ist in der Literatur umstritten.⁶

⁵ Sidhu, Waheguru Pal Singh/Yuan, Jing-dong: *China and India. Cooperation or Conflict?*, London, 2003.

⁶ Cohen a.a.O., Lamb a.a.O.



Karte 4: Nordostindien mit dem von China beanspruchten indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh

5.3. Das Dreiecksverhältnis Indien/China/Sowjetunion 1962-1989

Tatsache ist, dass 1962 die chinesischen Truppen zur Offensive übergingen und die indischen Truppen aus den von China beanspruchten Gebieten verdrängten. Nach diesem militärischen Erfolg verzichteten die chinesischen Truppen nicht nur auf einen weiteren Vorstoß in indisches Territorium, sondern zogen sich auch auf ihre ursprünglichen Ausgangsstellungen zurück. Obwohl Indien also auch in diesem Grenzkrieg keine andauernden Gebietsverluste erlitt, waren doch dessen Auswirkungen erheblich: Die indische Armee war geschlagen worden, einer der Grundpfeiler der indischen Außenpolitik, die Freundschaft mit China, lag in Trümmern und Nehrus Sicht der Weltlage sowie der Position Indiens im globalen Rahmen hatten sich als falsch erwiesen.⁷

⁷ Sie hierzu Maxwell a.a.O.

Diese Niederlage war ein Schock für Indien; einer der wichtigsten Staaten der Welt hatte sich gegen Indien gewandt, Indien war besiegt worden, die Grundlagen der Außenpolitik, wie sie Nehru selbst festgelegt hatte, hatten sich als weltfremd erwiesen. In einer ersten Reaktion lehnte sich Indien an die Westmächte an, Großbritannien und die USA waren bereit Indien zu unterstützen, insbesondere da es hier um die VR China ging, die im Westen als noch gefährlicher und fanatischer als die Sowjetunion angesehen wurde. Indien war bereit diese Unterstützung anzunehmen, aber ein engeres Bündnis konnte daraus nicht entstehen, da die Westmächte, insbesondere die USA, nicht bereit waren ihre engen Bindungen an Pakistan aufzugeben. Dies war wiederum für Indien nicht akzeptabel, da es nicht mit Pakistan auf eine Stufe gestellt werden wollte, zumal der indo-pakistanische Krieg von 1965 deutlich machte, dass Indien nicht auf die Westmächte als zuverlässige Verbündete zählen konnte, vor allem dann nicht, wenn Pakistan im Spiel war. Eine Neuorientierung der indischen Außenpolitik schien angebracht.

Seit der Unabhängigkeit hatte Indien immer ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion gehabt. Die innenpolitischen Auswirkungen des Kommunismus waren gemäß den Regeln der *Panchasheel* ignoriert worden, da dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion dargestellt hätte. Im Gegenzug war die Sowjetunion immer an einem guten Verhältnis zu Indien interessiert gewesen, hatte aber auf China, seinen wichtigsten Verbündeten in der kommunistischen Welt, Rücksicht nehmen müssen. Der Prozess der Entfremdung zwischen der Sowjetunion und China war 1962 zwar noch nicht abgeschlossen, aber bereits im Grenzkrieg von 1962 stellte sich die Sowjetunion auf die Seite Indiens. Die Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion intensivierten sich nach diesem Krieg, so dass nach dem indo-pakistanischen Krieg von 1965 die Sowjetunion sowohl von Indien als auch von Pakistan als ehrlicher Makler akzeptiert wurde. Die Sowjetunion richtete 1966 die Konferenz von Taschkent aus, auf der dieser nach 1947 2. indo-pakistanische Krieg beigelegt wurde. In diesem Krieg hatte sich China eindeutig auf der Seite Pakistans positioniert. Da auch die USA und Großbritannien, auf Grund der indischen Politik der Blockfreiheit, mehr der pakistanischen Seite zugeneigt waren, blieb für Indien notgedrungen nur noch die Sowjetunion als Partner von strategischer Bedeutung.

Durch seine Beziehungen zur Sowjetunion, mit der Indien 1971 einen Freundschaftsvertrag abschloss, wurde Indien automatisch zum Feind Chinas. Waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten bis 1962 von eher unrealistischen Prämissen Indiens geprägt, so zeigte das maoistische China mit der „Kulturrevolution“ seit 1964 vermehrt eine Vorgehensweise, für die in der restlichen Welt das Verständnis fehlte und die als nicht rational abgetan wurde. Schon war schon vor dem Grenzkrieg war Indien namentlich in der chinesischen Presse heftig attackiert worden. Diese heftigen Angriffe zielten jedoch nicht direkt auf Indien, sondern „Indien“ stand hier stellvertretend für die Sowjetunion, ein für die Außenwelt unverständlicher Code im Rahmen der innerkommunistischen Ideologiedebatte.⁸ Es hätte höchster Kompetenzen indischer Diplomaten bedurft, diese Schlussfolgerungen zu ziehen, da sich die Komplexität der Argumente in der kommunistischen Richtungsdebatte nicht einmal allen beteiligten Kommunisten erschloss.

Direkt an der indo-chinesischen Grenze blieb die Lage auch nach 1962 angespannt, obwohl sich die chinesischen Truppen größtenteils auf ihre Ausgangsstellungen zurückgezogen hatten und die indischen Truppen wieder die Stellungen einnehmen konnten, die sie vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten inne hatten (s. o.). In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Gefechten zwischen beiden Seiten, wobei jedoch sowohl von Indern als auch von Chinesen darauf verzichtet wurde, die Situation so weit eskalieren zu lassen, dass das Ausbrechen eines neuen Krieges hätte wahrscheinlich werden können, eine Situation, die ihr Äquivalent in der heutigen Zeit in der Konfrontation zwischen indischen und pakistanischen Truppen auf dem Siachengletscher findet. Zu Verhandlungen über die Probleme der Grenzziehung oder über andere, die Beziehungen zwischen Indien und China belastenden Fragen kam es während dieser Zeit nicht: Für Nehru waren Verhandlungen oder auch nur Gespräche nach der Schmach der Niederlage unzumutbar, während sein Nachfolger Lal Bahadur Shastri sein Augenmerk verstärkt auf die indo-pakistanischen Beziehungen und auf die Verhandlungen im Rahmen des Friedensvertrags von Taschkent richtete und Indira Gandhi, die auf Shastri folgte, sich zuerst gegen die Veteranen in der Kongress-Partei behaupten musste und danach mit der Krise in Ost-Pakistan und dem 3. indo-pakistanischen Krieg beschäftigt war. Es war Indira Gandhi, die 1971 den Freundschaftsvertrag mit der

⁸ Cruikshank, Edward: *Moscow vs. Peking. The new Cold War*, Harmondsworth, 1963.

Sowjetunion unterzeichnet hatte. Die Unterzeichnung dieses Vertrages und die Zerschlagung Pakistans, zu dem die VR China gute Beziehungen unterhielt, hatten die Rolle Indiens im Freund-Feind Schema der chinesischen Außenpolitik noch verstärkt, soweit man hier überhaupt noch von einer sinnvollen Außenpolitik sprechen konnte, beschränkte sich doch die VR China darauf, weltweit zur Revolution aufzurufen unter der Anleitung maoistischer Weisheiten aus der kleinen roten ‚Mao-Bibel‘.

Zu einer Entspannung in den indo-chinesischen Beziehungen kam es erst Mitte der Siebziger. Der Tod Maos und die darauf folgende Entmachtung der „Viererbände“ bewirkten, dass die Außen- und Sicherheitspolitik wieder soweit in rationalen Bahnen verlief, dass ein Dialog mit China möglich war. In Indien hatte Indira Gandhi 1977 überraschend die Wahlen nach dem von ihr proklamierten Ausnahmezustand verloren und eine ebenso überraschte wie heterogene Opposition hatte die Macht übernommen, wobei das Amt des Außenministers von Atal Behari Vajpayee, einem der Anführer der hindu-nationalistischen Jan Sangh übernommen worden war. Vajpayee, als Konservativer ein originärer Vertreter des indischen Anspruchs auf Weltgeltung sowie ein starker Verfechter indischer Glorie und Größe, besuchte 1979 Peking. Dieser Besuch wurde jedoch von der chinesischen Straffraktion gegen Vietnam überschattet, die während des Besuchs von Vajpayee begann. Dies war jedoch kein gezielter Affront gegenüber Indien, sondern ergab sich aus den Zwängen einer zeitnahen Aktion gegen Vietnam und der Mobilisierung der dafür notwendigen Truppen.

5.4 Rising Powers: Indien und China

Die Ereignisse von 1989 und ihre unmittelbaren Auswirkungen, der Rückzug der Sowjetunion aus Osteuropa, die Wiedervereinigung Deutschlands, der Zerfall der Sowjetunion nach dem gescheiterten Putsch 1991 und das Ende des Kalten Kriegs, hatten weltweit Auswirkungen. Da die größten Veränderungen innerhalb Europas stattfanden, hat sich die Aufmerksamkeit der neueren Geschichtsschreibung und der Politikwissenschaft hauptsächlich auf diese Region gerichtet. Die Auswirkungen auf die 3. Welt im Allgemeinen und die Verbündeten der Sowjetunion im Besonderen wurden in der Regel innerhalb der Denkmuster des Kalten

Kriegs analysiert, wobei die Konflikte in der 3. Welt als Stellvertreterkriege analysiert wurden und die Vorgehensweisen der betroffenen Staaten aus demselben Denkschema heraus behandelt wurden. In der Regel wurde der Tatsache nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt, dass diese Staaten eigenständige Akteure waren und sind, deren Führungsschichten gemäß ihren eigenen Interessen planen und handeln. Das Ende der Sowjetunion konfrontierte diese Staaten mit einer neuen Weltlage, an die sie sich adaptieren mussten, aber die für sie relevanten grundlegenden Beziehungen und Konflikte existierten auch nach dem Ende des Kalten Kriegs weiter. Das bekannteste Beispiel dafür, dass lokale Konflikte und Gegensätze auch nach dem Ende des Kalten Kriegs weiterbestehen, ist zweifelsohne der Nahostkonflikt, aber auch die Interessengegensätze, Feindschaften und Konfliktlinien innerhalb Asiens lösten sich nicht nur deshalb auf, weil die Sowjetunion nicht mehr existierte. Indien sah sich einer neuen Weltlage und den damit verbundenen Gefahren und Herausforderungen gegenüber, aber an den Grundlagen und Haupteinflüssen auf seine Außen- und Sicherheitspolitik hatte sich nichts geändert.

Das Ende der Sowjetunion als Supermacht 1989 und ihr Zusammenbruch 1991 beraubte Indien seines wichtigsten Verbündeten zu einem äußerst heiklen Zeitpunkt: Die Kongresspartei unter Rajiv Gandhi hatte 1989 die Wahlen verloren und eine disparate Koalition, die Janata Dal unter V.P. Singh, war an die Macht gekommen. Das hauptsächliche Bemühen der indischen Regierung war demnach, den Zusammenhalt der Regierungskoalition zu sichern, während die einzelnen an der Regierung beteiligten Parteien in den Koalitionsverhandlungen für sich und ihre Wähler das Bestmögliche herauszuholen suchten, zumal ein Großteil der in dieser Koalition vertretenen Politiker sich kaum je mit außenpolitischen Fragestellungen beschäftigt hatte wohl auch deshalb, weil der außen- und sicherheitspolitische Bereich nicht genug Pfründe und Posten bot, um das Interesse an diesen Politikfeldern zu wecken. Folglich blieb es der 1991 wieder an die Macht gekommenen Kongresspartei überlassen, die indische Außen- und Sicherheitspolitik den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Dass Narasimha Rao 1991 zum Premierminister gewählt wurde, ist Folge dass Rajiv Gandhi während des Wahlkampfs von tamilischen Terroristen aus Sri Lanka

ermordet worden war. Narasimha Rao war während der Amtszeit von Rajiv Gandhi 1984 – 1989 Außenminister gewesen und verfügte somit über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen, um die indische Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Weltlage anzupassen. Bevor er sich jedoch der Außen- und Sicherheitspolitik zuwenden konnte, sah er sich mit den wirtschaftlichen Problemen Indiens konfrontiert: Die indische Wirtschaft hatte den durch den 1. Golfkrieg ausgelösten Ölpreisschock und die damit verbundene weltweite Rezession nicht verkraftet - auch das Ausbleiben sowjetischer Wirtschaftshilfe spielt hier eine Rolle -, als Folge davon hatte Indien Probleme auf dem Finanzsektor, d.h. mit seinen Devisenreserven. Dazu kam die allgemein schlechte Lage der indischen Wirtschaft, folglich waren die ersten Maßnahmen der indischen Regierung darauf ausgerichtet, Reformen einzuleiten, um die Wirtschaft zu sanieren. Es sind diese als Notmaßnahme eingeleiteten Reformen, die das Wirtschaftswachstum in Indien ermöglicht und somit auch den Grundstein dafür gelegt haben, dass Indien heute mit der VR China mithalten kann.

Nach der Beseitigung der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme konnte sich die indische Administration den Problemen in der Außen- und Sicherheitspolitik widmen, die größtenteils durch das Verschwinden der Sowjetunion entstanden waren. Die Beziehungen zu Pakistan waren nach wie vor schlecht, hauptsächlich weil Pakistan aktiv Terroristen innerhalb des indischen Teils von Kaschmir unterstützte. Die USA hatten kein Interesse an einer Annäherung an Indien, es sei denn, Indien würde sich den amerikanischen Vorstellungen anpassen; Japan und die EU waren nur unter wirtschaftspolitischen Aspekten von Interesse. Somit blieb als einziges für die indische Außen- und Sicherheitspolitik bedeutendes Land China, zu dem eine Verbesserung der Beziehungen im Bereich des Möglichen lag.

Die Voraussetzungen waren gut. Das Ende des Kambodschakonflikts in dem Indien und China auf unterschiedlichen Seiten gestanden hatten (s. Kapitel 5.3), sowie der Staatsbesuch Rajiv Gandhis 1988 in China hatten die allgemeinen Grundlagen der indisch-chinesischen Beziehungen verbessert. Es gab von indischer Seite seit 1991 auch ein ausgeprägtes Interesse daran, die Beziehungen zu China zu verbessern, einerseits um den Wegfall der Sowjetunion zu kompensieren, andererseits um den beginnenden Wirtschaftsreformen in Indien nicht da-

durch zu schaden, dass Indien seine Verteidigungsausgaben aufgrund einer Bedrohung von außen, i.e. China, erhöhen müsste. Diese geplante Entspannung mit China ging aber nicht soweit, dass Indien bereit gewesen wäre, seine Forderungen an China zurückzuziehen oder aber chinesischen Forderungen nachzukommen.

Ein erstes Zeichen der Bereitschaft Indiens, die Beziehungen zu China zu entspannen, war der Besuch des indischen Präsidenten 1992 in China, der allerdings von einem nicht vorher angekündigten Atombombenversuch Chinas überschattet wurde, sowie von einem Besuch des indischen Verteidigungsministers im selben Jahr. Die Resultate dieser Gespräche waren so positiv, dass 1993 Narasimha Rao China besuchte und in Peking mit dem chinesischen Premierminister Li Peng ein Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen unterzeichnete. Dieses Abkommen verpflichtete beide Seiten die aktuelle Grenze zu respektieren, wobei diese weder von Indien noch von China als die endgültige Grenze akzeptiert wurde. Beide Seiten einigten sich darauf, dass die Grenze nur durch friedliche Maßnahmen und mit dem Einverständnis beider Seiten geändert werden dürfte; ebenso vereinbarten sie eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen (Confidence Building Measures/CBM) zwischen den beiden Staaten⁹

Dieses ersten Manifestationen einer Entspannung zwischen Indien und China führte zu weiteren Besuchen und Verträgen: Minister und hohe Beamte von beiden Seiten besuchten regelmäßig das andere Land, eine Reihe von Abkommen im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich wurde abgeschlossen und es kam zu ersten gegenseitigen Flottenbesuchen. Aufbauend auf dieser Verbesserung der Beziehungen und dem stetig größer werdenden Austausch im Handel und in anderen Bereichen, besuchte 1996 der chinesische Präsident Jiang Zemin Indien. Im Rahmen dieses Staatsbesuchs wurde ein zweites Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen unterzeichnet, wobei unter anderem vereinbart wurde, Verhandlungen über die Truppenstärken der beiden Armeen in den Grenzregionen aufzunehmen und Höchstgrenzen für diese sowie maximale Begrenzungen für Waffensysteme erstellen. Der indische Verhandlungsansatz war hierbei, die Anzahl aller Soldaten auf beiden Seiten der Grenze zu vergleichen, was zu einem

⁹ Singh, Swaran: *China – South Asia: Issues, Equations, Policies*, New Delhi, 2003.

chinesischen Übergewicht gegenüber Indien führte.¹⁰ Dass der Großteil der chinesischen Truppen in Tibet der inneren Sicherheit diene, wurde der indischen Seite zwar während der Verhandlungen von der chinesischen Seite mitgeteilt, dieser Umstand wurde aber nicht Teil der öffentlichen Verlautbarungen, da dies ein Eingeständnis von chinesischer Seite gewesen wäre, dass die Lage in Tibet nicht den offiziellen chinesischen Bekanntmachungen entsprach.

Die Phase der verbesserten Beziehungen zwischen Indien und China fand ein abruptes Ende 1998 mit dem indischen Atombombentest in Pokhran. Ironischerweise war dieser Atombombentest nicht außen- und sicherheitspolitisch motiviert und hatte auch nichts mit den indisch-chinesischen Beziehungen zu tun.

Nach der Wahlniederlage der Kongresspartei 1996 kam wieder eine Koalitionsregierung an die Macht, die ebenso wie die Koalitionsregierung von 1989 – 1991 sich hauptsächlich um innenpolitische Fragen und koalitionsinterne Streitigkeiten kümmerte. Die indisch-chinesischen Beziehungen wurden während dieser Zeit auf unterer und mittlerer Ebene weitergeführt. Vor allem die „Joint Working Group on Boundary Questions“, die gemeinsame Arbeitsgruppe zu Grenzfragen, die 1989 gegründet worden war setzte ihre Arbeit fort. Innenpolitisch war die regierende Koalition so schnell verbraucht und zerstritten, dass 1998 Neuwahlen angesetzt werden mussten. Diese Wahlen wurden von einer von der BJP (Bharatiya Janata Party) angeführten Koalition gewonnen. Die BJP, eine nationalkonservative Partei, die sich als Vertreterin der Hindumehrheit in Indien versteht, hatte im Wahlkampf eine Vielzahl von Veränderungen in der Gesetzgebung und der Verwaltung versprochen, deren Realisierung das Verhältnis zwischen Hindus und Moslems sowie die offiziell säkulare Natur der indischen Republik grundlegend verändert hätten. Die Koalitionspartner der BJP, eine Ansammlung von Regionalparteien, deren Wähler nicht mit den Positionen der BJP sympathisierten, verhinderten jedoch die Umsetzung der Wahlversprechen der BJP.

Der einzige Bereich, in dem die BJP nicht von ihren Koalitionspartnern eingeengt wurde, war die Außen- und Sicherheitspolitik, obwohl der Verteidigungsminister einer der Koalitionsparteien angehörte. Die maßgeblichen Kräfte im Bereich der Verteidigung hatten seit dem ersten Atombombenversuch von 1974 die Arbeit

¹⁰ Singh a.a.O.

und Forschung im Atombereich nie aufgegeben und diese Arbeit sogar intensiviert, als Pakistan ebenfalls damit begann an der Atombombe zu forschen. Schon vor 1998 hatte es Bestrebungen innerhalb des Militärs und des Forschungsbereiches gegeben, erneut einen Test einer indischen Atombombe vorzunehmen. Diese Bestrebungen waren jedoch immer an Bedenken innerhalb der indischen Machtstrukturen und am Druck von außen, in der Regel den USA, gescheitert. Die BJP-Regierung griff nun auf die geleistete Vorarbeit zurück und gab den Auftrag einen neuen Versuch vorzubereiten und auch durchzuführen, wobei größter Wert darauf gelegt wurde, nichts von den geplanten Versuchen bekannt werden zu lassen. Diese Bemühungen waren erfolgreich und so kam der indische Atomwaffenversuch nicht nur für die Weltöffentlichkeit, sondern auch für die ausländischen Geheimdienste völlig überraschend.

Wie angeführt, hatte der indische Atomwaffentest von 1998 innenpolitische Gründe, die außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen waren jedoch weltweit spürbar. Der indische Test sowie der kurz darauf erfolgte pakistanische wurden weltweit verurteilt und die meisten Geberländer froren ihre Entwicklungshilfe an Indien ein und verhängten weitere Sanktionen, hauptsächlich das Verbot des Verkaufs von Rüstungsgütern und von Technologien und Maschinen der „dual use category“, die auch im Nuklearbereich eingesetzt werden konnten. Die indische Führung war zu Zugeständnissen nicht bereit, da ein Einknicken gegenüber den Forderungen des Auslands den innenpolitischen Gewinn durch den erfolgreichen Atomtest zunichte gemacht hätte. Zudem hatten sich die Wirtschaftsreformen von 1991 schon so positiv auf die indische Wirtschaft ausgewirkt, dass die verhängten Sanktionen keine spürbaren Auswirkungen auf Indien hatten.

Kurz vor dem Atomwaffentest hatte der indische Verteidigungsminister, George Fernandes, einem indischen Nachrichtenmagazin ein ausführliches Interview gewährt, in dem er China als den Hauptfeind Indiens bezeichnete.¹¹ Dieses Interview sowie der darauf folgende Atombombentest belasteten die indischen Beziehungen zu China, dies war von indischer Seite zwar nicht beabsichtigt, aber einkalkuliert worden. Aufrufe und Appelle Chinas an Indien, nicht zu einem Nuklearwaffenstaat zu werden, wurden auf indischer Seite entweder ignoriert oder als

¹¹ Joshi, Manoj: *George In The China Shop*, in: India Today International, May 18, 1998, S.10 – 16.

chinesische Scheinheiligkeit abgetan, da die VR China selbst über Atomwaffen verfüge und keine Bereitschaft erkennen ließe, ihrerseits auf diese Waffensysteme zu verzichten. Der Besitz der Atomwaffen führte aus indischer Perspektive nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu China; da ihr Einsatz undenkbar war, veränderte der Besitz auch nichts an dem Kräfteverhältnis zwischen den an der Grenze stationierten Truppen. Nach einer kurzen Phase der Stagnation intensivierte sich die indisch-chinesischen Beziehungen: Der wirtschaftliche und wissenschaftliche Austausch wurde erweitert, die Verhandlungen über den Grenzverlauf und andere vertrauensbildende Maßnahmen wurden fortgesetzt und indische und chinesische Minister und Regierungschefs besuchten das jeweils andere Land.

Diese Fortsetzung der Entspannungspolitik von indischer Seite gegenüber China nach dem Atomwaffentest erscheint auf den ersten Blick überraschend, da Indien aufgrund seiner neugewonnenen Parität hätte versuchen können den Druck auf China zu erhöhen. Wie oben dargelegt, hatte der indische Atomwaffentest jedoch keine anti-chinesischen Komponenten, die durch den Test entstandenen außen- und sicherheitspolitischen Probleme hatte Indien vielmehr mit Pakistan. Da Pakistan ebenso wie Indien zu einem Atomwaffenstaat geworden war, bestand die Gefahr, dass eines der häufig vorkommenden Grenzscharmützel zu einem Nuklearkrieg eskalieren könnte. Das indische Selbstvertrauen, das durch die Niederlage im Grenzkrieg 1962 gelitten hatte, war durch den erfolgreichen Atomwaffenversuch wieder hergestellt worden, so dass Indien China gegenüber unbefangener auftreten konnte.

Waren in den Neunzigern die Beziehungen zwischen Indien und China primär die Beziehungen zweier asiatischer Mächte, die sich im asiatischen Rahmen abspielten, so kann man seit der Jahrtausendwende eine Rivalität zwischen den beiden Ländern diagnostizieren, die ihre Wirksamkeit sowohl außen- und sicherheitspolitisch als auch wirtschaftspolitisch immer häufiger im globalen Rahmen entfaltet. So haben die stark und kontinuierlich wachsenden Volkswirtschaften Indiens und Chinas Auswirkungen auf den Weltmarkt, vor allem durch ihren stark wachsenden Bedarf an Energie und Rohstoffen einerseits, andererseits durch ihre stark wachsenden Exporte, die in den importierenden Ländern ganze Industriezweige bedrohen.

6. Die Beziehungen Chinas zu Indien und Südostasien

Wenn man das in der Einführung dargestellte Dreiecksmodell zugrunde legt, in dem Indien die Basisseite bildet, so nimmt in diesem Kapitel China diese Basisseite ein, Indien und Südostasien sind die Schenkelseiten, das heißt Schwerpunkt ist die Analyse der Beziehungen zu Indien und Südostasien bzw. den Staaten der ASEAN* aus chinesischer Perspektive, wobei auch hier unerlässlich ist, zunächst die historischen Traditionslinien zu verfolgen, um die bis Heute wirksamen Axiome der chinesischen Politik zu verstehen.

Ohne diese Kenntnisse ist es unmöglich, die Bedeutung dieser Beziehungen angemessen zu beurteilen, ohne diese Kenntnisse bliebe nur die Annahme eines fundamentalen Wechsels als Erklärung für die Unterschiede zwischen der Jahrtausende alten Tradition des klassischen Chinas mit seinen Dynastien und seinem konfuzianischen Wertesystem und der radikalen kommunistischen Ära unter Mao Ze Dong, der mit dem Anspruch angetreten war, China von Grund auf zu verändern, sowie der heutigen Epoche. Eine genauere Analyse der Strukturen der jeweiligen Systeme wird jedoch aufzeigen, dass es grundlegende Strukturen innerhalb der chinesischen Gesellschaft und des chinesischen Staates gibt, die alle scheinbar fundamentalen Veränderungen überdauert haben und bis heute wirksam sind.

6.1. Die Grundlagen der chinesischen Außenpolitik

China kann ohne Zweifel für sich in Anspruch nehmen die älteste bestehende Hochkultur der Welt zu sein, auch wenn die von der chinesischen Historiographie überlieferten Daten für die ersten Dynastien, die Shang und die Hsia, nicht zweifelsfrei gesichert sind, was seit der Chou Dynastie jedoch der Fall ist. Auf die Chou Dynastie folgte die sogenannte „Zeit der Kämpfenden Staaten“, in der die ersten Werke über Machterhalt und Strategie geschrieben wurden. An erster Stelle ist hier die „Kunst des Krieges“ von Sun Tzu zu nennen, deren Maxime bis heute das politische Denken in Chi-

* Osttimor wird auch in diesem Kapitel nicht behandelt, da dieser kleine Staat geographisch ein Teil Südasiens ist, aber wegen seiner geringen Bedeutung und seiner Nichtmitgliedschaft in der ASEAN außerhalb des Rahmens dieser Arbeit liegt.

na in bezug auf die internationale Politik, auf Macht- und Sicherheitsfragen prägen (siehe Kap. 2.1). Die Werke von Konfuzius hingegen, so bedeutsam sie auch für das Verständnis der chinesischen Gesellschaft und für eine Analyse der Innenpolitik sind, geben keine Hilfestellung für außen- und sicherheitspolitische Probleme. Es lässt sich sogar die These aufstellen, dass die auf Moral begründete Lehre des Konfuzius mit ihrem statischen Weltbild in der amoralischen Welt der Internationalen Beziehungen nicht praktikabel ist.

Lässt man die chinesische Geschichte bis in die Gegenwart Revue passieren, werden grundlegende Schemata sichtbar, die auch in der Zukunft wirksam sein werden. Nach chinesischem Verständnis muss die Herrschaft legitim sein, der dafür benutzte Ausdruck „Mandat des Himmels“ stand für den Segen der Götter. Dieser Segen manifestierte sich u.a. darin, dass es dem Volk gut ging und das Land von Katastrophen verschont blieb. Auf dieser Grundlage der Herrschaft beruhen mehrere Prinzipien, die sowohl vom einfachen Volk als auch von den Eliten und den Herrschern respektiert werden. An erster Stelle ist hier das Prinzip der Reichseinheit zu nennen. Nach dem Selbstverständnis der Chinesen entspricht die Einheit Chinas der natürlichen Ordnung; eine Teilung Chinas widerspricht somit dieser natürlichen Ordnung und muss beseitigt werden, folglich ist die Regierung, die den Zustand der Reichseinheit herstellt, in den Augen der Bevölkerung zum Herrschen legitimiert. Neben der Reichseinheit ist ein weiteres, in der chinesischen Gedankenwelt genauso stark verankertes Prinzip die Vorstellung, dass China der Mittelpunkt der Welt ist. Zweifelsohne vertraten und vertreten neben China viele andere Völker diesen Standpunkt, manche nur auf dem Höhepunkt ihrer Macht, während es für andere Staaten ein Teil ihres Selbstverständnisses ist, diesen Status immer zu beanspruchen, auch wenn dies in Wirklichkeit nicht unbedingt gerechtfertigt ist. Der Unterschied zwischen China und den anderen ist, dass der chinesische Anspruch bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts im Großen und Ganzen gerechtfertigt scheint. China, insbesondere wenn es unter einer Dynastie vereinigt war, war bei weitem der größte und mächtigste Staat Ostasiens, umgeben entweder von Staaten, die von der chinesischen Kultur beeinflusst waren - Japan, Korea

und Vietnam sind hier an erster Stelle zu nennen - oder von Völkern und ethnischen Gruppen, die den Sprung zur Staatsformierung nicht vollzogen oder sich nur temporär zu einem Staat formiert hatten, dies trifft insbesondere auf die Nomadenvölker im Norden und Westen Chinas zu. Dass die chinesische Kultur nach diesem Selbstverständnis die am höchsten entwickelte der Welt ist, versteht sich von selbst, ist aber ein Charakteristikum, das die Chinesen mit vielen anderen Völkern der Welt teilen. Das Eindringen der westlichen Mächte nach China infolge des 1. Opiumkriegs (1840-42) erschütterte zum ersten Mal nachhaltig dieses Weltbild, denn frühere Eroberer Chinas aus den Reihen der Nomadenvölker waren über kurz oder lang von China assimiliert worden.

Selbst nach einem nur kurzen Überblick über die chinesische Geschichte wird verständlich, wie es zu diesen festgefügtten Überzeugungen kommen konnte. Die Beziehungen Chinas zu seinen Nachbarn waren bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts immer von der dominanten chinesischen Kultur und seiner meistens auch überlegenen Macht geprägt worden. Selbst jene Staaten, die wie Japan außerhalb der chinesischen Kontrolle verblieben waren und eine eigenständige Kultur entwickelt hatten, definierten sich in ihrem Selbstverständnis im Bezug auf China. Der politische Niedergang Chinas im 19. Jahrhundert ging einher mit dem Zerfall der Qing Dynastie der Manchu. Die Wirren, die dieser Niedergang mit sich brachte, waren in der chinesischen Geschichte nichts Neues. Gemäß dem zyklischen Verständnis von Geschichte, das in China vorherrscht, wäre nach einer Zeit des Chaos eine neue Dynastie entstanden, die das Reich wieder geeinigt und den Normalzustand der chinesischen Überlegenheit wieder hergestellt hätte.

Dass dies nicht der Fall war, resultiert aus der neuen Situation, die durch das Erscheinen der westlichen Mächte - Japan wird auf Grund seiner erfolgreichen Modernisierung nach westlichem Vorbild hier den westlichen Mächten zugerechnet - geschaffen worden war. Diese Mächte waren China nicht nur militärisch überlegen, sondern vertraten auch den Anspruch, einer überlegenen Zivilisation anzugehören. Eine Assimilierung dieser Mächte konnte nicht stattfinden, da ihre Vertreter vor Ort in ständigem Kontakt mit

ihren Ursprungsländern waren. Die Reaktion der Chinesen auf diese Entwicklung war die Übernahme westlicher Ideologien und Methoden mit dem Ziel, den Niedergang Chinas aufzuhalten und das Land in seine rechtmäßige Position zurückzuführen. Nach der Gründung der Republik 1911 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern verschiedener Entwicklungs- bzw. Modernisierungsmodelle, von denen die Kommunisten und die Kuomintang die bekanntesten sind. Der Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg 1949 leitete einerseits eine neue Epoche in China ein, da mit dem Kommunismus zum ersten Mal eine nicht-chinesische Ideologie an die Macht gekommen war, andererseits erwiesen sich jedoch die Kommunisten in gewisser Weise als treue Verfechter traditioneller chinesischer Verhaltensmuster: Die Etablierung der kommunistischen Herrschaft ging einher mit der Reichseinigung, kommunistische Truppenverbände stießen in Gebiete vor, die sich von China abgespalten oder seit langem nur nominell der chinesischen Herrschaft unterstanden hatten. Innenpolitisch war die Tatsache, dass sich die neuen Herrscher in der Verbotenen Stadt in Beijing niederließen, für die bäuerlich geprägte chinesische Gesellschaft ein Zeichen dafür, dass sich eine neue Dynastie etabliert hatte.

Der Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg 1949 hatte aber nicht nur Auswirkungen innerhalb Chinas, sondern veränderte das geostrategische Gleichgewicht zwischen dem Westen und dem Ostblock. Der 2. Weltkrieg hatte die bisherige Weltordnung stärker verändert als der 1. Weltkrieg. Die europäischen Mächte, die vor 1939 eine bedeutende Rolle gespielt hatten, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie vor 1914, hatten sich unfreiwillig von der Weltbühne verabschiedet, entweder zur Gänze wie Deutschland und Italien, oder aber sie waren zu Nationen zweiten Ranges geworden wie Großbritannien oder Frankreich. Die Sowjetunion hatte durch ihre Gebietszuwächse und durch das Erschaffen einer Reihe von Vasallenstaaten in Osteuropa ihre Macht stark vergrößert, historisch gesehen war sie jedoch nicht viel stärker als das zaristische Russland nach dem Sieg über Napoleon. Wenn auch der Sieg des Kommunismus in China dem Ostblock nicht das Übergewicht gegenüber dem Westen garantierte, so veränderte er jedoch definitiv das Machtgleichgewicht in Asien.

Mit dem bevölkerungsreichsten Land der Welt auf der Seite der Sowjetunion entstand, jedenfalls aus westlicher Wahrnehmung heraus, ein monolithischer Machtblock, der sich von der Elbe bis Schanghai und von der Arktis bis zu den Dschungeln Südostasiens erstreckte. Dass dieser Block sich weiter ausbreiten wollte, schien erwiesen, als 1950 der Koreakrieg mit der Invasion Südkoreas durch Nordkorea begann. Der Bruch zwischen der VR China und der Sowjetunion in den Sechzigern beendete zwar die Bedrohung durch einen einheitlichen kommunistischen Block, jedoch erschien das China Maos mit seinen unerklärlichen internen Ereignissen wie der Kulturrevolution und seinem Anspruch, die Speerspitze der Weltrevolution zu sein, als eine noch größere Bedrohung als die in das Weltsystem integrierte Sowjetunion, mit der Verhandlungen und Abkommen möglich waren. Mit der amerikanisch-chinesischen Annäherung, die von Nixon und Kissinger eingeleitet worden war und 1972 mit dem Abkommen von Peking ihre Bestätigung fand, begann der Prozess der Reintegration Chinas in das Konzert der Mächte. Sichergestellt wurde diese Entwicklung durch die von Deng Xiao Ping eingeleiteten Reformen 1979. Seit dieser Zeit ist China ein allgemein akzeptierter Machtfaktor in der Weltpolitik, der seine Außenpolitik als flexibles Instrument benutzt, um die Interessen Chinas zu wahren und ihren Bereich zu erweitern. Es würde den Rahmen dieses Kapitels sprengen, wenn man versuchen würde die chinesische Außenpolitik der letzten dreißig Jahre in ihrer Gesamtheit darzustellen. Es ist jedoch nötig, hier die Beziehungen zwischen China und ausgewählten Nationen und Machtblöcken darzustellen, um die chinesischen Beziehungen zu Indien und Südostasien korrekt einordnen zu können.

Am bedeutendsten sind für die VR China nach wie vor die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten: Die USA sind der mächtigste Staat der Welt und Hauptabnehmer chinesischer Exporte. Aus der Sicht Chinas ist ein anderer Faktor ebenso wichtig: Die USA sind der einzige Staat, der in der Lage ist, die gewaltsame Übernahme Taiwans durch die VR China zu verhindern, eine Aufgabe, welche die USA bisher auch wahrgenommen haben. Im Vergleich mit der Bedeutung, die die USA für die VR China hat, fällt es nicht

leicht eine Hierarchie zu erstellen, in der eine Nation als die Nummer zwei in der außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung für China erscheint; denn militärisch kann außer den USA niemand China in die Schranken weisen. Der Aufstieg Chinas wird in den USA teilweise als Chance - der riesige chinesische Markt - und teilweise als strategische Bedrohung der Position der USA angesehen, wobei sich seit den Neunzigern der Schwerpunkt mehr auf die Sicht von China als Bedrohung verlagert hat: „Even if there is an argument for economic interaction with Beijing, China is still a potential threat to military stability in the Asia-Pacific Region. Its military power is currently no match for that of the United States. But that condition is not necessarily permanent. What we do know is that China is a great power with unresolved vital interests, particularly concerning Taiwan and the South China Sea. China resents the role of the United States in the Asia-Pacific Region. This means that China is not a “status quo” power but one that would like to alter Asia’s balance of power in its own favor.”¹

Den USA nachgeordnet, aber immer noch von großer Bedeutung für China sind zwei Nationen und ein Staatenbund: Japan, Russland und die EU, die im Folgenden kurz mit ihrer Bedeutung für China dargestellt werden. An erster Stelle ist Japan zu nennen. Die pazifistisch angelegte Verfassung Japans sowie die dem Militarismus abgeneigte Bevölkerung haben bisher verhindert, dass Japan über eine Streitmacht verfügt, die in der Lage wäre China Paroli zu bieten. Die japanische Marine und Luftwaffe sind zwar von ihrer Stärke her in etwa den chinesischen äquivalent, aber Japans Landstreitkräfte sind von der Anzahl her schwächer als die chinesischen Truppen und Japan verfügt nicht über strategische Waffensysteme wie Langstreckenraketen oder Atombomben. Andererseits wäre Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt durchaus in der Lage, seine Armee soweit zu vergrößern, dass es mit Chinagleichziehen könnte. Da die innenpolitischen Kräfte in Japan so gelagert sind, dass eine Vergrößerung der Streitkräfte nur dann möglich wäre, wenn China sich zu einer offenkundigen Bedrohung Japans entwickeln würde, liegt es in Chinas Hand, ob sich Japan für einen solchen Schritt entscheidet. Neben diesem militärischen Aspekt ist der wirt-

¹ Zitat Rice, a.a.O. p.56

schaftliche relevant: Japan ist einer der Haupthandelspartner Chinas und sein größter Investor. Jede Belastung des chinesisch-japanischen Verhältnisses würde sich sofort negativ auf die chinesische Wirtschaft auswirken. Da die relative militärische Schwäche Japans auch eine Folge des Bündnisses zwischen den USA und Japan ist, würde ein Bruch dieses Bündnisses China sowohl Vor- als auch Nachteile bringen. Einerseits würden die USA sich nach einer Beendigung des Bündnisses aus Ostasien zurückziehen, andererseits würde Japan sein eigenes Aufrüstungsprogramm starten, um in der Lage zu sein China aus eigener Kraft widerstehen zu können.

Die Beziehungen zur EU und Russland werden von unterschiedlichen Schwerpunkten dominiert. Die EU ist ein weiterer wichtiger Handelspartner und nach Japan der größte Investor in der VR China. China hat sowohl gegenüber den USA als auch der EU einen bedeutenden Handelsüberschuss. Militärisch ist die EU für China nicht von Bedeutung, sie stellt keine Bedrohung dar und ist auch nicht in der Lage, einen Stellvertreterkonflikt mit China zu führen, indem sie einen Feind Chinas mit Waffen und Gütern ausrüstet; technologisch sind die europäischen Streitkräfte zwar auf einem höheren Niveau als die chinesischen, aber da die EU seit der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung 1989 einen Waffen-Boykott gegen China verhängt hat, ist die EU auch in diesem Sektor nicht für China interessant, insbesondere da die europäischen Waffensysteme denen der Amerikaner technologisch unterlegen sind. Einfluss auf China könnte die EU nur im Bereich des Handels nehmen, in erster Linie durch einen Boykott chinesischer Güter und in zweiter Linie durch die Weigerung in China zu investieren. Hier offenbart sich auch die größte Schwäche der EU: Ihre Mitgliedsstaaten sind zwar theoretisch in der Lage eine gemeinsame Front gegen China zu bilden, verfolgen jedoch primär immer noch ihre Partikularinteressen. Da die einzelnen Mitglieder der EU aber nicht daran interessiert sind, gegen ihre individuellen Interessen zu agieren, ist China in der Lage, die Entscheidungsprozesse innerhalb der EU durch Zugeständnisse und Bevorzugung einzelnen Mitgliedern zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Die Beziehungen zu Russland sind von ganz anderer Art als die zur EU. Die Hauptexporte Russlands nach China sind Rohstoffe und Waffen. Diese Waffen sind zwar nicht auf dem technologischen Niveau der amerikanischen Waffensysteme, übertreffen aber die Qualität der chinesischen Produkte bei weitem. Da die jetzigen russischen Waffensysteme technologisch jedoch aus der Sowjet-Zeit stammen, wird Russland seinen qualitativen Vorsprung gegenüber China bald verloren haben, vor allem da mit dem rapiden Wachstum der chinesischen Wirtschaft die industrielle Basis für die chinesische Waffenproduktion immer breiter wird, so dass China in naher Zukunft in der Lage sein wird, seine Bedürfnisse im militärischen Bereich selbst zu decken. Interessanter für China sind die riesigen Rohstoffreserven, über die Russland verfügt. Die chinesische Wirtschaft, die gerade dabei ist ihre eigene Industrielle Revolution zu vollziehen, hat einen enormen Bedarf an Rohstoffen, den es nicht aus eigener Kraft decken kann. Russland verfügt zwar nicht über ein Monopol auf bestimmte Rohstoffe, seine Nähe zu China sowie seine relative politische Stabilität garantieren jedoch den ungehinderten Zugang zu seinen Rohstoffen und erhöhen seine Bedeutung für China. Durch Verträge und bedeutende Investitionen in die notwendige Infrastruktur hat sich China langfristige Bezugsrechte an den russischen Rohstoffen gesichert. Ein weiterer Faktor für die Sicherung der russischen Rohstofflieferungen ist deren strategische Bedeutung für China; deshalb ist die chinesische Führung bereit, das gesamte Instrumentarium der diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, um Vertragspartner dazu zu bewegen, sich an geschlossene Verträge zu halten.

Die übrige Welt lässt sich in zwei Kategorien unterteilen: jene Regionen und Länder, die aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen für China von Interesse sind, und jene, die aus wirtschaftlichen Gründen von Bedeutung sind. Unter außen- und sicherheitspolitischen Aspekten sind dies die an China angrenzenden Länder. Neben Japan und Russland (s. oben) und Indien sowie Südostasien (s. unten) sind dies die meisten Länder Zentralasiens - Tadschikistan, Kirgisien und Kasachstan haben jeweils eine gemeinsame Grenze mit China, ebenso Afghanistan und die Mongolei - und Nordkorea sowie Pakistan. Das chinesisch-pakistanische Bündnis ist ein

solch gewichtiger Faktor in den indisch-chinesischen Beziehungen, dass es im Kapitel über die Beziehungen zu Indien behandelt wird. Das Hauptinteresse Chinas an diesen Staaten besteht darin, dass sie keinesfalls anderen Mächten die Stationierung von Truppen gestatten bzw. sich an Bündnissen beteiligen, die, aus der Perspektive Chinas, antichinesisch sind. Da die Staatsgrenzen nicht deckungsgleich mit der ethnischen Landkarte sind, legt China auch sehr viel Wert darauf, dass diese Länder keinerlei Gebietsansprüche gegenüber China stellen oder separatistische Bewegungen in China unterstützen oder auch nur tolerieren. Durch Chinas Mitgliedschaft in der Shanghai Treaty Organisation könnte ein Bündnis entstehen, das Chinas Westflanke stabilisiert.

Chinas wirtschaftliche Interessen sind global. Die Hauptabsatzmärkte für chinesische Exporte sind zwar die USA, die EU und Japan, aber es gibt inzwischen kaum ein Land auf der Welt, das nicht von chinesischen Exporten erreicht würde. Die chinesische Führung ist darum bemüht, den Zugang zu den wichtigsten Exportmärkten zu sichern und verlässt sich bei den anderen Märkten auf die Fähigkeiten der chinesischen Firmen, sich aufgrund ihrer Geschäftstüchtigkeit und unschlagbarer Preise selbst durchzusetzen.² Bei der Sicherung von Rohstoffen geht die chinesische Führung sehr zweckorientiert und pragmatisch vor, was ihr im Ausland den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit oder ethischen Blindheit einträgt.* Da China wegen seiner Geschichte nur in wenige der aktuellen Konflikte involviert ist, kann es problemlos mit beiden Konfliktparteien Handel treiben. So z.B. im Nahen Osten, wo es sowohl zu Israel als auch den arabischen Staaten gute Beziehungen unterhält.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen Chinas primär darauf ausgerichtet sind, seine eigene Sicherheit und seine weltpolitische Geltung zu garantieren. Insofern unter-

² Die Unruhen auf den Solomoninseln 2006 gingen einher mit der Plünderung der chinesischen Geschäfte, da die Einheimischen die in wenigen Jahren entstandene chinesische wirtschaftliche Dominanz nicht mehr hinnehmen wollten. *The in and out prime minister*, Economist, 26. April, 2007 (online).

* Ein gutes Beispiel ist hier Darfur, das das Ansehen Chinas aber nicht soweit geschädigt hat, dass sich die chinesische Führung genötigt sähe die Verbindungen zum Sudan zu unterbrechen.

scheidet sich China nicht von den anderen Staaten der Welt und verfolgt somit eine Politik, die den grundlegenden Annahmen des Neo-Realismus entspricht. Die spezifisch chinesischen Charakteristika dieser Politik manifestieren sich auch und vor allem in den Zielsetzungen der chinesischen Außenpolitik, wobei die Wahrung der staatlichen Integrität das zentrale Movens ist. Zwar ist das Prinzip der Wahrung der staatlichen Integrität eines der Hauptanliegen fast aller Staaten der Welt, jedoch sind manche westlichen Staaten bereit die Abspaltung von Regionen hinzunehmen, wenn dies von der Mehrheit der Einwohner gewünscht wird. Für China aber mit seinem Ideal der Reichseinheit ist die Abspaltung von Teilen des Staates nicht akzeptabel, dies stieße auch auf Unverständnis in der Bevölkerung. Dieses Ideal der Reichseinheit umfasst auch Taiwan, wobei als erschwerender Faktor hinzukommt, dass die stärkste Partei auf Taiwan, die Kuomintang, sich ebenso wie die kommunistische Partei auf die Revolution von 1911 beruft und somit die Legitimität der Herrschaft der kommunistischen Partei, das Mandat des Himmels, allein durch ihre Existenz in Frage stellt. Das mit dem Prinzip der Reichseinheit eng verbundene Prinzip der Sonderstellung Chinas als dem *Middle Kingdom*, dem Zentrum der Welt, impliziert ein weiteres Movens, das in China Volk und Führung vereint: Die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik strebt danach die Führungsrolle Chinas in der Welt wieder herzustellen, wobei die Sicherheit Chinas natürlich Vorrang hat.

Die von der chinesischen Führung verfolgte Wirtschaftspolitik, die nur durch eine erfolgreiche Einbindung in den Weltmarkt Erfolg haben kann, dient nicht allein der Unterstützung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern hat vor allem einen innenpolitischen Schwerpunkt: Diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die zu spürbaren Verbesserungen in den Lebensumständen von großen Teilen der Bevölkerung geführt hat, ist das neuzeitliche Äquivalent vom „Mandat des Himmels“, welches sich ja darin manifestiert, dass es dem Reich und seiner Bevölkerung gut geht (s. oben). Wichtigste Aufgabe der Außen- und Sicherheitspolitik Chinas ist es nun, diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik gegen Bedrohungen von außen zu beschützen, damit das Wirtschaftswachstum, und somit das „Mandat des

Himmels“ bzw. die Legitimität der herrschenden kommunistischen Partei nicht in Frage gestellt wird.

6.2. Die Beziehungen zu Indien; die Rolle Pakistans

Wie schon in Kapitel 5 angesprochen, sind die Kontakte zwischen Indien und China ein Produkt der neueren Geschichte. Da es sich sowohl bei Indien als auch bei China um Nationen handelt, die sich ihrer Geschichte sehr bewusst sind, soll hier kurz der Zeitraum vor 1947 rekapituliert werden, als Britisch-Indien eine Rolle in China spielte. Auf chinesischer Seite waren zwar mit dem Sieg der Kommunisten 1949 neue Akteure an die Macht gekommen, die sich aber mit den Umständen auseinandersetzen mussten, die in vorkommunistischer Zeit durch die Handlungen von Britisch-Indien bzw. der britischen Regierung entstanden waren.

Eines der Hauptanliegen der Regierung von Britisch-Indien war, die Kolonie vor feindlichen Invasionen zu sichern. Wie bereits dargelegt, war bereits Anfang des 19. Jahrhunderts die Sicherung der Seewege nach Indien erfolgt, die Sicherung der eigentlichen Grenzen im Land selbst, d.h. der geographischen Grenzen, erwies sich als problematisch, da die Briten in diesen Grenzregionen zu China nicht auf funktionsfähige Staaten trafen, mit denen verbindliche Abkommen hätten getroffen werden können, sondern auf ephemere Gebilde. Die Briten waren also gezwungen, um hier verbindliche Grenzen zu ziehen, Abkommen mit lokalen Machthabern zu schließen, die sich in Opposition zu ihren chinesischen Herrschern befanden. Um ihr Ziel, die Sicherung der Grenzen von Britisch-Indien, zu erreichen, gingen sowohl die britischen Beamten vor Ort als auch die Regierung in Delhi pragmatisch von der jeweils gegebenen Sachlage aus, wobei sie sich darum bemühten, die Ergebnisse der Verhandlungen mit lokalen Machthabern durch Verträge mit China abzusichern. Eine mit dieser „Methode“ erreichte Grenzziehung war die zu Tibet/China (s. Kapitel 5.1), die besonders erfolgreich für die Briten und folgenreich für die späteren indisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten in drei Sektoren war: Das Aksai Chin Plateau im Westen, Sikkim im Zentralsektor und die Gebiete im Nordosten Indiens, wo der indische Bun-

desstaat Arunachal Pradesh laut chinesischen Gebietsansprüchen rechtmäßig chinesisches Gebiet ist.³

Die Beziehungen der VR China zu Indien können nur verstanden werden, wenn man differenziert zwischen der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen und der chinesischen Außenpolitik gegenüber Südasien im Besonderen. Die Ziele der kommunistischen Partei auf ideologischer Ebene waren die Ausbreitung und letztendlich die Dominanz der kommunistischen Ideologie weltweit, auf nationaler Ebene die Wiederherstellung und Sicherung vergangener Größe und die Konsolidierung der kommunistischen Partei. Indien ist aus mehreren Gründen eines der bedeutenderen Länder für die VR China: Indien ist neben China und Japan eine der drei großen Nationen Asiens; Indien hat eine lange Landgrenze mit China, wobei Indien an Regionen angrenzt, die nicht Teil der chinesischen Kernregionen sind und die von ethnischen Minderheiten bewohnt werden; Indien war und ist weltweit das einzige Land, das von seiner Bevölkerungszahl her mit China vergleichbar ist und Indien stellte mit seiner außenpolitischen Position der Blockfreiheit bei gleichzeitiger Wahrung der Prinzipien einer konstitutionellen Demokratie eine ideologische Herausforderung für die VR China dar.

Die chinesisch-indischen Beziehungen entwickelten sich zunächst positiv: Schon 1950 hatte Indien die VR China als die legitime Vertretung Chinas anerkannt und unterstützte ihre Bestrebungen, den Sitz Chinas im UN-Sicherheitsrat einzunehmen.⁴ Die grundlegenden Voraussetzungen für gute indisch-chinesische Beziehungen schienen somit gelegt. Dass die Beziehungen zwischen derart großen Ländern jedoch nicht so einfach zu regeln sind, zeigte sich aber auch schon 1950, als Tibet von chinesischen Truppen besetzt wurde. Indien hatte in der Nachfolge der Politik Britisch-Indiens seit 1947 die Beziehungen zu Tibet beibehalten, die von den Briten aufgebaut worden waren, als Tibet *de facto* nicht unter chinesischer Kontrolle stand.⁵ Die chinesischen Behörden machten sich daran die indischen Handelspos-

³ Lamba.a.O

⁴ Singh, Swaran, S.59, Indien erkannte die VR China im Dezember 1949 an und nahm diplomatische Beziehungen im April 1950 auf.

⁵ Ibid.

ten und die Interessenvertretung auf tibetischem Gebiet zu schließen, um jeden weiteren Einfluss Indiens zu unterbinden. Beim Versuch der Grenzsicherung stellten sie fest, dass Indien seine Grenze gegenüber China weiter nördlich gezogen hatte, als es auf chinesischen Landkarten verzeichnet war, Indien hatte sich nämlich bei seiner Grenzziehung an die Vorgaben von Britisch-Indien gehalten.

Aus chinesischer Sicht war diese Verkleinerung chinesischen Territoriums durch eine fremde Macht einerseits nicht hinnehmbar, andererseits war Indien aber eines der Länder die die VR China anerkannt hatten, somit war eine Auseinandersetzung mit Indien nicht in Chinas Interesse. China begann deswegen mit Indien Verhandlungen, um die strittigen Fragen zu klären. Diese Verhandlungen erreichten ihren Abschluss im Freundschaftsvertrag von 1954, in dem Tibet von Indien als Bestandteil Chinas akzeptiert wurde und China sich verpflichtete, seine Außenpolitik gemäß den Prinzipien der *Panchasheel* zu gestalten. Dieses Abkommen zeigt Chinas Interesse an guten oder zumindest zuverlässigen Beziehungen zu Indien.

Der Abschluss des Vertrages bedeutete aber nicht, dass China in allen Bereichen mit Indien übereinstimmte oder die gleichen Interessen vertrat. Die VR China definierte sich selbst als revolutionären Staat, dessen Sinn und Ziel es war, den Kommunismus zu fördern, insbesondere in solchen Regionen, in denen China dazu die Möglichkeiten hatte, was auf Grund seiner geographischen Lage vor allem Südostasien war. Die VR China verfolgte dabei eine Politik, die sie oft in Gegensatz zu Indien brachte, was aber von der chinesischen Führung hingenommen wurde, da sie die Bestimmungen des Freundschaftsvertrages mit Indien nicht als Beschränkung ihrer Möglichkeiten auffasste.

Die unterschiedlichen Positionen in den verschiedenen Konflikten führten dazu, dass sich die indisch-chinesischen Beziehungen im Lauf der Fünfziger immer mehr verschlechterten. Im großen Aufstand der Tibeter 1959, dem schon mehrere lokale Konflikte zwischen chinesischen Truppen und tibetischen Guerillas vorausgegangen waren, explodierten die sowohl eth-

nisch als auch religiös begründeten antichinesischen Ressentiments der Tibeter. Der Aufstand wurde niedergeschlagen und die bis dahin teilweise tolerierten Elemente der tibetischen Selbstverwaltung wurden eliminiert, dem Dalai Lama gelang jedoch mit Zehntausenden von Anhängern die Flucht nach Indien. Dass dem Dalai Lama in Indien Zuflucht gewährt und ihm gestattet wurde, sich mit seinen Anhängern nahe der chinesischen Grenze niederzulassen, erhöhte den Argwohn der Chinesen über die wahren Absichten Indiens. Da weitere Verhandlungen über den Verlauf der Grenze ergebnislos endeten, zudem indische Truppen in den umstrittenen Grenzgebieten vorrückten und die Rhetorik der indischen Führung immer aggressiver wurde, entschloss sich die VR China zu einem militärischen Erstschlag. Im Herbst 1962 griffen chinesische Truppenverbände überraschend die indischen Stellungen im Nordosten Indiens an und zwangen sie zum Rückzug. China verzichtete aber darauf diesen militärischen Erfolg für eine Korrektur der Grenzziehung zu nutzen und zog nach Abschluss der Kampfhandlungen seine Truppen fast vollständig in ihre Ausgangsstellungen zurück.⁶

Der Nutzen dieser Aktion für China lag auf einer anderen Ebene: Bei einer neutralen Wertung ist festzustellen, dass die Aggression gegen Indien den chinesischen Interessen dadurch diente, dass sie die grundsätzliche Position Chinas verbesserte. Dies mag auf den ersten Blick den Fakten widersprechen, da sich das Bild Chinas im Westen weiter verschlechterte und die guten Beziehungen zu Indien zerstört wurden. Aus chinesischer Sicht waren die Resultate des Grenzkrieges jedoch überwiegend positiv und zwar aus folgenden Gründen: * An erster Stelle ist hier der militärische Sieg über Indien zu nennen, die Niederlage Indiens bedeutete das zumindest vorläufige Ende einer möglichen Bedrohung Chinas an seiner Südflanke; dass die westliche Sicht auf China sich durch die chinesische Aggression weiter verschlechtert hatte, war irrelevant für die VR China, die zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an guten Beziehungen zum Westen hatte; innerhalb

⁶ Maxwell. a.a.O.

* Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass eine Analyse der chinesischen Politik, vor allem im außen- und sicherheitspolitischen Bereich, sehr viel schwieriger ist als die der indischen, nicht nur sind die chinesischen Quellen einseitig und ideologisch verbrämt, sondern es sind auch keinerlei private Aufzeichnungen der chinesischen Führung der Wissenschaft zugänglich.

Asiens, vor allem Südasiens, wo die indischen und chinesischen Interessen und Einflussnahmen kollidierten, erhöhte der militärische Erfolg das Prestige Chinas, denn selbst Länder, die China gegenüber feindlich oder misstrauisch gesonnen waren, konnten nicht ignorieren, dass die VR China ihre militärische Überlegenheit über Indien unter Beweis gestellt hatte, was zu einem Prestigeverlust Indiens führte.

Zeitlich parallel zu dem Grenzkrieg gab es eine ideologische Auseinandersetzung zwischen der sowjetischen und der chinesischen Führung. Die chinesische Führung hatte sich der Politik der Reformen und der ideologischen Öffnung, die von Chruschtschow in der Sowjetunion 1953 nach Stalins Tod eingeleitet und auf dem berühmten XX. Parteitag der KPdSU 1956 bestätigt worden war, verweigert und lehnte die von Chruschtschow propagierte These der friedlichen Koexistenz ab. Der Sieg über Indien war für die Führung der VR China ein Beweis für die Korrektheit ihrer Position. Da sich unter Chruschtschow auch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien verbessert hatten, was von der chinesischen Führung ebenfalls mit Misstrauen gesehen wurde, war der Sieg der chinesischen Truppen nicht nur für die chinesischen Kommunisten ein Beweis der Richtigkeit der von ihnen vertretenen Konfliktstrategie, sondern auch ein Schlag gegen eine potentielle Annäherung der Sowjetunion an Indien, die chinesischen Interessen widersprochen hätte.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Indien nach diesem Grenzkrieg war ohne Belang für die VR China, zumal das ihr ideologisch näher stehende Indonesien Sukarnos als alternativer Bündnispartner in Südostasien zur Verfügung stand. Auch der ideologische Seitenwechsel Suhartos führte nicht zu einer Neubewertung des chinesischen Verhältnisses zu Indien: Die extreme Ideologie im China der Kulturrevolution machte eine Annäherung unmöglich, da die Befürworter eines solchen Politikwechsels als Verräter behandelt worden wären; zudem hätte das durch die Roten Garden auch im bürokratischen Apparat ausgelöste Chaos die Realisierung einer eventuellen Neuorientierung im Verhältnis zu Indien unmöglich gemacht. Die VR China konnte es sich leisten Indien zu ignorieren, da die

Volksbefreiungsarmee eine der wenigen staatlichen Institutionen war, die auch während der Kulturrevolution funktionsfähig blieb und in der Lage war, die chinesischen Grenzen zu sichern. Die militärische Überlegenheit Chinas hatte sich durch ihren Besitz von Atomwaffen seit 1964, ein Resultat der chinesischen Forschung mit anfänglich sowjetischer Hilfe, noch verstärkt, da Indien über keine derartigen Waffen verfügte und auch keinen Beistandspakt mit einer Atomwaffenmacht hatte, die einen nuklearen Schutzschirm Indien zur Verfügung hätte stellen können. Dass die Feindschaft zwischen Indien und China zunächst zu einer Annäherung Indiens an die Westmächte und später an die Sowjetunion führte, wurde von der VR China, die sich während der Kulturrevolution zunehmend in eine ‚Allein gegen Alle‘ - Position hineinsteigert hatte, hingenommen.

Auch das Abklingen der Kulturrevolution führte nicht zu einer Entspannung zwischen Indien und der VR China, teilweise auch deshalb, weil beide Staaten unterschiedliche außenpolitische Partner hatten. Die indische Annäherung an die Sowjetunion wurde von China mit großem Misstrauen registriert, da bereits zu der Zeit das chinesisch-sowjetische Verhältnis aufgrund des ideologischen Gegensatzes nicht gut war und sich durch die Scharmützel an der chinesisch-sowjetischen Grenze, u.a. 1969 am Ussuri, weiter verschlechterten. Der chinesischen Sichtweise zufolge bedeutete also der Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags 1971 eine erfolgreiche Einkreisung Chinas, ein Standpunkt, der bei einem Blick auf die Weltkarte durchaus gerechtfertigt scheint. Verstärkt wurde dieses Gefühl der Einkreisung noch durch den 3. indisch-pakistanischen Krieg 1971, der mit der Teilung Pakistans endete, eines der wenigen Verbündeten Chinas. Gleichzeitig erfolgte die Annäherung Chinas an die USA, die ihre eigenen Beweggründe hatten, einen Ausgleich mit China zu suchen – die Schaffung eines Gegengewichts zur Sowjetunion und chinesische Hilfestellung bei der Lösung des Vietnamkonflikts -, und deren schlechte Beziehungen zu Indien ein eher positiver Faktor für diese Annäherung war.

Zu einer Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und China kam es erst 1975. Der Tod Maos und die Entmachtung

der ‚Viererbande‘ hatten bewirkt, dass sich in der VR China wieder der realistische Flügel in der KPC durchsetzen konnte, wobei die Aufnahme von Gesprächen dadurch erleichtert wurde, dass in Indien die Regierung Indira Gandhis, die den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet und den indischen Atomtest von 1974 zu verantworten hatte, 1977 abgewählt worden war und die Janata Party die Regierung übernommen hatte. Diese war, aus chinesischer Sicht der indischen Verhältnisse heraus, ein akzeptabler Verhandlungspartner. Ersten Gesprächen auf unterer Ebene folgte der Besuch des indischen Außenministers Vajpayee in China, wobei dieser Besuch dadurch überschattet wurde, dass China gleichzeitig seine Strafaktion gegen Vietnam begann. Dieser erste Erfolg auf dem Weg zur Entspannung wurde durch den Kambodschakonflikt zunichte gemacht, da sich Indien und China auf entgegengesetzten Seiten wiederfanden: Indien unterstützte die vietnamesische Position nicht so sehr wegen seiner guten Beziehungen zu Vietnam, sondern weil sein Bündnispartner, die Sowjetunion, Vietnam unterstützte; China hingegen konnte, als treibende Kraft im anti-vietnamesischen Bündnis mit der ASEAN, die Westmächte sogar für seine Position mobilisieren. Daraus folgert, dass Indien zwar als eigenständiger Akteur agieren konnte, seine Außenpolitik aber den Erfordernissen seiner internationalen Verpflichtungen anpassen musste. Die VR China hingegen konnte, ohne Hinderungen durch internationale Verpflichtungen, ihre eigenen politischen Interessen durchsetzen und dafür sogar andere Länder und Bündnisse mobilisieren.

Das Ende des Kambodschakonflikts mit einer für alle Seiten akzeptablen Lösung entspannte auch die Beziehungen zwischen Indien und China, was 1988 zu einem Besuch des indischen Premierministers Rajiv Gandhi in Beijing führte. Bei diesem Besuch wurde die Gründung der India-China Border Commission vereinbart, die sich regelmäßig trifft, um strittige Fragen der Grenzziehung zu bearbeiten. In diesen Streitfragen hatte es nämlich keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte gegeben, die Lage hatte sich aus chinesischer Sicht vielmehr verschärft, da Indien die von China beanspruchten Gebiete im Nordosten 1986 zu einem neuen Bundesstaat, Arunachal Pradesh, zusammengefasst hatte, was aus chinesischer Sicht be-

sagte, dass Indien generell nicht bereit war, auf diese Gebiete zu verzichten. Das Angebot Chinas, auf seine Ansprüche im Nordosten zu verzichten und die Eingliederung Sikkims im mittleren Sektor zu akzeptieren, wenn Indien dafür die chinesischen Ansprüche im Westen, insbesondere auf das strategisch wichtige Aksai Chin Plateau, anerkennt und dieses bereits von China kontrollierte Gebiet ihm offiziell überlässt, wurde von Indien abgelehnt und bestärkte es in seinem Urteil, dass eine Lösung des Grenzstreits nur möglich sei, wenn China die indischen Forderungen *in toto* erfüllen würde.

Die unterschiedlichen Positionen im Grenzkonflikt, die weder durch hochrangige Staatsbesuche noch durch beständige Kontakte einander angenähert werden konnten, verhinderten aber nicht die langsame Entspannung zwischen beiden Staaten; denn auch Chinas politische Sicht war durch die grundlegenden Veränderung der globalen Ordnung modifiziert worden und hatte den chinesischen Befürchtungen hinsichtlich einer Einkreisung durch die Sowjetunion und Indien ein Ende gemacht. Die weiterhin guten Beziehungen Indiens jetzt zu Russland sah die VR China nicht als Bedrohung, da Russland viel schwächer war als die Sowjetunion und weil China Indien als bedeutenden Handelspartner Russlands in den Neunzigern abgelöst hatte.

Der Aufstieg Chinas hatte in den Neunzigern auch zu einer veränderten Einschätzung Chinas durch die USA geführt. Die Clinton-Administration sah in China einen Partner, während für einen gewichtigen Teil der außen- und sicherheitspolitischen Elite in den USA das aufsteigende China eine Herausforderung war für die quasi hegemoniale Rolle, die die USA nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Sieg im 1. Golfkrieg spielten.⁷ Die VR China strebte deswegen eine Entspannung der Beziehungen zu Indien an, um ihren Schwerpunkt auf die Beziehungen zu den USA legen zu können, ohne durch sekundäre Konflikte abgelenkt zu werden. Eine Annäherung der USA an Indien erschien in den Neunzigern als eher unwahrscheinlich, da Indien die USA immer noch als potentiellen Rivalen im Indischen Ozean sah und das enge Bündnis der USA mit Pakistan, insbesondere die amerikanische Unterstützung für dessen Position im Kaschmirkonflikt, ein

⁷ Fukuyama zur New World Order (NWO).

Bündnis mit Indien unwahrscheinlich erscheinen ließ. Das seit dem Ende der Sowjetunion spürbare leichte Machtgefälle zwischen Indien und China wird auch im wirtschaftlichen Bereich deutlich: Indien musste einsehen, dass die 1991 eingeleiteten Wirtschaftsreformen – ein Jahrzehnt nach den chinesischen – das wirtschaftliche Ungleichgewicht nicht würde beseitigen können.

Dieses Gefühl der Überlegenheit wurde im Sommer 1998 durch zwei Ereignisse beeinträchtigt. Zuerst bezeichnete der indische Verteidigungsminister in einem Interview China als den Hauptfeind Indiens.⁸ Dies zeigte der chinesischen Führung, dass es jenseits der Feinheiten diplomatischer Beziehungen einen antichinesischen Grundkonsens in der indischen Politik gab. Die militärisch überlegene Position Chinas gegenüber Indien wurde dann durch den erfolgreichen Atomwaffentest in Pokhran erschüttert; die darauf folgende Aufrüstung Indiens mit Atomwaffen führte zu einer strategischen Parität zwischen Indien und China.⁹ Diese Parität wurde auch nicht dadurch aufgehoben, dass Chinas Verbündeter Pakistan als Reaktion auf den indischen Test selber Atomtests durchführte und sich Atomwaffen zulegte, weil Indiens atomares Arsenal ausreichte, um China und Pakistan gleichzeitig anzugreifen. Falls die chinesische Führung der Ansicht gewesen war, dass Indien längerfristig zweitrangig im Machtverhältnis zu China sein würde, so wurde sie durch die indische atomare Aufrüstung eines Besseren belehrt.

Seit 1998 hat die Bedeutung Indiens für die strategischen Weltansicht Chinas weiter zugenommen. Indien verfügt inzwischen über so viele Atombomben und Trägersysteme, dass es einen Großteil der Städte Chinas vernichten könnte, während gleichzeitig seine konventionellen Streitkräfte modernisiert werden, wobei die Finanzierung durch die jetzt stark wachsende Wirtschaft gesichert ist. Gleichzeitig wird Indien auf Grund seiner wachsenden wirtschaftlichen Attraktivität zu einem Rivalen Chinas, sowohl was Investitionen aus dem Ausland anbelangt als auch als Konkurrent bei der Siche-

⁸ Joshi, *India Today International* 1998.

⁹ Tellis, Ashley J.: *India's Emerging Nuclear Posture. Between Recessed Deterrent and Ready Arsenal*, Santa Monica, CA, 2001, auch wenn die indischen Atomtests nach amerikanischen Vermutungen nicht so erfolgreich waren wie von Indien behauptet, S. 500 ff.

nung von Rohstoffen und dem Zugang zu ausländischen Märkten. Im außen- und sicherheitspolitischen Bereich haben sich die Parameter für China verschlechtert. Sein Verbündeter Pakistan ist kaum mehr in der Lage, größere Teile der indischen Armee zu binden, gleichzeitig wächst die Gefahr, dass Pakistan sich zu einem „Failing State“ entwickeln könnte, mit unvorhersehbaren Auswirkungen auf die von moslemischen Minderheiten bewohnten Westgebiete Chinas. Das sich abzeichnende Bündnis zwischen Indien und den USA, besiegelt durch das Abkommen 2007 über die Zusammenarbeit im nuklearen Sektor und die damit verbundene Anerkennung Indiens als Atomwaffenstaat, eröffnet für China die Perspektive einer erneuten Einkreisung. Chinas Bemühungen, deshalb das Verhältnis zu Indien zu entspannen, werden in Indien mit Wohlwollen registriert, haben aber bisher keine konkreten Auswirkungen.

6.3. Die Beziehungen zu Südostasien

Die Beziehungen Chinas zu Südostasien sind von langer Tradition, chinesische Quellen gehören zu den wichtigsten, die wir für die frühe Geschichte Südasiens haben, da aus Südostasien für diesen Zeitraum keine Quellen überliefert sind; die daraus resultierende potentielle Einseitigkeit der Erkenntnisse lässt sich aber durch eine präzise Analyse dieser Quellen vermeiden. Was uns aus den chinesischen Chroniken bekannt ist, wird durch die archäologischen Funde bestätigt. So war China eine wichtige Quelle von Gütern, die sowohl innerhalb Südasiens genutzt wurden als auch weiter nach Westen gehandelt wurden. Interessanterweise gibt es aber keinerlei Hinweise auf eine Durchdringung der Kulturen und Reiche in Südostasien mit chinesischem Gedankengut und chinesischen Wertvorstellungen als Folge dieser Handelsbeziehungen. Die Gründe dafür sind unklar; ob von chinesischer Seite kein Interesse an einer solchen Vermittlung bestand, ist eine mögliche Erklärung, da nach den konfuzianischen Wertvorstellungen Händler in der sozialen Skala als so niederrangig eingestuft wurden, dass ihnen die Verbreitung konfuzianischen Gedankenguts nicht zugetraut wurde; ob die chinesischen Kulturwerte und Religionen in Südostasien als weniger interessant eingeschätzt wurden als die aus Indien stammenden -

Buddhismus und Hinduismus – ist eine mögliche Erklärung, vielleicht gibt es aber Gründe, die bisher noch nicht bekannt sind.

Der Ursprung der chinesischen Zivilisation liegt im Norden Chinas, in den Flusstälern des gelben Flusses und des Jangtsekiang. Aus dieser Kernzone, die auch das Herrschaftsgebiet der ersten Dynastien war, hat sich die chinesische Kultur nach Süden ausgebreitet und andere ethnische Gruppen dabei integriert. Dieser Prozess hat seine Grenzen im heutigen Südostasien gefunden, wobei auch heute noch die Gebiete in dieser Region, insbesondere die Provinz Yunnan, die größte Anzahl der anerkannten Minderheiten enthält. Bis in welche Regionen dieser Prozess vorangetrieben worden wäre, wenn die europäischen Kolonialmächte sich nicht in Südostasien niedergelassen und der langsamen chinesischen Expansion einen Riegel vorgeschoben hätten, lässt sich nur schwer einschätzen. Dass das Nationalbewusstsein in einigen der ethnischen Gruppen in Südostasien aber selbst in vorkolonialen Zeiten so ausgeprägt war, dass es dem großen Druck Chinas widerstehen konnte, zeigt sich am Beispiel Vietnams. Vietnam, d.h. rein geographisch nur der nördliche Teil des heutigen Vietnams, wurde kurz nach der Zeitenwende unter der Han Dynastie von China erobert und in das chinesische Kaiserreich integriert. Das vietnamesische Nationalbewusstsein war jedoch so stark ausgeprägt, dass nach einer fast 1000 Jahre dauernden chinesischen Herrschaft Vietnam sich zur Zeit der Sung Dynastie (10. Jahrhundert) in einem nationalen Befreiungskampf erhob und sich erfolgreich vom chinesischen Kaiserreich löste. Die Grenze zu Vietnam wurde danach von chinesischer Seite aus respektiert, wobei Vietnam natürlich nicht als ebenbürtiger Staat akzeptiert wurde, da dies der chinesischen Kosmologie widersprochen hätte.

Die größte Ausbreitung chinesischer Herrschaft in Südostasien gab es Ende des 13. Jahrhunderts, als unter der Herrschaft Kublai Khans chinesisch-mongolische Armeen die Oberherrschaft Chinas bzw. der Yuan Dynastie über weite Teile Südasiens verbreiteten. Höhepunkt dieser Eroberungsfeldzüge war eine Intervention in Java, um die dortigen Nachfolgestreitigkeiten zu schlichten. Die Eroberungen Kublai Khans in Südostasien, die

nicht auf deren Integration in das Reichsterritorium abzielten, sondern von den eroberten Gebieten lediglich die Anerkennung der chinesischen Dominanz und Tributzahlungen verlangten, waren nicht von Dauer, da China nach dem Tod Kublai Khans wieder schwächer wurde und nicht in der Lage war seine Dominanz zu wahren. Nachfolgende Dynastien erhielten diese Ansprüche jedoch aufrecht. Eine friedlichere Variante der chinesischen Expansion waren die Seefahrten des kaiserlichen Eunuchen Zheng Ho, der Anfang des 15. Jahrhunderts unter der Ming Dynastie bis an die ostafrikanische Küste und das Rote Meer vordrang und dessen Expeditionen die späteren europäischen an Größe und Macht weit in den Schatten stellten. Dass es der konfuzianische Beamtenschaft gelang diese Expeditionen zu beenden und eine weitere seegestützte Expansion zu unterbinden, die vor allem im asiatischen Raum problemlos möglich gewesen wäre, zeigt nicht nur die Macht des konfuzianischen Gedankenguts, sondern auch die Selbstgewissheit, wenn nicht sogar die Selbstzufriedenheit des kaiserlichen Chinas, in dessen Gedankenwelt China das Zentrum der Welt war und nicht einmal theoretisch die Möglichkeit erwogen wurde, sich außerhalb des traditionellen Rahmens zu bewegen.

Schon vor dem Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg gab es Kontakte der verschiedenen kommunistischen Gruppierungen in Südostasien mit der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), ebenso mit nationalistischen Gruppen in den Kolonien. Diese Kontakte hatten jedoch aufgrund der Ineffektivität und geringen Größe vieler dieser Gruppierungen keine konkreten Folgen. Ein weiteres Problem war, dass viele der nationalistischen Gruppierungen in Südostasien auch Kontakt zu Japan hatten, in dem sie einen Vorkämpfer gegen den europäischen Kolonialismus sahen, was insbesondere nach Beginn des chinesisch-japanischen Krieges eine weitere Kooperation unmöglich machte. Da die Phase der Entkolonialisierung in Südostasien mit dem Sieg der Kommunisten in China zusammenfiel, kam es in dieser Zeit nach, d.h. nach dem 2. Weltkrieg, zu verstärkten Kontakten zwischen der VR China bzw. der KPC und Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien sowie, nach Erlangung der Unabhängigkeit, zu direkten Beziehungen zwischen den jeweiligen kommunistischen Parteien, wobei die

kommunistischen Parteien in Südostasien häufig illegal oder sogar im bewaffneten Aufstand waren.

Nach dem Sieg im Bürgerkrieg sah sich die kommunistische Führung Chinas mit innen- und außenpolitischen sowie ideologischen Herausforderungen konfrontiert. Im Inneren musste die eigene Herrschaft stabilisiert und jene gesellschaftlichen Veränderungen realisiert werden, die die kommunistische Ideologie verlangte. In der Außen- und Sicherheitspolitik sah sich China durch die nicht-kommunistischen Staaten, insbesondere die USA bedroht, während gleichzeitig die chinesische Führung die revolutionären Bewegungen in Asien zu fördern bemüht war. Aufgrund der begrenzten chinesischen Ressourcen, bedingt durch die Armut und mangelnde industrielle Infrastruktur, musste China sich dabei jedoch auf die Regionen beschränken, an die es angrenzte, worunter das bedeutendste Engagement im Ausland die chinesische Intervention in den Koreakrieg war, wobei diese nicht so sehr aus revolutionär-kommunistischer Ideologie erfolgte, sondern aus der Wahrnehmung heraus, dass die amerikanischen Truppen, unter der Tarnung des UN-Mandats, einen Einmarsch in China anstrebten.

Aus chinesischer Perspektive war die Lage in Südostasien 1949 unbefriedigend: Teilweise war diese Region noch in der Hand der Kolonialisten, während die unabhängigen Länder nicht kommunistisch waren. Thailand wurde als Monarchie schon aus ideologischen Gründen abgelehnt, während die Regierungen in Burma und Indonesien als bourgeoise Demokratien angesehen wurden, die es zu bekämpfen galt, wenn auch nicht mit der gleichen Intensität wie das politische System Thailands. Der Schwerpunkt der chinesischen Bemühungen lag jedoch auf Vietnam. Die vietnamesischen Kommunisten galten als Verbündete im Kampf gegen Kolonialismus und Unterdrückung und die Präsenz der französischen Truppen im Land wurde als Bedrohung aufgefasst, da die chinesische Führung es für möglich hielt, dass eine anti-kommunistische Intervention der Westmächte im Bündnis mit der Kuomintang von Vietnam ausgehen könnte. Diese Befürchtungen verstärkten sich noch, als sich die westlichen Truppen in Korea der chinesischen Grenze näherten.

Abgesehen von den diplomatischen Beziehungen zu Nordvietnam, wurden nur mit Indonesien und Burma Beziehungen aufgenommen, da die anderen Länder in Südostasien weiterhin die Kuomintang-Regierung auf Taiwan als die legitime Regierung Chinas anerkannten. Die VR China hatte hingegen zu diesem Zeitpunkt, Anfang der Fünfziger, auch kein Interesse daran, zu diesen Staaten Beziehungen aufzunehmen. Der Tod Stalins und das Ende des Koreakrieges sowie die Stabilisierung der kommunistischen Herrschaft in China führten zu einer entspannteren Einschätzung der Lage durch die chinesische Führung. Der Wandel zeigte sich daran, dass Zhou En Lai 1955 an der Konferenz von Bandung teilnahm und dort nicht nur die chinesische Unterstützung für die sich formierende Bewegung der Blockfreien bekannt gab, sondern sich auch für eine regionale Entspannung vis-a-vis den Staaten Südostasiens aussprach. Dies bedeutete jedoch nicht, dass es keine chinesische Unterstützung mehr für die kommunistischen Parteien in Südostasien geben würde, sondern dass man differenzieren werde zwischen den Beziehungen der KPC zu den jeweiligen kommunistischen Parteien und den diplomatischen Beziehungen der VR China zu dem jeweiligen Staat. Im Endeffekt lief diese Politik darauf hinaus, dass die VR China sowohl diplomatische Beziehungen zu einem Land unterhielt als auch Kontakte zu einer kommunistischen Partei in diesem Land, auch wenn diese illegal oder sogar in einen bewaffneten Konflikt innerhalb des Landes verwickelt war.

Trotz dieses innovativen Vorgehens - diplomatische Beziehungen bei gleichzeitiger Unterstützung von Aufständischen im selben Land - kam es zu einer Entspannung zwischen der VR China und mehreren Ländern in Südostasien. Die Beziehungen zu Indonesien verstärkten sich nach der Konferenz von Bandung noch, da die kommunistische Partei Indonesiens (PKI/Parti Komunis Indonesia) Sukarno in der indonesischen Innenpolitik unterstützte, wobei die PKI sowohl zur Sowjetunion als auch zur VR China gute Beziehungen unterhielt. Die Beziehungen zu Burma verbesserten sich ebenfalls, so dass es zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen kam. Burma war jedoch ein Sonderfall: Es war aufgrund seiner Politik der Neutralität nicht nur nicht bereit, sich an einer ideologischen Frontstellung gegen

China zu beteiligen, sondern auch wegen seiner gemeinsamen Grenze mit China an einer friedlichen Lösung bilateraler Probleme interessiert, obwohl die birmanischen Kommunisten (BCP Burmese Communist Party), neben ethnisch gestützten Rebellenbewegungen, die Regierung bekämpfte. Am Ende des chinesischen Bürgerkrieges hatten sich nationalchinesische Verbände auf der Flucht vor den siegreichen Kommunisten nach Burma zurückgezogen, von wo aus sie zwar noch gelegentliche Angriffe über die Grenze nach China durchführten, sich aber größtenteils auf Schmuggel und den Anbau von Opium konzentrierten. Die Regierung in Rangun war zu schwach, um allein gegen diese Verbände vorzugehen, zumal diese von den USA unterstützt wurden.¹⁰ Das erfolgreiche gemeinsame Vorgehen Burmas und Chinas gegen diese nationalchinesischen Verbände, die schließlich von den USA nach Taiwan ausgeflogen wurden, erleichterte auch die Grenzverhandlungen zwischen beiden Staaten. Diese Grenze hatten die Briten, wie die indisch-chinesische Grenze (s. Kapitel 5), eigenständig festgelegt, ohne das völkerrechtliche Einverständnis Chinas. Nun wurden die chinesischen Ansprüche von birmanischer Seite als im Prinzip gerechtfertigt anerkannt. Die chinesische Reaktion auf diese Anerkennung wirkte sich positiv für Burma aus: Der endgültige Grenzverlauf brachte geringere territoriale Verluste als nach den ursprünglichen chinesischen Ansprüchen zu erwarten gewesen war.¹¹

Trotz des Beginns des 2. Indochinakonflikts entspannten sich die chinesischen Beziehungen auch zu anderen südostasiatischen Ländern. Ein Faktor für diese Entspannung war das Ende mehrerer kommunistischer Aufstände in Südostasien. Der kommunistische Aufstand in Malaya, die *Emergency*, der 1948 begonnen und sich fast ausschließlich auf Angehörige der chinesischen Minderheit gestützt hatte, wurde 1957 für beendet erklärt, nachdem sich die überlebenden kommunistischen Guerillas in das malaiisch-thailändische Grenzgebiet zurückgezogen hatten. Die kommunistische Huk-Bewegung auf den Philippinen war Anfang der Sechziger durch die erfolgreiche Innenpolitik von Präsident Magsaysay beendet worden, auch wenn

¹⁰ Smith, Martin: *Burma. Insurgency and the Politics of Ethnicity*, London, 1991, beschreibt diese eher kuriose Episode in seiner umfassenden Übersicht über die Aufstände in Burma/Myanmar.

¹¹ A.a.O.

hier die VR China ihren Einfluss nicht geltend gemacht hatte und die Philippinen der Politik der USA folgten und weiterhin Taiwan (Republic of China RoC) als die legitime Regierung Chinas anerkannten. In seinem Versuch Kambodscha aus dem 2. Indochinakonflikt herauszuhalten, bemühte sich auch Prinz Sihanouk um gute Beziehungen zu China.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich aufgrund der seit der Konferenz von Bandung modifizierten chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik – Reduzierung des ideologisch fundierten „Eifertums“ zugunsten einer praktikablen, handlungsorientierten Politik – die Position Chinas in Südostasien gegenüber 1949 stark verbessert hat.

Die Erfolge von einem Jahrzehnt intelligenter Politik wurden Mitte der Sechziger in kürzester Zeit zunichte gemacht. Der angeblich kommunistische Putschversuch von 1965 in Indonesien, der von Suharto zur Machtübernahme genutzt wurde, war ein rein indonesisches Ereignis, das jedoch gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis zu China haben sollte. Die neue Regierung unter Suharto erklärte nämlich die indonesischen Kommunisten zu Volksfeinden und lieferte sie damit einer brutalen Verfolgung aus, die mit dem Tod von Hunderttausenden enden sollte. Angehörige der chinesischen Minderheit in Indonesien, überproportional in der PKI vertreten, waren von dieser Verfolgung besonders stark betroffen.¹² Der andere Faktor, der die Beziehungen zwischen China und den Staaten Südostasiens erheblich belasten sollte, war der Ausbruch der Kulturrevolution. Die Kulturrevolution war in erster Linie ein innenpolitisches Ereignis, von Mao initiiert, um seine innerparteilichen Feinde um Li Shao Qi und Deng Xiao Ping zu bekämpfen. Die Kulturrevolution hatte jedoch Auswirkungen auf die außenpolitischen Beziehungen der VR China. Die Roten Garden verfolgten auch die Gestalter und Akteure der chinesische Außen- und Sicherheitspolitik und belasteten damit die Beziehungen zwischen der VR China und anderen Ländern.¹³ Erschwerend kam hinzu, dass China sich während der Kul-

¹² Zum Putschversuch, der allem Anschein nach nur darauf abzielte hochrangige anti-kommunistische Generäle zu eliminieren, siehe: Neher, Clark D.: *Southeast Asia in the New International Era*, Boulder, CO, 1994, 2. Auflage, S. 106 ff. und SarDesai, D.R.: *Southeast Asia. Past & Present*, Boulder, CO, 1994, 3. Auflage, S. 245.

¹³ Domes, Jürgen/Näth, Marie-Luise: *Die Volksrepublik als neuer Machtfaktor in der Weltpolitik*, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hg.): *Fischer Weltgeschichte. Das zwanzigste Jahrhundert*

turrevolution ideologisch radikalisierte, d.h. die permanente Revolution und eine Politik der revolutionären Massenbewegungen in der internationalen Politik propagierte sowie den zeitgleichen „Kampf gegen die zwei großen Übel“, die USA und die Sowjetunion. Diese „Politik“ hatte zur Folge dass sich China vielen Ländern entfremdete, die, aus welchen Gründen auch immer, Beziehungen zur VR China unterhielten. Insbesondere die Beziehungen zu Südostasien, mit Ausnahme der Beziehungen zu Nordvietnam, wurden dadurch belastet.

Zwischen der Konferenz von Bandung und dem Beginn der Kulturrevolution hatten sich, wie oben angeführt, die chinesischen Beziehungen zu vielen Ländern Südasiens entspannt. Die für Außenstehende irrationale Politik der VR China, die nur von Albanien und Teilen der westlichen Studentenschaft gutgeheißen wurde, führte nun dazu, dass die VR China in ihrem Ansehen in Südostasien einen schweren Rückschlag erlitt.

Die Intensivierung und Ausweitung des 2. Indochinakonflikts - die Tet Offensive 1968 und die zunehmende Ausweitung der Kämpfe nach Kambodscha und Laos – und die bewaffneten Grenzkonflikte zwischen der VR China und der Sowjetunion am Ussuri ließen befürchten, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Ost- und Südostasien weiter verschärfen werde. Zu einer Entspannung dieser Lage kam es nicht durch innerasiatische Maßnahmen, sondern dadurch, dass die USA unter Präsident Nixon und seinem Sicherheitsberater Kissinger eine Umwälzung der amerikanischen Außenpolitik einleiteten, die das Verhältnis zu China in den Mittelpunkt rückte und dieses radikal veränderte, was auch Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen China und Südostasien haben sollte. Die USA unter Nixon wollten ein China, das sowohl als Gegengewicht zur Sowjetunion fungieren würde, als auch seinen Einfluss auf Nordvietnam geltend machen sollte um einen für die USA akzeptablen Frieden zu ermöglichen. Im Gegenzug boten die USA der VR China die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen sowie den chinesischen Sitz im Weltsicherheitsrat an; unausgesprochen implizierte diese Übereinkunft auch, dass die USA, soweit es in ihren Möglichkeiten lag, China gegenüber der Sowjetunion unterstützen werde.

III. Weltprobleme zwischen den Machtblöcken, Frankfurt a.M., 1981, S.276 –333. Nur der chinesische Botschafter in Ägypten überstand die Kulturrevolution ohne abberufen zu werden, S. 323.

Die Anerkennung der VR China und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch die USA hatten fundamentale Auswirkungen auf die außenpolitischen Grundeinstellungen vieler Staaten: Viele, die bisher aus Rücksicht auf die USA keine diplomatischen Beziehungen zur VR China unterhalten hatten, nahmen diese ihrerseits auf. Die Tatsache, dass jetzt selbst die USA Beziehungen zu China hatten, sowie das Abflauen der Kulturrevolution sorgten auch für eine Entspannung in den Beziehungen zwischen China und den Staaten Südostasiens. Der 2. Indochinakonflikt blieb von dieser Politik der Entspannung vorerst jedoch unberührt und wurde mit noch heftigerer Intensität ausgefochten, da alle beteiligten Parteien versuchten vor der Aufnahme der Friedensgespräche und später vor dem Vertragsabschluss ihre Verhandlungsposition zu verbessern. Der durch den Vertrag von Paris 1973 erreichte Frieden hielt nur zwei Jahre, da Nordvietnam 1975 die innenpolitische Lähmung der USA durch das Impeachment-Verfahren gegen Präsident Nixon zu einem Blitzkrieg gegen Südvietnam nutzte, aus dem es als Sieger hervorging, was die Vereinigung der beiden Vietnams in einem kommunistischen Staat nach sich zog. In Laos und Kambodscha waren die mit Nordvietnam verbündeten einheimischen Kommunisten, die Pathet Lao und die Roten Khmer ebenfalls 1975 siegreich. Nach vierzig Jahren hatte der Kommunismus in Indochina anscheinend gesiegt.

Dieser Sieg der Nordvietnamesen und der anderen kommunistischen Bewegungen schien auf den ersten Blick ein großer Erfolg für die VR China zu sein: China hatte die kommunistischen Bewegungen in Indochina unterstützt, ihr Sieg war somit sowohl ein Erfolg für die kommunistische Ideologie als auch für China selbst, da nun an die chinesische Südostflanke ausschließlich befreundete kommunistische Staaten grenzten. Analysiert man diese Lage unter dem Aspekt der seit Anfang der Sechziger bestehenden innerkommunistischen Blockbildung – China versus Sowjetunion –, ergibt sich ein anderes Bild: Vietnam, das während des 2. Indochinakonflikts sowohl von der Sowjetunion als auch von der VR China unterstützt worden war, ergriff eindeutig Partei für die Sowjetunion. Ob diese Parteinahme rein ideologische Gründe hatte oder ob die historisch bedingte anti-chinesische

Grundeinstellung der Vietnamesen der auslösende Faktor der Parteinahme war, ist unklar. Jedenfalls positionierte sich Vietnam, zusammen mit dem von ihm beeinflussten Laos, auf der Seite der Sowjetunion, während die radikalkommunistischen Roten Khmer, die die maoistische Ideologie mit einem übersteigerten kambodschanischen Nationalismus verbanden, sich auf die Seite der VR China stellten. Aus dem „Kalten Krieg“ der ideologischen Rivalität entwickelte sich schnell ein bewaffneter Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha. Auf mehrere Grenzverletzungen der Kambodschaner reagierten die Vietnamesen 1978 mit einer Invasion, in deren Verlauf sie Kambodscha eroberten und ein pro-vietnamesisches Vasallenregime installierten. China reagierte seinerseits auf diese Niederlage seiner Verbündeten mit einer Strafaktion gegen Vietnam 1978/79, durch die die Grenzregion zu China verwüstet wurde, die aber, analog zum indisch-chinesischen Grenzkrieg 1962, mit einem freiwilligen Rückzug der chinesischen Truppen endete, obwohl Vietnam seine Intervention in Kambodscha nicht beendete. Es mag unpassend sein der Geschichte einen Sinn für Ironie zu unterstellen, aber nachdem Indochina vierzig Jahre lang der Schauplatz eines Stellvertreterkonflikts zwischen Ost und West gewesen war, wurde es jetzt zum Schauplatz eines Stellvertreterkriegs innerhalb des Kommunismus.*

Die vietnamesische Invasion von Kambodscha bildete die Grundlage für die Annäherung Chinas an die ASEAN, deren Mitglieder sich durch die vietnamesische Aggression bedroht fühlten, vor allem da die vietnamesischen Truppen jetzt an der thailändisch-kambodschanischen Grenze standen. Schon vorher hatte die Flucht von Zehntausenden von Oppositionellen und Angehörigen der chinesischen Minderheit aus Vietnam, den sogenannten Boat People, die Spannung erhöht. Obwohl die ideologischen Gegensätze zwischen der VR China und der ASEAN weiterhin das Verhältnis belasteten, fanden beide Seiten durch die gemeinsame Feindschaft gegenüber Vietnam zueinander. China konnte nämlich die Widerstandsgruppen der

* Dass China unter Deng Xiao Ping zugunsten einer maoistischen Bewegung intervenierte, während kurz zuvor in China mit der „Viererbande“ die letzten Überbleibsel der maoistischen Ideologie ausgeschaltet worden waren, wird die Atmosphäre in der Verbotenen Stadt nicht verbessert haben.

Roten Khmer nur über thailändisches Gebiet beliefern, während Thailand Vietnam soweit schwächen wollte, dass es nicht in der Lage war Thailand anzugreifen, wobei das Fernziel der vietnamesische Abzug aus Kambodscha war. Die anderen Staaten der ASEAN unterstützten Thailand aus Solidarität und waren damit, wenn auch nur indirekt, auf Seiten Chinas. Auf internationaler Ebene unterstützten China und die ASEAN die Roten Khmer als die rechtmäßige Regierung Kambodschas, ein Vorgehen, bei dem sie von den USA und deren Verbündeten unterstützt wurden. Die Tatsache, dass die Roten Khmer für den Tod von ca. einem Drittel der kambodschanischen Bevölkerung verantwortlich waren, war dabei ohne Belang.

Diese Unterstützung der Roten Khmer durch China und die ASEAN hielt solange an, bis Vietnam, geschwächt auch aufgrund der reduzierten Hilfeleistungen der Sowjetunion, 1988 einer Lösung des Konflikts zustimmte und sich aus Kambodscha zurückzog. Mit diesem Rückzug hatten China und die ASEAN ihr Primärziel, die Zurückdrängung Vietnams, erreicht, so dass sie nicht mehr auf die Rückkehr der Roten Khmer an die Macht bestanden und einer neutralen Regierung in Kambodscha, die ursprünglich noch von Vietnam installiert worden war, zustimmten. Eine gewisse Lösung des Problems „Rote Khmer“, deren Existenz nach der Einigung mit Vietnam überflüssig geworden war, wurde dadurch erreicht, dass China seinen Nachschub an sie einstellte und die Flüchtlingslager in Thailand aufgelöst wurden; Konsequenz war, dass die Roten Khmer in den folgenden Jahren immer mehr marginalisiert wurden.

Während dieser Stellvertreterkrieg in Kambodscha noch andauerte, entspannte sich das Verhältnis zwischen China und der ASEAN weiter. Beide Seiten hatten ein Interesse daran, die Beziehungen zueinander zu verbessern. Zwar waren die 1979 in China eingeleiteten Reformen in erster Linie Wirtschaftsreformen mit dem Ziel, das Wachstum zu beschleunigen und die materielle Lage der Bevölkerung zu verbessern. Es wäre jedoch falsch, die Reformen nur unter diesen wirtschaftlichen und innenpolitischen Aspekten zu betrachten. Die chinesische Führung hatte nämlich erkannt, dass das maoistische Entwicklungsmodell gescheitert war und die Position Chinas

auf der internationalen Ebene geschwächt hatte. Zudem hatte der Grenzkonflikt mit Vietnam aufgezeigt, dass auch das maoistische Militärmodell, mit seinem Schwerpunkt auf der numerischen Überlegenheit der chinesischen Streitkräfte, durch die moderne Kriegsführung überholt war. Mit dem Versprechen, die aufgrund der Wirtschaftsreformen erwarteten Mehreinnahmen auch für die Modernisierung der Armee zu verwenden, erkaufte sich die chinesische Führung deren Zustimmung. Die Reformen in China waren eigenständige Maßnahmen und Reaktionen auf innenpolitische Probleme, verstärkt wurde der Reformimpetus jedoch von außen, durch die Ereignisse in der Sowjetunion, d.h. durch den Zerfall des Ostblocks 1989 und das Ende der Sowjetunion 1991. Die chinesische Führung zog aus diesen Ereignissen die Schlussfolgerung, dass ein starkes China sowohl politische Stabilität unter der Führung der KPC als auch rapides wirtschaftliches Wachstum benötigte, um eine Entwicklung wie die in der Sowjetunion zu vermeiden. Und es galt, die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik den neuen Gegebenheiten anzupassen: Friedliche Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Handel waren die Charakteristika dieser neuen Politik, einer Politik, die große Ähnlichkeit mit der indischen Außenpolitik unter Nehru hat.

Die Grundlagen dieser neuen Politik waren bereits 1979 gelegt worden, ihre Verfeinerung und Durchsetzung gegen parteiinterne Widerstände dauerte jedoch die Achtziger hindurch an. Der Wandel in der chinesischen Außenpolitik bedeutete, dass die VR China kommunistische Parteien und Guerillabewegungen in anderen Ländern nicht mehr unterstützte, weder direkt noch indirekt, was die Staaten der ASEAN, von denen die meisten Probleme mit Kommunisten hatten, begrüßten. Die Ausnahme zu dieser generellen Entspannung war Vietnam, die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen blieben auch nach dem Abzug Vietnams aus Kambodscha angespannt, was sich nicht nur atmosphärisch spürbar war, sondern sich auch in gelegentlichen Grenzgefechten manifestierte.

Der Prozess der Entspannung, der in den Achtzigern eingeleitet worden war, setzte sich in den Neunzigern fort. Sowohl in China als auch in den Staaten der ASEAN florierte die Wirtschaft, was den Handel zwischen ih-

nen förderte. Dadurch dass die meisten Staaten der ASEAN über chinesische Minderheiten verfügen, die als erste wieder Kontakt zu ihrem Mutterland aufnahmen, waren diese Staaten gegenüber anderen im Vorteil beim Handel mit China. Dieser im Wesentlichen auf beiden Seiten gleich starke Wirtschaftsaufschwung endete für die ASEAN-Staaten abrupt mit der Asienkrise 1997, während China, das nicht von den Auswirkungen dieser Krise betroffen war, sein Wirtschaftswachstum weiter steigern konnte, so dass sich ein Abstand zwischen China und den Staaten der ASEAN bildete, den diese nicht mehr aufholen konnten. Davon unbeeinflusst, blieben die politischen Beziehungen zwischen ihnen jedoch gut. Der Beitritt Vietnams, Kambodschas und Laos' zur ASEAN führte nicht zu Problemen mit China, da Vietnam seit Beginn der Neunziger sein Verhältnis zu China bereinigt hatte.

Die Teilnahme Chinas an dem von der ASEAN initiierten und ausgerichteten ASEAN Regional Forum (ARF) - Mitglieder waren neben der ASEAN und den USA auch andere asiatische Staaten, u.a. China, Japan und Indien - , verstärkte noch die Tendenz zur Zusammenarbeit. Auch bei den Treffen des Asia Pacific Economic Co-operation Forum (APEC), auf dem sich alle Anrainerstaaten des Pazifik versammeln, um über Fragen der Sicherheit und Wirtschaft zu diskutieren, vertreten China und die ASEAN-Staaten gemeinsam ihre Interessen. Eine weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit bietet die East Asia Community (EAC), an deren erster Tagung 2005 neben den Mitgliedern der ASEAN und China auch andere asiatische Staaten sowie Australien und Neuseeland teilnahmen, die USA aber ausgeschlossen blieben.¹⁴ Dies entspricht den Bemühungen der VR China, den Einfluss der USA in an China grenzenden Regionen zu verringern.

Die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik basiert heute, wie oben gezeigt, auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Nichteinmischung. Dies bedeutet jedoch nicht, dass China bereit ist auf eine Durchsetzung seiner Interessen und Ansprüche gegenüber den ASEAN-Staaten zu verzichten. So ist zwar die Grenzziehung zwischen ihnen auf dem Festland unum-

¹⁴ Lockwood, Christopher: *The Club that excludes America*, in: Franklin, Daniel (Hg.): *The World in 2006*, p. 72, London, 2005.

stritten, im Südchinesischen Meer gibt es jedoch sich überschneidende Gebietsansprüche in bezug auf Atolle und Riff (siehe Karte im Anhang). Der Streit um die Inselgruppen der Paracels und Spratleys ist eine Angelegenheit zwischen China und Vietnam. China beansprucht jedoch auch Atolle, die von anderen Mitgliedsstaaten der ASEAN beansprucht werden. Da die VR China nur zu bilateralen Verhandlungen mit dem jeweiligen Konfliktpartner bereit ist und jede Schlichtung durch Dritte entschieden ablehnt, kann die ASEAN als Ganzes hier kein Verhandlungspartner für China sein, wobei die Problematik für die ASEAN noch dadurch verschärft wird, dass mehrere ihrer Mitglieder einander überschneidende Gebietsansprüche haben.

Die Beziehungen Chinas zu den Staaten Südostasiens und später der ASEAN waren am Anfang sowohl von ideologischen als auch von rationalen Gründen bestimmt. Hinter der Fassade einer revolutionären Macht, die nur am Umsturz der bestehenden Systeme interessiert war, waren in der chinesischen Außenpolitik auch immer rationale Motive wirksam: Die Wiederherstellung chinesischer Größe und die Revision der kolonialen Grenzziehung, die in der Regel zu Ungunsten Chinas erfolgt war, waren zwei der bestimmenden Faktoren in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik in den Anfangsjahren. Erschwert wurde diese rationale Politik durch das ideologische Moment. Dieser ideologische Faktor verminderte erheblich die Effektivität der rationalen chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik und schadete damit objektiv den Interessen der VR China. Seit dem Ende der Kulturrevolution Mitte der Siebziger ist der ideologische Faktor jedoch weggefallen, so dass die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik für Außenstehende nachvollziehbar und berechenbar geworden ist.

Aus chinesischer Sicht war Südostasien selbst nie eine Bedrohung für China, die Gefahr lag aus seiner Perspektive vielmehr darin, dass Südostasien als Aufmarschgebiet für eine fremde Macht dienen könnte. Nach den drei Indochinakonflikten, in denen Frankreich, die USA und die Sowjetunion sich aus Südostasien zurückzogen hatten, weil ihr in diesem Raum einge-

setztes militärisches Potential den mit China verbündeten Kräften nicht auf Dauer widerstehen konnten, besteht diese Gefahr nicht mehr.

Die relativ guten Beziehungen zu fast allen Staaten in Südostasien erlauben es China, auch seine strategischen Interessen in diesem Raum aktiv zu verfolgen, es darf dabei aber nicht aus dem Auge verlieren, dass hier ein allzu offensives Vorgehen die Staaten Südostasiens zu einem den Interessen Chinas zuwiderlaufenden Kurswechsel provozieren könnte, d.h. es gilt zu verhindern, dass Südostasien sich sicherheitspolitisch an eine andere Macht anlehnt. Dies könnten die USA sein, aber auch Indien als aufsteigende Militärmacht, in deren Interesse es nicht liegt, dass eine Nachbarregion unter die Kontrolle des Rivalen China gerät, wie China vermeiden muss, das Indien sich mit Unterstützung der dortigen Staaten in Südostasien etabliert; China kann die ASEAN-Staaten nur dann auf seiner Seite oder mindestens neutral halten, wenn es seine Macht nicht voll ausspielt.

7. Südostasien im Spannungsfeld zwischen Indien und China

Wie schon aus dem Thema dieses Kapitels ersichtlich, ist auch hier wieder das Dreiecksmodell Grundlage des methodischen Vorgehens, wobei jetzt Südostasien die Basisseite des Dreiecks einnimmt und so der erneute Perspektivenwechsel deutlich wird.

Anders als in den Kapiteln 4/5 und 6 ist die Darstellung des historisch-politischen Hintergrunds der Beziehungen Südostasiens zu Indien und China von geringerer Relevanz für das Verständnis der aktuellen Beziehungen, da Südostasien im Gegensatz zu Indien und China ein geographisch und kulturell heterogener Raum ist, in dem verbindende politische, kulturelle und religiöse Traditionen kaum vorhanden sind. Darum beschränkt sich der historische Hintergrund auf eine Darstellung der ethnischen Verflechtungen und der Wirtschaftsbeziehungen Südostasiens zu Indien (Kapitel 7.2.), während hinsichtlich der Kontakte zu China völlig darauf verzichtet werden kann, da den Ausführungen in Kapitel 6.3. nichts hinzuzufügen ist.

Notwendig und unverzichtbar für das Verständnis der aktuellen Beziehungen ist jedoch die Analyse der derzeitigen Interessenlage Südostasiens, d.h. es gilt die Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg zu verfolgen und der Frage nachzugehen, welche Bedeutung Südostasien zukommt im Spannungsfeld zwischen Indien und China. Darauf aufbauend werden danach diejenigen Staaten untersucht, in denen sich die Spannungen zwischen Indien und China in besonderem Maße manifestieren: Vietnam, Thailand, Indonesien und Myanmar.¹

7.1. Die Interessenlage der ASEAN

In der Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts sieht sich Südostasien Gefahren und Herausforderungen gegenüber, auf die es politisch angemessen reagieren muss, um nicht Gefahr zu laufen, die Weichen für die Zukunft der Region falsch zu stellen.

¹ Burma wurde 1989 von der herrschenden Militärjunta in Myanmar umbenannt und wird somit für den Zeitraum seit 1989 auch in dieser Arbeit so bezeichnet, für den Zeitraum vor 1989 wird die Bezeichnung Burma verwendet. Siehe hierzu auch den Artikel der Deutschen Welle vom 1.10.2007: *Burma vs. Myanmar. What's in a Name*, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2804762,00.html>

In gewisser Weise sind diese Herausforderungen ebenso neu wie der Terminus „Südostasien“. Zwar hat Südostasien eine lange Tradition von Hochkulturen und Reichen, die in unterschiedlichster Ausprägung auch heute noch existieren. Die Bezeichnung Südostasien ist jedoch eine Neuschöpfung des 20. Jahrhunderts, 1923 geprägt von einem österreichischen Ethnologen fand er jedoch erst weite Verbreitung als von den Alliierten verwendeter Begriff während des 2. Weltkriegs.² Die Bezeichnungen, die früher für die verschiedenen Regionen Südostasiens benutzt wurden - Mittelindien, Hinterindien, Indochina oder Gewürzinseln - ,bezogen sich auf geographisch oder kulturell bedingte Subregionen oder aber, im Fall der Gewürzinseln, auf den Hauptexportartikel, der für den außerregionalen Markt von Interesse war.

Wie in der übrigen Welt folgte auch in Südostasien auf das Ende des 2. Weltkriegs das Ende der europäischen Kolonialreiche. Die Reaktionen der Kolonialmächte auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in ihren Kolonien waren jedoch unterschiedlich. Das Ende der britischen Herrschaft in Indien, dem „Juwel in der Krone“, bedeutete logischerweise auch das Ende der britischen Kolonien östlich von Indien. Die bewaffneten Konflikte, in die das Empire während der Phase der Entkolonialisierung verwickelt war, dienten nicht der Sicherung der imperialen Herrschaft, sondern der Stabilisierung der neu entstandenen Staaten, insbesondere Malaysias, gegen innere und äußere Bedrohungen.

Die Reaktionen der Niederlande und Frankreichs waren hingegen darauf ausgerichtet ihre Herrschaft erneut zurückzugewinnen. In beiden Ländern mischten sich koloniale Arroganz, die Weigerung die Zeichen einer neuen Zeit anzuerkennen und Verbitterung über die Niederlage gegen Deutschland 1940 und die darauf folgende Besetzung zu einer unheilvollen Mischung, was dazu führte, dass 1945 sowohl im Gebiet des heutigen Indonesiens als auch in Indochina europäische Truppen an Land gingen um den *ante bellum* Zustand wieder herzustellen.

Der Freiheitskampf in Indonesien war, im Unterschied zum Konflikt in Indochina, nur von nationaler Bedeutung. Er forderte zwischen 1945 und 1948 zwar Hundert-

² Uhlig, Harald: *Fischer Länderkunde 3 Südostasien*, Frankfurt a.M., überarbeitete Neuauflage 1988, S. 21.

tausende Opfer und hatte lokale Konflikte auf den Molukken, in Irian Jaya und Ost-Timor zur Folge, die weitere Opfer forderten, im Endeffekt jedoch nur eine Herrschaftsform zeitigte, in der die neuen Eliten ihre autoritären Neigungen mit alten javanischen Herrschaftsformen zu einem autoritären System verschmolzen, dass Indonesien auf Jahrzehnte dominierte.

Ungleich unheilvollere Auswirkungen hatten die französischen Bemühungen, das Kolonialreich in Indochina - Indochina umfasste nicht nur Vietnam, sondern auch Kambodscha und Laos - wieder zu errichten. Während der Zeit der japanischen Besatzung waren die verschiedenen Gruppen, die für die vietnamesische Unabhängigkeit eintraten, stärker geworden und nicht bereit, die erneute französische Besatzung hinzunehmen. Unter diesen Gruppen dominierte der Viet Minh, in dem sich der vietnamesische Nationalismus mit kommunistischem Gedankengut und konfuzianischen Traditionen zu einer Ideologie verbunden hatte, welche in den nächsten Jahrzehnten nicht nur einer europäischen Großmacht, sondern auch den USA und der VR China erfolgreich trotzen sollte.

In den anderen Staaten Südostasiens entwickelten sich die Dinge auf mehr oder minder friedvolle Weise, mit der Ausnahme von Thailand, das das Zeitalter des Kolonialismus nicht nur unabhängig, sondern auch uneingeschränkt souverän überstanden hatte. Der Preis dafür war allerdings der Verlust seines eigenen Imperiums gewesen. Die Unabhängigkeitsbewegung in Burma, dem heutigen Myanmar, hatte sich zwar ohne Einfluss der indischen Unabhängigkeitsbewegung entwickelt, obwohl Burma bis 1937 integraler Bestandteil von Britisch-Indien gewesen war; da Burma jedoch von Indien aus erobert worden war, hatte das Ende der britischen Herrschaft auf dem Subkontinent auch die Unabhängigkeit Burmas zur Folge. Der Prozess der Unabhängigkeit in den anderen britischen Besitzungen und den Schutzgebieten - Sabah, Sarawak und Brunei - verlief friedlich. Die Kronkolonien von Penang, Malacca und Singapur wurden Teil der Föderation Malaysia, wobei Singapur diese jedoch bereits zwei Jahre später, 1965, wieder verließ, Folge der Rivalität zwischen den Volksgruppen der Malaien und Chinesen.

Die Unabhängigkeit für Laos und Kambodscha folgte aus der Niederlage Frankreichs im Krieg gegen die kommunistische Widerstandsbewegung der Viet Minh

in Vietnam und nicht aus eigenen Anstrengungen. Die Philippinen, jener überraschende Gebietszuwachs aus dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898, waren von den USA nie als Kolonie, sondern als Schutzgebiet betrachtet worden und wurden 1946 in die formelle Unabhängigkeit entlassen. In dieser Zeit des Umbruchs verharrte die portugiesische Kolonie in Ost-Timor in jenem Zustand der Apathie, in welchen sie nach dem Ende des portugiesischen Seereichs verfallen war. Die Unabhängigkeit für Ost-Timor war zu diesem Zeitpunkt noch weit entfernt und sollte erst im 21. Jahrhundert Wirklichkeit werden, als die indonesische Okkupation, die dem portugiesischen Rückzug 1975 folgte, ein Ende fand. Obgleich Ost-Timor ein souveräner Staat ist, der die gleiche koloniale Vorgeschichte wie die meisten Staaten in Südostasien hat, ist es nicht Mitglied der ASEAN und strebt diesen Status auch nicht an, ein Umstand, der sich aus der jahrzehntelangen Besetzung Ost-Timors durch Indonesien erklärt.

Das Ende des 1. Indochinakonflikts und des Prozesses der Entkolonialisierung schienen für eine kurze Zeit die Möglichkeit aufblitzen zu lassen, dass sich Südostasien wenn nicht friedlich, so doch ohne größere Konflikte entwickeln könne. Die globale Konkurrenz der Supermächte paarte sich jedoch mit Konflikten zwischen einzelnen Staaten in dieser Region mit der Konsequenz, dass mit dem 2. Indochinakonflikt eine explosive Situation geschaffen wurde, die die Grundlage für das heutige politische Beziehungsgeflecht ist.

Es ist belanglos, ob man die Epoche zwischen 1945 und 1989 in ihrer Gesamtheit als Kalten Krieg bezeichnet oder ob man nur von einer Systemrivalität spricht. Fakt ist, dass sich nach und nach in allen bedeutenden Regionen der Welt die USA und die Sowjetunion als Rivalen gegenüberstanden und die lokalen Konflikte, an denen wahrlich kein Mangel herrschte, in diesen globalen Konflikt integriert wurden. Südostasien war hier keine Ausnahme.

Der Auslöser für den 2. Indochinakonflikt war zweifelsohne die Teilung Vietnams in zwei Staaten, die sich nach unterschiedlichen politischen Systemen ausrichteten: dem kommunistischen Nordvietnam und dem autoritär geführten, aber pro-westlichen Südvietnam. Schon während des 1. Indochinakonflikts hatten die USA 1954 mit der South East Asian Treaty Organisation (SEATO) ein asiatisches Pendant zur Nato geschaffen, als Teil eines Eindämmungssystems - andere Bestand-

teile waren die North Atlantic Treaty Organization (NATO) und die Central Treaty Organization (CENTO)/Bagdad-Pakt -, um die damals noch monolithische kommunistische Bedrohung in Schach zu halten. Der Beginn des Vietnamkriegs zeigte jedoch bereits die mangelhafte Effektivität der SEATO.* Eine Folge war das Bedürfnis unter den pro-westlichen Staaten in Südostasien, die sich in der Regel nicht nur durch den Konflikt in Vietnam bedroht sahen, sondern auch mit kommunistischen Aufständen im eigenen Land konfrontiert waren, ein eigenständiges Bündnis zu schaffen. So entstand 1967 die ASEAN (Association of South East Asian Nations), ein Zusammenschluss von Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen. Die Staaten der ASEAN sahen sich nicht primär als Verteidigungsgemeinschaft wie die NATO, für sie war Zweck dieses Bündnisses ihre Aktivitäten zu koordinieren, da die kommunistischen Rebellenbewegungen, mit denen sich ein Staat konfrontiert sah, in der Regel auch auf dem Gebiet der Nachbarstaaten aktiv waren. Eine militärische Komponente hatte die ASEAN nicht, sie war auch nicht notwendig in Anbetracht der überwältigenden militärischen Stärke der USA, die ihre Bereitschaft erklärt hatte, militärisch bei jeder kommunistischen Bedrohung zu intervenieren.

Nur acht Jahre nach der Gründung der ASEAN sahen sich deren Mitglieder einem siegreichen Nordvietnam gegenüber, das Vietnam unter kommunistischer Herrschaft vereinigte und Laos dominierte, während sich in Kambodscha die Roten Khmer an die Macht kämpften und ein Schreckensregime errichteten, das selbst die Schreckensvisionen anti-kommunistischer Propaganda übertraf.

Wider Erwarten - nicht nur von Politikern, Militärs und den Medien, sondern auch von Asienexperten - kam es zu keiner weiteren kommunistischen Expansion, jedenfalls nicht im asiatischen Raum. Dies war nicht das Verdienst der USA, die unter Jimmy Carter weder die militärischen Fähigkeiten noch den politischen Willen besaßen der Sowjetunion entgegenzutreten, sondern war zurückzuführen auf zwei endogene Faktoren. Einerseits waren die Staaten der ASEAN stark genug, um kommunistische Rebellen im eigenen Land in Schach zu halten bzw. zu vernichten, andererseits konnte gegenüber dem kommunistischen Vietnam als Be-

* Ob man den Beginn in die Zeit des verstärkten Engagements der USA unter Kennedy datiert oder in die der massive Entsendung von amerikanischen Kampfverbänden nach dem Zwischenfall im Golf von Tongking unter Johnson 1964, ist hier ohne Belang.

drohung von außen der Nationalismus mobilisiert werden. Noch bedeutender als diese Abwehrkräfte der Länder der ASEAN war aber der innerkommunistische Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha. Der Antagonismus zwischen Vietnamesen und Kambodschanern war während des Kriegs überlagert, aber nicht gelöst worden. Nach dem Sieg 1975 brach er erneut auf, verstärkt durch den ideologischen Gegensatz: Während Vietnam ideologisch der Sowjetunion folgte, richtete sich die Führung der Roten Khmer nach der zur Zeit der Kulturrevolution in China herrschenden Variante der maoistischen Ideologie aus.

Der vietnamesischen Invasion Kambodschas 1978/79 folgten zwei Entwicklungen, die sich auf die ASEAN auswirken sollten. Zum einen war die chinesische Straffaktion im Norden Vietnams insofern erfolglos, als sie nicht die vietnamesische Intervention in Kambodscha beendete. Sie zeigte jedoch den Staaten der ASEAN, dass sie im Konflikt mit Vietnam einen neuen mächtigen Verbündeten hatten, der keinerlei Probleme damit hatte auch zu militärischen Mitteln zu greifen, um Interessen durchzusetzen.³ Zum anderen zeitigte der Grenzkonflikt mit China eine Entwicklung, die sich erst rückblickend aus den Neunzigern als solche erkennen ließ. Dieser Grenzkonflikt hatte nämlich in Vietnam, mit seinen Jahrtausende alten anti-chinesischen Ressentiments, die Gewissheit verstärkt, dass ein Auskommen mit China als Partner nicht möglich war. Dies hatte zur Folge, dass sich nach dem Kollaps der UdSSR Vietnam gezwungen sah sich nach neuen Verbündeten umzuschauen, mit dem Resultat, dass Vietnam 1999 der ASEAN beitrug, jener Organisation, die sich einst im Angesicht der Bedrohung durch das kommunistische Nord-Vietnam gegründet hatte.

Ab 1979 engagierte sich die ASEAN in einem diplomatischen Konflikt mit Vietnam, dessen Hauptschauplatz die internationale Bühne war. Es ging darum, ob die von den Vietnamesen gestürzten Roten Khmer die legitime Regierung von Kambodscha waren – diese Position unterstützte die ASEAN - oder die von Vietnam installierte Führung unter Heng Samrin. In diesem diplomatischen Konflikt wurde die ASEAN sowohl von der VR China als auch von den USA und der EG unterstützt; infolge dessen gelang es ihr, die Roten Khmer in internationalen Organisationen und der UN als die legitime Regierung Kambodschas zu halten. Mit dem

³ Sar DeSai a.a.O.

Beginn von Glasnost unter Michael Gorbatschow begann sich auch die Lage bzgl. Kambodschas zu entspannen. Das Resultat, d.h. der Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, die Legitimierung der ursprünglich von Vietnam installierten Regierung und der von niemandem verhinderte Rückzug der Roten Khmer in abgelegene Gebiete, wo ihre Führung vor Strafverfolgung sicher war, leitete jenen Prozess ein, der im Beitritt Vietnams, Kambodschas und Laos' zur ASEAN kulminierte.

Im Rückblick kann man die Neunziger als die Hochzeit der ASEAN bezeichnen. Die Indochina-Konflikte hatten ein Ende gefunden und als Folge der boomenden Weltwirtschaft entwickelten sich die Volkswirtschaften in Südostasien rapide. Das hohe Wirtschaftswachstum schien den Ländern die Möglichkeit zu eröffnen, innerhalb einer Generation zu einem Teil der 1. Welt zu werden. Dieser Optimismus fand ein jähes Ende mit der Asienkrise von 1998. Es zeigte sich, dass ein großer Teil des wirtschaftlichen Erfolgs auf Krediten und finanziellen Zuflüssen aus dem Ausland beruhte und dass die Staaten der ASEAN für den Absatz ihrer Produkte von außerregionalen Märkten abhängig waren.

Im Gegensatz zu anderen Regionen in der Welt, man denke nur an die vielen Krisenherde Afrikas und Lateinamerikas, kehrten aufgrund vernünftiger, wenn auch harter Maßnahmen die Länder Südasiens bald auf den Pfad des Wirtschaftswachstums zurück. In der Zwischenzeit hatte sich die globale Lage für diese Länder jedoch verschlechtert und sie sehen sich einer strategischen Herausforderung durch gleich zwei asiatische Nationen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ausgesetzt: Indien im Westen und China im Norden, mit ihren die Milliarde übersteigenden Bevölkerungen, ihrem starken Wirtschaftswachstum, ihren kampferprobten Armeen und ihren Atomwaffen, haben sich zu neuen Rivalen um die Vorherrschaft in Asien entwickelt, während die USA dabei sind, sich aus Asien zurückzuziehen und Russland als der schwächere Nachfolger der Sowjetunion in Asien nur noch als Lieferant von Rohstoffen und billigen Waffen präsent ist.

Es liegt an den Staaten der ASEAN, und vor allem ihren Regierungen, auf diese neuen Herausforderungen mit Geschick und Gemeinschaftssinn zu reagieren, da-

mit sie in dieser neuen Zeit den Bestand, die Sicherheit und den Wohlstand ihrer Völker weiter erhalten können.

7.2. Südostasien/ASEAN und Indien

Die Beziehungen zwischen Indien und der ASEAN sind ein Produkt der Nachkriegszeit. Aber schon bevor Indien und die Staaten in Südostasien, mit Ausnahme Thailands, ihre Unabhängigkeit erlangten und lange vor dem Kommen der Kolonialmächte gab es Staaten und Hochkulturen, sowohl in Süd- als auch in Südostasien, die mittel- oder unmittelbar miteinander in Kontakt standen. Zwar werden die Beziehungen auf beiden Seiten hauptsächlich von der jeweiligen aktuellen Interessenlage beeinflusst, aber diese kann nicht ohne einen Rückblick auf die gemeinsame Geschichte verstanden werden. Staaten und Grenzen unterliegen der Veränderung, aber die geographischen Gegebenheiten sind konstant.

Die frühen Wanderbewegungen von Sippen und Stämmen haben zwar in vorhistorischer Zeit stattgefunden, jedoch sind die Überreste von ethnischen Gruppen, die sich von der heutigen Mehrheitsbevölkerung unterscheiden, sowohl in Süd- als auch in Südostasien präsent. Dass die Toda in Südindien, die Weddas auf Sri Lanka, die Negritos der Philippinen und die Einwohner der indonesischen Mentawai Inseln einen gemeinsamen Ursprung haben, ist unter Ethnologen nicht umstritten.⁴ Ebenso die Tatsache, dass die ersten Wanderbewegungen entlang den Küsten und Inselketten verliefen. Die Wanderbewegungen der heute dominierenden Bevölkerungsgruppen in Süd- und Südostasien verlief jedoch auf dem Landweg. Die in Südasien dominierenden Angehörigen der Sanskritsprachgruppe betraten Südasien vom Nordwesten her.⁵ Die verschiedenen Gruppen der in Südostasien vertretenen Sprachgruppen - Vertreter der austroasiatischen, insbesondere die Proto- und Deuteromalaien, und der sino-tibetanischen Sprachgruppe - folgten einander in Wellen von Norden her.⁶

⁴ Uhlig a.a.O.

⁵ Rothermund, Dietmar/Kulke, Hermann: *Geschichte Indiens*, Stuttgart, 1982.

⁶ Villiers, John (Hg.): *Fischer Weltgeschichte. Band 18. Südostasien vor der Kolonialzeit*, Frankfurt a.M., 1993 6. Auflage.

Die Verbindungen in historischer Zeit erfolgten fast ausschließlich auf dem Seeweg, da die Ausläufer des tibetanischen Hochplateaus in südöstlicher Richtung wie eine Barriere zwischen Süd- und Südostasien wirkten. Zu den wenigen historisch überlieferten Ausnahmen von dieser Regel zählt die Migration von Schan mit Kachin-Söldnern nach Westen in das Gebiet von Assam, das in der Folgezeit politisch nach Osten ausgerichtet war.⁷ Ende des 17. Jahrhunderts eroberte Aurangzeb kurzfristig Arakan auf dem Gebiet des heutigen Myanmar.⁸

Die maritimen Kontakte zwischen Süd- und Südostasien waren hingegen immer sehr zahlreich und sind auch in historischen Quellen belegt. So ist z.B. die Existenz des Reiches von Funan im Gebiet des Mekongdeltas für die Zeitenwende sowohl durch chinesische schriftliche Quellen als auch durch archäologische Ausgrabungen sicher nachgewiesen. Funan war ein Bindeglied im Handel zwischen China und Südasiens, kulturell aber von hinduistischen Elementen geprägt.⁹

Die Kontakte zwischen Süd- und Südostasien umfassten den wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Sektor, wobei im kulturellen und religiösen Bereich ein einseitiger Transfer von Süd- nach Südostasien stattfand (siehe Kapitel 4.1.), während im wirtschaftlichen Bereich ein wirklicher Austausch stattfand. Aufgrund der mangelnden Quellenlage ist es schwierig einen Überblick über die gehandelten Güter zu gewinnen, ein Manko, das auch durch archäologische Grabungen nur teilweise behoben werden konnte.¹⁰

Auf den ersten Blick erscheint unklar, warum es eine Präponderanz Südasiens in den wirtschaftlichen Beziehungen gegeben hat; eine Analyse der unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen in den beiden Regionen bietet jedoch einen Erklärungsansatz. In Südasiens waren Flächenstaaten, die sich auf eine landwirtschaftliche Basis stützen konnten, die Norm. Diese Staaten konnten zu der Zeit, als der Kontakt mit Südostasien intensiviert wurde auf eine komplexe, schriftsprachengestützte Kultur zurückgreifen, die über kodifizierte religiöse und rechtliche Strukturen verfügte. Die Staaten, die sich in Südostasien herausbildeten, waren hingegen zweigeteilt: Staaten, die sich auf eine landwirtschaftliche Basis stützen

⁷ Leach, Edmund R.: *Political Systems of Highland Burma. A Study of Kachin Social Structure*, London, 1964, Nachdruck.

⁸ Spear a.a.O.

⁹ Hall a.a.O.

¹⁰ Villiers a.a.O.

konnten (Funan, Angkor u.a.), und jene, deren Grundlage der Handel war (Sri Vijaya, Malakka). Hier zeigt sich schon die Aufspaltung in maritime und landgestützte Staaten, die auch heute noch ein Merkmal der südostasiatischen Staatenstruktur ist. Eines war jedoch den ersten Staaten in Südostasien gemeinsam: Sie verfügten, im Gegensatz zu den Staaten Südasiens, über keine Schriftsprache, keine Hochreligion und keine schriftlich niedergelegten kodifizierten Rechtssysteme. Es scheint, als ob die Initiative zur Kultur- und Religionsrezeption von südostasiatischer Seite ausging. Die Staaten in Südostasien benötigten klare und allgemein verbindliche Regeln um als Staat zu funktionieren. Auch scheint die soziale Struktur der Proto-Staaten in Südostasien egalitärer gewesen zu sein als im gleichen Zeitraum in Indien. Durch die Übernahme der hinduistischen Religion mit ihrem rigiden Kastensystem und der daraus resultierenden sozialen Hierarchie und dominanten Stellung des Herrschers erhielten die Staaten jene Strukturen, die die Voraussetzungen für das Funktionieren eines Staates und dessen längerfristige Existenz sind. Die Durchdringung Südasiens mit diesen religiös bedingten sozialen und politischen Normen war ein langsamer und komplizierter Prozess, der sich über Jahrhunderte erstreckte, die verschiedensten Formen annahm und die Entwicklungen in Indien reflektierte. Die Tempel von Borobodur und Angkor sind die wohl beeindruckendsten Zeugnisse für diesen Prozess.

Weitaus bedeutender waren, langfristig gesehen, jedoch die wirtschaftlichen Beziehungen. Süd- und Südostasien handelten nicht nur miteinander, sondern waren auch integraler Bestandteil des asiatischen Handelssystems, das den Nahen Osten mit Ostasien verband. Dieses Handelssystem, das maritime Äquivalent zur Seidenstrasse, war so widerstandsfähig und profitabel, dass es die Aufmerksamkeit von Außenseitern erregte. Die moslemischen Händler, die seit dem 8. Jahrhundert ein Teil des asiatischen Handelssystems geworden waren, konnten problemlos in die bestehenden Wirtschaftsstrukturen integriert werden. Ebenso wie die indischen Händler vor ihnen brachten die Moslems ihre Religion und Kultur mit, wobei der religiöse Einfluss stärker war als der kulturelle. Von ihren Niederlassungen aus verbreitete sich der Islam in Teilen Südasiens, insbesondere in jenen Regionen, die am meisten vom Handel geprägt waren. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass Malaysia und Indonesien, die beiden mehrheitlich moslemischen

Länder, einen Riegel zwischen Südasien und den weiter östlich liegenden Gebieten bilden und somit vom Handel nicht umgangen werden konnten.

Wie oben gezeigt waren die Kontakte zwischen Süd- und Südostasien friedlicher Natur, dies sollte sich ändern, als nichtasiatische Mächte auf den Plan traten. Die Expansion der europäischen Mächte sowohl nach Asien als auch in die übrige Welt ist in der westlichen Geschichtswissenschaft umfassend untersucht worden.¹¹ Deshalb ist an dieser Stelle lediglich eine chronologische Darstellung der kolonialen Expansion und ihrer Bedeutung für Süd- und Südostasien angebracht.

Als erste Nation verbreiteten sich die Portugiesen seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts und errichteten ein seegestütztes Imperium, das sich von Maskat auf der Arabischen Halbinsel bis nach Macao in Südchina erstreckte. Die Hauptstadt dieses Reiches war Goa in Indien, während die Eroberung Malakkas die Kontrolle über die Strasse von Malakka garantierte, der wichtigsten Verkehrsader zwischen Süd- und Ostasien. Die Portugiesen, getrieben nicht nur von der Gier nach den Reichtümern des Ostens, sondern auch beseelt von missionarischem Eifer, brachten die alteingesessene Ordnung zum Einsturz. Gestützt auf ihre überlegene Technologie und fähig, Entscheidungen und Maßnahmen in einem kontinentalen Rahmen zu treffen, waren sie in der Lage die asiatischen Händler und Handelsstaaten zu dominieren. Der Abfluss der erzielten Profite nach Europa führte zu einer ersten wirtschaftlichen Schwächung Asiens, die jedoch nicht so bedeutend war wie die spätere Profitabschöpfung, da die landgestützten Reiche, in denen der größte Teil der Bevölkerung lebte, noch stark genug waren die portugiesische Aggression abzuwehren.

Ende des 16. Jahrhunderts folgten auf die Portugiesen die Holländer. Im Gegensatz zu den Portugiesen war deren Hauptimpuls allein das Streben nach Profit, religiösen Eifer zeigten sie nicht so sehr beim Versuch die Einheimischen zum Protestantismus zu bekehren, sondern eher in ihrem Kampf gegen die katholischen Portugiesen. Die rein merkantile Ausrichtung der Holländer zeigte sich auch daran, wo sie ihre Niederlassungen errichteten und welche Territorien sie den Portugiesen abnahmen: Ceylon und Malakka sowie die Stützpunkte auf den Gewürzinseln, das Gebiet des heutigen Indonesiens. Ceylon und Malakka dienten

¹¹ Hall etc.

der Absicherung der eigenen Handelsrouten bzw. der Kontrolle über die Haupt-handelsrouten (Malakka), während die Gewürzinseln der Produktionsort der profitabelsten Güter war. Ihren Schwerpunkt hatten die Holländer, anders als die Portugiesen, in Südostasien, aus ihrem Handelsstützpunkt Batavia entwickelte sich das heutige Djakarta.

Als letzte der klassischen drei europäischen Kolonialmächte erschienen Anfang des 17. Jahrhunderts die Engländer, die wie die Holländer nur aus merkantilen Interessen nach Asien kamen. Da die Holländer stark genug waren, um die Engländer von den Gewürzinseln fernzuhalten, legten die Engländer, organisiert in der East India Company (EIC), ihren Schwerpunkt auf Indien, eine schicksalhafte Entscheidung. Von ihren bescheidenen Anfängen in Indien entwickelte sich die East India Company in den folgenden 150 Jahren zu einer der Mächte, die in Indien vom Fall des Mogulreiches profitierten. Wie schon in Kapitel 4.1. ausführlich dargestellt, wird der Beginn der englischen Herrschaft über Indien in der Regel auf das Jahr 1757 datiert, als Clive die Schlacht von Plassey gewann und somit die englische Herrschaft über die reichste Region Indiens begründete.¹² Diese Expansion war nur ein Nebenkriegschauplatz in den Auseinandersetzungen zwischen Engländern und Franzosen um die Vorherrschaft im Indienhandel. Frankreich hatte sich seit dem 17. Jahrhundert nach Asien gewagt, wurde aber von den etablierten europäischen Kräften an einer erfolgreichen Expansion gehindert. Im Laufe dieses Konflikts eroberte eine englische Armee, von Madras aus Manila, die Hauptstadt der von Spanien kontrollierten Philippinen.¹³ Diese großräumige Operation stellte die englische Vorherrschaft eindrücklich unter Beweis. Eine Arrondierung der englischen Besitzungen erfolgte während der napoleonischen Kriege, als England die Besetzung Hollands durch die Franzosen nutzte, um sich die holländischen Besitzungen in Süd- und Südostasien anzueignen. Die Rückgabe von Niederländisch-Indien, wie die Gewürzinseln jetzt genannt wurden, an die Holländer 1817 änderte nichts daran, dass sich England die Kontrolle über Süd-asien und den Indischen Ozean gesichert hatte: Mit der Annexion Ceylons war die letzte bedeutende nicht-englische Besitzung im Indischen Ozean eliminiert worden, während die Aneignung Kapstadts und Malakkas bedeutete, dass England die Zufahrtswege zum Indischen Ozean kontrollierte, diese Kontrolle wurde gestärkt

¹² Bence-Jones a.a.O.

¹³ McEvedy, Colin: The Penguin Atlas of Modern History (to 1815), n.p., 1986, S. 64 f.

durch die Gründung Singapurs 1819, wodurch England sowohl die nördliche als auch die südliche Zufahrt zur Strasse von Malakka kontrollierte.

Endresultat aus den napoleonischen Kriegen war die englische Dominanz in Süd-asien, andere europäische Mächte besaßen nur noch vereinzelte und wenig bedeutende Besitzungen in Süd-asien und dem Indischen Ozean. Südostasien hingegen wurde von verschiedenen europäischen Mächten kontrolliert. Neben den traditionellen Kolonialmächten England, Holland und Portugal war auch noch Spanien präsent, das die Philippinen im 16. Jahrhundert von Mexiko aus erobert hatte, sowie Frankreich, das seit 1858 in Indochina Fuß fasste. Dieser Zustand sollte bis zum 2. Weltkrieg unverändert bleiben.

Die japanischen Eroberungen im 2. Weltkrieg zerstörten die europäischen Kolonialreiche und ermöglichten den Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien den kolonialen Status zu beenden. Das Resultat der Entkolonialisierung in Südostasien war eine Vielzahl von Staaten, die zwar nicht deckungsgleich mit denen der vor-kolonialen Epoche waren, sich aber ihren eigenen historischen Traditionen verpflichtet fühlten. So wie es früher keine dominante Staat in Südostasien gegeben hatte, so war auch jetzt kein Staat stark genug, um die Rolle eines Moderators, geschweige denn Hegemons anzustreben.¹⁴ Die Lage in Indien war eine andere, zwar wurde Britisch Indien nicht *in corpore* unabhängig, die Gründung Pakistans verhinderte dies, es war jedoch mit dem unabhängigen Indien ein Staat entstanden, der den Subkontinent dominierte und allein aufgrund seiner Bevölkerungszahl ganz Südostasien in den Schatten stellte.*

Dieses Ungleichgewicht beeinflusste die Beziehungen zwischen Indien und den Staaten Südasiens zunächst nicht. Unter der entschiedenen Führung Nehrus, der die indische Außenpolitik gemäß seinen Wertvorstellungen bestimmte, unterstützte Indien den Freiheitskampf der verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien moralisch. Eine bewaffnete Unterstützung widersprach der indischen Außenpolitik, die noch von den ethischen Vorstellungen Gandhis geprägt

¹⁴ Neher a.a.O.

* Ob die Gründung Pakistans der englischen Planung entsprang oder ob sich in dieser Gründung das Scheitern ihrer Pläne für ein geeintes Indien manifestiert, ist zwischen indischen und englischen Historikern umstritten.

war. Abgesehen von diesen moralischen Vorbehalten wäre Indien auch rein technisch zu einer solchen Maßnahme nicht fähig gewesen, da Indien selbst über keine Rüstungsindustrie verfügte und nicht bereit war, in diesem Bereich mit anderen Ländern zu kooperieren.¹⁵ Die indische Position war jedoch flexibel genug, um sich auf den jeweiligen Sachverhalt in den betreffenden Ländern einzustellen. So unterstützte Indien die indonesische Freiheitsbewegung im indonesischen Unabhängigkeitskrieg moralisch und verweigerte niederländischen Schiffen, die Truppen und Nachschub nach Indonesien brachten, Landungsrechte. Im Gegensatz dazu unterstützte Indien die britischen Maßnahmen im Kampf gegen die kommunistische Guerilla in Malaya, die sogenannte „Emergency“. Nach Ansicht Indiens handelte es sich hier nicht um einen anti-kolonialen Befreiungskampf, sondern um den nicht gerechtfertigten Versuch einer ethnischen Minderheit, die Macht gewaltsam zu erringen. Bestärkt wurde Indien in seiner Haltung noch durch die Tatsache, dass Großbritannien Malaya die Unabhängigkeit versprochen hatte.

Das außenpolitische Handeln Indiens in Bezug auf Südostasien erwies sich am wirkungsreichsten bei der Lösung des 1. Indochinakonflikts. Indien strebte die Unabhängigkeit Vietnams und den damit verbundenen Abzug der französischen Truppen an, hatte aber andererseits kein Interesse an einem Sieg der Kommunisten und deren Herrschaft über das ganze Land. Als nach der Schlacht von Dien-Bien Phu die Niederlage der Franzosen nicht mehr aufzuhalten war, engagierte sich Indien als „ehrlicher Makler“ bei der Konferenz von Genf, die den 1. Indochinakonflikt beendete. Dass die Neutralität von Indien allgemein anerkannt wurde, zeigte sich daran, dass Indien eine der drei Garantiemächte war, die den Waffenstillstand und die Truppenentflechtung überwachten. Da die beiden anderen Garantiemächte Vertreter der Blöcke waren – Kanada der des Westens, Polen der des Ostens -, wurde Indiens Neutralität allgemein anerkannt.

Auf die Konferenz von Genf 1954 folgte ein weiterer Erfolg für die indische Außenpolitik mit der Konferenz von Bandung 1955. Diese Konferenz vereinte die Führer von Nationen, die nicht bereit waren sich einem der beiden Machtblöcke im Kalten Krieg anzuschließen, u.a. Nehru, Suharto aus Indonesien, Tito aus Jugoslawien und Nasser aus Ägypten. Aus dieser Konferenz entwickelte sich die

¹⁵ Singh, Iqbal

Bewegung der Blockfreien, in den kommenden Jahrzehnten das Forum, auf dem Indien die Führungsrolle hatte, die es auf der Weltbühne anstrebte.

Rückblickend kann man sagen, dass die Konferenz von Bandung einen ersten Höhepunkt für Indien in den Beziehungen zu Südostasien darstellte, wo Indien zu dieser Zeit allgemein geachtet und respektiert wurde. In den folgenden Jahren wandten sich die Staaten Südostasiens jedoch von Indien ab. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen: Das Wiederaufflammen des Vietnamkonflikts minderte Indiens Prestige, das eng mit der Genfer Konferenz verbunden war, die Weigerung Indiens im 2. Indochinakonflikt Partei zu ergreifen, insbesondere sich auf die Seite Südvietnams zu schlagen, wurde von den anti-kommunistischen Staaten als Affront aufgefasst; die Kriege mit China 1962 und mit Pakistan 1965 widersprachen dem von Indien vertretenen Anspruch der Gewaltfreiheit und einer moralischen Außenpolitik. Das langsame Wachstum der indischen Wirtschaft war ein sekundärer Faktor, schwerer wog die Tatsache, dass Indien in den letzten Jahren der Herrschaft Nehrus zunehmend unflexibler geworden war und nach Nehrus Tod die Führung in der Hand von Männern lag, für die Außenpolitik eine Beschränkung auf die Beziehungen zu Pakistan bedeutete.

Die Gründung der ASEAN 1967 richtete sich zwar nicht gegen Indien, ihre Mitglieder sahen andere Staaten jedoch immer mehr unter den Prämissen des Vietnamkriegs: Dass Indien nach dem Machtantritt Indira Gandhis sich der Sowjetunion annäherte und 1971 einen Freundschaftsvertrag unterzeichnete, was auch ein Einschwenken auf eine Unterstützung der Position Nordvietnams hinauslief, beeinflusste negativ die Einstellung der ASEAN-Staaten zu Indien. Ein Beitritt Indiens zur ASEAN wurde zwar Anfang der Siebziger erwogen, es kam aber nicht zu konkreten Verhandlungen, da beide Seiten kein wirkliches Interesse daran hatten. Bis weit in die Achtziger hinein verharrten die Länder der ASEAN gegenüber Indien in einer Position, die zwischen Neutralität und Ablehnung wechselte. Die zunehmende Unterstützung Indiens der Position Nordvietnams spielte dabei eine Rolle ebenso wie die Zerschlagung Pakistans 1971, die insbesondere bei Malaysia und Indonesien auf Ablehnung stieß. Der indische Atombombentest von 1974 stieß auf einhellige Ablehnung.

Der Tiefpunkt der Beziehungen zwischen Indien und der ASEAN wurde zweifelsohne mit dem 3. Indochinakonflikt erreicht. Die indische Unterstützung für den vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha und die Anerkennung der von Vietnam installierten Heng Samrin Regierung - Indien war eines der wenigen Länder außerhalb des Ostblocks, die sich dazu entschlossen - bestärkten die Länder der ASEAN in ihrer Ablehnung Indiens. Der Wandel in der indischen Außenpolitik, den man auf den Machtantritt Rajiv Gandhis datieren kann, und die Lösung des 3. Indochinakonflikts (siehe Kapitel 4.1.) führten zu einer Annäherung der ASEAN an Indien, wenn auch nicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Die unter Rajiv Gandhi eingeleiteten ersten zaghafte Reformen des indischen Wirtschaftssystems führten nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Indien. Die Staaten der ASEAN hatten jedoch seit den Achtzigern erhöhte Wirtschaftswachstumsraten, die Indien zu dieser Zeit nicht hatte, was Indien als Wirtschaftspartner für die ASEAN uninteressant machte. Die ASEAN orientierten sich weiterhin an den USA und Japan und verbesserten ihre Beziehungen zu China, das seit den Reformen Deng Xiao Pings nicht nur wirtschaftlich interessant war, sondern sich auch immer mehr zu einem verlässlichen Partner in der internationalen Politik entwickelte. Dieser Zustand setzte sich bis in die Neunziger fort.

Die letzten fünfzehn Jahre haben jedoch zu einer Veränderung im Verhältnis der ASEAN zu Indien geführt. Diese Veränderung lässt sich auf drei Faktoren zurückführen: Die Asienkrise von 1997 erschütterte das Selbstvertrauen der ASEAN in die eigene Leistungsfähigkeit. Der indische Atomtest von 1998 und die darauf folgende Etablierung Indiens als Atommacht sowie die gleichzeitig erfolgende Stärkung der konventionellen indischen Streitkräfte veränderte die Machtbalance zu Gunsten Indiens. Dritter und gewichtigster Faktor ist jedoch der Wandel in der indischen Volkswirtschaft. Als Folge der 1991 von Narasimha Rao eingeleiteten Wirtschaftsreformen stiegen die Wachstumsraten in einer Weise an, die die Welt bisher nur von China kannte. Insbesondere die Erfolge indischer Firmen in Zweigen wie der Softwareentwicklung führten der ASEAN die Gefahr vor Augen, nicht nur von chinesischen Billigwaren vom Markt verdrängt zu werden, sondern auch in höherwertigen Wirtschaftssektoren.

Aus Sicht der ASEAN ist Indien zwar keine militärische Bedrohung, aber sein wachsendes militärisches Potential wird dort mit einem wachsamem Auge gesehen. Das wirtschaftlich erstarkte Indien wird als starker Konkurrent wahrgenommen, der die eigenen Exporte, und somit den Wohlstand, beeinträchtigen könnte. Für die ASEAN ist Indien also wirtschaftlich ein Rivale und militärisch ein Unsicherheitsfaktor, es wird von den Mitgliedern der ASEAN nicht als natürlicher Bündnispartner angesehen. Ob China in der südostasiatischen Wahrnehmung besser abschneidet als Indien, wird im folgenden Kapitel untersucht.

7.3. Südostasien/ASEAN und China

Der Kontrast zwischen China und der ASEAN könnte nicht größer sein: auf der einen Seite China mit seinen Jahrtausende alten Traditionen, auf der anderen Seite die ASEAN, ein Staatenbund, der erst seit 1967 existiert. Die Kontakte und Beziehungen zwischen China und Südostasien wurden schon in Kapitel 6 behandelt. Eine vertiefende Untersuchung der Beziehungen zwischen China und Südostasien ist erst für die Zeit nach dem Ende des 2. Weltkriegs sinnvoll, als die Staaten, die die ASEAN ausmachen - mit der Ausnahme Thailands - entstanden. In diesem Kapitel soll das Verhältnis Südostasiens, bzw. der ASEAN, zur VR China in seiner Gesamtheit aus der Perspektive der ASEAN analysiert werden. Die individuellen Beziehungen der wichtigsten Staaten der ASEAN mit Indien und China werden danach untersucht.

Der Prozess der Entkolonialisierung Südostasiens begann 1946 mit der Entlassung der Philippinen in die Unabhängigkeit, Burma folgte 1948, Indonesien 1949, während die Staaten Indochinas - Vietnam, Kambodscha und Laos - 1953, nach dem Ende des 1. Indochinakonflikts, die Souveränität erlangten. Dieser Prozess verlangsamte sich danach, wobei der Grund nicht so sehr das Festhalten der Kolonialmächte an ihrem Status war, sondern auf innere Probleme in diesen Kolonien zurückzuführen ist.

Ein gutes Beispiel ist hier Malaysia, dessen heutiges Territorium nicht das Pendant einer einheitlich verwalteten, britischen Kolonie Malaysia ist. Vielmehr war diese Region ein Konglomerat aus ursprünglich folgenden Komponenten: den

direkt Großbritannien unterstellten Kronkolonien von Singapur, Malakka und Penang; den Federated und Unfederated Malay States, d.h. malayische Fürstentümer, die zu britischen Protektoraten geworden waren, sowie den beiden jetzigen malaysischen Bundesstaaten auf Nordborneo, wobei Sarawak das private Fürstentum der englischen Familie Brooke war, während Sabah von einer britischen Handelsgesellschaft, der North Borneo Trading Company, verwaltet wurde. Kompliziert wurde die Lage zudem durch die Präsenz von starken, aus China und Indien zugewanderten Minderheiten, die weder ethnische noch religiöse Verbindungen zur einheimischen Bevölkerung hatten, sowie die kommunistischen Guerilla auf der Halbinsel Malaya. Viel Zeit kostete es, den Interessen und Ansprüchen all dieser disparaten Komponenten gerecht zu werden, so dass Malaya erst 1957 in die Unabhängigkeit entlassen werden konnte. Singapur trat 1963 zusammen mit Sabah und Sarawak Malaya bei, das erst seitdem Malaysia heißt, wobei Singapur schon 1965 wieder aus dem malaysischen Staatsverband ausschied und ein selbstständiger Staat wurde. Die Holländer verließen ihre letzte Besetzung, West Neuguinea, 1963 auf Druck Indonesiens und der UN, Brunei erlangte auf eigenen Wunsch erst 1984 die volle Souveränität und Ost-Timor wurde erst 1975 von Portugal unabhängig.

Ein aus dem komplizierten Entstehungsprozess, nicht nur Malaysias, sondern auch anderer neuer Staaten, in Südostasien resultierendes Problem ist die mangelnde Identifikation der Bürger, mit diesen Staaten, da ihre Loyalität gegenüber regionalen, religiösen oder ethnischen Gruppen oft größer war und ist als ihre Loyalität gegenüber dem neuformierten Staat, d.h. der Zusammenhalt, wenn nicht gar die Existenz dieser Staaten wurde nicht von außen, sondern von innen bedroht.¹⁶ Das beste Beispiel hierfür ist das heutige Myanmar, wo die ethnische Minderheit der Karen 1949 rebellierte und bis heute diesen Kampf fortführt.¹⁷

Die Gründung der VR China, die einerseits von ihrer Größe und militärischen Macht her die Staaten Südasiens in den Schatten stellt, andererseits eine transnationale revolutionäre Ideologie vertrat, war ein Politikum für die neuen Staaten in Südostasien. Schon vor der Gründung der VR China 1949 war es zu einer Rei-

¹⁶ Buzan, Barry: *The Southeast Asian Security Complex*, in CSEA, Vol 10, no. 1 (June 1988), S.1 – 16.

¹⁷ Smith a.a.O.

he von kommunistischen Rebellionen in Südostasien gekommen, 1948 in Malaya die der Communist Party of Malaya (CPM), in Burma die der Communist Party of Burma (CPB), während in Indonesien die dortigen Kommunisten in dem von den Nationalisten kontrolliertem Gebiet einen Aufstand gegen die indonesische Unabhängigkeitsbewegung begannen. Es stellt sich hier die Frage, ob es sich dabei um von einander unabhängige Ereignisse oder um ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen kommunistischen Parteien gehandelt hat, die in den Wirren der Entkolonisierung die Möglichkeit sahen, die Sache des Kommunismus voranzubringen. Auf jeden Fall vergrößerten diese Rebellionen die Unsicherheit in den betroffenen Staaten und führten dazu, dass die VR China von einigen dieser Staaten mit großem Misstrauen betrachtet wurde, andere Staaten jedoch bemüht waren, sich mit China zu arrangieren, wie Kambodscha und teilweise Burma, oder sogar gute Beziehungen zu China unterhielt wie Indonesien.

Da die ehemaligen Kolonialmächte in Südostasien nicht nur diskreditiert waren, sondern auch als schwach galten, bemühten sich die Staaten, die sich bedroht fühlten, um einen mächtigen Verbündeten, was in der Zeit des Kalten Kriegs nur die USA sein konnten. Die Philippinen ausgenommen, hatten sich die USA aus den ‚Kolonialen Abenteuern‘ der europäischen Mächte herausgehalten, insbesondere da sie Südostasien nur als Teil-Schauplatz im Rahmen ihrer globalen Eindämmungsstrategie gegenüber dem Kommunismus ansahen. So war die Gründung der SEATO (South East Asian Treaty Organisation) 1954 Teil des Versuch einen Sperrriegel gegen den Kommunismus zu errichten, der vom Atlantik bis zum Pazifik reichte. Die prowestlichen Staaten in Südostasien traten diesem Sicherheitspakt bei, wobei ihre Befürchtungen sich nicht so sehr gegen die Sowjetunion richteten, sondern auf China fokussiert waren. Neben der Politik der Anlehnung an die USA strebten diese prowestlichen Staaten auch ein eigenständiges regionales Bündnis in Südostasien an, um die intraregionale Kooperation zu verstärken. Ein erster Versuch war die Gründung der Association of Southeast Asia (ASA) 1961, die aus den Philippinen, Malaysia und Thailand bestand, aber schon nach kurzer Zeit zerbrach, da die Philippinen Anspruch auf Sabah erhoben. Auch die Gründung von MAPHILINDO, ein Zusammenschluss von Malaysia, den Philippinen und Indonesien, scheiterte an der Politik Indonesiens, das in der soge-

nannten *Konfrontasi* den Versuch unternommen hatte, sich die malaysischen Bundesstaaten in Nordborneo, Sarawak und Sabah, gewaltsam anzueignen.

Ein Blick auf die politische Landkarte Südostasiens nach dem Sturz Sukarnos 1965 zeigt folgendes Bild: Vietnam war geteilt in den kommunistischen Norden und prowestlichen Süden; Burma, Kambodscha und Laos waren neutral; Thailand, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Indonesien waren prowestlich. Bis auf Indonesien hatten alle diese Staaten Verträge und Bündnisse mit westlichen Staaten (USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland). Da aber wegen des Verlaufes des 2. Indochinakonflikts und der wenig überzeugenden Rolle der SEATO in diesem Konflikt die Gefahr bestand, dass die USA ihr Engagement in Südostasien reduzieren könnten, und da die gleichzeitige chinesische Kulturrevolution als Bedrohung empfunden wurde, schlossen sich die oben genannten prowestlichen Staaten 1967 zum regionalen Bündnis der ASEAN (Association of South East Asian Nations) zusammen.

Ihre Mitglieder waren zwar alle antikommunistisch und unterstützten Südvietnam in seinem Krieg gegen die Vietcong und Nordvietnam, aber sie waren nicht bereit, Südvietnam in die ASEAN aufzunehmen, da sie eine Ausbreitung des Konflikts auf ihr eigenes Territorium befürchteten; denn in allen Mitgliedsstaaten hatte es gegeben oder gab es kommunistische Bewegungen, die eine Veränderung der politischen Ordnung anstrebten, teilweise durch bewaffnete Maßnahmen. Deshalb kooperierten die Mitglieder der ASEAN vor allem im Bereich der inneren Sicherheit miteinander. Die Jahre nach der Gründung der ASEAN zeigten die Niederlage Südvietnams 1975, die darauf folgende Vereinigung Vietnams zu einem kommunistischen Staat und den Sieg kommunistischer Bewegungen in Kambodscha und Laos. Auf die USA, Schutzpartner der ASEAN-Staaten, war in dieser Zeit kein Verlass, da während der Präsidentschaft von Gerald Ford und Jimmy Carter die USA eine eher neo-isolationistische Politik verfolgten und ein militärischer Einsatz zu Gunsten ihrer Verbündeten in Asien sehr unwahrscheinlich erschien. In der Wahrnehmung der ASEAN war der Sieg Vietnams auch ein Sieg seines Bündnispartners Chinas gewesen, so dass die ersten Anzeichen für einen

möglichen Gegensatz zwischen der VR China und Vietnam in den Regierungen der ASEAN mit Interesse wahrgenommen wurden.¹⁸

Die vietnamesische Intervention in Kambodscha und die Reaktion Chinas darauf (s. Kapitel 6.3) waren Auslöser für einen grundlegenden außenpolitischen Kurswechsel der ASEAN: die Annäherung an China. Innerhalb der ASEAN war dieser Politikwechsel nicht unumstritten, wobei Thailand, das unmittelbar an Kambodscha angrenzte und kambodschanische Flüchtlingslager auf seinem Territorium hatte, am stärksten für eine Annäherung an die VR China eintrat, während Indonesien, sicherer in seiner Insellage und seiner militärischen Stärke, am skeptischsten auf diese Veränderung reagierte. Die Solidarität innerhalb der ASEAN war aber so stark, dass es trotz dieser divergierenden Einstellungen zu einer einheitlichen Politik in Bezug auf die VR China kam.

Ein weiterer Faktor, der die Annäherung an die VR China förderte, war die Einstellung jeglicher chinesischer Unterstützung für kommunistische Bewegungen und Parteien in den Staaten der ASEAN. Nach dem Ende des Kambodscha-Konflikts war das Verhältnis zwischen der ASEAN und der VR China, aufgrund intensiver diplomatischer und wirtschaftlicher Kontakte, so gut, dass die Regierungen der ASEAN-Staaten sehr zurückhaltend auf die Demokratiebewegung 1989 in China und deren brutale Niederschlagung reagierten. Daran änderte auch der Beitritt zur ASEAN der restlichen Länder Südostasiens - Vietnam, Laos, Kambodscha und zuletzt Myanmar – nichts.

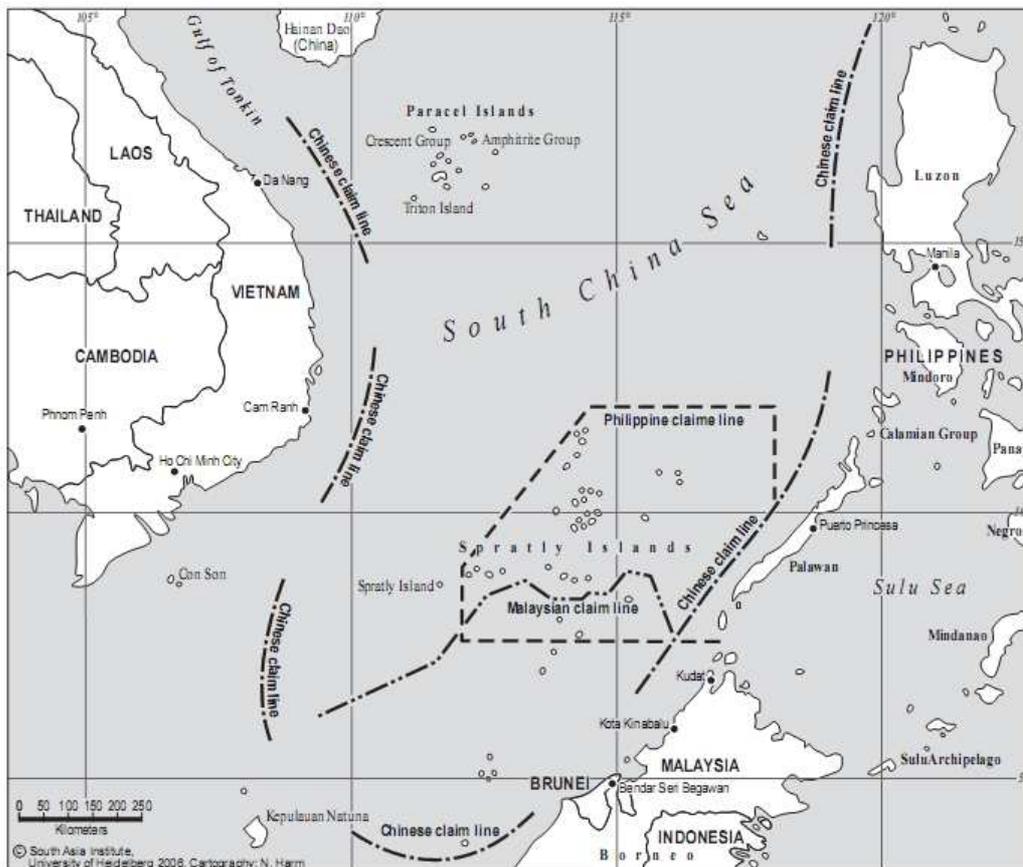
In zwei Bereichen sehen die ASEAN die VR China jedoch als Rivalen, wenn auch nicht als Bedrohung an; zum einen ist dies das fulminante wirtschaftliche Wachstum Chinas zum anderen sind dies die Ansprüche Chinas im Südchinesischen Meer.

Die Mitglieder der ASEAN hatten ursprünglich von der schnell wachsenden Volkswirtschaft Chinas profitiert, da sich ihnen dadurch ein neuer Absatzmarkt für ihre Güter eröffnete. Die Asienkrise von 1997, die sich vor allem auf die ASEAN Staaten negativ auswirkte, führte dazu, dass China der ASEAN Marktanteile abnehmen konnte und dass ausländische Investoren, die einen großen Anteil

¹⁸ Pathak a.a.O.

am Wirtschaftswachstum in der ASEAN gehabt hatten, ihre Investitionen nach China umleiteten. Diese Auswirkungen haben in der ASEAN die Befürchtung geweckt, dass ihre Wirtschaftsbeziehungen zu China sich grundlegend wandeln werden, d.h. es besteht die Gefahr, dass Südostasien für China immer mehr zum Rohstofflieferanten und Absatzmarkt für chinesische Produkte wird, was gravierende negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und Einkommensverhältnisse in Südostasien haben würde.

Die chinesischen Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer überschneiden sich mit den Ansprüchen verschiedener Mitgliedsstaaten der ASEAN, wobei sich diese darüber im Klaren ist, dass die VR China, die auf bilateralen Verhandlungen besteht und die Vermittlung durch unbeteiligte Staaten ablehnt, eine stärkere Verhandlungsposition hat als die betroffenen ASEAN-Staaten. Die verstärkten chinesischen Bemühungen, eine moderne Armee mit einer starken Marine zu erschaffen, werden in Südostasien mit Sorge gesehen, obwohl sich die ASEAN darüber im Klaren ist, dass diese Bemühungen sich nicht gegen die ASEAN richten.



Karte 5: Die zwischen den Staaten der ASEAN und der VR China umstrittenen Inselgruppen

7.4. Im Fokus des Spannungsdreiecks

Die ASEAN umfasst zehn Staaten. Es würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn man versuchen wollte die allgemeinen Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik eines jeden einzelnen Staates zu untersuchen. Wenn es um die konkreten Beziehungen der Staaten Südostasiens zu ihren zwei wichtigsten Nachbarn geht, wird das Feld noch umfangreicher. Eine Beschränkung auf die bedeutendsten Staaten innerhalb der Region ist hier nur sinnvoll. Auch wenn gemäß den Statuten der ASEAN alle Staaten gleich sind, so ist doch in der Realität eine kleine Gruppe von Mitgliedsstaaten der ASEAN im internationalen Kontext bedeutender als die anderen. Unter Einbeziehung einer Vielzahl von Faktoren, u.a. Bevölkerung, Wirtschaftsgröße, geographische Lage und militärische Stärke, ragen in der ASEAN drei Staaten heraus: Vietnam, Thailand und Indonesien. Zu diesen drei Staaten muss man noch Myanmar hinzufügen, nicht weil Myanmar aus sich heraus bedeutend ist oder mit den drei vorgenannten Staaten vergleichbar wäre, vielmehr resultiert seine Bedeutung aus seiner geographischen Lage: Als einziges Land in Südostasien grenzt es sowohl an Indien als auch an China.

In dem Dreieck Indien, China und ASEAN können diese vier Staaten zu Recht als *Keystates*, als Schlüsselstaaten bezeichnet werden. Zwar beruht die ASEAN auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Mitglieder, jedoch sind einige Staaten, um es mit George Orwell in *Animal Farm* zu sagen, gleicher als andere.

Vietnam ist der bevölkerungsreichste Staat auf dem südostasiatischen Festland und aufgrund seiner Nachbarschaft zu China und der langen, nicht immer glücklichen gemeinsamen Geschichte der Staat, der China am ehesten als Bedrohung ansieht. Die positiven vietnamesischen Beziehungen zu Indien sind ein Produkt der Neuzeit, sie haben das Ende des Kalten Krieges und Vietnams Neuausrichtung in wirtschaftlicher und bündnispolitischer Hinsicht problemlos überstanden.

Thailand, im Westen Südostasiens, war im Gegensatz zu Vietnam immer pro-westlich und ist nicht nur aufgrund seiner geographischen Lage, sondern auch aus seiner Geschichte heraus China nicht feindlich gesinnt. Hingegen wird Indien von Thailand, das an den Indischen Ozean grenzt, als potentielle Bedrohung angese-

hen, eine Einschätzung, die sich nach dem erfolgreichen indischen Atomtest von 1998 noch verstärkt hat.

Indonesien ist unbestritten einer der bedeutendsten Staaten in Südostasien; aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Bevölkerung hebt es sich aus der Gruppe dieser Staaten heraus könnte somit potentiell die Rolle eines wenn nicht Hegemons, so doch Moderators innerhalb der ASEAN einnehmen: Indonesien ist bei weitem der bevölkerungsreichste Staat in Südostasien und das bevölkerungsreichste Land in der islamischen Welt. Noch bedeutender, aus geostrategischer Sicht, ist seine Lage. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, bildet Indonesien, das sich mit seinen 12 000 Inseln von der malaiischen Halbinsel bis nach Australien erstreckt, einen Sperrriegel zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik. Indonesien ist somit für China von besonderem Interesse, da ein entschlossenes Indonesien in der Lage wäre, China sowohl von den Ölfeldern des Nahen Ostens als auch von den Märkten Europas abzuschneiden. Geostrategisch ist Indonesien für Indien nicht so bedeutend, da Indiens freier Zugang zum Nahen Osten, zu Europa und dem Atlantik hat nicht von Indonesien behindert werden kann. Rein vom sicherheitspolitischen Aspekt her ist Indonesien jedoch auch für Indien von Bedeutung: Sollte es zu Spannungen zwischen Indien und China kommen, könnte ein pro-indisches Indonesien chinesischen Flottenverbänden den Zugang zum Indischen Ozean versperren. Umgekehrt wäre ein pro-chinesisches Indonesien für Indien ein Problem: Nicht nur böte Indonesien der chinesischen Flotte ein ideales Aufmarschgebiet, es wäre auch ohne China in der Lage, aufgrund seiner langen Grenze zum Indischen Ozean, einen Teil der indischen Flotte zu binden.

Myanmar, das ehemalige Burma, ist weder militärisch noch wirtschaftlich eine Bedrohung für seine Nachbarn, seine Bedeutung erlangt es einzig aus seiner geographischen Lage, da es sowohl an Indien als auch an China grenzt. Eine konkrete Entscheidung Myanmars für China oder Indien könnte die machtpolitische Balance zu Gunsten Indiens oder Chinas wenden. Im Falle einer Allianz mit Myanmar läge der Vorteil für Indien ohne Zweifel in der Stärkung seiner nordöstlichen Grenzregion, sowohl gegenüber China als auch innenpolitisch, da diese Allianz dazu führen würde, dass den unzähligen Aufstandsbewegungen im Nordosten Indien das Hinterland und die damit verbundenen Nachschubwege entzogen wür-

den. Der Gewinn für China wäre noch größer: Nicht nur dass es in der Lage wäre die indische Nordostflanke zu umgehen, böte Myanmar ihm auch die Möglichkeit von Flottenstützpunkten am Indischen Ozean. Auch würde eine Verbindung von der Küste Myanmars nach Südchina die Abhängigkeit Chinas von seinen Häfen im Osten des Landes reduzieren und gleichzeitig die Entwicklung rückständiger innerchinesischer Gebiete fördern. Im Falle eines Ausgleichs zwischen China und Indien wäre der Gewinn für Myanmar groß, da eine direkte Landverbindung zwischen diesen beiden Staaten durch Myanmar verlaufen müsste.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Interessen und Positionen dieser Länder so verschieden sind, dass einvernehmliche Verhandlungspositionen oder auch nur gemeinsame Maßnahmen faktisch unmöglich sind. Da die ASEAN, selbstgefesselt durch das Prinzip der Einstimmigkeit und den Mangel einer gemeinsamen Politik, nicht als eigenständiger Akteur in dem Spannungsfeld zwischen Indien und China tätig werden kann, bleibt die Politik gegenüber diesen Staaten den einzelnen Mitgliedern überlassen, so dass eine genauere Untersuchung der jeweiligen Staaten angebracht ist.

7.4.1. Vietnam

Von den vier Keystates ist Vietnam zweifelsohne das Land, das in seiner Geschichte den geringsten Kontakt mit Indien hatte, seine Geschichte ist geprägt von China. Die Jahrhunderte lange chinesische Besetzung Vietnams, eine Epoche, die sich von der Han Dynastie im 2. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung bis ins 10. Jahrhundert erstreckte, stärkte zwar das vietnamesische Nationalbewusstsein, hinterließ aber ein tiefes Misstrauen gegenüber China, das nur allzu leicht in offene Feindschaft umschlagen konnte. Diese Gegnerschaft Vietnams gegenüber China zeigte sich z.B. daran, dass auch die vietnamesischen Herrscher sich als Kaiser bezeichneten.

Die indische Unabhängigkeitsbewegung und vor allem der gewaltfreie Widerstand Gandhis fanden keinen Widerhall in Vietnam, ebenso war die gewaltfrei und durch Verhandlungen erzielte Unabhängigkeit Indiens kein machbares Modell für Vietnam, das seinerseits einen äußerst gewaltsamen Freiheitskrieg gegen

Frankreich führte. Die moralische Unterstützung, die dieser Krieg von indischer Seite erfuhr, war zwar willkommen, hatte aber nicht den Stellenwert der tatkräftigen Unterstützung, die die chinesischen Kommunisten Vietnam zukommen ließen. Die indische Position im 1. Indochinakonflikt führte jedoch dazu, dass Indien von den vietnamesischen Kommunisten und ihren Verbündeten als neutraler Teilnehmer an der Konferenz und als Garantiemacht des Genfer Abkommens akzeptiert wurde.

Nach dem Ende des 1. Indochinakonflikts ruhten die Beziehungen. Dies änderte sich zu Beginn des 2. Indochinakonflikts. Die indische Position, dass die Teilung Vietnams und ihre Konsequenzen eine innervietnamesische Angelegenheit sei, die ohne Einmischung von außen geregelt werden sollte, stand im Widerspruch zur amerikanischen Position, die den Konflikt als Teil der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sah. Je mehr die indische Regierung sich der Sowjetunion annäherte, desto stärker wurden die Beziehungen zwischen Nordvietnam und Indien, wobei Indiens Unterstützung wiederum lediglich moralischer Art war. Der Sieg Nordvietnams im 2. Indochinakrieg wurde in Indien begrüßt.

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten verstärkten sich weiter mit dem Beginn des 3. Indochinakonflikts. Mit der Anerkennung der Heng Samrin Regierung stellte sich Indien nicht nur gegen den Westen und die ASEAN, sondern auch gegen seine natürlichen Verbündeten in der Bewegung der Blockfreien. Das Bindeglied zwischen Vietnam und Indien waren jedoch nicht so sehr gemeinsame Interessen, sondern die Sowjetunion als gemeinsamer Partner. Die von Gorbatschow eingeleitete Glasnost-Politik, die auch zu einer Entspannung innerhalb Südostasiens führte, sowie der Machtantritt Rajiv Gandhis in Indien führten dazu, dass sich die Beziehungen zwischen Indien und Vietnam wieder abkühlten: Mit dem Beginn eines Ausgleichs zwischen Vietnam und der ASEAN benötigte Vietnam weniger Unterstützung auf der internationalen Bühne, während Indien unter Rajiv Gandhi an einer Verbesserung seiner Beziehungen zum Westen, insbesondere den USA, gelegen war und somit ein gewisses Abrücken von der Position der intensiven Unterstützung Vietnams ratsam erschien.

Ein weiterer Faktor in diesem Prozess war der Beginn einer Annäherung Vietnams an China. Da die Sowjetunion nicht mehr bereit war, Vietnam in seiner harten Einstellung gegenüber China und bei seiner fortschreitenden Intervention in Kambodscha zu unterstützen, sah sich Vietnam gezwungen, sich auf seinen großen Nachbarn im Norden zuzubewegen, wobei die erfolgreichen wirtschaftlichen Reformen in China für die kommunistische Führung Vietnams anziehender wirkten als die in der Sowjetunion praktizierte Glasnost-Politik. Die vietnamesischen Reformen im wirtschaftlichen Sektor und die mit ihnen verbundenen Lockerungen der Kontrolle des Alltagslebens sind eine exakte Kopie der Entwicklungen in China.

Seit dem Ende der Neunziger haben sich die Beziehungen zwischen Indien und Vietnam wieder verstärkt, hauptsächlich eine Konsequenz aus dem Anwachsen des Handels zwischen beiden Ländern. Im militärischen Bereich hingegen gibt es keine Kooperation, da Vietnam sich in Grenzstreitigkeiten mit China nicht auf Indien verlassen kann. Von den vier Keystates ist Vietnam jedoch immer noch Indien am freundlichsten gesinnt.

7.4.2. Thailand

Die Tatsache, dass Thailand ein buddhistisches Land ist, beeinflusst seine Beziehungen zu Indien, dem Geburtsland des Buddhas, nicht in nennenswerter Weise, zumal die Thai den Buddhismus schon vorfanden, als sie im 9. und 10. Jahrhundert aus Yünnan in diese Region einwanderten. Die frühen Thai-Fürstentümer und die auf sie folgenden Reiche von Ayyuthia und Bangkok stützten sich politisch auf die Bauernschaft und wirtschaftlich auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen innerhalb Asiens, so dass es nur eine geringe Interaktion mit Indien gab. Dieser Zustand blieb auch in neuerer Zeit im Wesentlichen unverändert, zumal seit Beginn der Kolonialepoche der innerasiatische Handel vorwiegend in der Hand europäischer Kaufleute lag.

Ebenso wie zu Indien bestanden auch zu China schon seit alter Zeit Kontakte, wobei die Eroberung des Thai-Reiches von Ayyuthia durch die Armeen Kublai Khans im 13. Jahrhundert in thailändischen Augen keine Unterwerfung unter

China bedeutete, auch wenn nachfolgende chinesische Dynastien diese Fiktion aufrecht erhielten, so waren z.B. die in chinesischen Chroniken aufgeführten thailändischen Tributgesandtschaften in der Regel Handelsmissionen oder aber von Thailand vorgetäuschte Tributmissionen, da die kaiserlichen Geschenke an die ‚Vasallen‘ den Wert des Tributs bei weitem übertrafen. Eine Sonderrolle Chinas auf Grund seiner Größe und Macht wurde von Thailand aber akzeptiert. Thailand war eines der Hauptziele chinesischer Auswanderer, die sich dort problemlos niederlassen konnten weil sie als Händler und Handwerker in der feudalen Ordnung Thailands eine Nische ausfüllen konnten.

Im 2. Weltkrieg leistete Thailand den japanischen Truppen nur pro forma kurzfristig Widerstand und arrangierte sich dann mit Japan, dem Durchmarsch- und Stationierungsrechte im Gegenzug für territoriale Zugewinne zugestanden wurden, kurz vor dem Ende des Krieges wechselte Thailand die Seiten und schloss sich den Alliierten an. Der Entkolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg stand Thailand positiv gegenüber, ohne sich jedoch aktiv in die Konflikte in Südostasien einzumischen. Als Monarchie, in der die Armee die Politik dominierte, war Thailand stark antikommunistisch eingestellt; diese ablehnende Haltung verstärkte sich noch nach der kommunistischen Machtübernahme in China, da die chinesische Minderheit in Thailand, die sich schon längere Zeit einer erzwungenen Assimilierung verweigerte, als potentielle fünfte Kolonne der VR China angesehen wurde. Das Bewusstsein der Größe und Macht Chinas hatte zur Folge, dass sich Thailand, ebenso wie die Philippinen, an der SEATO beteiligte, nicht so sehr weil es sich durch das Bündnis selbst sicherer fühlte, sondern um eine vertragliche Anbindung an die USA zu bekommen. Direkte thailändisch-chinesischen Beziehungen waren bis in die Siebziger nicht vorhanden, da Thailand die Republik China auf Taiwan als legitime Regierung anerkannt hatte.

Nach der Unabhängigkeit Indiens nahmen die beiden Staaten diplomatische Beziehungen zueinander auf. Da Thailand sich aber seit Kriegsende 1945 außenpolitisch an den USA orientierte und zudem stark antikommunistisch eingestellt war, wurde es, ebenso wie die Philippinen, von Nehru herablassend behandelt und für seine Außenpolitik stark kritisiert, z.B. entsprach der Beitritt Thailands zur SEATO nicht Nehrus Vorstellungen einer von ihm angestrebten „Friedenszone“ in

Süd- und Südostasien.¹⁹ Indiens generell ablehnende Haltung gegenüber den thailändischen Versuchen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern, führte zwar zu einer noch stärkeren Orientierung Thailands auf die USA, hinderte Thailand jedoch nicht daran, an der Konferenz von Bandung 1955 teilzunehmen und in der UN regelmäßig mit dem afro-asiatischen Block zu stimmen.

Der Beginn des 2. Indochinakonflikts steigerte in Thailand die antikommunistischen Ressentiments umso mehr, als eine kommunistische Infiltration Thailands von Laos und Kambodscha aus jetzt durchaus im Bereich des Möglichen lag. Dieses Gefühl des Bedroht seins vom übermächtigen kommunistischen China hätte zu einer Annäherung zwischen Thailand und Indien führen können, da Indien zu diesem Zeitpunkt (1962) Gegner Chinas im indisch-chinesischen Grenzkonflikt war. Das geschah jedoch nicht, weil auf Seiten Thailands Indiens herablassende Grundeinstellung ihm gegenüber nachwirkte und auf indischer Seite das Hauptaugenmerk Nehrus darauf gerichtet war, die Großmächte auf die Seite Indiens zu ziehen. Der Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages musste sich zwangsläufig – wegen der Positionierung Thailands auf Seiten der USA – negativ auf die thailändisch-indischen Beziehungen auswirken, ebenso wie der Sieg Vietnams im 2. Indochinakonflikt. Dass Indien im 3. Indochinakonflikt Vietnam auf diplomatischer Ebene aktiv unterstützte, erklärt, warum die Beziehungen zwischen Indien und Thailand zu diesem Zeitpunkt einen absoluten Tiefpunkt erreicht hatten, sah doch Thailand Indien als Teil einer feindlichen Allianz. Dass aber der 3. Indochinakonflikt, d.h. die Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen, zu einer starken Annäherung an das große kommunistische China führen sollte, welch Ironie der Geschichte!

Thailand und die VR China schlossen ein inoffizielles Bündnis, um gemeinsam die Vietnamesen aus Kambodscha zu vertreiben. Thailand ermöglichte den Roten Khmer sowie kambodschanischen Flüchtlingen den Aufenthalt in Lagern auf der thailändischen Seite der Grenze und gestattete überdies den Roten Khmer, sich dort mit von der VR China gelieferten Waffen zu versorgen. Gegenüber Thailand gab China eine Sicherheitsgarantie ab, in der es sich verpflichtete, bei einem viet-

¹⁹ Heimsath, Charles H./Mansingh, Surjit: *A Diplomatic History of Modern India*, Bombay, 1971, erwähnt Spott und Verurteilung in Bezug auf Thailands prowestliche Politik, p. 251, die Ablehnung thailändischer Annäherungsversuche a.a.O. p. 263.

namesischen Angriff auf Thailand militärisch gegen Vietnam vorzugehen. Als Frontstaat im 3. Indochinakonflikt war es Thailand möglich, die anderen Mitglieder der ASEAN auf diese Politik einzuschwören und ihre Unterstützung sowohl für die Zusammenarbeit mit der VR China als auch die diplomatische Unterstützung der Roten Khmer zu gewinnen. Die Beziehungen zur VR China blieben auch nach dem Ende des 3. Indochinakonflikts gut, da aufgrund der Auflösung der SEATO 1977 und der folgenden Umorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik die VR China von Thailand als wichtiger Akteur hinsichtlich der asiatischen Sicherheitslage angesehen wird. Die Beziehungen Thailands zu China sind enger und besser als die zu Indien, obwohl sich auch diese seit dem Ende des 3. Indochinakonflikts verbessert haben, d.h. seit dem Regierungsantritt Rajiv Gandhis 1984, der einen grundlegenden Wandel in der indischen Südostasienpolitik einleitete und dessen Bemühungen um eine Lösung zur Beendigung des Konflikts zu einer Entspannung in den Beziehungen zu Thailand geführt haben.

Die derzeitigen Beziehungen zwischen Indien und Thailand sind distanziert: Es gibt kaum Konflikte zwischen den beiden Ländern, aber Thailand, das auch an den Indischen Ozean angrenzt, beobachtet mit Misstrauen die indischen Aufrüstungsbestrebungen, insbesondere das Atomwaffenprogramm; so hatte der indische Atombombentest von 1998 zu einer erneuten Abkühlung der thailändisch-indischen Beziehungen geführt. Eine stärkere Anbindung Indiens an die ASEAN befürwortet Thailand nicht, ist aber auch nicht gewillt sich dagegen zu stellen. Die indisch-chinesischen Beziehungen werden von Thailand mit Gelassenheit beobachtet, in einem Konflikt würde es sich neutral verhalten. Im wirtschaftlichen Bereich wird die VR China als Rivale gefürchtet, während die thailändisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen seit Beginn der Wirtschaftsreformen in Indien 1991 mit der darauf folgenden Verbesserung des indischen Wachstums zu einer Ausweitung des Handels geführt haben, der jedoch mit der Asienkrise von 1997 einen Einbruch erlebte.

7.4.3. Indonesien

Wie schon oben angemerkt, verbreiteten indische Händler, Mönche und Priester ihre heimatlichen Kulturen und Religionen in den ersten Jahrhunderten nach der Zeitenwende über weite Gebiete Südostasiens, wobei die Region des heutigen Indonesiens besonders stark beeinflusst wurde. Noch heute zeugen davon die hinduistische Kultur auf Bali, das nicht islamisiert worden ist, und die aus dieser Zeit stammenden Sakralbauten, z.B. der gewaltige Tempel von Borobudur, das bedeutendste Bauwerk des Mahayana-Buddhismus auf dem jetzt moslemischen Java, als kulturelles Erbe gepflegt vom moslemischen Staat Indonesien.

Nennenswerte chinesische kulturelle Einflüsse sind kaum vorhanden. Die größte Minderheit innerhalb Indonesiens stellen jedoch die Chinesen, die während der niederländischen Kolonialzeit einwanderten und als Händler und Handwerker eine unbeliebte Position zwischen der Kolonialmacht und den Einheimischen einnahmen, sich jedoch nie assimilierten und auch nicht zum Islam übertraten. Da jedoch die Kolonialmächte Großbritannien und die Niederlande bemüht waren, die Güter aus ihren Kolonien direkt nach Europa zu bringen, wurden auch die alten Handelsbeziehungen zwischen Indonesien und Indien stark eingeschränkt; dadurch wurden auch die unmittelbaren Kontakte zwischen der indonesischen und indischen Bevölkerung marginalisiert. Dies sollte sich erst in der Zeit der Entkolonialisierung ändern.

Im Gegensatz zu Vietnam, wo die indische Unabhängigkeitsbewegung eher ignoriert wurde, verfolgten nämlich die Indonesier die Entwicklung in Indien mit Aufmerksamkeit, während die indonesischen Unabhängigkeitsbestrebungen erst ab 1945 in Indien vermehrt wahrgenommen wurden und Indien nach seiner Unabhängigkeit 1947 alles daransetzte, um die indonesischen Freiheitskämpfer zu unterstützen. Die Niederlande versuchten seit 1945 ihre 1941 nach der Niederlage gegen Japan verlorene Herrschaft über Indonesien wieder zu errichten und die kurz nach dem Ende der japanischen Besatzungszeit ausgerufene Republik Indonesien zu vernichten, was auf den Widerstand Indiens traf: Niederländischen Schiffen wurde der Zugang zu indischen Häfen verweigert und niederländische Flugzeuge durften nicht den indischen Luftraum passieren. In internationalen Fo-

ren, vor allem der UN, trat Indien seit seiner Unabhängigkeit 1947 für die Freiheit Indonesiens ein. Auf der von Indien initiierten Konferenz von Delhi 1949, auf der die Lage in Indonesien thematisiert wurde, forderten Indien und die anderen Teilnehmer die Niederländer auf, sich aus Indonesien zurückzuziehen. Dass Indien den indonesischen Freiheitskampf unterstützt hatte, wurde in Indonesien gewürdigt und war einer der Faktoren, die zu den engen indisch-indonesischen Beziehungen führten, ein weiterer Faktor waren die guten persönlichen Beziehungen zwischen dem ersten Präsident Indonesiens, Sukarno, und Nehru. Sukarno besuchte Indien 1950 und Nehrus Besuch in Indonesien im selben Jahr war der erste Besuch eines ausländischen Regierungschefs im unabhängigen Indonesien überhaupt. Die Konferenz von Bandung 1955, die von Sukarno ausgerichtet wurde, war für diesen wie auch für Nehru ein Erfolg, dessen Prinzipien der Nichteinmischung und friedlichen Koexistenz von Suharto übernommen worden waren und zunächst die indonesische Außenpolitik beeinflussten. Es würde zu weit gehen, von einer Achse Delhi-Djakarta zu reden, aber die Übereinstimmung in grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen stärkte sowohl die Position Indiens als auch Indonesiens.

Da China während des indonesischen Unabhängigkeitskriegs noch in seinen Bürgerkrieg verwickelt war, hatten sowohl die Nationalchinesen als auch die Kommunisten Dringlicheres zu tun, als sich in den indonesischen Unabhängigkeitskrieg einzumischen, auch wenn beide Seiten mit den Indonesiern sympathisierten; so forderte die nationalchinesische Regierung 1948 zusammen mit der Sowjetunion im Sicherheitsrat den Abzug der niederländischen Truppen. Dessen ungeachtet nahm Indonesien sofort nach seiner Unabhängigkeit 1949 diplomatische Beziehungen zur VR China auf; die indonesische Führung unter Sukarno wandte sich somit gegen die nach Taiwan geflüchteten Nationalchinesen, obwohl diese sich für den indonesischen Freiheitskampf engagiert hatten, während den Kommunisten in Indonesien, unter denen viele ethnische Chinesen waren, allgemein mit Misstrauen begegnet wurde, da sie 1948 in der Revolte von Madiun gegen die indonesische Republik, die noch in den Kampf mit den Niederlanden verwickelt war, rebelliert hatten.²⁰ Die Beziehungen zwischen Indonesien und der VR China blieben gut und die Teilnahme von Zhou EnLai an der Konferenz von Bandung

²⁰ Ansprenger, Franz: Auflösung der Kolonialreiche. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Band 13, München, 1966, S.258f.

1955 war ein Erfolg für Sukarno, der ihn persönlich eingeladen hatte, während in Indien die Teilnahme als Schlappe für Indien gesehen wurde, da Zhou En Lai Nehrus Rolle als Wortführer Asiens in Frage stellte.

Die indisch-indonesischen Beziehungen verliefen weiterhin positiv bis zur Konferenz der Blockfreien 1961 in Belgrad, auf der Sukarno versuchte Nehru als Sprecher des nichtkommunistischen Asiens abzulösen. Zu dieser persönlichen Rivalität kam auch noch eine programmatische Differenz: Nehru vertrat die Meinung, dass die Zeit des Kolonialismus im engeren Sinn vorbei sei, während Sukarno, in seinem von Nehru abweichenden Verständnis des Begriffs, die Position vertrat, dass die Blockfreien ihren Kampf gegen den Imperialismus und damit die USA richten sollten. Indonesien hatte sich zu dieser Zeit bereits an die Sowjetunion und die VR China angenähert, die wiederum Indonesien unterstützten. Diese drei Staaten waren sich einig in der Ablehnung des neuen Staats Malaysia, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Indonesien war gegen die Gründung Malaysias, da es selbst Anspruch auf Sabah und Sarawak, die beiden zukünftigen malaysischen Bundesstaaten in Nordborneo, erhob; die Sowjetunion und China sahen in der neugegründeten Föderation von Malaysia hingegen eine Fortsetzung des britischen Kolonialreichs, da Großbritannien weiter dort militärisch präsent sein würde, während Indien, das bereits zu Malaya gute Beziehungen unterhalten hatte, diese Entwicklung unterstützte. Trotz dieser spürbaren Abkühlung im guten Verhältnis zwischen Indien und Indonesien war die indonesische Weigerung, Indien Unterstützung gegen China im indisch-chinesischen Grenzkrieg 1962 zu gewähren, doch ein Schock.²¹ In den folgenden Jahren näherte sich Indonesien unter Sukarno noch intensiver an die Sowjetunion und die VR China an: Im indo-pakistanischen Grenzkrieg 1965 unterstützte Indonesien, ebenso wie die VR China, Pakistan, was zu diesem Zeitpunkt Indien kaum mehr überraschen konnte. Diese Politik wurde nicht von der indonesischen Machtelite als Ganzes getragen, sondern entsprach den politischen Leitlinien Sukarnos und der ihn unterstützenden kommunistischen Partei Indonesiens, der PKI, d.h. Sukarno verfolgte eine Politik der Anlehnung an kommunistische Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik und stützte sich gleichzeitig auf die indonesischen Kommunisten in der Innenpolitik. Diese Politik stieß vor allem bei der Armee auf Ablehnung, wenn

²¹ Majumdar a.a.O. P.26f

nicht Widerstand und so war es die Armee, die 1965 Sukarno entmachtete und die Kommunisten in Indonesien als Machtfaktor eliminierte, was auch eine Neuausrichtung der indonesischen Außen- und Sicherheitspolitik nach sich zog.

Diese Ereignisse, die mit der Machtergreifung Suhartos endeten, beeinflussten längerfristig auch die indisch-indonesischen Beziehungen. Die neue Regierung unter Suharto war stark anti-kommunistisch geprägt, sie verblieb zwar in der Bewegung der Blockfreien, orientierte sich aber stärker an den USA, die im Gegenzug nicht nur Indonesien mit Waffen belieferten, sondern auch dessen Vorgehensweise unterstützten bei seinem Versuch, die Ansprüche auf Irian Jaya und später auf Ost-Timor durchzusetzen. Da sich aber Indien unter Indira Gandhi ab 1971 an der Sowjetunion orientierte, verstärkte sich der Gegensatz zwischen den beiden Ländern. War vor 1965 Indien für Indonesien politisch zu rechtsstehend, so war es ab 1971 zu links. Erschwerend kam ein weiterer Faktor hinzu, der sich in Zukunft immer wieder auf die Beziehungen Indiens zu moslemischen Ländern auswirken sollte: Pakistan. Unter Suharto wurden die Kommunisten, die Sukarno unterstützt hatten, verfolgt, Suharto förderte den Islam als wirksames Mittel bei der ideologischen Abwehr des Kommunismus. Eine Folge dieser ursprünglich innenpolitischen Maßnahme war, dass Indonesien auch auf der internationalen Bühne stärker auf moslemischer Seite Partei ergriff. In Bezug auf Indien bedeutete dies die Unterstützung der pakistanischen Position im Kaschmirkonflikt, was eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen Indien und Indonesien zur Folge hatte.

Wie oben angeführt, hatte China seit Anfang der Fünfziger, besonders seit der Konferenz von Bandung, gute Beziehungen zu Indonesien und Sukarno. Diese beruhten in erster Linie auf den ideologischen Gemeinsamkeiten, manifestierten sich jedoch auch konkret: China unterstützte Indonesien in der Konfrontation mit Malaysia 1963 - 1965. In diesem als *Konfrontasi* bezeichneten Konflikt versuchte Indonesien die Bundesstaaten Sabah und Sarawak dem neu gegründeten Malaysia zu entreißen. Dieses gute Verhältnis, das beste, das China – vom kommunistischen Bruderstaat Vietnam einmal abgesehen – in der Zeit zu einem Staat in Südostasien unterhielt, wurde durch den Sturz Sukarnos abrupt zerstört, die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen. Diese wurden Ende der Siebziger wie-

der aufgenommen, ohne dass es zwischenzeitlich zu einer Verbesserung im Verhältnis zwischen beiden Ländern gekommen wäre. Da Indonesien sich jedoch loyal im Rahmen der ASEAN verhielt, die im Kambodschakonflikt auf Seiten Thailands und damit auch Chinas stand, kam es zum politischen Schulterchluss zwischen Indonesien und der VR China, während die Beziehungen zu Indien auf Grund der indischen Haltung (s.o.) erneut belastet wurden.

Das Ende des Kambodschakonflikts, der Zerfall der Sowjetunion und die berechenbare und entideologisierte Außenpolitik der VR China haben zur Folge, dass Indonesien heute sowohl zu Indien als auch zu China gute Beziehungen unterhält und überdies als bevölkerungsreichstes Land in Südostasien und aufgrund seiner geographischen Entfernung von China und Indien auf deren Interessen weniger Rücksicht nehmen muss als andere Mitglieder der ASEAN.

7.4.4. Myanmar

Die Geschichte Burmas reicht, wie die der anderen alten Hochkulturen Südostasiens, weit in die Vergangenheit zurück. Die Annalen der T'ang Dynastie erwähnen das Reich der P'yu auf dem Gebiet des heutigen Myanmar, während die Fürstentümer der Mon in Südburma, nach dem Fall von Funan entstanden, in indischen und chinesischen Chroniken ihre Erwähnung finden, da zu dieser Zeit die Verbreitung des Buddhismus im Gebiet des heutigen Myanmar begann. sich im Gebiet des heutigen Myanmar auszubreiten. Während die Küstengebiete Teil des asiatischen Handelssystems waren, das sich von Kanton bis zum Persischen Golf und dem Roten Meer erstreckte, verlief durch den Norden Burmas eine Handelsroute, die Yunnan mit dem heutigen Bundesstaat Assam in Nordindien verband. Abgesehen vom wirtschaftlichen und kulturell-religiösen Austausch, gab es fast keine politischen Kontakte bzw. militärischen Konflikte zwischen den Reichen in Südasiens und Burma. Ein Plünderungszug der südindischen Chola in den Küstengebieten und die Eroberung Pagens durch die mongolisch-chinesischen Truppen Kublai Khans im 13. Jahrhundert waren die einzigen außerregionalen Interventionen, bis sich die Briten in Indien etablierten und begannen, ihre Aufmerksamkeit solchen angrenzenden Gebieten zuzuwenden, von denen eine Bedrohung ihrer

Besitzungen in Indien ausgehen könnte.²² Die Kriege, die vom birmanischen Königreich geführt wurden, waren entweder Kriege gegen andere Staaten auf dem Gebiet des heutigen Myanmar, gegen die Fürstentümer der Mon im Süden oder gegen die Staaten der Schan im Osten, während in den angrenzenden Gebieten die Thai-Reiche im Osten der Hauptfeind der Birmanen war.

Nach der Eroberung Burmas durch Britisch-Indien in drei Kriegen (1824/26, 1852/53 und 1885/86) wurde Burma ein integraler Bestandteil des britischen Empire, was dazu führte, dass der größte Teil Burmas Anfang 1942 von den Japanern erobert wurde. Vor dem Ende des Krieges gelang den Briten die Rückeroberung von Burma, durch dessen von ihnen kontrollierten Teil im Norden sie eine Straße nach Südchina bauten, um die Nationalchinesen unter Chiang Kai Tschek mit Nachschub beliefern zu können.

Die Unabhängigkeit Burmas 1948 erforderte eine Neubestimmung der Außen- und Sicherheitspolitik, da ja Burma jetzt nicht mehr Teil des britischen Sicherheitssystem in Asien war, sondern auf sich allein gestellt. Burma entschied sich für eine Politik der Neutralität, die aber im Gegensatz zu Indien nicht darauf abzielte, ein Beispiel für die Welt zu sein, sondern der Hoffnung entsprach, dass ein neutrales Burma in Frieden gelassen werde. Selbst wenn Burma ein Interesse daran gehabt hätte eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben, wäre ihm dies nicht möglich gewesen, da das Land sich seit der Unabhängigkeit in innere Konflikte verwickelt sah, die die Energie der Regierung und die Ressourcen des birmanischen Staates banden und somit auch mittelbar für den Militärputsch von 1962 verantwortlich waren.

Ein Land, das sich für eine Politik der Neutralität entscheidet, wird immer von den Entscheidungen seiner Nachbarn abhängig sein, da diese nicht verpflichtet sind, sich an der Politik ihres Nachbarn zu orientieren. Burmas Nachbarn im Osten, d.h. Thailand und das von Frankreich dominierte Laos, waren keine Gefahr für diese Politik der Neutralität, anders sah es bei seinen Nachbarn im Westen und Norden aus: Sowohl Indien und Pakistan als auch China waren Burma militärisch und wirtschaftlich überlegen. Pakistan war seit seiner Unabhängigkeit und dem

²² Zum Angriff der Chola siehe Frasch, Tilman: *Pagan. Stadt und Staat*, Stuttgart, 1996. Zu den Kontakten zwischen China und Burma, Villiers a.a.O.

unmittelbar darauf folgenden 1. indo-pakistanischen Konflikt auf der Suche nach Verbündeten, bot aber nichts, was Burma zu einer anti-indischen Position und damit zur Aufgabe seiner Neutralität hätte bewegen können. In China tobte 1948 noch der Bürgerkrieg zwischen Nationalisten und Kommunisten, so dass es dort für Burma keinen Ansprechpartner gab. Das Hauptaugenmerk der birmanischen Außenpolitik galt Indien. Burma und Indien waren zwar von derselben Kolonialmacht unabhängig geworden, hatten diese Unabhängigkeit jedoch nicht gemeinsam erkämpft, so dass es keine persönlichen Beziehungen zwischen indischen und birmanischen Politikern gab, auf die man zurückgreifen konnte. Indien begrüßte aber die birmanische Politik der Neutralität, da sie den eigenen Vorstellungen entsprach. Deshalb unterstützte Indien die Regierung in Burma nach dem Ausbruch der ersten Rebellionen - die der Kommunisten 1948 und die der Karen 1949 - finanziell, indem es Burma Kredite gewährte und den Zeitraum für die Rückzahlung von Krediten aus der Kolonialzeit verlängerte. Die indische Unterstützung für die Regierung in Burma ging soweit, dass sogar Waffen und Munition nach Burma geliefert wurden, da Nehru Burma von Separatismus und Kommunalismus bedroht sah, den zwei Gefahren, die auch Indien drohten.²³

Trotz dieser Unterstützung erließ die birmanische Regierung schon 1948 Gesetze und Maßnahmen, die die indische Minderheit in Burma diskriminierten: In Burma ansässigen Ausländern, womit die indische Minderheit in Burma gemeint war, weil diese in ihrer überwältigenden Mehrheit an ihrer indischen Staatsbürgerschaft festhielt, wurde der Landbesitz in Burma verboten, während die Höchstgrenze für Landbesitz innerhalb Burmas stark heruntersetzt wurde; diese Maßnahme richtete sich hauptsächlich gegen die indische Minderheit der Chetiyars, einer Kaste von Händlern und Geldverleihern aus Südindien. Die Verleihung des birmanischen Bürgerrechts an Inder wurde durch gesetzliche Maßnahmen so erschwert, dass 1958 nur ca. 1% der noch in Burma ansässigen ethnischen Inder birmanische Staatsbürger waren.²⁴ Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten tangierten diese Entwicklungen jedoch nicht. Ein beiden Staaten gemeinsames Problem, die Herausforderungen durch den Kommunismus im eigenen Land,

²³ Pathak, Saroj: *India and South-East Asia. A Study of Indian Perspective and Policy since 1962*, Delhi, Luck- now, 1990, S. 47 ff.

²⁴ Bouquerat, Gilles: *India's Confrontation with Chinese Interests in Myanmar*, in: Grare, Frederic/Mattoo, Amitabh (Eds.): *India and ASEAN. The Politics of India's Look East Policy*, New Delhi, 2001, S. 161 – 189, S. 164ff.

führte zum Bedauern Burmas nicht zu dem gewünschten Beistandspakt mit Indien und hatte überdies starke Auswirkungen auf die indisch-birmanischen Beziehungen, was darin gipfelte, dass während der Debatte im indischen Parlament nach dem indisch-chinesischen Krieg von 1962 der Vorwurf erhoben wurde, birmanische Truppen hätten auf der Seite der Chinesen gekämpft.²⁵ Ein möglicher Anlass für diese Vermutung war der Umstand, dass Burma eine Übereinkunft mit der VR China getroffen hatte, die gleichzeitig Burmas Neutralität und seine territoriale Integrität sicherte.

Dieser birmanisch-chinesische Freundschaftsvertrag beendete eine Periode konfliktreicher Beziehungen zwischen Burma und der VR China, die gegen Ende des chinesischen Bürgerkriegs begonnen hatte, als nationalchinesische Verbände Zuflucht im birmanischen Grenzgebiet zu China gefunden hatten, von wo aus sie Operationen gegen China unternahmen, was 1955 und 1956 zu chinesischen Angriffen auf birmanisches Gebiet geführt hatte. Zusätzlich waren die birmanisch-chinesischen Beziehungen belastet worden durch die chinesische Weigerung, die koloniale Grenzziehung zwischen Burma und China zu akzeptieren. Durch den birmanisch-chinesischen Freundschaftsvertrag wurden zwar die zwischenstaatlichen Beziehungen geregelt, Burmas Problem mit den Kommunisten im eigenen Land aber nicht gelöst, denn die VR China behielt sich das Recht vor weiterhin die birmanischen Kommunisten zu unterstützen.²⁶ Diese Unterstützung und der Versuch, die chinesische Minderheit in Burma im Rahmen der Kulturrevolution für diese zu instrumentalisieren, führten nach dadurch ausgelösten anti-chinesischen Unruhen in Rangun zu einem Abbruch der Beziehungen 1967.

Da Burma, das seit 1962 von einer Militärdiktatur unter Ne Win regiert wurde und sich immer stärker von der Außenwelt isolierte, von indischer Seite aus seine Politik der Neutralität nicht bedroht sah, hatte es keinen Grund, die o.a. Position Indiens im Verhältnis zu China in seiner eigenen Politik gegenüber China zu berücksichtigen. Diese Entwicklung war jedoch kein Hindernis dafür, dass sich nach dem „Eklat“ im indischen Parlament die Beziehungen zu Indien normalisierten,

²⁵ Majumdar, Asis Kumar: *South-East Asia in Indian Foreign Policy. A Study of India's Relations with South-East Asian Countries from 1962 – 82*, Calcutta, 1982, S. 65, Majumdar zitiert hier aus Lok Sabha Debates, Vol. 12, 1963, Col. 6548, ohne den Redner oder seine Parteizugehörigkeit anzugeben.

²⁶ Bouquerat, a.a.O. S.172f.

ohne dass jedoch die guten Beziehungen aus der Anfangszeit wieder hergestellt werden konnten. Erst Ende der Sechziger wurde die birmanische Führung wieder mit den Problemen Indiens konfrontiert, als die ethnischen Guerillabewegungen im Nordosten Indiens an Größe und Anzahl zunahmen, was zu einer geringfügigen Kooperation zwischen Indien und Burma führte. Die Teilung Pakistans und das Entstehen Bangladeschs, von der birmanischen Führung mit Gelassenheit hingenommen, nutzte sie später dazu, die Minderheit der Rohingyas aus dem Bundesstaat Arakan in Südwestburma nach Bangladesch zu vertreiben.

In den Siebzigern wurde Burma von seinen Nachbarn nicht behelligt, da sowohl Indien als auch China aufgrund innenpolitischer Probleme - in Indien die ‚Emergency‘, in China die Endphase der Kulturrevolution - außenpolitisch zurückhaltend agierten. Die Beziehungen zu China entspannten sich Ende der Siebziger nach einer Reihe von gegenseitigen Staatsbesuchen, die der Lösung mehrerer Probleme dienten. Die VR China stellte ihre Unterstützung der birmanischen Kommunisten ein, während Burma in der Kambodschafrage die chinesische Position unterstützte. Die Beziehungen zu Indien wurden durch diesen Ausgleich mit China belastet, da Indien in dieser Periode auf der Seite der Sowjetunion stand und somit dem gegnerischen Lager angehörte.

Nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung in Burma 1988 verstärkten sich die birmanisch-chinesischen Beziehungen, da die VR China sich nicht an den Sanktionen beteiligt hatte, die weltweit gegen Myanmar* verhängt worden waren. Indien hatte sich ursprünglich an diesen Sanktionen beteiligt, ging aber ab 1992 zu einer Politik des „Constructive Engagement“ über, damit nicht allein die VR China gute Beziehungen zu Myanmar unterhält.

Die Beziehungen Myanmars zu China sind besser als die zu Indien, da China von Myanmar lediglich verlangt, dass es sich nicht gegen chinesische Sicherheitsinteressen stellt, sonst nichts. Das demokratische Indien ist demgegenüber im Nachteil, da die Regierung in Delhi nicht verhindern kann, dass sich Politiker, Medien oder NGOs mit der Opposition in Myanmar solidarisieren, was von der dortigen

* Nach der Niederschlagung der Pro-Demokratie Bewegung änderte die Militärregierung die aus der Kolonialzeit stammenden Namen und ersetzte sie durch die Originale.

Regierung als unfreundlichen Akt aufgefasst wird. Nichtsdestotrotz hält Indien seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Myanmar aufrecht um zu verhindern, dass dieses sich ausschließlich an China ausrichtet. Die Führung in Myanmar profitiert davon, dass den beiden mächtigsten Nachbarn ihre Beziehungen zu Myanmar wichtiger sind als die Teilnahme an irgendwelchen Boykotts, da dies der Führung Myanmars ermöglicht, die Sanktionen der übrigen Welt zu ignorieren.

8. Resümee und Ausblick

Auf folgende Fragen eine Antwort zu finden, war Ziel der vorliegenden Untersuchung:

- Welches sind die grundlegenden Interessen und Perspektiven der indischen Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf die VR China und die in der ASEAN zusammengefassten Staaten Südostasiens?
- Welche Rolle spielen Indien und die Staaten der ASEAN im Bereich der chinesischen Außen und Sicherheitspolitik?
- Welches ist die optimale Strategie im außen- und sicherheitspolitischen Bereich für die Staaten der ASEAN im Spannungsfeld zwischen Indien und China?
- Inwieweit lässt sich die indische Außen- und Sicherheitspolitik einem Theoriemodell zuordnen?

Die Außen- und Sicherheitspolitik Indiens seit der Unabhängigkeit, d.h. seit Nehru, bis heute, 2008, dem neo-realistischen Theoriemodell zuzuordnen, ist m.E. gerechtfertigt; denn dieses Modell bietet trotz mancher Modifizierungen in der indischen Außenpolitik, u.a. durch Indira Gandhi, den besten Analyseansatz für diese Politik.

Die Unterschiede zwischen dem Defensiven Neo-Realismus, wie er von Waltz vertreten wird, und dem Offensiven Neo-Realismus von Mearsheimer schwinden, wenn man diese beiden Varianten als sich ergänzende Erklärungsansätze versteht, die je nach „Blickwinkel“ auf den Staat zum Tragen kommen: der Staat als Individuum oder als Teil des Machtgefüges einer Staatengemeinschaft auf regionaler oder globaler Ebene.

Auf globaler Ebene war Indien bis vor kurzem eine Macht minderer Ordnung. Die Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie unter Nehru ausformuliert und unter Indira Gandhi weiterentwickelt wurde, entspricht dem theoretischen Rahmen des Defen-

siven Neo-Realismus, der die Existenzsicherung des Staates an erster Stelle sieht. Die Sicherung der Existenz Indiens suchte Nehru durch seine Politik der Blockfreiheit im globalen Rahmen zu erreichen und durch die Umsetzung der Prinzipien der *Panchasheel* in den Beziehungen zu anderen Staaten. Die Politik der Blockfreiheit stellte sicher, dass Indien im Kalten Krieg von keiner Seite als Parteilager der Gegenseite angesehen wurde. Dadurch erlangte Indien einen quasi-neutralen Status, der bewirkte, dass Indien von beiden Seiten in Ruhe gelassen wurde. Ein positiver Nebeneffekt dieser Politik war, dass die indischen Rüstungsausgaben relativ gering blieben, so dass höhere Investitionen im zivilen Sektor möglich waren, was der Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, zugute kommen sollte. Die Politik der „Guten Nachbarschaft“, wie Nehru sie verfolgte, ist die schlüssige Anpassung der globalen Politik der Blockfreiheit an die Region. Dadurch dass man versuchte mit allen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten, reduzierte man das Risiko, das darin bestand, dass einer der Nachbarn sich mit einer der beiden Seiten im Kalten Krieg verbünden könnte, um ein Gegengewicht zu Indien zu schaffen, was wiederum die Notwendigkeit einer indischen Anlehnung an die Gegenseite mit sich gebracht hätte. Diese Politik der ‚Guten Nachbarschaft‘ kann bis 1962 erfolgreich genannt werden, mit der entscheidenden Ausnahme von Pakistan.

Der indisch-pakistanische Konflikt, der seit 1947 anhält und wohl auch in naher Zukunft keine Lösung finden wird, kann jedoch ebenfalls mit dem Defensiven Neo-Realismus erklärt werden, obwohl dieser von der defensiven Grundhaltung eines Staats ausgeht, aber im Falle der Gefährdung seiner Sicherheit auch ‚offensive‘ Maßnahmen zulässt. Die Problematik des Kaschmir-Konflikts liegt darin, dass dadurch das Selbstverständnis sowohl Indiens als auch Pakistans in Frage gestellt wird. Für Indien würde eine Aufgabe seines Anspruchs auf Kaschmir bedeuten, dass es sein Selbstverständnis als säkularer Staat, in dem religiöse und ethnische Unterschiede keine Rolle spielen, aufgeben müsste. Dies hätte nach Auffassung der indischen Eliten fundamentale Auswirkungen auf die Indische Union, da mit der Aufgabe dieses säkularen Anspruchs ihrer Auflösung in eine Vielzahl ethnisch und religiös geprägter Einzelstaaten nichts mehr im Weg stünde. Ähnlich die Problematik für Pakistan: Der Verzicht auf das mehrheitlich moslemische Kaschmir würde die *raison d’etre* Pakistans, eine Heimstatt für alle

Moslems des indischen Subkontinents zu bilden, zunichte machen und Pakistan zu einer peripheren Region degradieren, die aus ethnischen, historischen und wirtschaftlichen Gründen in einem geeinten Indien aufgehen könnte.

Wie oben bereits gesagt, kann Nehrus Politik der ‚Guten Nachbarschaft‘ bis 1962 als erfolgreich angesehen werden. Ihr Scheitern mit dem indisch-chinesischen Krieg ist ursächlich darauf zurückzuführen, dass die sich überschneidenden Gebietsansprüche Indiens und Chinas von keiner Seite aufgegeben werden konnten, ohne die existentielle Sicherheit bzw. die territoriale Integrität des eigenen Staates – Kernpunkt des Defensiven Neo-Realismus – zu gefährden. Da beide Staaten die umstrittenen Gebiete als integralen Teil ihres Staatsgebiets beanspruchen, ist eine Lösung nur durch die militärische Niederlage einer der Konfliktparteien oder durch einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss möglich. Beides ist für die nächste Zeit auszuschließen.

Die zeitweilige Dominanz der Innenpolitik über die Außenpolitik findet keine Erklärung in neo-realistischen Theorieansätzen. Erst nachdem unter Indira Gandhi die Außen- und Sicherheitspolitik wieder in den Vordergrund rückte, kann die Kongruenz von Theorie und Realität erneut überprüft werden. In dieser Zeit sah sich Indien nicht nur mit seinem ständigen Feind Pakistan konfrontiert, sondern auch mit dessen Verbündeten, den USA und der VR China, die beide nicht nur mächtiger als Indien waren, sondern zudem auch eine Politik der gegenseitigen Annäherung verfolgten. In dieser Lage hatte Indien nur zwei Optionen: sich entweder dieser Allianz anzuschließen oder dieser Allianz zufriedenstellende Zugeständnisse zu machen. Dies wäre das *Bandwagoning* gewesen, gemäß Waltz neben dem *Counterweight* primäre Option des Defensiven Neo-Realismus. Da Indien nicht zu einer solchen Politik bereit war, blieb als *Counterweight* nur der Anschluss an eine Macht, die in der Lage war den USA und der VR China Paroli zu bieten. Diese Macht war die Sowjetunion, mit der Indien folglich einen Freundschaftsvertrag abschloss, der bis zum Ende der Sowjetunion gültig war.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete für Indien auch das Ende der Politik des *Counterweight*, da es keine Macht gab, die die Stelle der Sowjetunion hätte einnehmen können. Ein Umschwenken auf eine Politik des *Bandwagoning*

war ausgeschlossen, da ein Ausgleich mit der VR China nicht möglich war, jedenfalls zu für Indien akzeptablen Bedingungen, während die USA an ihrem Bündnis mit Pakistan festhielten. Die zur gleichen Zeit eingeleiteten Wirtschaftsreformen veränderten die Sachlage für Indien jedoch grundlegend. Das anhaltend starke Wirtschaftswachstum hatte ein Anwachsen sowohl seines diplomatischen Gewichts als auch seiner militärischen Macht zur Folge, so dass sich für Indien neue Perspektiven in der Außen- und Sicherheitspolitik eröffneten, insbesondere da der gleichzeitige Aufstieg Chinas das bestehende Machtgefüge, die dominante Stellung des Westens mit den Vereinigten Staaten an seiner Spitze, herausforderte und bei den etablierten Mächten einen Prozess der Neuevaluation der bestehenden Bündnisse und Freundschaften einleitete.

Dadurch dass Indien, trotz der pakistanischen Atomwaffen, inzwischen die alleinige regionale Großmacht in Südasien ist und im globalen Rahmen als potentielle Supermacht angesehen wird, hat sich die Ausgangslage der indischen Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend verändert: Die Existenz des Staates ist – nach den Maßgaben des Defensiven Neo-Realismus – gesichert; aktive Machtpolitik im Sinne des Offensiven Neo-Realismus zu betreiben ist das Gebot, um den Status als Großmacht zu wahren bzw. in Relation zu den Rivalen zu erhöhen.

Mit der VR China sieht sich Indien einem Konkurrenten gegenüber, dessen Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftswachstums-Rate die Indiens übertrifft und der im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich mächtiger als Indien ist. Zudem garantiert Chinas Status als Veto-Macht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, abgesehen von seinem praktischen Nutzen, auch seine Stellung als anerkannte Großmacht.

Aufgrund der oben genannten Faktoren wird m.E. China auf lange Zeit der Staat bleiben, an dem sich Indien messen und der die indische Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich prägen wird; denn neben den USA ist nur die VR China der Indischen Union militärisch überlegen und deshalb in der Lage, Konflikte an der langen gemeinsamen Grenze mit Waffengewalt zugunsten Chinas zu lösen. Noch bedeutender aus indischer Sicht ist die chinesische Unterstützung für Pakistan, die es dem Land, mehr noch als die Unterstützung durch die USA, ermöglicht, die Konflikte provozierende feindliche Haltung gegenüber seinem Erzrivalen Indien

beizubehalten, was wiederum verhindert, dass Indien sich als unumstrittener regionaler Hegemon in Südasiens etabliert. Kompliziert wird das Verhältnis zu China auch durch die strittige Grenzziehung zwischen beiden Ländern. Eine Lösung dieses Konflikts erscheint schwierig, da keine Seite bereit ist die Ansprüche der anderen zu akzeptieren. Des Weiteren ist China Indiens größter Konkurrent auf dem Weltmarkt, sowohl hinsichtlich der weltweiten Absatzmärkte als auch beim Zugang zu Rohstoffen, die von beiden Staaten benötigt werden, um ihr Wirtschaftswachstum, das in beiden Staaten inzwischen von der Bevölkerung als selbstverständlich angesehen wird, weiter zu steigern. Sollte sich innerhalb der indischen Eliten die Einsicht durchsetzen, dass nur ein Übereinkommen mit China eine Beendigung des indisch-pakistanischen Konflikts möglich macht, könnten die indisch-chinesischen Beziehungen im Rahmen der indischen Außen- und Sicherheitspolitik noch an Bedeutung zunehmen.

Die Beziehungen zwischen Indien und den Staaten der ASEAN sind seit den Neunzigern intensiver geworden, ohne dass jedoch aus indischer Sicht die politische Bedeutung der Region gewachsen wäre. Für Indien ist Südostasien primär ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, besonders im Handel, da dieser relativ problemlos mit der Nachbarregion ablaufen kann. Aus geostrategischer Sicht ist Südostasien für Indien im Augenblick nur relevant, weil diese Region wie ein Sperrriegel zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik liegt. Erschwert wird die indische Politik gegenüber den Staaten Südasiens dadurch, dass diese unterschiedliche Interessen haben, so dass eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik kaum möglich ist.

Die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik hat die Aufgabe, die Interessen der VR China in diesem und im wirtschaftlichen Bereich zu wahren und durchzusetzen, sie dient aber auch dazu das Prestige Chinas in der Welt aufrechtzuerhalten und zu erhöhen. Damit unterstützt sie den Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei Chinas und dessen Legitimität; denn die Partei rechtfertigt gegenüber der Bevölkerung ihre Herrschaft zunehmend nicht nur mit dem wirtschaftlichen Wachstum Chinas, sondern auch damit, dass allein die Partei Garantin der chinesischen Weltgeltung ist.

Indien wird dabei immer mehr zu einem bedeutenden Faktor im Rahmen der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik. Chinas Hauptaugenmerk war seit dem Zerfall der Sowjetunion ostwärts gerichtet, auf die USA und deren wichtigsten Verbündeten in Asien, Japan. Für die VR China sind die USA der Staat, an dem sich die Chinesen messen, wobei über Chinas langfristiges Ziel, die USA als größte Macht der Welt abzulösen, zwischen Regierung und Bevölkerung Konsens besteht. Ein Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel war die Wiederherstellung der traditionellen chinesischen Dominanz über die an China angrenzenden Staaten und Regionen. Diese Dominanz hat die VR China auch wiedererlangt, mit zwei Ausnahmen: In Ostasien befinden sich Südkorea und Japan aufgrund ihrer Bündnisse mit den Vereinigten Staaten außerhalb der von China dominierten Sphäre und in Südasien ist Indien aufgrund seiner Größe aus eigener Kraft nicht nur in der Lage, sich dem chinesischen Vorherrschaftsanspruch zu widersetzen, sondern auch Gebiete zu kontrollieren, die von der VR China beansprucht werden, und seinerseits Anspruch auf von China kontrolliertes Gebiet zu erheben. Aufgrund dieser Realitäten wird Indien immer mehr zu einem Land, das allein durch seine Existenz die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik zu beeinflussen vermag und deshalb für China immer mehr an Bedeutung gewinnt, wobei China dadurch im Vorteil ist, dass es mit Pakistan einen engen Verbündeten in Südasien besitzt, der Indien zwar nicht eigenständig in Schach halten kann, aber als ständige Bedrohung in der Lage ist, erhebliche militärische Ressourcen Indiens zu binden, was wiederum die indische Position gegenüber China schwächt. Dies ist ein Vorteil für China, den es nicht leichtfertig aus der Hand geben wird.

Südostasien ist für die VR China hingegen von nachrangiger Bedeutung. Weder militärisch noch wirtschaftlich können die südostasiatischen Länder, selbst vereinigt in der ASEAN, sich mit China vergleichen. Auch geostrategisch ist Südostasien für China weniger wichtig, es sei denn eine außerregionale Großmacht strebt danach, Südostasien in ihr eigenes Sicherheits- und Wirtschaftssystem zu integrieren. China erwartet von diesen Ländern prinzipiell nur, dass sie die „gerechtfertigten“ chinesischen Ansprüche, vor allem in der Frage der maritimen Grenzziehung, akzeptieren und keine anti-chinesische Politik verfolgen.

Die Länder Südostasiens sind, im Gegensatz zu Indien und China, Staaten, deren territoriale Integrität und politische Stabilität in den letzten Jahrzehnten von bewaffneten Bewegungen innerhalb der eigenen Grenze bedroht wurde. Außen- und sicherheitspolitisch verließen sie sich in der Regel auf eine außerregionale Schutzmacht, für die meisten Staaten die USA, für die Übrigen die Sowjetunion, während die VR China zwar als mächtiger Akteur respektiert wurde, aufgrund ihrer Politik jedoch von fast allen Ländern, mit Ausnahme Kambodschas zu Zeiten der Roten Khmer, mit Misstrauen betrachtet wurde. Indien hingegen war für diese Länder, abgesehen von einer kurzen Phase unter Nehru, weder wirtschaftlich noch sicherheitspolitisch von Bedeutung.

Die Lage hat sich in dieser Hinsicht stark verändert, da sowohl Indien als auch China den Ländern Südostasiens militärisch und wirtschaftlich überlegen sind und als aufsteigende Mächte diesen Machtunterschied noch vergrößern werden. Zwar stellt derzeit keine der beiden Mächte eine konkrete Bedrohung dar, die strukturelle Stabilität keines südostasiatischen Landes ist aktuell gefährdet, aber die Staaten wissen, dass sie wirtschaftlich und besonders militärisch diesen beiden Staaten derart unterlegen sind, dass sie, auf sich allein gestellt, keine Chance gegen sie haben; nur eine außerregionale Großmacht wäre in der Lage, die Sicherheit Südostasiens zu garantieren. Da aber zwei der drei Mächte, die diese Rolle in Zukunft wahrnehmen könnten, eben Indien und China sind, während die dritte Macht, die USA mit ihren weltweiten Verpflichtungen, nicht unbedingt ein Interesse daran haben wird, die Sicherheit Südostasiens zu garantieren, bleiben Lösungen für diese Problematik reine Spekulation; denn so verlockend es auch erscheinen mag, aufbauend auf den Ergebnissen dieser Arbeit, Prognosen über die Zukunft der Regionen und Länder abzugeben, so muss doch die wissenschaftliche Vorsicht die Überhand gewinnen über die Neigung zur übermäßigen Spekulation: „For the worlds of politics and economics...are not susceptible to exact prediction. Though they are (to borrow the language of chaos theory) “deterministic systems”, in which cause and effect are discernible, they are characterised by “stochastic” (apparently random) behaviour. So numerous are the variables involved, and so sensitive are they to even quite small changes in one another, that when we speak about the future we should really do no more than attach approximate probabili-

ties to a number of conceivable outcomes. Anything firmer stands a good chance of being wrong”¹

Dennoch wagt der Verfasser es, Prognosen zu formulieren zum z.Zt. wichtigsten Bereich der indischen Außen- und Sicherheitspolitik: die indisch-chinesischen Beziehungen. Damit wird auch die in der Einführung gestellte Frage nach der Form des Dreiecks Indien/China/Südostasien beantwortet: Es ist ein spitz- bzw. stumpfwinkliges Dreieck, d.h. China hat eine weitaus höhere Bedeutung als Südostasien bei der Beurteilung der außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven Indiens.

Der Verfasser hält drei Entwicklungen für möglich, deren Wahrscheinlichkeit er aber unterschiedlich gewichtet: Die Rivalität zwischen Indien und China wird andauern, jedoch gepaart sein mit politischen und wirtschaftlichen Kontakten und die Staaten werden geeint sein, wenn es um gemeinsame Interessen geht. Weniger wahrscheinlich ist eine Verschärfung der Rivalität zwischen Indien und China bis hin zu dem extrem gespannten Verhältnis, wie es zwischen den USA und der Sowjetunion zu Zeiten des Kalten Krieges geherrscht hat, ohne dass es jedoch zu gravierenden bewaffneten Auseinandersetzungen kommen wird. Am unwahrscheinlichsten, aber doch möglich, ist ein Ausgleich zwischen Indien und China, der in einem Bündnis zwischen diesen beiden Staaten kulminieren könnte.

¹ Zitat von Ferguson, Niall: *Looking back on the future*, pp. 94-95, p. 94, col. I, in: Franklin, Daniel (Hg.): *The World In 2006*, London, 2005.

Bibliographie

Ansprenger, Franz: *Auflösung der Kolonialreiche. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Band 13*, München, 1966.

Barpujari, Heramba Kanta (Hg.): *The Comprehensive History of Assam*, Guwahati, 1990.

Bence-Jones, Mark: *Clive of India*, London, 1974.

Benner, Jeffrey: *Structures of Decision: the Indian Foreign policy Bureaucracy*, New Delhi, 1984.

Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hg.): *Fischer Weltgeschichte. Das zwanzigste Jahrhundert III. Weltprobleme zwischen den Machtblöcken*, Frankfurt a.M., 1981.

Bouquerat, Gilles: *India's Confrontation with Chinese Interests in Myanmar*, in: Grare, Frederic/Mattoo, Amitabh (Eds.): *India and ASEAN. The Politics of India's Look East Policy*, New Delhi, 2001, pp. 161 – 189.

Brown, W. Norman: *The United States and India and Pakistan*, Calcutta, 1953.

Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosellek, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 4*, Stuttgart, 1978.

Bürklin, Wilhelm: *Die vier Kleinen Tiger. Die pazifische Herausforderung: Südkorea-Taiwan-Hongkong-Singapur*, Frankfurt a.M., Berlin, 1994.

Bull; Hedley: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, London, 1977.

Buzan, Barry: *The Southeast Asian Security Complex*, in CSEA, Vol 10, no. 1 (June 1988), S.1 – 16.

Cardozo, Ian: *The Indian Army. A Brief History*, New Delhi, 2005.

Caroe, Olaf: *Soviet Empire. The Turks of Central Asia and Stalinism*, London, 1953.

Caroe, Olaf: *The Pathans 550 B.C. – A.D. 1957*, London, 1964.

Carr, E.H.: *International Relations between the Two World Wars (1919-1939)*, London, 1948

Cohen, Stephen P.: *India. Emerging Power*, Washington D.C., 2001.

Cohen, Stephen P.: *The Indian Army. Its Contribution to the development of a Nation*, New Dehli, 2002, 2. Auflage Taschenbuch.

Collins, Larry/Lapierre, Dominique: *Freedom at Midnight*, New York, NY, 1976.

Crawford, Robert M.A.: *Idealism and Realism in International Relations. Beyond the Discipline*, London, New York, 2000.

Cruikshank, Edward: *Moscow vs. Peking. The new Cold War*, Harmondsworth, 1963.

Der Staat zusammengestellt von Walter Schätzel, Bremen, 1963.

Domes, Jürgen/Näth, Marie-Luise: *Die Volksrepublik als neuer Machtfaktor in der Weltpolitik*, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hg.): *Fischer Weltgeschichte. Das zwanzigste Jahrhundert III. Weltprobleme zwischen den Machtblöcken*, Frankfurt a.M., 1981, S.276 –333.

Ferguson, Niall: *Looking back on the future*, pp. 94-95, p. 94, col. I, in: Franklin, Daniel (Hg.): *The World In 2006*, London, 2005

Franklin, Daniel (Hg.): *The World in 2006*, London, 2005.

Frasch, Tilman: *Pagan. Stadt und Staat*, Stuttgart, 1996.

Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*, New York, NY, 1992.

Geschichte in Quellen: Renaissance Glaubenskämpfe Absolutismus, bearbeitet von Fritz Dickmann, München, 1976, 2.Auflage.

Geschichte in Quellen, Altertum Alter Orient-Hellas-Rom, bearbeitet von Walter Arend, München, 1978, 3. Auflage.

Grare, Frederic/Mattoo, Amitabh (Eds.): *India and ASEAN. The Politics of India's Look East Policy*, New Delhi, 2001.

Grotius, Hugo: *De iure belli ac pacis*, Paris, 1625, übersetzt von: Schätzel, Walter, Tübingen, 1950.

Grover, Verinder (Hg.): *International Relations and Foreign Policy of India, Vol. 3*, New Delhi, 1992.

Hall, Richard: *Empires Of The Monsoon. A History of the Indian Ocean and its Invaders*, London, 1996.

Heimsath, Charles H./Mansingh, Surjit: *A Diplomatic History of Modern India*, Bombay, 1971.

Hibbert, Christopher: *The Great Mutiny. India 1857*, London, 1978.

Hobbes, Thomas: *Leviathan*, edited by Richard Tuck, Cambridge, 2007.

- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Summer 1993, Volume 72, Number 3, S. 22-49.
- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York, NY, 1996.
- James, Lawrence: RAJ. *The Making and Unmaking of British India*, London, 1997.
- Jones, Roy: *The English School. A Case for Closure*, in: *Review of International Studies*, Vol. 7, 1981, S. 1 –13.
- Joshi, Manoj: *George In The China Shop*, in: *India Today International*, May 18, 1998, S.10 – 16.
- Kant, Immanuel: *Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg, 1795.
- Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden*, Bremer Liebhaber-Druck, 1947, 2. Auflage.
- Kapur, Harish.: *India's Foreign Policy 1947 - 1992. Shadows and Substance*, New Delhi 1994.
- Keohane, Robert O.: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ, 1984.
- Keohane, Robert O.: *Power and Governance in a Partially Globalized World*, London, 2002.
- Kautilya: *The Artashastra*, übersetzt von L.N. Rangarajan, New Delhi, 1992.
- Kennedy, Paul: *The Rise And Fall Of The Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, London, 1989 (Taschenbuchausgabe).
- Kulke, Hermann: *Indische Geschichte bis 1750*, München, 2005.
- Lamb, Alistair: *The China-India Border. The Origins of the Disputed Boundaries*, London et al., 1964.
- Lawford, James P.: *Britain's Army in India. From its Origins to the Conquest of Bengal*, London, Boston, Sydney, 1978.
- Leach, Edmund R.: *Political Systems of Highland Burma. A Study of Kachin Social Structure*, London, 1964, Nachdruck.
- Lintner, Bertil: *Land of Jade*, Edinburgh, 1990.
- Lintner, Bertil: *Outrage. Burma's Struggle for Democracy*, London, 1990.

- Little, Richard/Williams, John (Hg.): *The Anarchical Society in a Globalized World*, London, 2006.
- Lockwood, Christopher: *The Club that excludes America*, in: Franklin, Daniel (Hg.): *The World in 2006*, p. 72, London, 2005.
- McEvedy, Colin: *The Penguin Atlas of Modern History (to 1815)*, n.p., 1986.
- McKinnon-Smith: *Yemen. Travels in Dictionary Land*, London, 1997.
- Majumdar, Asis Kumar: *South-East Asia in Indian Foreign Policy. A Study of India's Relations with South-East Asian Countries from 1962 – 82*, Calcutta, 1982.
- Maxwell, Neville: *India's China War*, London, 1970.
- Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY, London, 2001.
- Mitra, Subrata K./Rill, Bernd (Eds.): *Studies and Comments 4. India's New Dynamics in Foreign Policy*, München, 2006.
- Morgenthau, Hans J.: *Politics among Nations* (4. ed.), New York, NY, 1967.
- Müller, Harald: *Weltmacht Indien. Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert*, Frankfurt a.M., 2006.
- Neher, Clark D.: *Southeast Asia in the New International Era*, Boulder, CO, 1994, 2. Auflage.
- Noack, Paul: *Internationale Politik*, München, 1981, 5. Auflage.
- Ojha, Geetha: *Economic History of Modern India*, New Delhi, 2005.
- Pathak, Saroj: *India and South-East Asia. A Study of Indian Perspective and Policy since 1962*, Delhi, Lucknow, 1990.
- Perkovich, George: *India's Nuclear Bomb: The Impact of Global Proliferation*, Delhi, 2000.
- Rice, Condoleezza: *Promoting the National Interest*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2000, Volume 79, No. 1, S. 45-62.
- Rothermund, Dietmar: *Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht*, München, 2008.
- Rothermund, Dietmar/Kulke, Hermann: *Geschichte Indiens*, Stuttgart, 1982.

Saez, Lawrence: *India and the New International Economic Order*, p. 137, col. 1, in: Mitra, Subrata K./Rill, Bernd (Eds.): *Studies and Comments 4. India's New Dynamics in Foreign Policy*, München, 2006, pp.137 – 151.

SarDesai, D.R: *Southeast Asia. Past&Present* , Boulder, CO,1994, 3. Auflage

Sidhu, Waheguru Pal Singh/Yuan, Jing-dong: *China and India. Cooperation or Conflict?*, London, 2003.

Singha, Harikirata: *Intervention in Sri Lanka. The IPKF Experience retold*, New Delhi, 2007.

Singh, Iqbal: *Between two Fires. Towards an Understanding of Nehru's Foreign Policy*, 2 Bände, London, 1992 – 1998.

Singh, Swaran: *China – South Asia: Issues, Equations, Policies*, New Delhi, 2003.

Smith, Martin: *Burma. Insurgency and the Politics of Ethnicity*, London, 1991.

Spear, Percival: *A History of India Vol. II*, Harmondsworth, 1965.

Srivastava, C.P.: *Lal Bahadur Shastri. A Life of Truth in Politics*, Oxford et al., 1995.

Srivastava, Dhiraj: *India's Foreign Policy*, Jaipur, 2007.

Sun Tzu (Suntzi): *The Art of War*, übersetzt von Gary Gagliardi, Shoreline, WA, 1993.

Tellis, Ashley J.: *India's Emerging Nuclear Posture. Between Recessed Deterrent and Ready Arsenal*, Santa Monica, CA, 2001.

Thapar, Romilla: *A History of India Vol. I*, Harmondsworth, 1966.

Thien, Ton That: *India and South East Asia 1947 – 1960. A Study of India's Policy towards the South East Asian countries in the Period 1947 – 1960*, Geneve, 1963.

Uhlig, Harald: *Fischer Länderkunde 3 Südostasien*, Frankfurt a.M., überarbeitete Neuauflage 1988.

Villiers,John (Hg.): *Fischer Weltgeschichte. Band 18. Südostasien vor der Kolonialzeit*, Frankfurt a.M., 1993 6. Auflage.

Wagner, Christian: *„Die verhinderte“ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947 – 1998*, Baden-Baden, 2005.

Walt, Stephen: *The Origins of Alliances*, Cornell, NY, 1990.

Waltz, Kenneth N.: *Theory of International Politics*, Reading, 1979.

Wells, Colin: *Das römische Reich*, München, 1985, S. 156.

Wirsing, Giselher: *Indien. Asiens gefährlichen Jahre*, Düsseldorf, Köln, 1972, 2. erweiterte Auflage.

Artikel ohne Autorennennung

Asia.view. Realpolitik rules. India's pragmatic foreign policy, Economist, 21. November, 2007. (online-paysite)

Burma vs. Myanmar. What's in a Name, 1.10.2007, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2804762,00.html>

Dashing hopes in Myanmar. The Protesters are crushed, Economist, 23. October 2007. (online-paysite)

The in and out prime minister, Economist, 26. April,2007 (online-paysite).